NILS TEICHLER, OLAF GROH-SAMBERG, JEAN-YVES GERLITZ (HRSG.)

(Un)mögliche Transformation?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland

Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

(Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland

Editorial

Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um den zweiten Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Die Reihe der Zusammenhaltsberichte informiert auf Grundlage der im FGZ erhobenen Daten eine interessierte Öffentlichkeit über zentrale Befunde und Analysen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Die Berichterstattung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wird am Forschungsdatenzentrum des FGZ (FDZ-FGZ) koordiniert. Der zweite Zusammenhaltsbericht präsentiert Analysen auf Basis der vier großen Dateninfrastrukturen des FGZ: German Social Cohesion Panel (SCP), RISC Regional Panel (RegPan), Qualitatives Panel (Quali Panel) und Social Media Observatory (SMO). Am zweiten Zusammenhaltsbericht waren über 20 Wissenschaftler:innen aus sieben Standorten am FGZ beteiligt.

Herausgeber:innen:
Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg & Jean-Yves Gerlitz

Autor:innen:
Oliver Arránz Becker, Julian B. Axenfeld, Anton Bochert, Clara Dilger, Peter Dirksmeier, Jean-Yves Gerlitz, Olaf Groh-Samberg, Jakob Hartl, Andrea Hense, Sebastian Jürss, Ina Kaufhold, Arne Koevel, Torvid Kreisler, Holger Lengfeld, Ina Mayer, Svenja Oltmanns, Janine Patz, Christoph Richter, Axel Salheiser, Nils Teichler, Gregor Wiedemann

Empfohlene Zitierweise:
Teichler, N., Groh-Samberg, O. & Gerlitz, J.-Y. (Hrsg.) (2025). (Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland. Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

DOI: 10.82162/10ev-bz90

Den Online-Anhang zum Zusammenhaltsbericht finden Sie unter folgender DOI: 10.82162/20bk-6057

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

FGZ Geschäftsstelle Leipzig
Universität Leipzig, Nikolaistr. 6-10, 04109 Leipzig

www.fgz-risc.de
www.fgz-risc-data.de

Veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 – Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, keine Bearbeitungen 4.0 International. Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-NC-ND finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de.

Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick 8

I. Einleitung 11

1. **Unmögliche Transformation? Die Blockade der sozial-ökologischen Transformation** 12
   Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg & Jean-Yves Gerlitz

2. **Datengrundlage: Dateninfrastrukturen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)** 18
   Svenja Oltmanns, Oliver Arránz Becker, Julian B. Axenfeld, Jakob Hartl, Andrea Hense, Torvid Kreisler, Ina Mayer, Nils Teichler & Gregor Wiedemann

II. Gesellschaftliche Spaltungen in der sozial-ökologischen Transformation? 25

3. **Einstellungen zum Klimawandel und zur sozial-ökologischen Transformation in Deutschland** 26
   Nils Teichler & Clara Dilger

4. **Gesellschaftliche Spaltungslinien in Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik** 34
   Svenja Oltmanns & Nils Teichler

5. **Einstellungen zum Klimawandel im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitskonflikte** 44
   Anton Bochert & Jean-Yves Gerlitz

6. **Regionalsoziologische Einblicke: Wahrnehmungen und regionale Betroffenheit von Extremwetterereignissen** 52
   Peter Dirksmeier

7. **Regionalsoziologische Einblicke: Eigentum verpflichtet? Die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels und Wohneigentum** 62
   Ina Mayer, Torvid Kreisler, Jakob Hartl & Oliver Arránz Becker

III. Politische Mobilisierung und diskursive Dynamiken von Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation 71

8. **Politische Spaltungen in Klimafragen? Institutionenvertrauen, Partizipation und Parteineigung** 72
   Clara Dilger & Holger Lengfeld

9. **Desinformation und Verschwörungsaffinität im Kontext der Klimakrise** 82
   Christoph Richter, Janine Patz & Axel Salheiser

10. **Skeptizismus und Desinformation zu Klimawandel und Klimapolitik in sozialen Medien** 90
    Gregor Wiedemann

IV. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse in der sozial-ökologischen Transformation zwischen Verständigung und Konflikt **101**

11. Deutungen und Praktiken zur Klimakrise: Standpunkte verstehen und Konfliktpotenziale identifizieren **102**
Andrea Hense, Sebastian Jürss, Ina Kaufhold & Arne Koevel

12. Potenziale für Kooperation in der sozial-ökologischen Transformation: Soziales Vertrauen und Zusammenhaltserfahrungen **114**
Anton Bochert & Jean-Yves Gerlitz

V. Schluss **121**

13. Mögliche Transformation? Auswege aus der sozial-ökologischen Transformationsblockade **122**
Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg & Jean-Yves Gerlitz

Literaturverzeichnis **130**

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1: Zustimmung zu Klimaeinstellungen ... 29

Abbildung 3.2: Klimatypen in Deutschland ... 31

Abbildung 3.3: Klimawandelbewusstsein und Transformationssorgen der Klimatypen ... 32

Abbildung 4.1: Soziodemografische Merkmale der Klimatypen ... 37

Abbildung 4.2: Altersgruppen und Klimatypen ... 38

Abbildung 4.3: Verstädterungsgrad und Klimatypen ... 39

Abbildung 4.4: Einkommen, Bildung und Klimatypen ... 41

Abbildung 4.5: Greenness-of-Jobs-Index und Klimatypen ... 42

Abbildung 4.6: Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage und Klimatypen ... 42

Abbildung 5.1: Ungleichheitskonflikte nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen ... 48

Abbildung 5.2: Klimatypen und Ungleichheitskonflikte ... 49

Abbildung 6.1: Wahrgenommene Extremwetterbetroffenheit nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen ... 56

Abbildung 6.2: Regionale Extremwetterereigniswahrnehmung und objektive Wetterdaten im Jahr 2022 – Korrelationsmatrix ... 57

Abbildung 6.3: Regionale Extremwetterereigniswahrnehmung und objektive Wetterdaten im Jahr 2022 – Karten ... 58

Abbildung 6.4: Subjektive Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren, Klimatypen und Regionalindikatoren ... 59

Abbildung 6.5: Subjektive Betroffenheit von Starkregen und Überschwemmungen, Klimatypen und Regionalindikatoren ... 60

Abbildung 7.1: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels nach soziodemografischen Merkmalen und Erhebungsorten ... 65

Abbildung 7.2: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels und Anteil an Wohneigentum nach Stadtteilen ... 66

Abbildung 7.3: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels, soziodemografische Merkmale, Wohnform und Erhebungsort ... 67

Abbildung 8.1: Institutionenvertrauen und Partizipation nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen ... 75

Abbildung 8.2: Institutionenvertrauen, Partizipation und Klimatypen ... 77

Abbildung 8.3: Parteineigung nach Klimatypen ... 78

Abbildung 9.1: Klima(politik)einstellungen und Verschwörungsaffinität ... 86

Abbildung 9.2: Klimatypen nach Verschwörungsaffinität ... 87

Abbildung 9.3: Verschwörungsaffinität, Klimatypen und soziodemografische Merkmale ... 89

Abbildung 10.1: Häufigste klimabezogene Falschinformationen und deren Kontexte ... 94

Abbildung 10.2: Retweet-Netzwerk öffentlicher Sprecher:innen ... 95

Abbildung 10.3: Kategorieanteile in Tweets politischer Parteien(-vertreter:innen) ... 96

Abbildung 10.4: Kategorieanteile in Nutzer:innendebatten ... 97

Abbildung 12.1: Klimatypen und Zusammenhaltserfahrungen ... 117

Abbildung 12.2: Klimatypen und zwischenmenschliches Vertrauen ... 118

Abbildung 13.1: Szenario einer Transformationsabwehr ... 125

Abbildung 13.2: Szenario einer Transformationsblockade ... 126

Abbildung 13.3: Szenario einer sozial-ökologischen Transformation ... 127

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Stichprobe nach soziodemografischen Merkmalen ... 21

Tabelle 5.1: Ungleichheitsarenen: eine Typologie ... 45

Auf einen Blick

Wie gespalten ist die deutsche Gesellschaft in Klimafragen? Was verbindet – und was trennt – die Menschen in Deutschland hinsichtlich ihrer Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation? Im zweiten Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) gehen wir diesen Fragen auf Basis der vier zentralen Dateninfrastrukturen des FGZ empirisch nach: dem German Social Cohesion Panel (SCP), dem RISC Regional Panel (RegPan), dem Qualitativen Panel und dem Social Media Observatory (SMO). Mithilfe des SCP – einer für Deutschland repräsentativen Befragung von über 8.000 Personen – identifizieren wir fünf Klimaeinstellungstypen, kurz Klimatypen. Diese Klimatypen unterscheiden sich deutlich in ihrem Klimabewusstsein und ihren Sorgen hinsichtlich einer klimafreundlichen Transformation. Um Chancen und Hindernisse für eine durch die breite Bevölkerung getragene sozial-ökologische Transformation zu erkennen, untersuchen wir auf Basis empirischer Daten, was die Menschen hinter den Klimatypen verbindet – und welche Trennlinien es zu überwinden gilt.

Wir identifizieren in Deutschland **fünf Klimaeinstellungstypen**. Die *Ablehnenden* (8 %) sehen den Klimawandel als wenig gefährlich an, lehnen Klimaschutzmaßnahmen tendenziell ab und sorgen sich vor allem um negative Folgen von Klimapolitik wie Wohlstandsverlust. Die *Indifferenten* (25 %) haben eine neutrale bis unentschlossene Haltung zum Klimawandel, sprechen selten darüber und sind relativ unbesorgt. Die *Zustimmenden* (31 %) sehen den Klimawandel als gefährlich an, wünschen sich mehr Klimaschutz, haben aber moderate Sorgen bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Folgen von Klimapolitik. Sie entsprechen mit ihren Haltungen dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die *Besorgten* (18 %) nehmen den Klimawandel als sehr bedrohlich wahr, befürworten mehr Klimaschutz und sorgen sich stark um Naturkatastrophen und den Verlust der Artenvielfalt durch den Klimawandel. Sie haben aber auch sehr große Sorgen vor den negativen Folgen von Klimapolitik, ähnlich den *Ablehnenden*. Die *Entschlossenen* (18 %) sind am stärksten überzeugt von der Gefährlichkeit des Klimawandels und der Notwendigkeit umfassender Klimaschutzmaßnahmen und machen sich kaum Sorgen um wirtschaftliche oder soziale Folgen einer sozial-ökologischen Transformation.

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist in Klimafragen gespalten. 83 Prozent der Bevölkerung machen sich Sorgen um die Folgen des Klimawandels, und 71 Prozent sind der Meinung, dass die Politik mehr für den Klimaschutz tun sollte. Eine grundsätzliche Uneinigkeit in Klimafragen, aber auch anderen gesellschaftspolitischen Themen, besteht lediglich zwischen den *Entschlossenen* (18 %) und den *Ablehnenden* (8 %). Trotz ihrer relativ geringen Zahl sind die *Ablehnenden* politisch aktiv und ihre Haltungen womöglich öffentlich überproportional sichtbar. Unsere Analysen deuten darauf hin, dass ihre Positionen gezielt von „Polarisierungsunternehmer:innen“ in sozialen Medien verbreitet werden und oft mit Falschinformationen verknüpft sind, um ambitionierte Klimapolitik als Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darzustellen. Diese Strategien zielen darauf ab, politische Blockaden im Transformationsprozess zu erzeugen.

Unmögliche Transformation? Es besteht dabei die Gefahr einer Allianz zur Transformationsabwehr. Die *Ablehnenden* weisen deutliche Berührungspunkte zu den *Indifferenten* und den *Besorgten* auf. Die *Indifferenten* sind weder überzeugt von der Gefährlichkeit des Klimawandels noch von der Notwenigkeit von Klimaschutz. Die *Besorgten* sorgen sich ähnlich wie die *Ablehnenden* um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Klimapolitik. Alle drei Klimatypen sind häufiger in benachteiligten sozioökonomischen Lagen zu finden. Sie haben vermehrt kritische Einstellungen zu Migration, zeigen geringeres Vertrauen in politische Institutionen und weisen eine erhöhte Affinität zu Verschwörungserzählungen auf. Die sozioökonomische und ideelle Nähe könnte *Besorgte* und *Indifferente* für die – mitunter von Falschinformationen geprägten – Argumente der *Ablehnenden* empfänglich machen.

Mögliche Transformation? Eine Chance für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt in der sozial-ökologischen Transformation besteht in einer Koalition aus *Entschlossenen*, *Besorgten* und *Zustimmenden*. Diese drei Klimatypen vereint ein starkes Klimabewusstsein und die Zustimmung zu umfassendem Klimaschutz, sie unterscheiden sich jedoch in ihren Transformationssorgen und sozioökonomischen Lagen. Die *Besorgten* haben seltener einen Hochschulabschluss, sind häufiger in mittleren Einkommenslagen zu finden und stark um ihre wirtschaftliche Situation besorgt, die *Entschlossenen* dagegen ökonomisch relativ privilegiert und unbesorgt. Zwischen beiden bestehen also soziale Trennlinien, die sich auch in räumlichen und lebensweltlichen Abgrenzungen äußern können. Gemeinsame politische Werte wie die Befürwortung von Umverteilung und die Forderung nach einem veränderten Wirtschaftssystem bilden jedoch gemeinsame Anknüpfungspunkte. Die *Zustimmenden* ähneln den *Entschlossenen* in sozialem Status und demokratischer Orientierung und könnten aufgrund ihres ausgeprägten Vertrauens in politisch Andersdenkende verbindend wirken. Damit eine solche Allianz gelingt, müssten die Transformationssorgen der *Besorgten* ernst genommen, soziales und institutionelles Vertrauen gestärkt und Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Verantwortung kommuniziert werden.

I.

Einleitung

I | KAPITEL 1

Unmögliche Transformation? Die Blockade der sozial-ökologischen Transformation

Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg & Jean-Yves Gerlitz
DOI: 10.82162/dfse-mf30

Der Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit dem Klimaschutzgesetz von 2021 hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden und die Emissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Trotz eines breiten Klimabewusstseins in der Bevölkerung bleiben politischer Wille und gesellschaftlicher Wandel bislang unzureichend – die sozial-ökologische Transformation scheint in einer Blockade gefangen. Worin liegen die Ursachen? Sozialwissenschaftliche Erklärungen reichen von Spannungen zwischen effektivem Klimaschutz und demokratischen Prozessen über Zweifel an der Möglichkeit ‚grünen Wachstums' bis hin zur Beobachtung, dass die Transformation soziale Sicherheiten und das Versprechen sozialen Aufstiegs infrage stellt – und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Im zweiten Zusammenhaltsbericht gehen wir diesen Fragen empirisch nach: Wie gespalten sind die Einstellungen zur Transformation? Wie werden sie politisch und öffentlich aufgegriffen und mobilisiert? Welche Szenarien zeichnen sich im Spannungsfeld von Konflikt und Verständigung ab?

1.1 Der Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels für moderne Gesellschaften zeigen sich schon heute in besorgniserregendem Ausmaß. Extreme Wetterereignisse in Folge des Klimawandels wie Hitzewellen und Dürren oder Stürme und Überschwemmungen waren im globalen Süden schon seit geraumer Zeit spürbar, werden aber auch zunehmend in Europa präsent. So haben Erkenntnisse der sogenannten Attributionsforschung aus den Klimawissenschaften gezeigt, dass der menschengemachte Klimawandel die Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahre 2021 mindestens deutlich wahrscheinlicher werden ließ (Tradowsky et al., 2023). Der weitere Ausstoß von Treibhausgasen und die weitere Erwärmung der Erdoberfläche erhöhen das Risiko, gefährliche klimatische Kipppunkte zu erreichen, die in kürzester Zeit gravierende Auswirkungen auf Ökosysteme und eine beschleunigte Erderwärmung haben können. Die Exposition und Vulnerabilität gegenüber den Folgen des Klimawandels sind dabei ebenso wie die Ressourcen für Klimaanpassungen sowohl global als auch innerhalb von Gesellschaften extrem ungleich verteilt. Es ist daher stark davon auszugehen, dass soziale Ungleichheiten und ihre Auswirkungen infolge des Klimawandels drastisch zunehmen werden.

Trotz dieses großen Bedrohungspotenzials für den Zusammenhalt und das Fortbestehen menschlicher Gesellschaften hat es viele Jahre gebraucht, bis der Klimawandel und seine Folgen als Probleme in der breiten Bevölkerung wahrgenommen wurden und Beachtung im politischen Diskurs erlangt haben. Viele Studien belegen, dass in der Bevölkerung mittlerweile ein ausgeprägtes Problembewusstsein mit Blick auf den Klimawandel besteht (Frick et al., 2025; Mau et al., 2023, S. 212f.). Auch in unseren für die Wohnbevölkerung in Deutschland repräsentativen Daten des German Social Cohesion Panel (SCP) zeigt sich, dass nur 10 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, der Klimawandel sei gar nicht so gefährlich wie viele Politiker:innen behaupten.

Bis dahin war es aber ein langer Weg. Nachdem bereits in den 1970ern der Bericht „Die Grenzen des Wachstums" des Club of Rome die ökologischen Folgen industrieller Wirtschaftsproduktion breit diskutierte und die Erforschung des menschengemachten Klimawandels in den 1980er und 1990er Jahren immer mehr Erkenntnisse zutage brachte, waren die Ursachen und Gefahren des Klimawandels in Politik, öffentlicher Meinung und in der breiten Bevölkerung nur begrenzt präsent. Tatsächlich zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Sorgen um die Umwelt über die 1990er und 2000er Jahre hinweg (Entringer & Buchinger, 2024). Es sind, wie wir heute wissen, auch gezielte Desinformationskampagnen großer fossiler Unternehmen und neoliberaler Thinktanks, die erfolgreich dazu beigetragen haben, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung immer wieder öffentlich in Zweifel gezogen wurden (Quent et

al., 2022, S. 181ff.). Es ist der Beharrlichkeit der Wissenschaft, politischer Akteure und sozialer Bewegungen zu verdanken, dass Ende der 2000er und in den 2010er Jahren der Klimawandel wieder verstärkt Eingang in den öffentlichen Diskurs und die Politik gefunden hat.

In der Folge hat es eine Reihe richtungsweisender politischer Entscheidungen auf globaler Ebene, aber auch in Deutschland gegeben, um dem Klimawandel zu begegnen. Auf der UN-Klimakonferenz in Paris wurde 2015 das Pariser Klimaabkommen geschlossen, mit dem Ziel, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen und Anstrengungen für die Einhaltung des 1,5 °C Ziels zu unternehmen. Auf Grundlage dieses Abkommens wurden im Dezember 2019 im Bundes-Klimaschutzgesetz erstmals Klimaschutzziele für Deutschland gesetzlich verankert. Diese legen fest, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gemindert werden müssen und bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen sei. Den dafür notwendigen Weg, der umfassende Anpassungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verlangt, verstehen wir als sozial-ökologische Transformation.

Laut dem neuesten IPCC-Bericht von 2023 (IPCC, 2023) lag die globale Erwärmung bereits bei 1,1 °C (Durchschnitt 2011 bis 2020), wobei weitere Studien zeigen, dass 2024 das erste Jahr war, in dem bereits eine Temperatur von 1,55 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau erreicht wurde (Bevacqua et al., 2025). Für Deutschland prognostiziert das Bundesumweltamt zwar keine Überschreitung des Emissionsbudgets für 2030, was aber vor allem mit dem pandemiebedingten Emissionsrückgang und der wirtschaftlichen Rezession der letzten Jahre zusammenhängt. Nach aktuellen Projektionen und Trends droht aber das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 verfehlt zu werden (Umweltbundesamt, 2025).

Trotz der Gefährlichkeit der Folgen, eines wachsenden Problembewusstseins in der Bevölkerung und ambitionierten nationalen wie globalen politischen Abkommen und Gesetzen – trotz eines eigentlichen „Handlungszwangs“ (Lessenich & Scheffer, 2024) – stockt eine notwendige sozial-ökologische Transformation hin zu Klimaneutralität in Deutschland. Die Gesellschaft steckt in einer Transformationsblockade (Beckert, 2024; Becker, 2023; Eversberg & Schmelzer, 2025). Dies zeigt sich sowohl in der Transformationspolitik der früheren Bundesregierung aus Grünen, FDP und SPD („Ampelregierung“, 2021 bis 2024) wie auch am Erstarken rechtsextremer Parteien und deren antiökologischer Positionen in der Klimapolitik. So war die Ampelregierung ursprünglich als „Fortschrittskoalition“ angetreten, um die sozial-ökologische Transformation in einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ umzusetzen. Viele Beobachter:innen sehen das Scheitern der Ampelregierung als Symptom tiefer liegender struktureller Probleme (Schimank, 2023) oder gar als Scheitern eines „grünen Kapitalismus“ als solchen (Degens & Neckel, 2024; Becker, 2023).

1.2 Gesellschaft in der Transformationsblockade – sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze

Doch wie kann diese Blockade aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erklärt werden? Warum schaffen wir es als Gesellschaft nicht, die notwendigen Schritte im Kampf gegen den Klimawandel einzuleiten? In soziologischen Gegenwartsdiagnosen und Theorien werden verschiedene Erklärungen für eine ökologische Transformationsblockade diskutiert. Drei Ansätze wollen wir im Folgenden erläutern.

Demokratie vs. Transformation?

Ein Grund für die Blockade der sozial-ökologischen Transformation wird in einem möglichen Widerspruch zwischen den Verfahren und Prinzipien liberaler demokratischer Gesellschaften und den Anforderungen einer sozial-ökologischen Transformation vermutet. Moderne liberale Demokratien fußen sowohl auf der Vorstellung freier und autonomer Individuen als auch auf demokratischer Mitbestimmung und der Aushandlung von Kompromissen. Der Klimawandel präsentiert sich allerdings als sehr drängendes Problem, dessen negative Auswirkungen und ökonomische Kosten durch die Dauer langwieriger Beteiligungsverfahren sowie parlamentarischer und föderaler Prozesse verstärkt werden. Zugleich erfordert effektiver Klimaschutz die grundsätzliche Bereitschaft einer Anpassung von Konsum- und Lebensstilen eines großen Teils der Bevölkerung zum Wohle des Kollektivs (Beckert, 2024). Droht Klimaschutz dann plötzlich nicht mehr als demokratisch verhandelbar zu erscheinen, sondern als Problem, das eine Lösung erfordert und potenziell jede:n Einzelne:n in die Pflicht nimmt, „whatever it takes“[1] (vgl. Swyngedouw, 2010)? Im Angesicht von durch den Klimawandel hervorgerufenen Naturkatastrophen und

[1] Ein Ausspruch, der in Anklängen an das „TINA“ („There is no alternative“) im Kontext der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitiken in den 80er und 90er-Jahren erinnert und in der Folge breite Diskussionen über deren Bedeutung für die Demokratie angestoßen hat (vgl. Crouch, 2008).

Extremwetterereignissen wird die Frage diskutiert, ob im Rekurs auf das Grundrecht körperlicher Unversehrtheit selbst größeren politischen Eingriffen in individuelle Freiheiten im Sinne des Klimaschutzes eine gewisse Legitimität innewohnen könnte (vgl. Mittiga, 2022).

Der Klimawandel ist durch eine besondere zeitliche und räumliche Struktur geprägt, die demokratische Interventionen erschwert: Die Kosten von Schutzmaßnahmen entstehen lokal und sofort, während der Nutzen global verteilt wird – und sich erst langfristig zeigt. Eine stabile demokratische Mehrheit für eine konsequente Klimapolitik lässt sich angesichts dieses Dilemmas nur schwer gewinnen (vgl. Gardiner, 2006). Es besteht in dieser Hinsicht Einigkeit darüber, dass sich der Klimawandel als Problem nicht innerhalb nationalstaatlicher Grenzen lösen lässt, was schon früh zu einer notwendigen Verlagerung klimapolitischer Fragestellungen auf supranationale Ebene (zum Beispiel Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC, und EU) geführt hat. Diese supranationalen Institutionen sind aber in geringerem Maße demokratisch legitimiert als nationale Parlamente oder Regierungen. Eine solche Verlagerung politischer Entscheidungen, die zentrale Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens berühren, läuft somit auch Gefahr, zu einer politischen Entfremdung von Bürger:innen beizutragen (vgl. Schäfer & Zürn, 2021).

Blühdorn (2024) erkennt im schwierigen Verhältnis von demokratischen Verfahren und der sozial-ökologischen Transformation eine Unhaltbarkeit des „öko-emanzipatorischen Projekts“ – eine Widersprüchlichkeit, in der sich vor allem rechte und rechtsextreme politische Akteure eingenistet haben, um Klimaschutzpolitik zu verlangsamen und zu verhindern (Forchtner et al., 2024). Nicht zufällig waren diese so erfolgreich damit, mit der imaginierten Figur einer „Klimadiktatur“ gegen Klimaschutzpolitik zu mobilisieren (vgl. Richter et al., 2022).

Auch in den Daten des German Social Cohesion Panel (SCP) zeigt sich ein Unbehagen mit der Politik im Kampf gegen den Klimawandel. Allerdings geht der Klimaschutz vielen Menschen nicht deutlich genug voran. Ganze 71 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass die Politik noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun müsste.

Wachstum vs. Transformation?

Eine weitere Erklärung für die Transformationsblockade lautet, dass ein kapitalistisches, auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem unvereinbar mit einer ökologischen Wende und Abkehr von fossilen Energieträgern ist (vgl. die Diskussionen in Dörre et al., 2019). Für ein ‚grünes Wachstum‘ müssten Treibhausgasemissionen erfolgreich vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden, was bislang nur bedingt gelungen ist (Schmelzer, 2023). Ein möglicher Widerspruch zwischen Wachstum und sozial-ökologischer Transformation wird gegenwärtig selbst in großen Wirtschaftsforschungsinstituten diskutiert (Bardt, 2024; Fratzscher, 2024). Ihre Diskussion geht historisch aber weit zurück. Bereits Karl Marx thematisierte einen Bruch im natürlichen Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, den er als „Metabolic Rift“ bezeichnete (Foster, 1999). Auch in gegenwärtigen Arbeiten finden sich darauf aufbauend Theorien eines systemischen Bruchs zwischen Gesellschaft und Ökologie, wenn es um den Klimawandel und Kohlenstoffkreisläufe (Clark & York, 2005) und die Rolle der Erwerbsarbeit im Kapitalismus geht (Schaupp, 2024).

Ein Grund für diese Widersprüche wird in einem dem Kapitalismus innewohnenden krisenhaften „Expansionszwang“ (Eversberg et al., 2024, S. 60) gesehen, der Gesellschaft und Ökologie gleichermaßen erfasst. Dieser umfassende Zwang zu Wachstum und stetiger Steigerung ergibt sich aus den bestehenden Macht- und Anreizstrukturen – den marktwirtschaftlichen Spielregeln – wonach Unternehmen nicht nur langfristig, sondern auch kurz- und mittelfristig profitabel und rentabel sein müssen. Diese Anreizsysteme sind aber nur bedingt mit den langfristigen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Maximen effektiven Klimaschutzes und ökologischen Wirtschaftens vereinbar (Beckert, 2024, 124ff.; Fraser, 2023).

Tatsächlich finden sich auch in der breiten Bevölkerung Zweifel an der Vereinbarkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung und der sozial-ökologischen Transformation. In unseren Daten des SCP zeigt sich, dass etwas mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung (53 %) der Aussage zustimmen, dass unser Wirtschaftssystem von Grund auf verändert werden muss, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen.

Zusammenhalt vs. Transformation?

Schließlich, und in diesem Bericht zentral, steht zur Debatte, ob die sozial-ökologische Transformation ganz grundlegend den Zusammenhalt moderner Gesellschaften infrage stellt und sich deswegen in einer Blockade befindet. Ökologische Lebensweisen und eine nachhaltige Abkehr von Wirtschaftswachstum und Konsum laufen dem Versprechen sozialer Aufwärtsmobilität zuwider – und stellen damit eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar (Schimank, 2023). In kapitalistischen Gesellschaften haben sozial- und verteilungspolitische Maßnahmen die vom Kapitalismus verursachten Ungleichheiten und Notlagen so weit abgefedert, dass viele Menschen an Konsum und Wohlstand teilhaben konnten. Das Versprechen von sozialer Teilhabe und

sozialem Aufstieg, als „erfolgreiche[m] Modell der sozialen Befriedung“ (Beckert, 2024, S. 42), stellt damit einen wichtigen Pfeiler gesellschaftlicher Sozialintegration dar (Schimank, 2023). Es hatte aber durch das extreme Anwachsen der Mittelschichten und ihrer Konsumpraktiken in der Tat eine Kehrseite in den ökologischen Auswirkungen und gestiegenen CO_2-Emissionen der letzten Jahrzehnte.

Für eine sozial-ökologische Transformation ist daher eigentlich ein grundlegender kultureller Wandel notwendig – insbesondere eine Abkehr von konsumorientierten Lebensstilen und dem Versprechen von Fortschritt im Sinne eines permanenten Wohlstandszuwachses. Der Anteil am CO_2-Ausstoß ist aber sozial sehr ungleich verteilt: Ökonomisch privilegierte Gruppen verursachen deutlich höhere Emissionen als ärmere (Bohmann & Küçük, 2024; Chancel, 2022). Wie können die Lasten klimapolitischer Maßnahmen vor diesem Hintergrund gerecht verteilt werden? Wie gerecht wäre etwa eine CO_2-Besteuerung, die tatsächlich eine spürbare Lenkungswirkung entfaltet, aber zugleich dazu führt, dass Flugreisen zum Luxusgut werden, das sich Menschen mit geringen Einkommen kaum noch leisten können?[2] So bliebe für diejenigen Gruppen, die überproportional zum menschengemachten Klimawandel beitragen – und damit ja auch zur Notwendigkeit dieser Maßnahme – weiterhin die Möglichkeit des Fliegens bestehen, wenn auch zu höheren Kosten. Es zeigt sich: Ein effektiver Klimaschutz stellt gesellschaftliche Statusordnungen und ihre lebensweltlichen Verankerungen zur Disposition und macht diese zu einem Konfliktfeld (Salheiser & Richter, 2023). Das birgt die Gefahr, dass sich Statuskonkurrenzen, Gerechtigkeitskonflikte und Milieugegensätze im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation verschärfen und sich zum Beispiel Dynamiken eines ‚mit-dem-Finger-aufeinander-Zeigens‘ verstärken.

Auf der anderen Seite haben sich in vielen sozialen Milieus bereits ökologische Lebensstile etabliert. Diese sind aber nicht losgelöst von sozialen Ungleichheiten. Der Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen in der Mobilität ist nicht für alle sozialen Gruppen gleichermaßen möglich. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel hängt vom ÖPNV-Angebot ab – die beste Anbindung findet sich meist in Innenstadtnähe, wo sich in den meisten Städten aber nur noch privilegierte soziale Schichten überhaupt Wohnraum leisten können. Nachhaltiger und ökologischer Konsum haben sich mithin zu einem Statusdistinktionsmerkmal von Mittel- und Oberschichten entwickelt, mit dem sich privilegierte Gruppen von anderen sozialen Gruppen abgrenzen (Neckel, 2018). Vor diesem Hintergrund konfrontieren Verzichtsappelle und Aufrufe zu nachhaltigem Konsum weniger privilegierte soziale Gruppen womöglich mit einer Verlustangst der eigenen Lebensweise (vgl. Reckwitz, 2024) und mit der Angst davor, dass sich für die eigene Biografie die Zukunftsversprechen der Vergangenheit in der Gegenwart nicht mehr realisieren lassen (vgl. Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022, Kapitel 5).

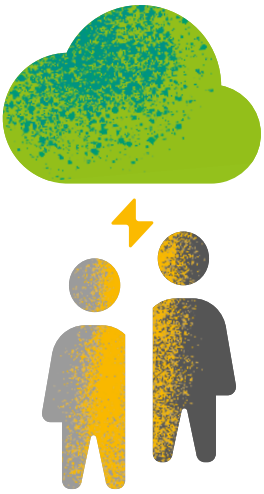
Unsere Daten des SCP zeigen: Um die 40 Prozent der Bevölkerung sorgen sich vor einem Absinken des eigenen Lebensstandards infolge der Klimapolitik. Dementsprechend verbreitet ist auch die Sorge, dass die sozial-ökologische Transformation eine Gefährdung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen könnte. In unserer Befragung des SCP berichten 70 Prozent der Personen, dass sie sich Sorgen machen, dass Konflikte in der Gesellschaft wegen der Klimapolitik zunehmen werden.

1.3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der sozial-ökologischen Transformation

Auch in der Politik herrscht häufig Ratlosigkeit und die Besorgnis, soziale Gruppen mit Zumutungen der Transformation zu überfordern (vgl. Beiträge in: Bundeskanzleramt, 2024). Im zweiten Zusammenhaltsbericht wollen wir der Transformationsblockade und möglichen Auswegen aus ihr auf die Spur kommen. Wir fokussieren dafür auf den dritten Erklärungsansatz der Transformationsblockade und damit auf die Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der sozial-ökologischen Transformation. Umgekehrt fragen wir aber auch nach den Potenzialen gesellschaftlichen Zusammenhalts als einer kollektiven Ressource zur Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Was verbindet und was trennt also soziale Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungen zu Klimaschutz und Klimapolitik? Diesen Fragen gehen wir empirisch auf Basis der vier zentralen Dateninfrastrukturen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) nach.

---

[2] Diese Fragen knüpfen an Debatten an, die auch in globaler Perspektive von hoher Relevanz sind und unter dem Stichwort der „Klimagerechtigkeit“ diskutiert werden. So stellt sich die Frage, wie gerecht es wäre, von Staaten des globalen Südens zu verlangen, ihren CO_2-Ausstoß zu senken, wenn der globale Norden für den überwiegenden Anteil der historischen CO_2-Emissionen verantwortlich ist, die zugleich die Grundlage für Wohlstand und Wachstum in diesen Ländern bildeten.



In Anlehnung an die Systematik in unseren bisherigen Berichten (Teichler et al., 2023; Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022) gehen wir davon aus, dass zusammenhaltsgefährdende Spaltungen in den Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation dann auftreten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:[3]

1. Systematische Einstellungskonflikte in Fragen rund um Klimawandel und Klimapolitik zwischen sozialen Gruppen, die sich auch in Einstellungskonflikten zu anderen gesellschaftspolitischen Themenfeldern gegenüberstehen (z. B. Migration oder Gleichstellung der Geschlechter)

2. Eine Überlagerung bzw. Übereinstimmung dieser Einstellungskonflikte mit sozioökonomischen Ungleichheiten – damit verbunden sind Machtgefälle zwischen sozialen Gruppen und somit ungleiche Möglichkeiten zur Durchsetzung politischer Interessen

3. Mobilisierung und Repräsentation der gegensätzlichen Einstellungsgruppen durch politische Akteure – die in der Folge auch zu affektiver Polarisierung und Segregationsprozessen führen können (vgl. Teichler et al., 2023)

Um diese Phänomene zu analysieren, gehen wir im zweiten Zusammenhaltsbericht in drei Schritten vor:

Erstens analysieren wir, wie Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation und zum Klimawandel in der Bevölkerung verteilt sind und inwiefern sie konfliktträchtig wirken. Im Fokus steht hier die Frage, ob und wie bestimmte Themenkonflikte mit sozioökonomischen Ungleichheiten sowie weiteren gesellschaftspolitischen Spannungsfeldern überlagert sind. Zweitens richten wir den Blick auf die politische Arena. Wir untersuchen, inwieweit gesellschaftliche Einstellungsunterschiede politisch aufgegriffen und mobilisiert werden. Dabei analysieren wir insbesondere die Rolle politischer Akteure in der Repräsentation und Verstärkung gegensätzlicher Positionen. Drittens widmen wir uns den daraus resultierenden Dynamiken von Konflikt und Verständigung. Wir analysieren, welche Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sich im Kontext der sozial-ökologischen Transformation abzeichnen – aber auch, welche Potenziale für neue gesellschaftliche Koalitionen sichtbar werden. Daraus leiten wir mögliche Szenarien ab, die sowohl Herausforderungen als auch Chancen für eine zukunftsfähige nachhaltige Gesellschaft markieren.

Der zweite Zusammenhaltsbericht leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation in der Bevölkerung und liefert zugleich Hinweise für eine Erklärung und Überwindung der gegenwärtigen Transformationsblockade. Wir erweitern die bestehende Forschung auf drei Weisen: Erstens nehmen wir neben Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutz auch allgemein die Sorgen über die Folgen einer ökologischen Transformation in den Blick. Zweitens können wir auf Basis des SCP Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation mit einer in dieser Form einzigartigen Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Einstellungen sowie politischer Haltungen und Verhaltensweisen kombinieren. Zudem bietet uns das SCP die Möglichkeit, diese Einstellungen und Haltungen im Zusammenspiel mit umfassend erhobenen soziodemografischen Angaben der Befragten zu analysieren. Drittens integrieren wir die drei weiteren zentralen Dateninfrastrukturen des FGZ, wodurch wir den Blick von der Einstellungsebene auf biografische Verankerungen und mögliche Verständigungspfade (Qualitatives Panel), regionale Tiefenbohrungen (RISC Regional Panel) sowie mediale und diskursive Dynamiken (Social Media Observatory) erweitern. Auf diese Weise rekonstruieren wir in einmaliger und datenbasierter Form, wie Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation mit den sozialen Lagen, Erfahrungen und Alltagswelten der Befragten verflochten sind – und wie sie zugleich in politisch-medialen Öffentlichkeiten repräsentiert werden.

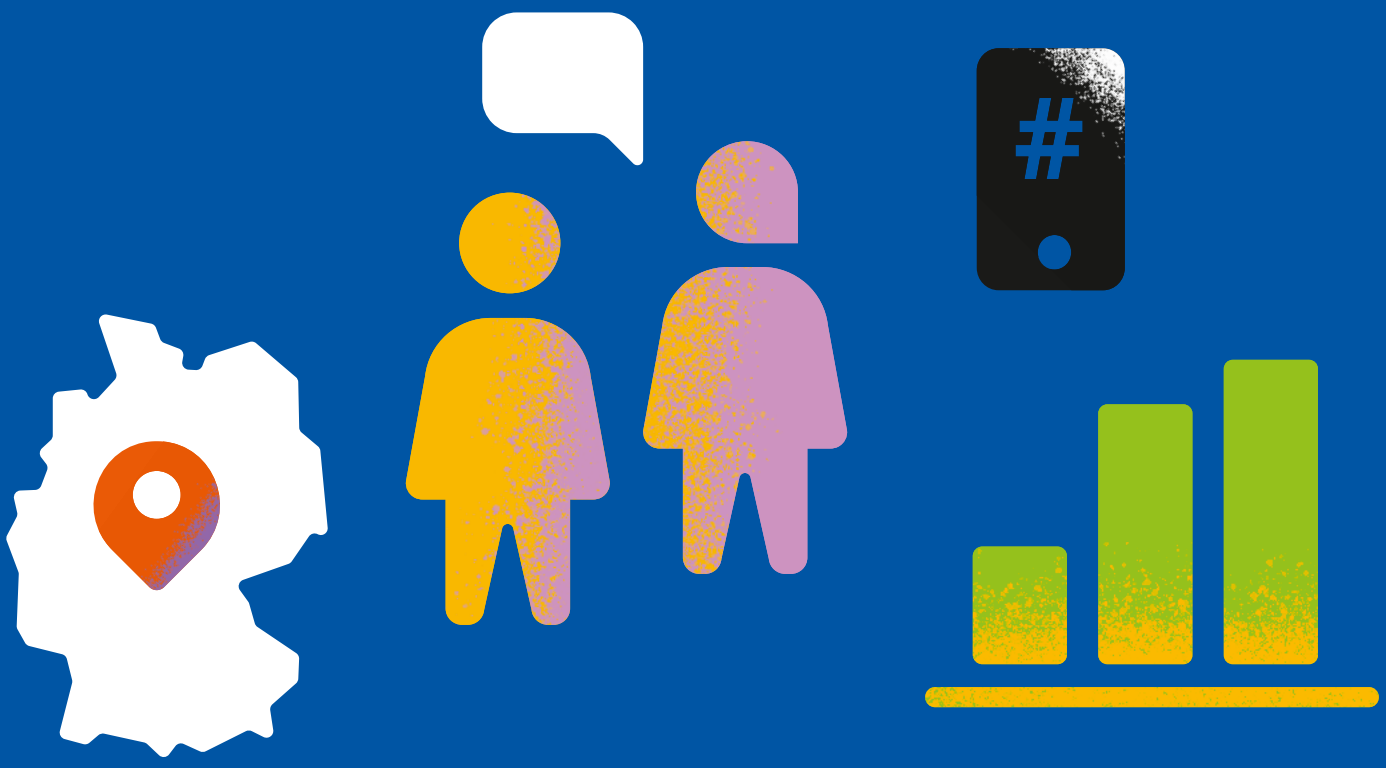
[3] Bei der Analyse orientieren wir uns an dem Konzept der „Cleavages“ aus den Politik- und Sozialwissenschaften und der These zur Entstehung eines neuen transnationalen „Cleavage“ im Zeitalter der Globalisierung (vgl. Hooghe & Marks, 2018). In unserer bisherigen Berichterstattung haben wir als zu erfüllende Bedingung für gesellschaftliche Spaltungen auch die Rolle alltagsweltlicher Segregationen und affektiver Polarisierung betont. In diesem Bericht möchten wir an dieser Stelle auch auf den politischen Charakter gesellschaftlicher Spaltungen verweisen, weil eine gelingende Transformationspolitik von der Mobilisierung gesellschaftlicher Koalitionen abhängt, die eine sozial-ökologische Transformation befürworten.

I | KAPITEL 2

Datengrundlage: Dateninfrastrukturen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Svenja Oltmanns, Oliver Arránz Becker, Julian B. Axenfeld, Jakob Hartl, Andrea Hense, Torvid Kreisler, Ina Mayer, Nils Teichler & Gregor Wiedemann

DOI: 10.82162/g0q0-yy18



Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erhebt verschiedenartige themen- und methodenspezifische Daten, die die Erforschung von Zusammenhalt auf unterschiedlichen Ebenen ermöglichen. Für diesen Bericht wurden die vier zentralen Dateninfrastrukturen des FGZ verwendet, um gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Klimakrise zu untersuchen: das German Social Cohesion Panel (SCP) als deutschlandweite repräsentative Längsschnittstudie mit über 8.000 Befragten; das RISC Regional Panel (RegPan), welches in zwölf ausgewählten Gemeinden repräsentative quantitative Befragungen durchführt; das Social Media Observatory (SMO), welches Posts und Informationen auf sozialen Medienplattformen sammelt und für die Forschung aufbereitet; und das Qualitative Panel (Quali Panel), welches wiederholt biografische Tiefeninterviews mit 90 Personen und deren Haushaltsmitgliedern führt. Im Folgenden werden die vier zentralen FGZ-Dateninfrastrukturen und die jeweilige Datenbasis für den zweiten Zusammenhaltsbericht vorgestellt.

2.1 German Social Cohesion Panel (SCP)

Das German Social Cohesion Panel (SCP) ist eine seit 2021 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung auf Basis einer repräsentativen Einwohnermeldeamtsstichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland (Gerlitz et al., 2024). Die Daten werden vom Forschungsdatenzentrum des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FDZ-FGZ) in Kooperation mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (infas) erhoben. Ziel des SCP ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt aus verschiedenen Perspektiven zu erfassen und dessen Wandel über die Zeit zu untersuchen. Das SCP beinhaltet Fragen zur Wahrnehmung des Zusammenlebens und der Identifikation, zu sozialen Ungleichheiten und Konflikten, gesellschaftspolitischen Einstellungen und Werten, sozialen Bekanntenkreisen und vielen weiteren Themenbereichen. In der zweiten Befragungswelle des SCP lag ein Befragungsschwerpunkt auf Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik, die das Grundgerüst dieses Berichts bilden. Die Daten des SCP stehen der wissenschaftlichen Community für Forschungszwecke zur Verfügung und können am FDZ-FGZ bestellt werden.

Die Analysestichprobe für den zweiten Zusammenhaltsbericht basiert auf der zweiten Befragungswelle des SCP, die zwischen September 2022 und Januar 2023 durchgeführt wurde. In die Auswertungen in diesem Bericht gehen Interviews von 8.288 Personen aus der untersuchten Grundgesamtheit der Privathaushalte ein.[4] Es handelte sich um eine selbstadministrierte Befragung ohne Interviewer:innen, bei der die Befragten zwischen einem Online-Fragebogen (Computer-Assisted Web Interviewing bzw. CAWI; per Computer, Smartphone oder anderen internetfähigen Geräten) und einem Papierfragebogen (Paper and Pencil Interviewing bzw. PAPI; schriftlich per postalisch zugestelltem Fragebogen) wählen konnten. An der zweiten Welle des SCP nahmen 69 Prozent der Befragten online und 31 Prozent via Papierfragebogen teil.

Neben der Beantwortung einer Vielzahl gesellschaftspolitischer Fragen machten die Teilnehmer:innen der zweiten Welle des SCP umfangreiche Angaben zu ihren sozialen und materiellen Lebensumständen. Tabelle 2.1 zeigt die zentralen soziodemografischen Merkmale der Befragten, die auch in den folgenden Kapiteln noch eine Rolle spielen werden. Neben dem Alter, dem Verstädterungsgrad des Wohnorts und der Bildung (Schul- und Berufsbildung) betrachten wir dabei auch die Einkommensposition der Befragten.[5] Um Zusammenhänge zwischen Berufen und Klimawandeleinstellungen zu untersuchen, wurden zudem die Berufe der Befragten anhand des

[4] Von den insgesamt 8.642 befragten Personen in der zweiten Befragungswelle des SCP wurden 354 Personen ausgeschlossen, da sie nicht zur Zielpopulation von Personen in privaten Haushalten gehören. Dazu zählen Personen aus Gemeinschaftsunterkünften oder Heimen und Befragte aus Haushalten mit mehr als zehn Haushaltsmitgliedern (oder fehlenden Angaben zur Haushaltsgröße).

[5] Zur Bestimmung der Einkommensposition wurde das nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen verwendet (Nettoäquivalenzeinkommen) und in Relation zur Position des Medianeinkommens in der Bevölkerung kategorisiert. So liegt ein Einkommen in der Kategorie „100–120 %“ zwischen dem Medianeinkommen und den 1,2-fachen des Medianeinkommens. Zur besseren Lesbarkeit wurden die Einkommensgruppen als Bereiche wie zum Beispiel „100–120 %“ bezeichnet. Tatsächlich umfassen diese jedoch alle Personen mit einem Einkommen über (>) 100 Prozent bis einschließlich (≤) 120 Prozent des Medianeinkommens.

Greenness-of-Jobs-Index (GOJI, siehe Janser, 2018) in drei Kategorien eingeteilt: „grüne“ Berufe mit überwiegend umweltfreundlichen Tätigkeiten (zum Beispiel solche, die zur Verringerung der Nutzung fossiler Brennstoffe beitragen, wie eine Fachkraft für Umweltschutz), „weiße“ Berufe, die weder umweltschädlich noch -freundlich sind (zum Beispiel Erzieherin), und „braune“ Berufe mit überwiegend umweltschädlichen Tätigkeiten – wie etwa Berufe in der Kunststoffherstellung.[6]

Wie in den meisten wissenschaftlichen Befragungen nehmen auch im SCP nicht alle eingeladenen Personen tatsächlich teil. Dies kann zu Verzerrungen in der Stichprobe führen und die Generalisierbarkeit der Ergebnisse einschränken. Solche Verzerrungen lassen sich durch statistische Gewichtungsverfahren reduzieren. Die vorliegenden Gewichte berücksichtigen zum einen, dass bei der Ziehung ostdeutsche Gemeinden und durch die Einladung zusätzlicher Haushaltsmitglieder große Haushalte überrepräsentiert wurden. Zum anderen berücksichtigen die vorliegenden Gewichte die Wahrscheinlichkeiten der Personen in den eingeladenen Haushalten, tatsächlich an der Befragung teilzunehmen.[7] Abschließend wurden die Gewichte so angepasst, dass die Verteilung zentraler Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Staatsangehörigkeit und der Anteil an Ost- und Westdeutschen im Datensatz möglichst gut denen in der tatsächlichen Bevölkerung entspricht.

Tabelle 2.1 enthält die ungewichteten absoluten Häufigkeiten der zentralen und weiteren soziodemografischen Merkmale sowie deren ungewichtete und gewichtete relative Häufigkeiten. So zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund, niedrigem Bildungsabschluss oder geringem Einkommen, die in Umfragen oft untererfasst sind, durch die Gewichtung stärker berücksichtigt werden.

[6] Den GOJI haben wir entlang der Klassifikation der Berufe 2010 (KldB2010, 3-Steller plus 5. Stelle) auf Basis des IAB-Berufepanel (Grienberger et al., 2023) an die Befragungsdaten des SCP angespielt. Als „grün“ bzw. „braun“ gelten Berufe, in denen die Anteile „grüner“ bzw. „brauner“ Tätigkeiten überwiegen. Als „weiß“ gelten Berufe, in denen weder „braune“ noch „grüne“ Tätigkeitsanteile vorhanden sind oder die Anteile „grüner“ und „brauner“ Tätigkeiten identisch sind.

[7] Diese Wahrscheinlichkeiten wurden anhand von Informationen aus der Stichprobe, aus mikrogeografischen Daten und – soweit vorhanden – aus früheren Befragungen geschätzt.

Tabelle 2.1: Stichprobe nach soziodemografischen Merkmalen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2). Anmerkungen: Häufigkeitsauszählungen, ungewichtete und gewichtete Ergebnisse; die Summen der Fallzahlen weichen aufgrund fehlender Werte von der Gesamtzahl der Fälle in der Stichprobe ab; die Summe der Prozentangaben kann aufgrund von Rundungen von 100 abweichen; der Migrationshintergrund wurde so definiert, dass Personen als zugehörig gelten, wenn sie selbst oder mindestens ein Eltern- oder Großelternteil nicht in Deutschland geboren wurde; die Kategorien „in Schule/Ausbildung“ (Bildung) und „divers“ (Geschlecht) werden aufgrund der geringen Fallzahl in den folgenden Kapiteln zwar in den Analysen einbezogen, aber nicht in den Auswertungen und Abbildungen dargestellt.

	N	in % ungewichtet	in % gewichtet
Gesamte Stichprobe	8.288	100,0 %	100,0 %
Zentrale soziodemografische Merkmale			
Alter			
18–25 Jahre	775	9,4 %	8,9 %
26–35 Jahre	1.258	15,2 %	16,6%
36–45 Jahre	1.136	13,8 %	15,0 %
46–55 Jahre	1.251	15,2 %	15,7 %
56–64 Jahre	1.577	19,1 %	17,7 %
65+ Jahre	2.261	27,4 %	26,2 %
Verstädterungsgrad			
ländlich (unter 5.000 Einwohnende)	1.628	19,6 %	18,6 %
klein- & mittelstädtisch (5.000 bis 100.000 Einwohnende)	3.803	45,9 %	47,7 %
großstädtisch (über 100.000 Einwohnende)	2.857	34,5 %	33,7 %
Einkommensposition			
unter 60 %	916	11,1 %	17,2 %
60–80 %	1.079	13,1 %	16,3 %
80–100 %	1.571	19,1 %	19,0 %
100–120 %	1.145	13,9 %	13,4 %
120–150 %	1.591	19,3 %	17,1 %
150–200 %	1.266	15,4 %	11,7 %
über 200 %	666	8,1 %	5,3 %
Bildung			
in Schule/Ausbildung	37	0,5 %	0,6 %
höchstens Mittlere Reife	208	2,5 %	7,2 %
Hauptschulabschluss + Lehre	731	8,9 %	19,6 %
Mittlere Reife + Ausbildung	2.626	32,1 %	32,9 %
Abitur (+/- Ausbildung)	1.879	23,0 %	17,3 %
(Fach-)Hochschulabschluss	2.696	33,0 %	22,4 %
Greenness-of-Jobs-Index (GOJI)			
„grüne“ Berufe	1.596	20,3 %	20,3 %
„weiße“ Berufe	2.191	27,9 %	24,6 %
„braune“ Berufe	867	11,0 %	12,8 %
nicht erwerbstätig/arbeitslos	3.199	40,7 %	42,3 %
Weitere soziodemografische Merkmale			
Geschlecht			
männlich	4.133	49,9 %	48,7 %
weiblich	4.132	49,9 %	51,2 %
divers	15	0,2 %	0,2 %
Region			
Westdeutschland	5.416	65,4 %	80,7 %
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	2.872	34,7 %	19,3 %
Migrationshintergrund			
mit	1.910	23,1 %	31,3 %
ohne	6.378	77,0 %	68,7 %
Erwerbsstatus			
Vollzeit	3.230	39,7 %	39,0 %
Teilzeit/sonstige	1.716	21,1 %	20,5 %
arbeitslos	152	1,9 %	2,9 %
nicht erwerbstätig	3.047	37,4 %	37,6 %

Methodisches Vorgehen

Der Datensatz der zweiten Welle des German Social Cohesion Panel (SCP) wurde für die Analysen in diesem Bericht um Angaben derselben Personen aus der ersten und dritten Befragungswelle ergänzt. Bei Einstellungen zum Klimawandel betrifft das die Frage, ob der Klimawandel für aufhaltbar gehalten wird („Wie sehr sind Sie davon überzeugt, dass man durch Maßnahmen den Klimawandel noch aufhalten kann?“, siehe Kapitel 3), die der ersten Befragungswelle entnommen wurde. Dies betrifft auch weitere Einstellungsfragen; wir haben dies in den folgenden Kapiteln jeweils bei den entsprechenden Analysen vermerkt. Eine genaue Übersicht der aus anderen Wellen verwendeten Variablen und eine Beschreibung zum Umgang mit fehlenden Werten bei den soziodemografischen Merkmalen finden sich im Online- Anhang zu Kapitel 2 (u.a. in Tabelle A2.2).

Für die statistischen Regressionsanalysen in den folgenden Kapiteln berücksichtigen wir als unabhängige Variablen stets die Merkmale, die in Tabelle 2.1 aufgeführt sind. Ein inhaltliches Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Alter, dem Verstädterungsgrad, der Einkommensposition, der Bildung und dem Greenness-of-Jobs-Index (GOJI). Diesen wohnt im Kontext von Klimafragen ein gewisses Konfliktpotenzial inne (siehe Kapitel 4). Geschlecht, Region, Migrationshintergrund und Erwerbsstatus werden in den Analysen kontrolliert, stehen aber inhaltlich nicht im Fokus dieses Berichts.

2.2 RISC Regional Panel (RegPan)

Das RISC Regional Panel (RegPan) ist eine selbstadministrierte Längsschnittstudie und wird in Kooperation der FGZ-Standorte Bielefeld, Göttingen, Hannover und Halle sowie dem Erhebungsinstitut Centouris an der Universität Passau durchgeführt (Sackmann et al., 2024; Sackmann & Mayer, 2024). Das RegPan nimmt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf lokaler Ebene unter die Lupe: In wenigen, gezielt ausgewählten Kommunen werden viele Menschen befragt, um regionale Unterschiede und Zusammenhänge sichtbar zu machen. Dazu werden zufällig ausgewählte Personen ab 16 Jahren in zwölf deutschen Kommunen in vier Bundesländern (jeweils eine Großstadt, eine Mittelstadt und eine ländliche Kommune) mit Web- und Papierfragebögen (CAWI und PAPI, siehe oben) befragt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Befragungen erarbeiten die beteiligten FGZ-Standorten und die Kommunen, denen als Kooperationspartnerinnen die Möglichkeit für das Einbringen eigener Fragen eingeräumt wurde. So untersuchen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt u. a. bezüglich des Einflusses von Ab- und Zuwanderung (Halle), infrastruktureller Ausstattung (Göttingen), nachbarschaftlichem Leben (Hannover) und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Bielefeld). Zudem betrachten wir Zusammenhalt in Bezug auf große gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie den menschengemachten Klimawandel. Dabei geht es stets darum, mittelbare globale Entwicklungen in ihren unmittelbaren regionalen Auswirkungen, zum Beispiel im Stadtteil, zu verstehen.

Für diesen Bericht verwenden wir Daten der zweiten Befragungswelle des RegPan, an der 6.592 Personen teilnahmen. Die Erhebung fand im Frühjahr 2023 statt und zwei Drittel der Befragten antworteten online, ein Drittel schriftlich-postalisch. Für die Analysen im Zusammenhaltsbericht wählten wir die 3.962 Befragten in vier Großstädten aus, die wir ihren Stadtteilen zuordnen konnten.

2.3 Social Media Observatory (SMO)

Das Social Media Observatory (SMO) am FGZ-Standort Hamburg sammelt und analysiert Daten von sozialen Medienplattformen, um Diskurse und Debatten mit Relevanz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt untersuchen zu können (Wiedemann et al., 2023). Eine wesentliche Grundlage der Sammlung ist die Datenbank öffentlicher Sprecher:innen (DBöS), die unter anderem Politiker:innen in Bundes- und Landtagen, Parteiorganisationen und Medienangebote samt ihrer Social-Media-Accounts auf verschiedenen Social-Media-Plattformen umfasst (Schmidt et al., 2023). Der darauf aufbauende Datensatz DBöS-Konversationen des SMO wurde im April 2023 über den speziellen Forschungskanal (Academic API) von Twitter (seit Juli 2023 X) erhoben. Er beinhaltet etwa 7 Millionen Tweets der Plattform, die zwischen März 2021 und März 2023 gepostet wurden. Gesammelt wurden sämtliche Posts der öffentlichen Sprecher:innen sowie alle darauf reagierenden Antworten anderer Nutzer:innen. Die wohldefinierte und kontinuierlich kuratierte Grundgesamtheit der DBöS-Accounts ermöglichte die Sammlung eines wichtigen und zugleich klar abgegrenzten Ausschnitts der sozialen Medienöffentlichkeit. Insbesondere ermöglicht die Datensammlung den Vergleich unterschiedlicher Diskursebenen wie Politik, Medien und Teilen der politisch interessierten Bürgerschaft, die sich am öffentlichen Diskurs auf der Plattform beteiligten.

2.4 Qualitatives Panel (Quali Panel)

Das Qualitative Panel (Quali Panel) ist eine qualitative Längsschnittstudie, die seit 2020 in Kooperation zwischen den FGZ-Standorten Bremen und Göttingen durchgeführt wird (Holubek-Schaum et al., 2024; Koevel et al., 2023). Ziel ist es, zu verstehen, wie unterschiedliche soziale Milieus gesellschaftlichen Zusammenhalt erleben und wie sich dies in ihren alltäglichen Praktiken der Lebensführung widerspiegelt. Dazu werden 90 Personen aus fünf Untersuchungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland etwa alle zwei Jahre mit biografisch-narrativen Interviews wiederholt befragt. Das Längsschnittdesign der Studie erlaubt es, Veränderungen im Zeitverlauf nachzuvollziehen – etwa in Alltagsorientierungen, Zukunftserwartungen oder im Umgang mit gesellschaftlichen Krisen und Transformationen.

Die Grundgesamtheit der Stichprobe ist die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland. Die Stichprobe wurde in einer bewussten, mehrstufigen Fallauswahl gezogen, bei der die erste Ebene aus fünf Regionen besteht. Diese haben wir anhand des Raumindexes des Thünen-Instituts nach den Merkmalen „Stadt/Land“, „Ost/West“ und „ökonomisch stark/schwach“ kontrastiv ausgewählt. Auf der zweiten Ebene (Haushaltsebene) wurden verschiedene Wohnformen berücksichtigt (Einpersonenhaushalt, Paar, Familie, Wohngemeinschaft, Wohnungslosigkeit). Das Sample ist heterogen zusammengesetzt in Bezug auf Statusgruppen, Berufe, Beschäftigungsformen, Alter, Geschlecht, soziale Herkunft sowie Migrationserfahrung.

Bei den biografisch-narrativen Interviews, die im Jahr 2021 erhoben wurden, standen vor allem die Biografien, die Lebens- und Arbeitssituationen sowie die sozialen Netzwerke der Interviewten im Vordergrund. In 2023 wurden diese durch problemzentrierte Haushaltsinterviews zum Alltagsmanagement und die Sorgen aufgrund verschiedener aktueller Krisen ergänzt und nach Möglichkeit die Haushaltsmitglieder unserer Ankerpersonen in Gruppengesprächen hinzugezogen.

II.

Gesellschaftliche Spaltungen in der sozial-ökologischen Transformation?

II | KAPITEL 3

Einstellungen zum Klimawandel und zur sozial-ökologischen Transformation in Deutschland

Nils Teichler & Clara Dilger

DOI: 10.82162/xdsm-sv32

Die Klimakrise ist längst im Alltag vieler Menschen angekommen – extreme Wetterlagen, Sorgen um die Zukunft, Diskussionen über politische Maßnahmen. Doch wie genau blickt die Bevölkerung in Deutschland auf den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation? Auf Basis repräsentativer Daten des German Social Cohesion Panel (SCP) zeigen wir in diesem Kapitel, wie verbreitet das Problembewusstsein ist und wo Sorgen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Klimapolitik dominieren. Anhand der Analyse verschiedener Einstellungsdimensionen identifizieren wir fünf Klimatypen, die ein differenziertes Bild gesellschaftlicher Haltungen zeichnen. So wird deutlich, wo Zustimmung überwiegt – und wo gesellschaftliche Bruchlinien bestehen. Das Kapitel bildet damit die Grundlage für die weiteren Analysen im Zusammenhaltsbericht.

Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik haben unterschiedliche Facetten. Diese können von der rationalen Einsicht der Existenz des menschengemachten Klimawandels, über Wirksamkeitsüberzeugungen im Kampf gegen den Klimawandel, bis zur Bewertung ganz konkreter klimapolitischer Maßnahmen reichen. In der Forschung zum Umwelt- und Klimawandelbewusstsein werden dabei üblicherweise drei Einstellungsdimensionen unterschieden (Ohlsen, 2018; Preisendörfer, 1999). Diese betreffen das Verständnis der Gefährdung durch den Klimawandel und des menschengemachten Beitrags zu diesem (kognitiv), die emotionale Besorgnis um die Folgen des Klimawandels (affektiv) ebenso wie die Überzeugung von der Notwendigkeit und die Bereitschaft zum Handeln (konativ).

In der jüngeren Vergangenheit hat es vermehrt Versuche gegeben, Klimaeinstellungen nicht nur einzeln zu erfassen, sondern sie zu systematisieren und zu untersuchen, ob sich spezifische Einstellungsmuster in der Bevölkerung identifizieren lassen. Eine Studie aus dem Jahr 2021 für Deutschland (Klinger et al., 2022), die an frühere – auch internationale – Studien anschließt (Metag et al., 2017), hat in der Bevölkerung entlang unterschiedlicher Einstellungsdimensionen und des individuellen Klimaschutzverhaltens fünf Einstellungstypen identifiziert, die sich systematisch unterschieden (Anteile in der Bevölkerung in Klammern). Sie finden die „Alarmierten Aktiven“ (22 %), die „Überzeugten“ (25 %), die „Vorsichtigen“ (32 %), die „Unbeteiligten“ (14 %) und die „Abwehrenden“ (10 %). Im Vergleich zu früheren internationalen Studien (Metag et al., 2017) zeigte sich eine bemerkenswerte Stabilität der identifizierten Typen über Ländergrenzen hinweg und im Zeitverlauf. Im internationalen Vergleich fällt jedoch auf, dass sich die „Abwehrenden“ in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern weniger durch eine grundsätzliche Leugnung des Klimawandels als wissenschaftlich belegbares Phänomen auszeichneten, sondern eher durch eine geringere Überzeugung, dass der Klimawandel menschengemacht ist (Trendskeptiker:innen vs. Ursachenskeptiker:innen, vgl. Rahmstorf, 2004).

Wir erweitern die bestehende Forschung, indem wir in unserer Typenbildung neben den in früheren Studien untersuchten Einstellungsdimensionen zu Klimawandel und Klimaschutz auch die Transformationssorgen der Befragten berücksichtigen.

Ein größeres Bewusstsein für den Klimawandel und seine Gefahren muss nicht zwangsläufig auch das engagierte Einstehen für die sozial-ökologische Transformation und Befürwortung konkreter klimapolitischer Maßnahmen zur Folge haben. Untersuchungen zeigen, dass Menschen vielfach Zielkonflikte zwischen effektiven Klimaschutzmaßnahmen und Wohlstand, Wirtschaft, oder auch Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt wahrnehmen (Holzmann & Wolf, 2023). So zeigen auch aktuelle Auswertungen der Daten des German Social Cohesion Panel (SCP), dass Einstellungen zur Klimapolitik und das Klimawandelbewusstsein unterschiedliche Einstellungsdimensionen darstellen (Richter et al., 2024).

Im Folgenden stellen wir auf Basis der Umfragedaten des SCP für das Jahr 2022 Zustimmungsraten zu Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik in der Bevölkerung dar. In der Folge identifizieren wir in den untersuchten Einstellungen mithilfe statistischer Klassifikationsverfahren fünf klar voneinander unterscheidbare Einstellungsprofile zu Fragen des Klimawandels und der Klimapolitik. Diese fünf Klimaeinstellungstypen, kurz Klimatypen, werden wir im Fortgang dieses Berichts genauer untersuchen. Damit wollen wir zeigen, zwischen welchen sozialen Gruppen ein gesellschaftlicher Zusammenhalt für die Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation denkbar werden kann, aber auch, wo gesellschaftliche Konflikte um die Transformation entstehen können.

Methodisches Vorgehen

Der Wortlaut der Einstellungsfragen zu Klimawandel und Klimapolitik im Fragebogen des German Social Cohesion Panel (SCP) findet sich im Online-Anhang (siehe Tabelle A3.1). Für die Berechnung der Zustimmungsraten (siehe Abbildung 3.1) haben wir bei Indikatoren, welche eine Zustimmung zu Aussagen auf einer 5er-Skala abgefragt haben, die Angaben „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ als Zustimmung gewertet. Für die Indikatoren zur Abfrage einer Befürwortung des Baus von Solaranlagen oder Windrädern haben wir die Kategorien „eher befürworten“ und „sehr befürworten“ zusammengefasst. Für die Einstellung zu einer Politik zur Bekämpfung des Klimawandels reicht die Skala von 0 „Die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen“ bis 10 „Die Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun“; hier haben wir Werte ab 6 und größer als eine Zustimmung zur entsprechenden Aussage gewertet.

Zur Identifikation der Klimatypen wurde das Verfahren der Latenten Klassenanalyse (Latent Class Analysis, kurz LCA) verwendet. Dieses Verfahren basiert auf der Annahme, dass den Daten eine gewisse Anzahl latenter Klassen zugrunde liegt, welche sich hinsichtlich bestimmter Merkmale voneinander unterscheiden (Bacher & Vermunt, 2010, S. 553). Die LCA trifft im Vergleich zu anderen clusteranalytischen Verfahren Verteilungsannahmen. Sie hat dadurch den Vorteil, dass die optimale Anzahl der Klassen anhand von statistischen Kennwerten bestimmt werden kann. Entsprechend wurden hier verschiedene Klassifizierungs-Lösungen berechnet und daraufhin im Hinblick auf die statistische Güte der Klassifizierung miteinander verglichen.

Die Auswahl der optimalen Gruppenanzahl einer LCA erfolgt anhand von unterschiedlichen Gütekriterien (siehe Tabelle A3.2 im Online-Anhang; vgl. Ferguson et al., 2020). Die formal-statistischen Kennzahlen der Modellrechnungen dienen dabei als Entscheidungshilfen, weitere Kriterien sollten bei der Entscheidung für ein Modell und eine Klassenzahl aber im Besonderen auch die inhaltliche Interpretierbarkeit und die Stabilität des Modells, sowie eine gleichzeitig überschaubare und hinreichend ausdifferenzierte Klassenlösung mit keinen zu kleinen Klassen sein (vgl. Bacher & Vermunt, 2010, S. 564). Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der klaren Interpretierbarkeit und Anschlussfähigkeit an vorherige Studien (Klinger et al., 2022) fiel daher die Entscheidung auf eine 5-Klassen-Lösung.

Insgesamt fließen 7.670 Fälle in die Klassifizierung mit ein, da Fälle mit fehlenden Werten auf einer oder mehreren der Klassifizierungsvariablen von der Analyse ausgeschlossen werden mussten. Es handelt sich bei der LCA um ein probabilistisches Verfahren. Das bedeutet, dass für jede Person im Datensatz pro latenter Klasse eine Wahrscheinlichkeit berechnet wird, dieser Klasse zugewiesen zu werden. Wie in der Forschung üblich weisen wir die Personen derjenigen latenten Klasse zu, für die die Zugehörigkeitswahrscheinlichkeit am höchsten ist.

Für eine zusätzliche Darstellung der Klimatypen (siehe Abbildung 3.3) wurde mit den hier untersuchten 14 Items zu Klimaeinstellungen eine Faktoranalyse durchgeführt. Die Analyse wurde mit der Maximum-Likelihood-Methode vorgenommen. Ein Modell mit zwei Faktoren und orthogonaler Rotation (Varimax) erwies sich dabei als beste Faktorlösung. Eine alternative Rotation mit schiefwinkliger Rotation (oblique, Promax) zeigte lediglich eine sehr geringe Korrelation der beiden Faktoren ($r = -0{,}18$), sodass wir uns für die orthogonale Variante entschieden haben, um eine klarere Trennung der Dimensionen zu ermöglichen. Ein Item zur Einschätzung der Aufhaltbarkeit des Klimawandels wurde aus der Analyse ausgeschlossen, da es nur schwach mit beiden Faktoren korrelierte und eine hohe Uniqueness aufwies. Die verbleibenden Items zeigten eine eindeutige Ladungsstruktur: Ein erster Faktor lässt sich als allgemeines Klimabewusstsein interpretieren – erfasst werden hier etwa die Wahrnehmung der Gefährlichkeit des Klimawandels und Sorgen um die Folgen des Klimawandels. Der zweite Faktor beschreibt Transformationssorgen – also Befürchtungen über gesellschaftliche Folgen tiefgreifender Klimaschutzmaßnahmen, etwa für Wirtschaft, Lebensstandard oder sozialen Zusammenhalt. Diese zweifaktorielle Lösung ist sowohl theoretisch plausibel als auch empirisch gut fundiert und vergleichbar mit Ergebnissen früherer Studien auf Basis des SCP (Richter et al., 2024). Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse der Faktoranalyse findet sich in Tabelle A3.3 im Online-Anhang.

3.1 Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik in Deutschland

In Abbildung 3.1 zeigt sich, dass ein Großteil der Menschen in Deutschland um die Folgen des Klimawandels besorgt ist. Knapp 83 Prozent der Bevölkerung sorgen sich demnach um die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels. Unsere Daten zeigen zudem, dass nur äußerst wenige Menschen der Aussage zustimmen, dass der Klimawandel nicht so gefährlich sei, wie oft behauptet wird (10 %). Im Umkehrschluss erkennen also in etwa 90 Prozent der Menschen in Deutschland die Gefährdungen durch den Klimawandel an. Dies spiegelt sich auch in der von fast drei Vierteln der Bevölkerung geteilten Überzeugung, dass die Politik noch viel mehr tun sollte, um den Klimawandel zu bekämpfen (71 %). Eine ähnlich große Mehrheit befürwortet zum Beispiel lokale Solaranlagen für eine klimafreundliche Energiepolitik (73 %) und versucht auch persönlich zum Klimaschutz beizutragen (67 %).

Aus der Forschung wissen wir, dass schon über viele Jahrzehnte in der Bevölkerung ein breites Bewusstsein für ökologische Themen existiert (Mau et al., 2023,

Abbildung 3.1: Zustimmung zu Klimaeinstellungen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.946–8.273. Anmerkungen: gewichtete Ergebnisse.

S. 213). Trotz dieses scheinbaren Konsenses wurde aber wiederholt auf die Paradoxie im Verhältnis zwischen Umwelteinstellungen und Umweltverhalten hingewiesen (Diekmann & Preisendörfer, 1998). Es mag tendenziell einen aufgeklärten Konsens über die Probleme rund um den Klimawandel geben und auch eine abstrakte Bereitschaft zum Handeln. Aber die Sorge vor Veränderungen und Zumutungen, die auch die eigene Lebensführung betreffen, kann für viele Menschen überwiegen (Eversberg et al., 2024). So zeigt zum Beispiel eine Analyse aus dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) für den Verkehrssektor, dass es für effektive Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen kaum gesellschaftliche Mehrheiten gibt; große Akzeptanz erfahren vor allem wirkungsarme Maßnahmen (Levi et al., 2021).

So sehen wir auch in unseren Daten, dass es große Anteile in der Bevölkerung gibt, die sich Sorgen um die gesellschaftlichen Folgen von Klimawandel und Klimapolitik machen. Das betrifft sowohl die individuellen wirtschaftlichen Folgen, wie die Sorge vor einem Sinken des eigenen Lebensstandards (42 %), als auch die Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt, wie die Sorgen vor einem Verlust von Arbeitsplätzen (49 %). Ebenso sorgt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung um eine Zunahme der Migration (55 %) und eine deutliche Mehrheit (70 %) um gesellschaftliche Konflikte im Zuge der Klimapolitik. Dabei gehen die Meinungen bei den Sorgen um mögliche Folgen klimapolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung deutlich stärker auseinander als das Klimawandelbewusstsein.

3.2 Klimatypen: Einstellungsprofile zu Klimawandel und Transformation

Aus der Forschung zu Umwelt- und Klimaeinstellungen wissen wir, dass Einstellungen zum Klimawandel, die Sorge vor den Folgen des Klimawandels und die Präferenzen für politische Maßnahmen zu dessen Bekämpfung miteinander zusammenhängen können, aber nicht zwangsläufig müssen (Richter et al., 2024). Bisherige Studien legen nahe, dass eine genaue Betrachtung der Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Einstellungsdimensionen rund um Klimawandel und Klimapolitik Aufschluss über gesellschaftliche Konfliktlinien geben kann (Eversberg et al., 2024; Klinger et al., 2022). Für manche Menschen mag ein starkes Problembewusstsein in Bezug auf den Klimawandel zu einer großen Überzeugung von der Notwendigkeit effektiver Klimaschutzmaßnahmen und -politik führen. Andere Menschen jedoch werden den Klimawandel zwar als Problem anerkennen, doch die Sorgen vor den Transformationskosten könnten ihre Bereitschaft schmälern, Klimaschutzpolitik zu unterstützen. Welche unterschiedlichen Einstellungstypen zum Klimawandel und zur Klimapolitik können wir in Deutschland identifizieren? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir ein klassifikatorisches statistisches Verfahren angewandt. Dabei haben wir die oben dargestellten Einstellungen zueinander ins Verhältnis gesetzt und nach sogenannten latenten Einstellungsgruppen gesucht. In diesen werden Personengruppen gebündelt, die besonders ähnliche Muster in ihrem Antwortverhalten zu Fragen des Klimawandels und der Klimapolitik zeigen.

Wir identifizieren in unseren Daten fünf klar voneinander unterscheidbare Klimaeinstellungstypen, die wir im Folgenden als Klimatypen bezeichnen werden. In Abbildung 3.2 sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte der verschiedenen Klimatypen zu Aussagen über Klimawandel und Klimapolitik dargestellt. Die einzelnen Klimatypen stellen wir im Folgenden genauer vor:

Die *Ablehnenden* (8 %) sind die kleinste Gruppe. Sie halten den Klimawandel eher nicht für aufhaltbar, aber auch für weniger gefährlich als behauptet wird. Das Thema hat für diese Gruppe wenig Relevanz und sie ist der Meinung, die Klimapolitik sei bereits zu weit gegangen. Den Bau lokaler Windkraftwerke lehnt sie eher ab, Solarenergie wird teilweise befürwortet. Personen dieses Einstellungstyps machen sich nur teilweise Sorgen um Naturkatastrophen und Extremwetter infolge des Klimawandels, und weisen damit in dieser Hinsicht von allen Gruppen mit Abstand die geringsten Sorgen auf. Am stärksten ausgeprägte Sorgen hat diese Gruppe hingegen bezüglich der Einwanderung nach Europa infolge des Klimawandels sowie der Folgen von Klimapolitik, wie dem Verlust ihres Lebensstandards, dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten.

Die *Indifferenten* (25 %) umfassen knapp ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland. Sie zeichnen sich durch eine gleichgültige oder zumindest unentschiedene Haltung hinsichtlich der meisten Klimaeinstellungen aus. Sie machen sich durchaus einige Sorgen um den Klimawandel, haben aber keine starken Meinungen hinsichtlich dessen Aufhaltbarkeit oder Gefährlichkeit. Die *Indifferenten* sprechen eher selten über dieses Thema und wünschen sich weder mehr noch weniger Klimaschutz, befürworten aber eher den Ausbau von Solarenergie. Sie haben weder ausgeprägte Sorgen um die Folgen des Klimawandels noch um mögliche Auswirkungen der Klimapolitik für die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die *Zustimmenden* (31 %) sind sich nicht sicher, ob der Klimawandel aufgehalten werden kann, sie sehen ihn aber als sehr gefährlich an. Sie stellen die größte Gruppe in Deutschland dar und reden häufiger über das Thema als Personen in den vorherigen Gruppen. Sie sprechen sich zudem klar für mehr Klimaschutz aus und befürworten eher eine Veränderung des Wirtschaftssystems, sowie den Ausbau von Windkraft und Solarenergie. Personen in dieser Gruppe geben an, dass sie versuchen, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Sie sorgen sich verstärkt um die Folgen des Klimawandels, sowie um gesellschaftliche Konflikte infolge von Klimapolitik. Um Einwanderung, den Verlust von Arbeitsplätzen und ihren Lebensstandard machen sie sich hingegen nur teilweise Sorgen.

Die *Besorgten* (18 %) zeichnen sich durch ein ähnliches Klimawandelbewusstsein aus wie die vorherige Gruppe. Personen mit diesem Einstellungstyp haben eine hohe Gefährdungswahrnehmung und unterhalten sich am zweithäufigsten im Privaten über den Klimawandel. Sie fordern deutlich mehr Klimaschutz und befürworten tendenziell eine Änderung des Wirtschaftssystems, sind jedoch etwas zurückhaltender bezüglich der Unterstützung von Windkraft. Solarenergie wird vergleichsweise stärker befürwortet, und die meisten Personen

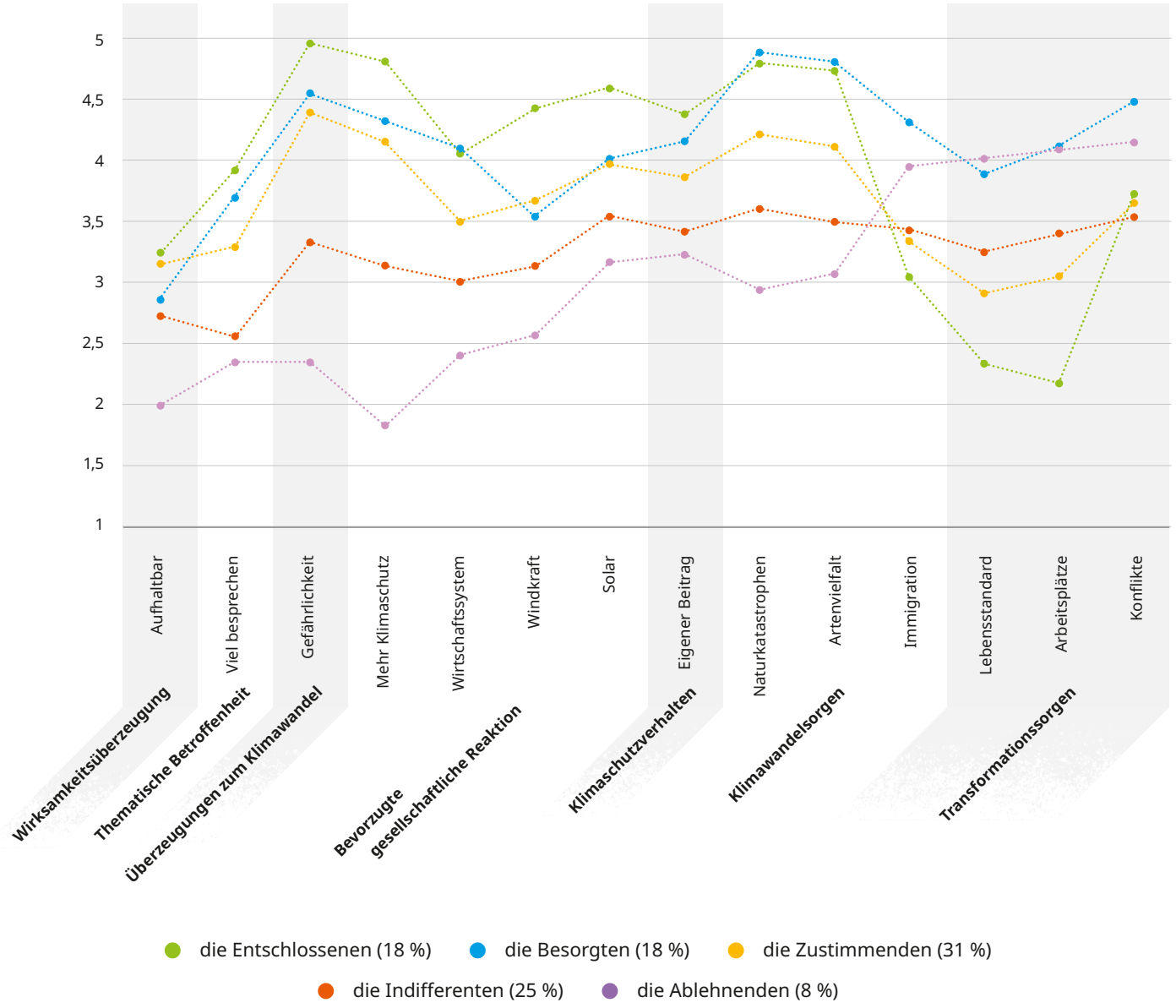


Abbildung 3.2: Klimatypen in Deutschland
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.670. Anmerkungen: angegeben sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte der Klimatypen zu den Klimaeinstellungen, der Wert 5 steht dabei für "Stimme voll und ganz zu", der Wert 1 steht für "Stimme überhaupt nicht zu"; die gestrichelte Linie zwischen den Punkten dient zur Illustration und ist nicht in den Daten enthalten; Bevölkerungsanteile auf Basis gewichteter Analysen.

dieses Klimatyps versuchen, mit ihrem Verhalten zum Klimaschutz beizutragen. Allerdings macht sich dieser Klimatyp von allen Klimatypen die meisten Sorgen um den Verlust von Artenvielfalt, häufigere Extremwetterereignisse, eine verstärkte Einwanderung nach Europa infolge des Klimawandels, sowie um den Verlust von Arbeitsplätzen und gesellschaftliche Konflikte infolge der Klimapolitik. Personen dieses Einstellungstyps machen sich ähnlich große Sorgen um ein Absinken des eigenen Lebensstandards wie die *Ablehnenden*.

Die *Entschlossenen* (18 %) haben mit Abstand das am stärksten ausgeprägte Bewusstsein für Klimawandel und Klimaschutz. Sie haben eine extrem hohe Gefährdungswahrnehmung und geben an, im privaten Umfeld oft über das Thema zu sprechen. Personen, die diesem Klimatyp zugeordnet werden, sind sich einig darin, dass die Politik noch viel mehr tun muss, um den Klimawandel zu bekämpfen. Sie befürworten eine Änderung des Wirtschaftssystems, sowie den Ausbau von Wind- und Solarenergie. Diese Gruppe gibt an, mit dem eigenen Verhalten zum Klimaschutz beitragen zu wollen, sowie sich – ähnlich wie die *Besorgten* – äußerst große Sorgen um die Folgen des Klimawandels für die Artenvielfalt und die Häufigkeit von Extremwetterereignissen zu machen. Sie unterscheidet sich jedoch sehr stark von diesem Klimatyp bezüglich der Sorgen um Einwanderung infolge des Klimawandels, sowie bezüglich der Sorgen um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Transformation. Personen dieses Einstellungstyps sorgen sich zwar teilweise um Einwanderung und soziale Konflikte infolge von Klimapolitik, geben aber an, sich eher keine Sorgen um den Verlust von Arbeitsplätzen und ihres Lebensstandards zu machen. Die *Entschlossenen* sind also die stärksten Befürworter:innen von Klimaschutz, machen sich dabei jedoch wenig Sorgen um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer Transformation.

In weiterführenden Analysen haben wir die 14 untersuchten Klimaeinstellungen mithilfe statistischer Verfahren zwei übergeordneten Einstellungsdimensionen zugeordnet: allgemeines Klimabewusstsein und Transformationssorgen. Auf dieser Grundlage lassen sich die Klimatypen noch einmal kondensierter beschreiben und in zusammenfassender Form darstellen. In Abbildung 3.3 sind die Klimatypen in einem Koordinatensystem verortet – basierend auf ihrem allgemeinen Klimabewusstsein (horizontale X-Achse) und ihren Transformationssorgen (vertikale Y-Achse). Die gestrichelten Linien markieren jeweils den Durchschnittswert des Klimabewusstseins bzw. der Transformationssorgen der Gesamtbevölkerung.

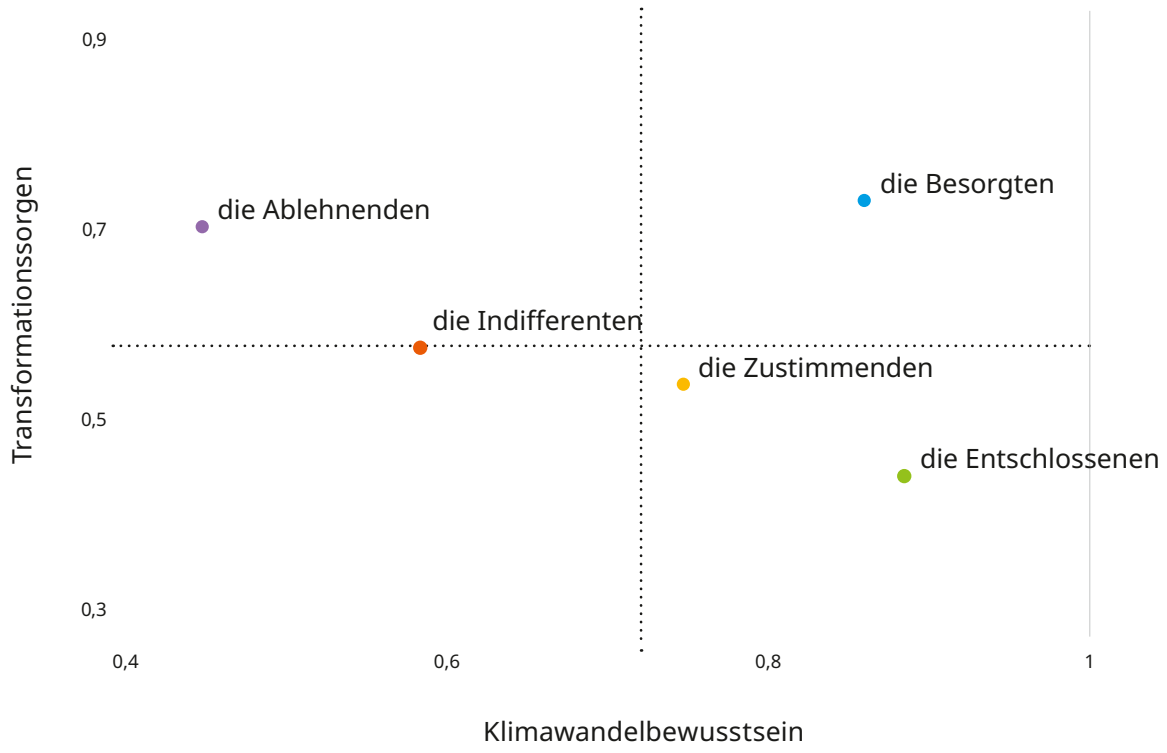


Abbildung 3.3: Klimawandelbewusstsein und Transformationssorgen der Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.670. Anmerkungen: gewichtete Ergebnisse; Transformationssorgen und Klimawandelbewusstsein als Faktorscores nach Min-Max-Normalisierung (0 bis 1); gestrichelte Linien entsprechen dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt.

Die *Entschlossenen* sind im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt deutlich weniger transformationsbesorgt und zugleich sehr klimabewusst. Am gegenüberliegenden Ende des Koordinatensystems finden wir die *Ablehnenden*, die ein niedriges Klimabewusstsein und zugleich hohe Transformationssorgen zeigen. Besonders interessant ist die Gruppe der *Besorgten*: Ihr Klimabewusstsein ist ähnlich stark ausgeprägt wie das der *Entschlossenen*, gleichzeitig weisen sie jedoch ähnlich hohe Transformationssorgen auf wie die *Ablehnenden*. Diese drei Klimatypen repräsentieren damit drei verschiedene Pole gesellschaftlicher Haltungen zu Klimawandel und sozial-ökologischer Transformation. Die *Zustimmenden* sind in ihren Klimaeinstellungen nahe am Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, zeigen sich jedoch etwas klimabewusster und weniger transformationsbesorgt. Die *Indifferenten* hingegen zeichnen sich durch ein deutlich geringeres Bewusstsein für Klimawandel und Klimaschutz aus und liegen quasi auf halbem Weg zwischen *Ablehnenden* und *Zustimmenden*.

Die Ergebnisse zeigen: Ein starkes Klimabewusstsein kann mit hohen Sorgen über die gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, die Klimaschutzmaßnahmen mit sich bringen. Auffällig ist aber auch, was fehlt: Kein Klimatyp vereint ein geringes Klimabewusstsein mit geringen Transformationssorgen. Ein gewisses Problembewusstsein sowie die Überzeugung von der Notwendigkeit von Klimaschutz sind durchaus grundlegende Voraussetzungen für die Unterstützung und Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen.

3.3 Fazit

Wir identifizieren in Deutschland fünf klar unterscheidbare Einstellungstypen zum Klimawandel und zur sozial-ökologischen Transformation, die Klimatypen. Es zeigt sich, dass ein Problembewusstsein für den Klimawandel und Klimaschutz nicht zwangsläufig mit einer Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen und einem optimistischen Blick auf die sozial-ökologische Transformation einhergeht.

Grundsätzlich finden wir eine klare gesellschaftliche Mehrheit mit einem ausgeprägten Problembewusstsein für den Klimawandel und seine Folgen (circa 67 %: die *Entschlossenen*, die *Besorgten*, die *Zustimmenden*) im Vergleich zu einem nur kleinen Teil (8 %) mit ausgeprägter Skepsis gegenüber der Gefährlichkeit des Klimawandels und nur geringer Überzeugung einer grundsätzlichen Notwendigkeit, klimapolitisch zu handeln.

Was bedeuten diese Befunde für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Was können sie für gesellschaftliche und politische Koalitionen für eine gelingende sozial-ökologische Transformation bedeuten? Welche gesellschaftlichen Konflikte spiegeln sich in Einstellungsunterschieden zu Klimawandel und Klimapolitik? In den folgenden Kapiteln werden wir diesen Fragen auf Basis der hier vorgestellten Klimatypen und der Daten des SCP nachgehen.

II | KAPITEL 4

Gesellschaftliche Spaltungslinien in Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik

Svenja Oltmanns & Nils Teichler

DOI: 10.82162/bfcn-8e16

Wir haben auf Basis des German Social Cohesion Panel (SCP) fünf voneinander unterscheidbare Klimatypen in Deutschland identifiziert. In diesem Kapitel wollen wir untersuchen, wie sich diese Klimatypen in ihren soziodemografischen Merkmalen unterscheiden. Junge, urbane, hochgebildete Klimaschützer:innen gegen ältere, sozioökonomisch abgehängte Dieselfahrer:innen auf dem Land? Wie tragfähig ist dieses populäre Bild einer gesellschaftlichen Polarisierung in Klimafragen? In diesem Kapitel untersuchen wir auf Basis des SCP neben dem Alter, dem Verstädterungsgrad, der Einkommensposition, der Bildung und der beruflichen Position auch subjektive Einschätzungen der eigenen Lebenssituation und deren Bedeutung für Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation.

In Zeiten wachsender Ungleichheiten und einer zunehmenden Verfestigung von Armut (Groh-Samberg, 2019) wird der Klimawandel zu einem gesellschaftlichen Krisenherd. Denn der Klimawandel ist sowohl ein Ergebnis sozialer Ungleichheit als auch ein Faktor, der Ungleichheiten weiter verstärkt – global wie innerhalb einzelner Gesellschaften. Besonders deutlich wird das in drei Dimensionen (vgl. Mau et al., 2023, S. 220): in der ungleichen Verursachung des Klimawandels, in der ungleichen Betroffenheit von seinen Folgen und in der ungleichen Verteilung der Kosten und Lasten einer sozial-ökologischen Transformation. Daten für Deutschland zeigen zum Beispiel, dass die 10 Prozent mit den niedrigsten Einkommen pro Kopf nur etwa halb so viele Emissionen verursachen wie die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen (Bohmann & Küçük, 2024). Für das Jahr 2019 und global betrachtet zeigt sich sogar, dass die einkommensschwächere Hälfte der Bevölkerung lediglich 12 Prozent zum weltweiten CO_2-Ausstoß beitrug, während das reichste eine Prozent allein für 23 Prozent der gesamten Emissionen verantwortlich war (Chancel, 2022). Doch sind auch die Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation entlang sozialer Ungleichheitslinien gespalten?

Wenn soziale Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß zur Entstehung von Emissionen beitragen, ungleich von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und zugleich in unterschiedlichem Maße die ökonomischen Lasten der Transformation fürchten, stellen sich Fragen nach sozialer Gerechtigkeit – und es wächst das Risiko gesellschaftlicher Spannungen bis hin zur Spaltung. Manche Autor:innen sprechen hier bereits von der Klimafrage als einer „Klassenfrage im Werden“ (Mau et al., 2023, S. 220). Mau et al. (2023) finden in ihren Untersuchungen zwar kein klares Oben und Unten bei klimapolitischen Einstellungen in der Bevölkerung, jedoch zeigen sich Klassenunterschiede – insbesondere in Bezug auf Sorgen vor Wohlstandsverlusten. Solche Ängste könnten künftig noch stärker symbolisch und kulturell aufgeladen werden, etwa wenn sich höhere soziale Schichten über ihr ökologisches Konsumverhalten von anderen Schichten abgrenzen (vgl. Neckel, 2018). Eine weitere Studie hat dieses Bild in jüngerer Vergangenheit weiter ausdifferenziert. Eversberg et al. (2024) sprechen in ihrer gleichnamigen Studie von einem „neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt“ und identifizieren auf Grundlage umfangreicher Einstellungsdaten drei Spektren sozial-ökologischer Mentalitäten: defensiv-reaktives, ökosoziales und konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum. Diese Mentalitäten hängen mit sozioökonomischen Merkmalen zusammen und unterscheiden sich je nach Bildungsniveau und materiellen Besitzverhältnissen.[8]

Aufbauend auf diesen Studien untersuchen wir im vorliegenden Kapitel auf Basis der Klimatypen gesellschaftliche Spaltungslinien in Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation. Zu Beginn des Kapitels stellen wir die soziodemografische Zusammensetzung der Klimatypen vor. Im Anschluss diskutieren wir auf Basis statistischer Analysen, inwiefern entlang von Alter, Wohnort, Einkommen, Bildung und Beruf gesellschaftliche Spaltungen in Klimafragen zu erwarten sind. Dabei untersuchen wir in einem abschließenden Schritt auch die subjektive Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage.

[8] Die Autor:innen finden in ihren Analysen weder eine Polarisierung in Klimafragen zwischen zwei Lagern, noch einen gesellschaftlichen Konsens für Klimaschutz, sondern eine „konfliktive Dreiecksbeziehung“ (vgl. Eversberg & Schmelzer, 2025). Sie betonen, dass für ein besseres Verständnis gesellschaftlicher Blockaden in Klimafragen der Blick weniger nur auf die vermeintlichen Konfliktpole (Grüne vs. AfD; ökosozial vs. defensiv-reaktiv) gerichtet werden sollte, sondern vielmehr auf die gesellschaftliche und politische Mitte – die sie im konservativ-steigerungsorientierten Spektrum verorten.

Methodisches Vorgehen

Im ersten Schritt untersuchen wir, zu welchen Anteilen soziodemografische Gruppen in den Klimatypen im Vergleich zu ihren Anteilen in der Gesamtbevölkerung vertreten sind. Die Ergebnisse sind für jeden Klimatyp in der Abbildung A4.1 im Online-Anhang dargestellt. Um das Ausmaß der Über- oder Unterrepräsentation einer soziodemografischen Gruppe in den Klimatypen bewerten zu können, haben wir das Verhältnis zwischen dem Anteil einer soziodemografischen Gruppe in einem Klimatyp und dem Anteil der entsprechenden Gruppe in der Gesamtbevölkerung errechnet. Diese Repräsentationsverhältnisse finden sich in Abbildung A4.2 im Online-Anhang.

In Abbildung 4.1 haben wir diese Ergebnisse illustrativ zusammengefasst. Beim Alter (arithmetischer Mittelwert) und Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median) werden die Durchschnittswerte der Klimatypen dargestellt. Bei der Bildung wurde dies näherungsweise mit Rückgriff auf die Anteile in den Bildungsgruppen vorgenommen. Im Falle des Verstädterungsgrades und des Greenness-of-Jobs-Index (GOJI) zeigt der Sättigungsgrad der entsprechenden Icons, wie die Anteilswerte dieser Kategorien in den einzelnen Klimatypen im Verhältnis zu ihren Anteilswerten in der Gesamtbevölkerung stehen. Eine schwache (starke) Sättigung zeigt an, dass die entsprechende Gruppe bei diesem Einstellungstyp unterrepräsentiert (überrepräsentiert) ist. Anschließend haben wir untersucht, welche objektiven und subjektiven Indikatoren die Zugehörigkeit zu einem Klimatyp wahrscheinlicher machen. Dafür haben wir multinomiale logistische Regressionsmodelle mit den Klimatypen als abhängige Variable berechnet. In allen Modellen wurden sowohl Alter, Einkommensposition, Bildung, Verstädterungsgrad und GOJI als auch Wohnort (Ost/West), Geschlecht und Migrationshintergrund als unabhängige Variablen einbezogen (für nähere Informationen zu den Variablen siehe Kapitel 2). Zudem wurde der subjektive Indikator zur Erfassung der Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage als 5-stufige Variable in einem zusätzlichen Modell mit aufgenommen (nur Abbildung 4.6). Die Abbildungen 4.2 bis 4.6 zeigen sogenannte Average Marginal Effects (AME). Die dargestellten Koeffizienten geben an, wie stark sich die Wahrscheinlichkeit unterscheidet, einem bestimmten Klimatyp anzugehören – und zwar zwischen einer bestimmten soziodemografischen Gruppe und der jeweils verwendeten Referenzkategorie.

Die Ergebnisse der Kontrollvariablen können im Online-Anhang in Abbildung A4.3 eingesehen werden. Eine vollständige Regressionstabelle findet sich im Online-Anhang in Tabelle A4.1.

4.1 Beschreibung der Klimatypen entlang soziodemografischer Merkmale

Beim Klimatyp der *Ablehnenden* sind etwas häufiger Menschen mittleren Alters (26 bis 45 Jahre) zu finden. Personen dieses Typs leben im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt seltener in Großstädten, dafür aber häufiger im ländlichen Raum. Unter den *Ablehnenden* sind die drei unteren Einkommenspositionen (unter 60 % bis 100 % des Medianeinkommens) überrepräsentiert, während höhere Einkommenslagen unterrepräsentiert sind. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Bildungsstand: Menschen dieses Typs haben häufiger einen mittleren Bildungsabschluss, hingegen seltener ein Abitur oder einen (Fach-)Hochschulabschluss als die Gesamtbevölkerung. Auffällig ist außerdem, dass unter den *Ablehnenden* häufiger Personen in sogenannten „braunen“ Berufen tätig sind, die eine höhere CO_2-Bilanz aufweisen. Personen aus Ostdeutschland sind bei den *Ablehnenden* stark überrepräsentiert; innerhalb dieses Typs finden sich zudem mehr Männer als Frauen.

Beim Klimatyp der *Indifferenten* sind Personen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen überrepräsentiert und Personen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss unterrepräsentiert. Der Verstädterungsgrad ihres Wohnorts entspricht weitgehend dem Durchschnitt. Bei den *Indifferenten* sind Personen aus unteren Einkommenslagen leicht überrepräsentiert, allerdings weniger stark ausgeprägt als bei den *Ablehnenden*. Dafür sind hier Personen aus der höchsten Einkommensposition stark unterrepräsentiert. Mit Blick auf den sozioökonomischen Status gibt es zwischen den *Ablehnenden* und *Indifferenten* starke Ähnlichkeiten.

Der Klimatyp der *Zustimmenden* findet sich etwas häufiger in älteren Altersgruppen. Ansonsten entsprechen Personen dieses Typs hinsichtlich des Verstädterungsgrades ihres Wohnorts, ihrer Bildung und ihrer Berufe der

Gesamtbevölkerung. Personen aus unteren Einkommenslagen sind bei den *Zustimmenden* leicht unterrepräsentiert und Personen aus den obersten Einkommenslagen leicht überrepräsentiert.

Im Klimatyp der *Besorgten* sind jüngere und mittlere Altersgruppen (18 bis 45 Jahre) seltener vertreten, dafür jedoch deutlich häufiger Personen ab 65 Jahren. Mit Blick auf die Einkommensverteilung sind besonders Personen aus der unteren Mitte (80 % bis 100 % des Medianeinkommens) überrepräsentiert. In der Tendenz haben Menschen des Einstellungstyps der *Besorgten* etwas häufiger einen Hauptschulabschluss und Lehre, oder höchstens Mittlere Reife und seltener einen (Fach-) Hochschulabschluss. Die *Besorgten* sind häufiger nicht (mehr) erwerbstätig. In ihrem sozioökonomischen Status zeigen sie Ähnlichkeiten mit den *Indifferenten* und *Ablehnenden*.

Die Ablehnenden

Durchschnittsalter
51 Jahre

Häufiger auf dem Land, seltener in Großstädten

Mit 1.800 € ein geringeres Einkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt

Mittlere Bildung: Häufiger Mittlere Reife und Ausbildung

Häufiger in „braunen“ Berufen

Die Indifferenten

Durchschnittsalter
50 Jahre

Seltener in Großstädten

Mit 1.933 € ein geringeres Einkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt

Geringe Bildung: Häufiger höchstens mittlere Reife

Häufiger in „braunen“ Berufen

Abbildung 4.1: Soziodemografische Merkmale der Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116.
Anmerkungen: gewichtete Ergebnisse; die Beschreibung der Häufigkeit bezieht sich auf den Vergleich mit dem Anteil der soziodemografischen Gruppen in der Gesamtbevölkerung; eigene Darstellung.

Der Klimatyp der *Entschlossenen* zeichnet sich durch einen deutlich jüngeren Altersdurchschnitt aus. Bei diesem Typ sind die Altersgruppen der 18 bis 25-Jährigen und 26 bis 35-Jährigen deutlich überrepräsentiert, während Personen mit einem Alter von über 65 Jahren seltener vertreten sind. Fast die Hälfte der *Entschlossenen* lebt in Großstädten (44 % der *Entschlossenen* gegenüber 34 % in der Gesamtbevölkerung), während der Anteil im ländlichen Raum geringer ausfällt. Bei den *Entschlossenen* sind Personen aus der obersten Einkommensposition und der höchsten Bildungskategorie stark überrepräsentiert.

Die Zustimmenden

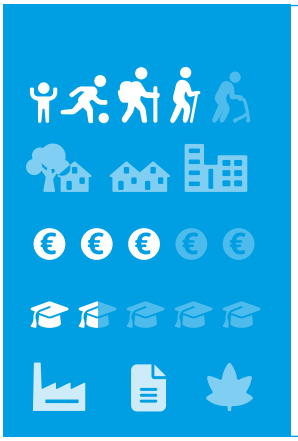
Durchschnittsalter
53 Jahre

Ähnlich über alle Verstädterungsgrade verteilt

Mit 2.090 € ein etwas höheres Einkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt

Ähnlich über alle Bildungskategorien verteilt

Seltener in „braunen“ Berufen



Die Besorgten

Durchschnittsalter
55 Jahre

Ähnlich über alle Verstädterungsgrade verteilt

Mit 2.000 € ein durchschnittliches Einkommen

Geringe Bildung: Häufiger höchstens Mittlere Reife

Seltener in „grünen“ Berufen

Die Entschlossenen

Durchschnittsalter
45 Jahre

Häufiger in Großstädten, seltener auf dem Land

Mit 2.333 € ein höheres Einkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt

Hohe Bildung: Häufiger (Fach-)Hochschulabschluss

Häufiger in „weißen“ Berufen, seltener in „braunen“ Berufen

4.2 Sozialstrukturelle Spaltungen in Klimafragen?

Finden wir gesellschaftliche Konflikte um Fragen des Klimawandels zwischen verschiedenen Altersgruppen, zwischen der Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Einkommensschichten, nach Bildungsabschlüssen oder beruflichen Tätigkeiten, wie in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten oft vermutet wird? Ein erstes Anzeichen für solche Konflikte wäre, wenn sich diese unterschiedlichen Gruppen systematisch in ihren Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation unterscheiden, also tendenziell gegensätzlichen Klimatypen angehören. Denn dann können sich bestehende Interessenkonflikte und soziale Ungleichheiten auch auf Aushandlungsprozesse zur sozial-ökologischen Transformation auswirken (vgl. Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022). Wenn diese Ungleichheiten zusätzlich mit alltagsweltlichen Segregationen einhergehen, wird Verständigung noch schwieriger – denn Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungen begegnen sich dann im Alltag kaum noch und werten sich womöglich gegenseitig ab (vgl. Teichler et al., 2023).

Dazu untersuchen wir, welche soziodemografischen Merkmale die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einem bestimmten Klimatyp anzugehören. Im Unterschied zum vorherigen Abschnitt berücksichtigen die statistischen Modelle dabei alle Merkmale gleichzeitig. So können wir ausschließen, dass Unterschiede bei den Klimaeinstellungen etwa fälschlich dem Wohnort zugeschrieben werden, obwohl sie in Wirklichkeit mit dem Einkommen der Befragten zusammenhängen – oder umgekehrt. Die Ergebnisse für die Analysen sind in den Abbildungen 4.2 bis 4.6 dargestellt.

Altersgruppen – ein Generationenkonflikt?

Unsere Analysen zeigen, dass Personen zwischen 18 und 25 Jahren in ihren Einstellungen zum Klima eher dem Einstellungstyp der *Entschlossenen* und weniger dem der *Ablehnenden* entsprechen als Personen im mittleren Alter

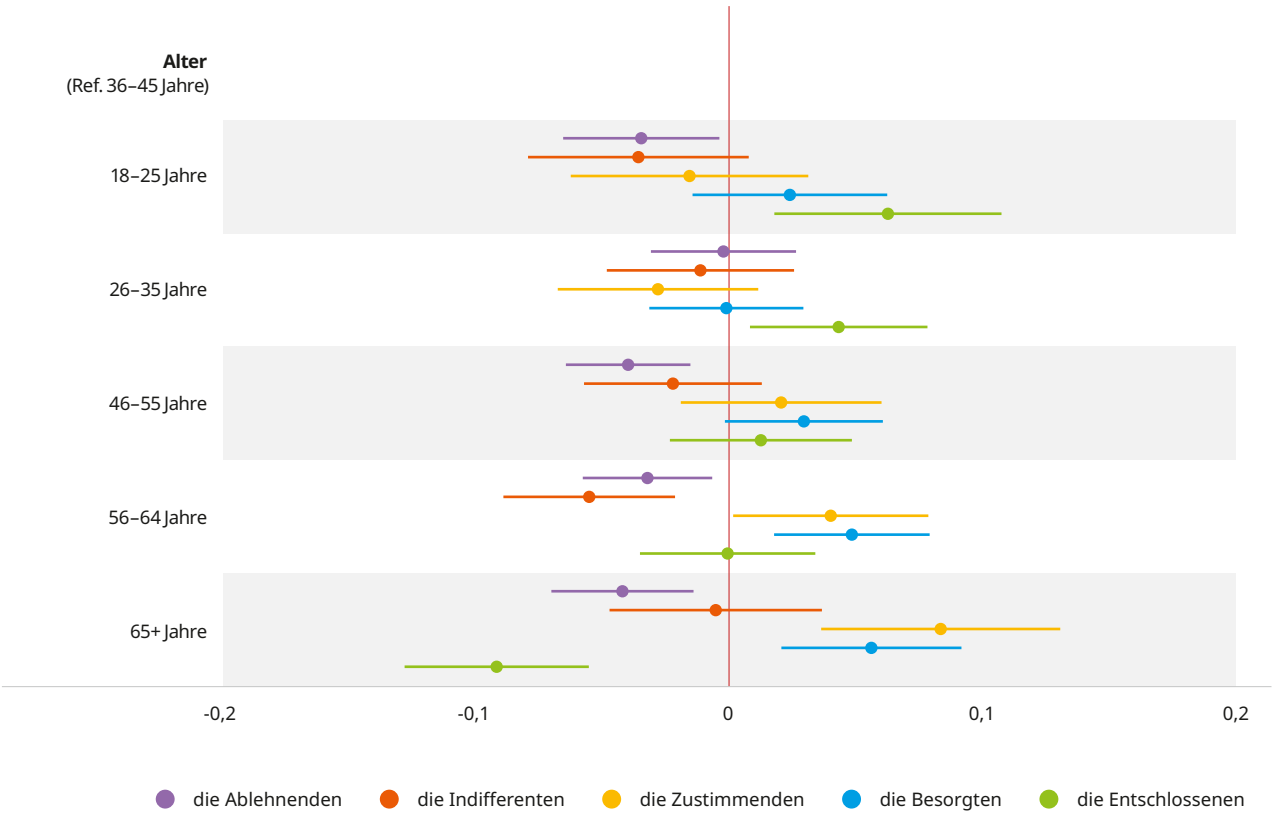


Abbildung 4.2: Altersgruppen und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116. Anmerkungen: dargestellt sind die erhöhten Wahrscheinlichkeiten, auf Basis des jeweiligen Merkmals zu einem Klimatypen zu gehören (multinomiale logistische Regressionsmodelle, siehe Methodenbox); Lesebeispiel erster Koeffizient: Gehört eine Person zu der Gruppe der 18 bis 25-Jährigen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, zu den *Ablehnenden* zu gehören, um circa 4 Prozent im Vergleich zu einer Person, die der Altersgruppe der 36 bis 45-Jährigen angehört.

(36 bis 45 Jahre, siehe Abbildung 4.2). Zwischen diesen beiden Altersgruppen polarisieren sich also die Einstellungen zum Klimawandel. Zugleich ist es aber für ältere Personen (65 Jahre oder älter) weniger wahrscheinlich, sowohl zu den *Ablehnenden* zu gehören als auch zu den *Entschlossenen*. Für diese Altersgruppe stehen den *Entschlossenen* weniger die *Ablehnenden* als vielmehr die *Zustimmenden* und die *Besorgten* gegenüber.

Wie auch schon Mau et al. (2023) feststellen, scheint es in Klimafragen keinen Generationenkonflikt zu geben, auch wenn insbesondere junge Menschen häufiger in der Gruppe der *Entschlossenen* zu finden sind und Protestbewegungen wie Fridays For Future oder die Letzte Generation hervorbringen. Der Gegenpol zu den *Entschlossenen* findet sich mit den *Ablehnenden* aber weniger in älteren als eher in mittleren Altersgruppen. Wir wissen aus dem vorangegangenen Kapitel, dass sich die *Entschlossenen* im Vergleich zu den *Besorgten* und *Zustimmenden* deutlich weniger Sorgen über die Transformation machen. Da sich auch ältere Menschen – unabhängig vom Einkommen – stärker um Klimafragen sorgen, könnte der Unterschied zwischen Jung und Alt somit vorwiegend in der Zielstrebigkeit und Art des Engagements für die sozial-ökologische Transformation liegen.

Urbanisierung – Stadt vs. Land?

In unseren Auswertungen zeigt sich, dass es für die Wahrscheinlichkeit, einem Klimatypen zugeordnet zu werden, kaum einen Unterschied macht, ob Menschen im ländlichen Raum oder in Klein- und Mittelstädten wohnen (siehe Abbildung 4.3). Größere Unterschiede finden sich aber für Großstädte. Die Wahrscheinlichkeit, den Klimatypen der *Ablehnenden* und der *Indifferenten* anzugehören ist deutlich geringer für Großstädter:innen als für Menschen im ländlichen Raum. Umgekehrt ist es deutlich wahrscheinlicher, zu den *Entschlossenen* zu gehören, wenn man in einer Großstadt wohnt. Die ideologische Spaltung in den Klimaeinstellungen zwischen *Entschlossenen* und *Ablehnenden* spiegelt sich also auch in ihren Wohnorten wider.

Dass Stadt-Land-Unterschiede und die daraus resultierenden Lebensrealitäten eine zentrale Rolle für Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik spielen können,

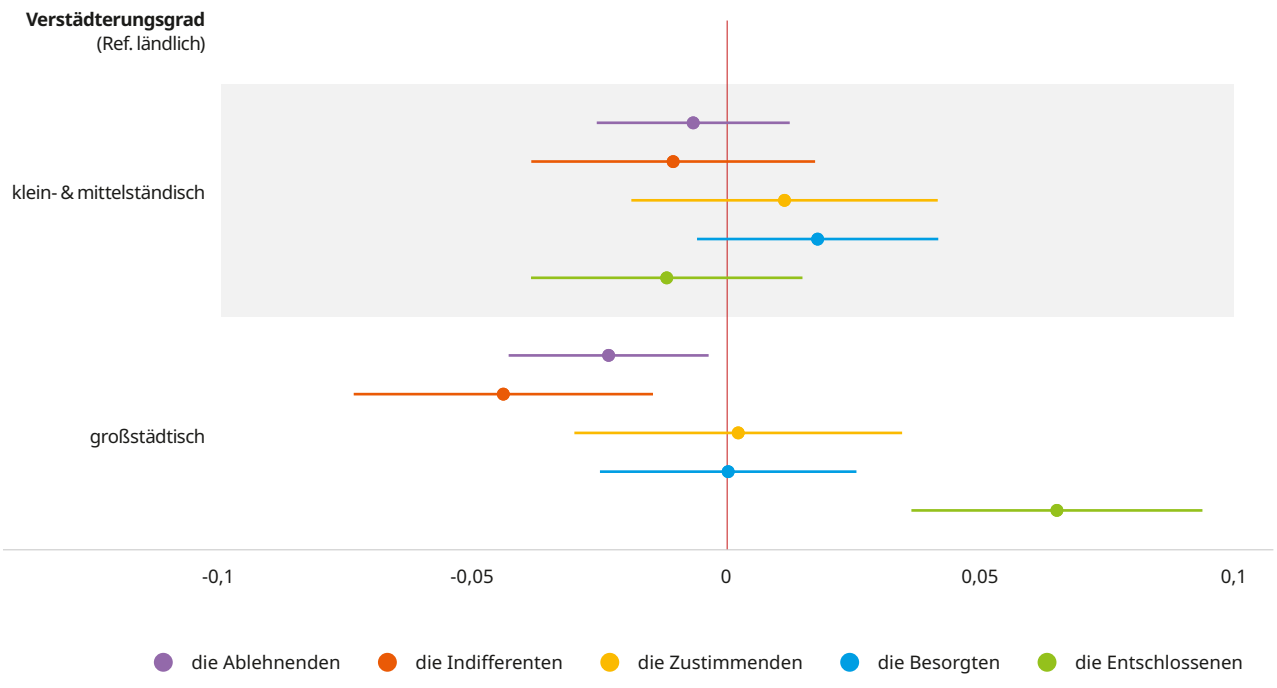


Abbildung 4.3: Verstädterungsgrad und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116. Anmerkungen: dargestellt sind die erhöhten Wahrscheinlichkeiten, auf Basis des jeweiligen Merkmals zu einem Klimatypen zu gehören (multinomiale logistische Regressionsmodelle, siehe Methodenbox); Lesebeispiel unterster Koeffizient: Lebt eine Person in einer Großstadt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, zu den *Entschlossenen* zu gehören, um circa 7 Prozent im Vergleich zu einer Person, die auf dem Land lebt.

haben bereits die Proteste der Gelbwesten in Frankreich[9] (besonders 2018/2019) oder die Bauernproteste in Deutschland (2023/2024) gezeigt. Solche Reaktionen können als Ausdruck einer Verbitterung gedeutet werden, die aus dem Gefühl entsteht, bei politischen Entscheidungen – die als Entscheidungen von städtischen Eliten wahrgenommen werden – nicht mitgedacht zu werden. Cramer (2016) zeigt in ihrer Untersuchung ländlicher Räume in Wisconsin (USA), dass solche politischen Haltungen nicht nur auf Verbitterung zurückgehen, sondern eng mit einer stark ausgeprägten regionalen Identität verknüpft sind, die im Kontrast zur als dominant empfundenen städtischen Perspektive stehen kann. Studien belegen zudem, dass sich ein Großteil der ländlichen Bevölkerung in der Verteilung öffentlicher Ressourcen benachteiligt fühlt, während nur eine Minderheit der Stadtbevölkerung eine Ungleichverteilung zu ihren Gunsten wahrnimmt (Lyons & Utych, 2021, S. 86). Auch unsere Ergebnisse deuten in eine ähnliche Richtung, wenn sich zeigt, dass Menschen in Großstädten andere Einstellungen und Sorgen in Bezug auf Fragen der sozial-ökologischen Transformation haben als ländlich wohnende Bevölkerungsgruppen.

Einkommen und Bildung – Klimafragen als Klassenkonflikt?

Für die Einkommensgruppen sehen wir keine stark unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten, gegensätzlichen Klimatypen anzugehören – die Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik scheinen also nicht entlang des Einkommens gespalten zu sein (siehe Abbildung 4.4). Dennoch zeigt sich, dass Menschen des Einstellungstyps der *Zustimmenden* seltener unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze zu finden sind. Die in den Deskriptionen noch augenscheinlichen Unterschiede in den Klimaeinstellungen zwischen Einkommensgruppen werden vor allem durch Bildungsdifferenzen erklärt. Hier wiederum zeigen sich sehr deutliche Unterschiede, die auf eine Polarisierung in Klimaeinstellungen zwischen Menschen mit hoher und niedriger bzw. mittlerer Bildung verweisen. Mit Abitur und Hochschulabschluss sinkt die Wahrscheinlichkeit, zu den *Ablehnenden* und *Indifferenten* und steigt die Wahrscheinlichkeit, zu den *Entschlossenen* zu gehören. Zwischen niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen zeigen sich aber kaum Unterschiede für die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Klimatyp.

Ein gesellschaftlicher Konflikt um Fragen des Klimas findet sich also verstärkt zwischen mittleren bzw. niedrigen und hohen Bildungsgruppen, deren materielle Lebensbedingungen und wahrgenommene Zukunftsperspektiven sich stark unterscheiden werden. Für Personen des Klimatyps der *Ablehnenden*, aber auch der *Besorgten*, sind Sorgen um die sozial-ökologische Transformation zugleich auch Sorgen um individuelle und kollektive Wohlstandsgefährdungen. Die Aussicht auf weitreichende gesellschaftliche Veränderungen im Zuge der sozial-ökologischen Transformation stellt bestehende Verteilungsordnungen von Macht und Ressourcen infrage (vgl. Salheiser & Richter, 2023). Das kann insbesondere bei Gruppen, die sich aufgrund eines niedrigen Bildungsabschlusses als weniger anpassungsfähig auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen – relativ zu Menschen mit höherer Bildung – zu Statusverunsicherung führen. Im Gegensatz dazu zeigen die einkommensstärkeren und besser gebildeten Klimatypen – wie die *Entschlossenen* – eine deutlich höhere Bereitschaft, Klimaschutzmaßnahmen wie Investitionen in erneuerbare Energien oder staatliche Klimapolitik zu unterstützen. Diese Ergebnisse erweitern die Befunde bestehender Studien, die aufzeigen, dass traditionelle Konflikte über Löhne und Arbeitsbedingungen zunehmend mit Auseinandersetzungen über ökologische Themen verknüpft sind. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden (Dörre et al., 2024, S. 43).

Greenness-of-Jobs-Index (GOJI) – Berufliche Transformationsbetroffenheit?

Mithilfe des Greenness-of-Jobs-Index (GOJI) untersuchen wir, ob auch der Beruf und eine etwaige berufliche Transformationsbetroffenheit eine Rolle dabei spielen könnten, wie Personen zu Klimafragen stehen. Unsere Ergebnisse offenbaren keine substanziellen Spaltungslinien in Klimaeinstellungen zwischen Berufsgruppen mit eher „grünen“ (umweltfreundlichen), „braunen“ (umweltschädlichen) oder „weißen“ (umweltneutralen) Tätigkeiten (siehe Abbildung 4.5). Tatsächlich sinkt in eher „grünen“ Berufen sogar die Wahrscheinlichkeit leicht, zu den *Entschlossenen* zu gehören. Allerdings zeigt sich für Menschen in „braunen“ Berufen ein interessantes Muster: sie gehören mit höherer Wahrscheinlichkeit zu den *Ablehnenden* und mit niedriger Wahrscheinlichkeit zu den *Entschlossenen*. Die Unterschiede sind zwar nicht besonders groß, aber sie deuten darauf hin, dass selbst unter Berücksichtigung von Bildung und Einkommen die berufliche Tätigkeit eine Rolle für Klimaeinstellungen spielt, nicht zuletzt aufgrund von Sorgen um die eigene Arbeitsplatzsicherheit und mit der ökologischen Transformation in Verbindung stehenden ökonomischen Risiken in der Zukunft.

[9] Die Bewegung der Gelbwesten (französisch „Mouvement des Gilets jaunes“) hat im Jahr 2018 gegen die in Frankreich im Rahmen der Klimaschutzpolitik beschlossene höhere Kraftstoffsteuer protestiert. Anhänger:innen der Gelbwesten waren insbesondere Angehörige der Arbeiterklasse, die im ländlichen Raum leben und vehement kritisieren, dass Klimaschutzmaßnahmen zu Lasten der Niedrigverdienenden auf dem Land beschlossen werden, anstatt zu Lasten der Verursachenden (vgl. Gaborit & Grémion, 2019).

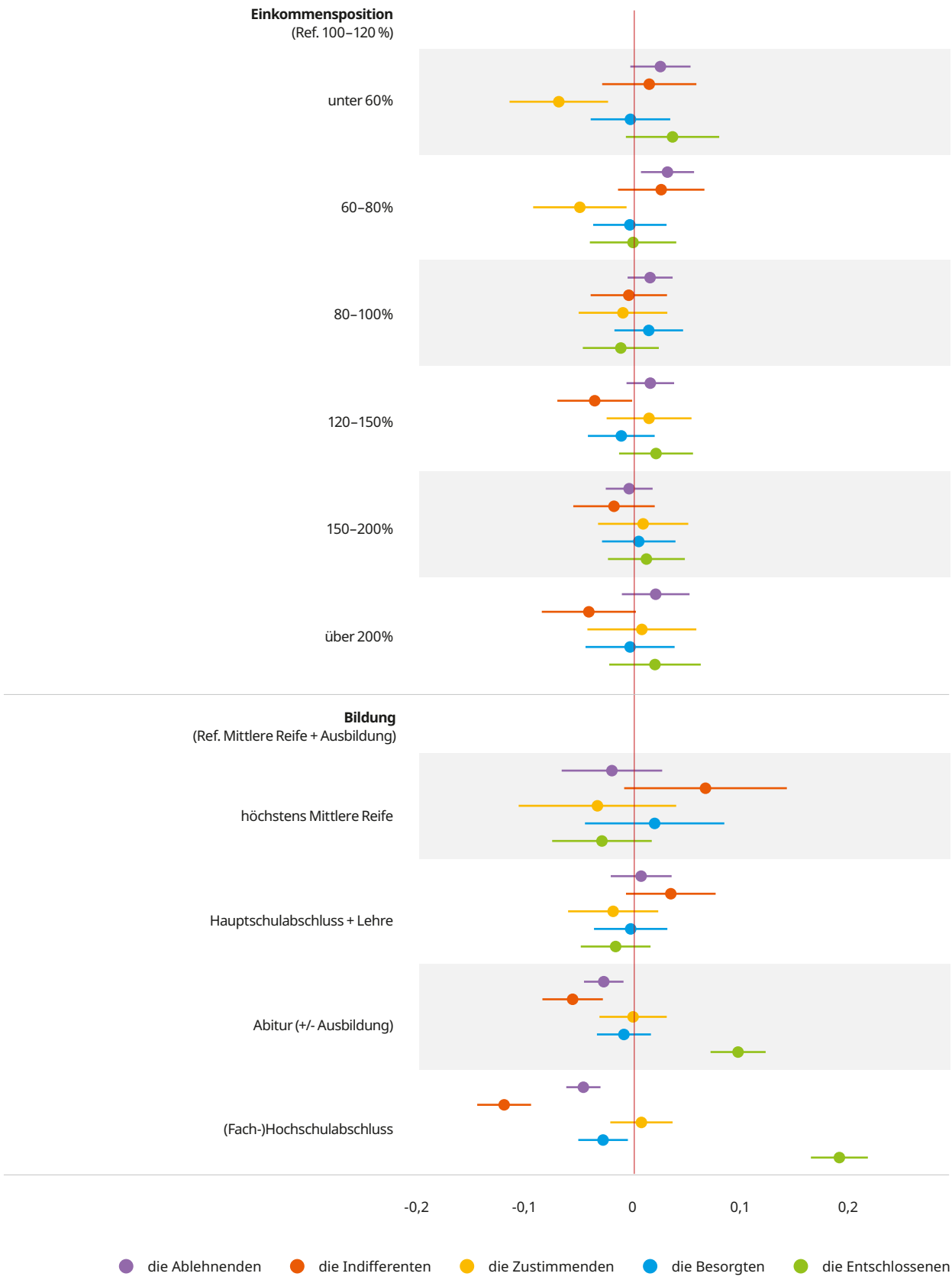


Abbildung 4.4: Einkommen, Bildung und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116. Anmerkungen: dargestellt sind die erhöhten Wahrscheinlichkeiten, auf Basis des jeweiligen Merkmals zu einem Klimatypen zu gehören (multinomiale logistische Regressionsmodelle, siehe Methodenbox); Lesebeispiel unterster Koeffizient: Hat eine Person einen (Fach-)Hochschulabschluss, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, zu den *Entschlossenen* zu gehören, um circa 19 Prozent im Vergleich zu einer Person, die eine Mittlere Reife und Ausbildung hat.

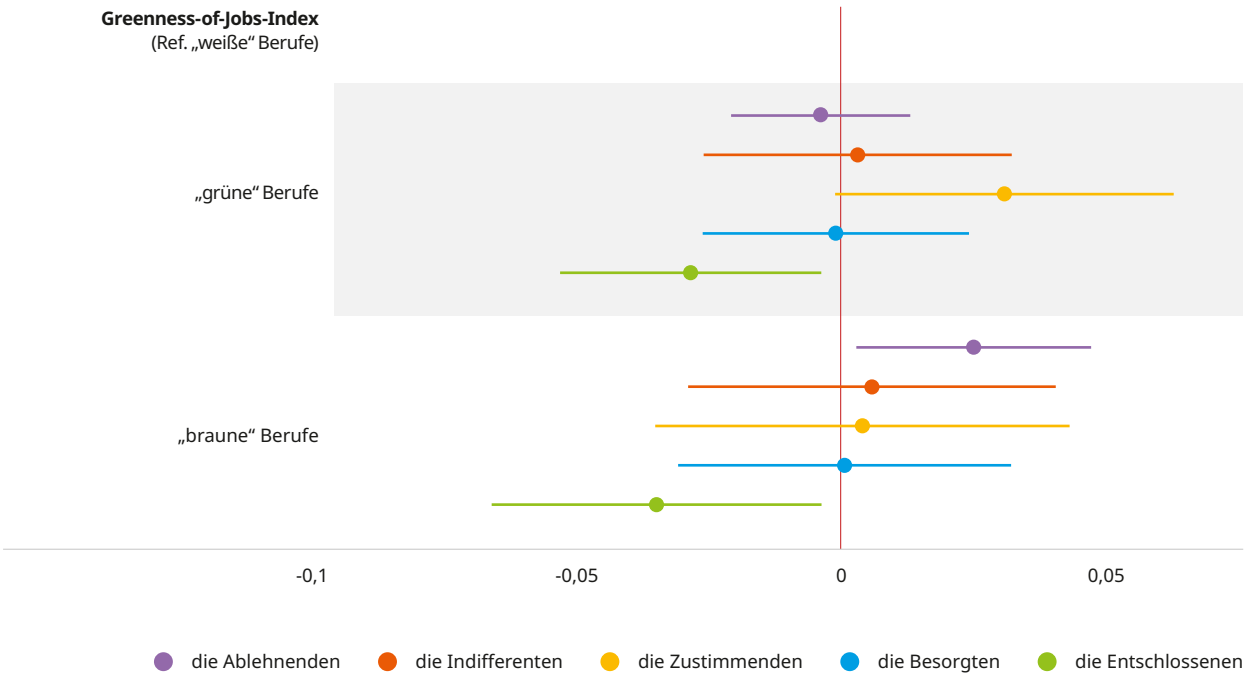


Abbildung 4.5: Greenness-of-Jobs-Index und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116. Anmerkungen: dargestellt sind die erhöhten Wahrscheinlichkeiten, auf Basis des jeweiligen Merkmals zu einem Klimatyp zu gehören (multinomiale logistische Regressionsmodelle, siehe Methodenbox); Lesebeispiel unterster Koeffizient: Hat eine Person einen Beruf mit überwiegend umweltschädigenden Tätigkeiten, sinkt die Wahrscheinlichkeit, zu den *Entschlossenen* zu gehören, um circa 4 Prozent im Vergleich zu einer Person, die in einem „weißen“ Beruf arbeitet.

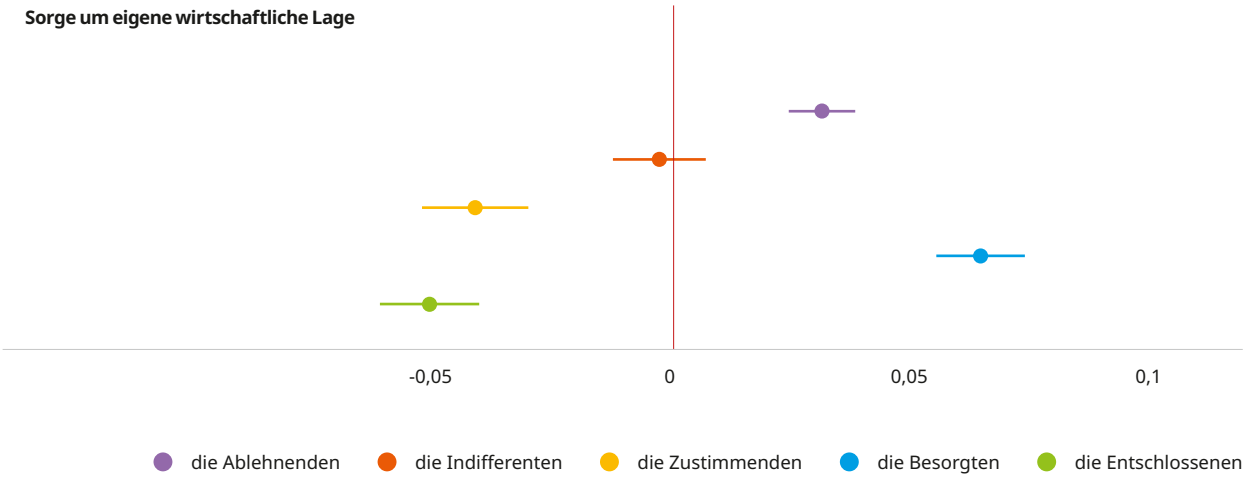


Abbildung 4.6: Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=7.116. Anmerkungen: dargestellt sind die erhöhten Wahrscheinlichkeiten, auf Basis der Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage zu einem Klimatypen zu gehören (multinomiale logistische Regressionsmodelle, siehe Methodenbox); Lesebeispiel erster Koeffizient: Je stärker sich eine Person um ihre eigene wirtschaftliche Lage sorgt (pro Anstieg um eine Kategorie auf der 5-stufigen Skala), erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, zu den *Ablehnenden* zu gehören, um 4 Prozent.

4.3 Subjektive Einschätzungen der eigenen sozioökonomischen Lage

Es liegt nahe, dass Einschätzungen der eigenen sozialen Lage und besonders die Wahrnehmung zukünftiger materieller Unsicherheiten eine Rolle dafür spielen, wie Menschen sich in Klimafragen positionieren. Dafür untersuchen wir im Folgenden in einem neuen Analyseschritt, inwiefern Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, einem bestimmten Klimatyp zugeordnet zu werden. Die Ergebnisse finden sich in Abbildung 4.6.

Bei den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage stehen die *Entschlossenen* und *Zustimmenden* sowohl den *Ablehnenden* als auch den *Besorgten* gegenüber. Diese Gruppen unterscheiden sich jeweils in ihren Einstellungen zum Klimawandel besonders in ihren Sorgen um ein Absinken ihres Lebensstandards infolge der Klimapolitik; dies spiegelt sich auch in den hier dargestellten Auswertungen: Je größer die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage – unter Berücksichtigung der objektiven materiellen Lage –, umso eher ähneln die Klimaeinstellungen dem Typus der *Ablehnenden* oder der *Besorgten*. Subjektive Einschätzungen der ökonomischen Lage sind also zusätzlich und unabhängig von objektiven sozialen Lagen mit dafür entscheidend, welche Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik Menschen ausbilden.

4.4 Fazit

Besonders bei den *Ablehnenden* und *Entschlossenen* spiegeln sich gegensätzliche Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik auch in grundlegenden soziodemografischen Unterschieden. Während die *Entschlossenen* häufiger in der jüngsten Altersgruppe zu finden sind, eine Hochschulbildung haben und in Großstädten wohnen, machen genau diese Merkmalsausprägungen eine Zugehörigkeit zu den *Ablehnenden* unwahrscheinlicher. Wir finden ähnliche, aber schwächer ausgeprägte soziodemografische Unterschiede auch zwischen den *Indifferenten* und den *Zustimmenden*. Hervorzuheben ist die Gruppe der *Besorgten*: Personen dieses Einstellungstyps weisen soziodemografische Ähnlichkeiten zu den *Ablehnenden* auf und teilen deren Transformationssorgen, unterscheiden sich aber stark von diesen hinsichtlich des allgemeinen Klimabewusstseins. Hier ähneln sie vielmehr den *Entschlossenen* und den *Zustimmenden*. In den weiteren Kapiteln dieses Berichts werden wir erörtern, inwieweit den *Besorgten* durch ihre besondere sozialstrukturelle Stellung und inhaltliche Ausrichtung zu Fragen des Klimawandels im Angesicht der Bewältigung der Klimakrise eine entscheidende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zukommen könnte.

Die Ergebnisse zeigen, dass Klimaeinstellungen eng mit sozialstrukturellen Ungleichheiten verknüpft sind. Besonders deutlich wird dies bei den Transformationssorgen, also den Befürchtungen vor den ökonomischen Folgen der Klimapolitik, weniger jedoch bei den grundsätzlichen Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutz – wie wir etwa beim Klimatyp der *Besorgten* beobachten. Personen in deprivierten Lagen äußern häufiger die Sorge, dass Klimapolitik ihren Lebensstandard oder den gesellschaftlichen Wohlstand gefährden könnte. Dies verweist darauf, dass soziale Ausgleichsmechanismen in der Klimapolitik bislang zu wenig präsent sind – obwohl gerade sie eine Verbindung zur sozial ungleichen Verursachung von CO_2-Emissionen herstellen könnten und damit an Gerechtigkeitsfragen anschlussfähig wären. Gelingt es nicht, diesen Aspekt künftig stärker aufzugreifen, birgt dies das Potenzial für gesellschaftliche Klassenkonflikte (Mau et al., 2023; Eversberg et al., 2024).

II | KAPITEL 5

Einstellungen zum Klimawandel im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitskonflikte

Anton Bochert & Jean-Yves Gerlitz

DOI: 10.82162/hwh8-xc87

Der Umgang mit dem Klimawandel ist nicht das einzige gesellschaftliche Konfliktfeld. So wird etwa kontrovers darüber diskutiert, wie ungleich Einkommen und Vermögen verteilt sein sollten, ob Migration erleichtert oder eingeschränkt werden sollte oder inwieweit das Geschlecht die Arbeitsteilung in Familien bestimmen sollte. Sind die Haltungen zu solch unterschiedlichen Themen unabhängig voneinander? Oder überlagern sie sich und bilden konsistente Einstellungspole, die sich gegenüberstehen? Im Folgenden untersuchen wir mit den Daten des German Social Cohesion Panel (SCP), wie sich die fünf Klimatypen zu Fragen von Umverteilung, Migration und Gender positionieren und welche Zusammenhänge sich mit der Ausprägung von Klimabewusstsein und Transformationssorgen zeigen.

In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, ob sich die Positionierung zum Klimawandel auch in der Haltung zu anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern widerspiegelt. Die Klimatypen verlaufen zum einen entlang der Dimension Klimabewusstsein von Abwehr bis Akzeptanz oder – wie es Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023) in ihrem Buch „Triggerpunkte" ausdrücken – zwischen „konservativen" und „progressiven" Einstellungen. Wir übernehmen diese Begrifflichkeiten im Folgenden, wobei „konservativ" bewahrende, statusbewusste, traditionalistische und kommunitaristische Einstellungen bezeichnet, während „progressiv" für zukunftsorientierte, liberale, egalitäre und kosmopolitische Einstellungen steht.

Wir untersuchen zum einen, ob Menschen mit progressiven bzw. akzeptierenden Klimaschutzeinstellungen bei anderen Konfliktthemen ebenfalls progressive Einstellungen aufweisen und Menschen mit konservativen bzw. abwehrenden Klimaschutzeinstellungen dementsprechend konservative Haltungen. Zum anderen verlaufen die Klimatypen entlang der Dimension Transformationssorgen, bezogen auf die eigene Statussicherheit infolge von Klimapolitik, von unbesorgt bis besorgt. Auch hier stellt sich die Frage, wie sich die in den Klimatypen enthaltenen individuellen Statussorgen in Haltungen zu anderen Konfliktthemen übersetzen. In diesem Zusammenhang interessieren uns insbesondere die ‚Zwischentypen': Wie spiegelt sich beispielsweise die Ambivalenz der *Besorgten* – progressive Klimaeinstellungen bei ausgeprägten Transformationssorgen – in anderen Konfliktfeldern wider?

Mau et al. (2023) identifizieren vier zentrale „Ungleichheitskonflikte", die in modernen Gesellschaften vorliegen (siehe Tabelle 5.1). Diese Ungleichheitskonflikte drehen sich um unterschiedliche Auffassungen darüber, wie wertvolle Güter innerhalb einer Gesellschaft verteilt und wem sie zugänglich gemacht werden sollen. Die vier zentralen Ungleichheitskonflikte sind Verteilungskonflikte, die auf „Oben-Unten-Ungleichheiten" bzw. ungleicher Verteilung von Ressourcen und Ansprüchen beruhen; Zugehörigkeitskonflikte, die auf „Innen-Außen-Ungleichheiten" oder, genauer gesagt, ungleichem Mitgliedsstatus und Zugang beruhen; Anerkennungskonflikte, die auf „Wir-Sie-Ungleichheiten" bzw. ungleichen Rechten und Anerkennung beruhen; und ökologische und Zeitkonflikte, die auf „Heute-Morgen-Ungleichheiten" bzw. auf ungleichen Umweltgütern und Zeit beruhen. Laut Mau et al. (2023) verlaufen diese Konflikte wie oben beschrieben

	Oben-Unten-Ungleichheiten	**Innen-Außen-Ungleichheiten**	**Wir-Sie-Ungleichheiten**	**Heute-Morgen-Ungleichheiten**
Konflikttypus	Verteilungskonflikte	Zugehörigkeits- & Grenzkonflikte	Anerkennungskonflikte	ökologische & Zeitkonflikte
Einsatz	Ressourcen Ansprüche	Zugang Mitgliedschaft	Rechte Anerkennung	Umweltgüter Zeit
Kollektivbezug	Klassen & Schichten Reiche & Arme	Inländer & Ausländer Eingesessene & Migranten	Etablierte & Außenseiter	Verursacher & Betroffene
Bearbeitung	Umverteilung, Absicherung	Inklusion, Integration	Gleichstellung, Quoten, Normenwandel	Transformation, Nachhaltigkeit

Tabelle 5.1: Ungleichheitsarenen: eine Typologie
Quelle: Mau et al. (2023, S. 29); eigene, gekürzte Darstellung.

in der Regel entlang der Achse von konservativen bzw. gemeinschaftlich-traditionellen (beispielsweise kulturelle Homogenität, konformistische Lebensführung) zu progressiven bzw. liberal-individualistischen Werten (beispielsweise kulturelle Heterogenität, individualistische Lebensführung; siehe auch Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022; Teichler et al., 2023).

Im Rahmen der Typologie von Ungleichheitskonflikten bei Mau et al. (2023) repräsentieren unsere Klimatypen Einstellungskonflikte in Bezug auf Heute-Morgen-Ungleichheiten. Dabei vertreten die *Ablehnenden* den konservativen und die *Entschlossenen* den progressiven Pol dieser Konfliktdimension, während die *Zustimmenden* eine Mittelposition einnehmen. Die *Indifferenten* und insbesondere die *Besorgten* lassen sich jedoch nicht eindeutig entlang der Achse von konservativ vs. progressiv verorten. Um den Zusammenhang der Klimatypen mit den anderen drei Ungleichheitskonflikten zu untersuchen, haben wir pro Dimension eine Konfliktkonstellation ausgewählt: Stellvertretend für „Innen-Außen-Ungleichheiten“ betrachten wir Einstellungen zu Migration, die zwischen einer strikten Ablehnung von Zuwanderung und deren explizierter Befürwortung rangieren; „Oben-Unten-Ungleichheiten“ werden durch Einstellungen zu Umverteilung repräsentiert, die zwischen der Bewahrung ökonomischer Ungleichheiten und einer radikalen Umverteilung von Einkommen und Vermögen changieren; und „Wir-Sie-Ungleichheiten“ werden durch Einstellungen zu Gender vertreten, die von einer Befürwortung traditioneller Genderrollen bis zur Gleichstellung von Frau und Mann verlaufen.

Eindimensionale Betrachtungen von Klimaeinstellungen (entlang der Dimension von konservativ bis progressiv) von Mau et al. (2023) selbst zeigen, dass diese schwach mit Einstellungen zu „Oben-Unten-Ungleichheiten“ zusammenhängen und deutlich stärker mit Fragen der geschlechterpolitischen Anerkennung und der Migrationspolitik.[10] Die zusätzliche Berücksichtigung von Transformationssorgen ergibt vermutlich ein differenzierteres und hoffentlich klareres Bild.

Methodisches Vorgehen

Zur Erfassung von Ungleichheitskonflikten haben wir 14 Items verwendet, die die Befragten nach ihren Einstellungen zu Migration (Innen-Außen-Ungleichheiten), Umverteilung (Oben-Unten-Ungleichheiten) und Genderrollen (Wir-Sie-Ungleichheiten) fragen. Die Zustimmung bzw. Ablehnung zu den Aussagen wurde teilweise mit voll beschrifteten 5er-Skalen (1 „stimme überhaupt nicht zu”, 2 „stimme eher nicht zu”, 3 „teils-teils”, 4 „stimme eher zu”, 5 „stimme voll und ganz zu”), teilweise mit nur an den Polen beschrifteten 11er-Likert-Skalen (beispielsweise 0 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden”, 10 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden”) gemessen. Im ersten Schritt erfolgten Skalentransformationen und ggf. Rekodierungen, sodass der Wert 0 für jedes Item eine konservative Einstellung und der Wert 10 eine progressive Einstellung widerspiegelte. Im zweiten Schritt haben wir die 14 Items in einer explorativen Faktorenanalyse mit Maximum-Likelihood-Verfahren und einer orthogonalen Rotation der Faktoren untersucht (fünf Einstellungen zu Migration, zum Beispiel „Wird das kulturelle Leben in Deutschland im Allgemeinen durch die Zuwanderung von Migranten untergraben oder bereichert?“; vier Einstellungen zu Umverteilung, zum Beispiel „Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.“; fünf Einstellungen zu Genderrollen, zum Beispiel „Eine Mutter, die Vollzeit berufstätig ist, kann eine genauso warme und sichere Beziehung zu ihren Kindern aufbauen wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“). Es ließen sich drei Faktoren extrahieren, die die beste Lösung verkörperten und auf denen die Items systematisch (d.h. mit hohen Ladungen auf dem jeweiligen Faktor und niedrigen Fremdladungen auf den zwei übrigen Faktoren) auf den erwarteten Konfliktdimensionen (Migration, Umverteilung, Gender) laden. Die 14 Items und das Ergebnis der Faktorenanalyse werden in Tabelle A5.1 im Online-Anhang dargestellt.

Auf Basis der Faktorenlösung haben wir für die deskriptiven Analysen aus Darstellungsgründen einfache Summenindizes gebildet, indem für jede Konfliktdimension der Mittelwert der jeweiligen Items berechnet wurde. Für die multivariaten Analysen haben wir uns Faktorscores für die drei Konfliktdimensionen ausgeben lassen und OLS-Regressionen gerechnet. Die Tabellen zu diesen Regressionen finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A5.2, A5.3 und A5.4.

[10] Ähnliche Einstellungsüberlagerungen finden sich auch in anderen Studien (vgl. Buchmayr, 2022; Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022).

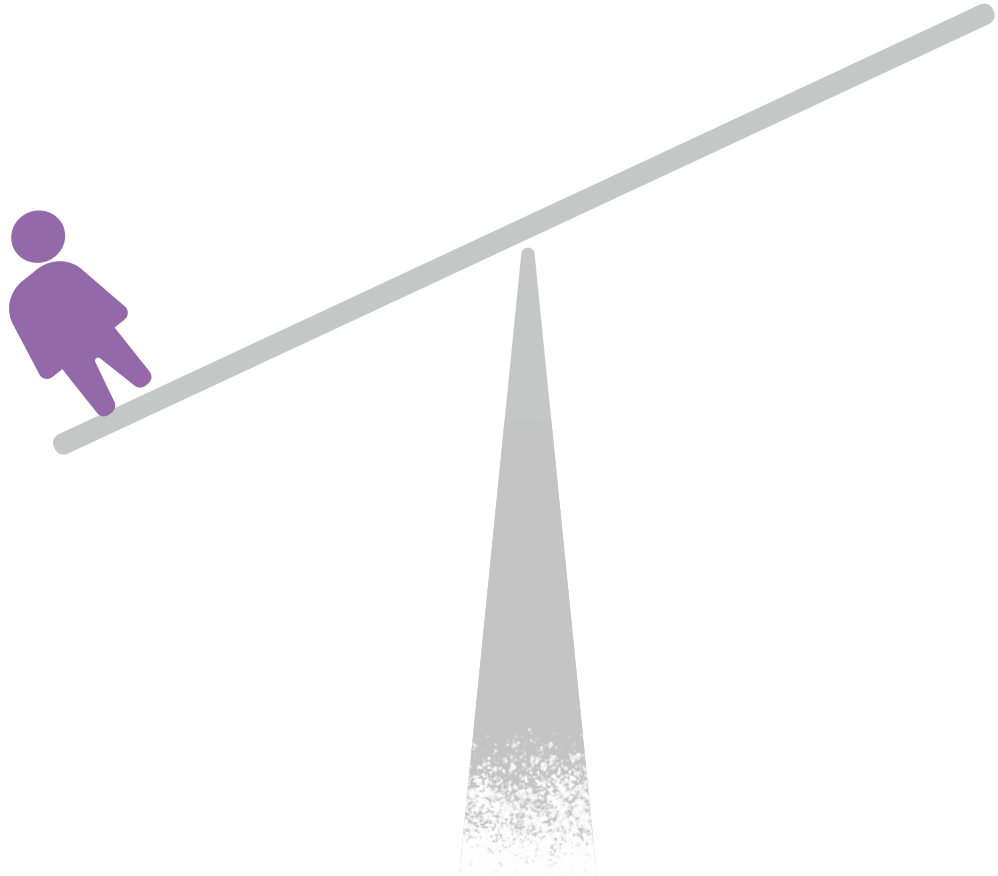
5.1 Ungleichheitskonflikte und soziodemografischer Hintergrund

Im Folgenden schauen wir uns an, wie Ungleichheitskonflikte bezüglich Migration, Umverteilung und Gender in der Bevölkerung verteilt sind. Dazu vergleichen wir die Mittelwerte verschiedener sozialer Gruppen (siehe Abbildung 5.1). Berichtet werden dabei nur Befunde, die auch in multivariaten Regressionsanalysen unter Kontrolle aller betrachteten Einflussfaktoren bestehen bleiben (siehe auch Abbildung A5.1 und Tabellen A5.2 bis A5.4 im Online-Anhang).

Eine Betrachtung der gesamten Stichprobe ergibt, dass in allen drei ausgewählten Konfliktkonstellationen tendenziell progressive Einstellungen vorherrschen. Während der Skalenwert 5 auf der Skala von 0 bis 10 eine ambivalente Haltung repräsentiert, finden wir also eine moderate Befürwortung von Migration und Umverteilung (Mittelwerte 5,7 und 6,2) sowie eine relativ starke Befürwortung der Gleichstellung von Frau und Mann (Mittelwert 7,0). Dabei zeigt sich, dass alle drei Skalen annähernd normalverteilt sind (wenn auch linksschief, siehe Abbildung A5.2 im Online-Anhang). Um die Figur von Mau et al. (2023) zu bemühen, sind also eher Dromedare als Kamele zu erkennen, gleichbedeutend damit, dass sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in diesen Fragen keine Polarisierung andeutet.

Wenden wir uns den soziodemografischen Gruppen zu, zeigen sich vorrangig signifikante Unterschiede nach sozioökonomischem Status und Region. So erkennen wir mit zunehmendem Einkommen und zunehmender Bildung steigende Präferenzen für Migration und Gendergleichheit, aber eine abnehmende Befürwortung der Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Des Weiteren sind Menschen in Ostdeutschland progressiver hinsichtlich Einstellungen zu Gender und Umverteilung, Menschen in Westdeutschland dagegen progressiver in Bezug auf Migration. Zudem sind Großstädter:innen im Vergleich zu Menschen im ländlichen Raum progressiver in Bezug auf Migration und Genderrollen. Erwartungsgemäß befürworten Frauen eine Gleichstellung der Geschlechter in höherem Ausmaß als Männer, und Menschen mit Migrationshintergrund unterstützen Zuwanderung stärker als Menschen ohne Migrationshintergrund.



Gewichtete Mittelwerte gesellschaftlicher Ungleichheitskonflikte (Index 0–10)	**Migration**	**Umverteilung**	**Gender**
Gesamte Stichprobe	5,7	6,2	7,0
Gruppenzugehörigkeit			
Klimatypen			
die Ablehnenden	3,0	5,7	6,5
die Indifferenten	4,9	5,8	6,6
die Zustimmenden	6,3	6,1	7,0
die Besorgten	5,3	6,6	6,8
die Entschlossenen	7,3	6,8	7,8
Alter			
18–25 Jahre	6,2	6,1	7,2
26–35 Jahre	6,1	6,3	7,1
36–45 Jahre	5,6	6,1	6,9
46–55 Jahre	5,7	6,0	7,0
56–64 Jahre	5,6	6,2	7,1
65+	5,6	6,3	6,8
Verstädterungsgrad			
ländlich	5,3	6,1	6,8
klein- & mittelstädtisch	5,6	6,2	7,0
großstädtisch	6,2	6,3	7,1
Einkommensposition			
unter 60 %	5,6	6,8	6,5
60–80 %	5,4	6,6	6,7
80–100 %	5,3	6,6	6,9
100–120 %	5,8	6,2	7,2
120–150 %	5,9	5,8	7,2
150–200 %	6,2	5,5	7,2
über 200 %	6,7	4,9	7,5
Bildung			
höchstens Mittlere Reife	5,7	6,6	6,4
Hauptschulabschluss + Lehre	4,9	6,5	6,6
Mittlere Reife + Ausbildung	5,2	6,2	7,0
Abitur (+/- Ausbildung)	6,2	6,1	7,1
(Fach-)Hochschulabschluss	6,8	5,8	7,4
Greenness-of-Jobs-Index (GOJI)			
„grüne“ Berufe	5,7	6,0	7,2
„weiße“ Berufe	6,0	5,9	7,2
„braune“ Berufe	5,3	6,2	6,7
Geschlecht			
männlich	5,7	6,2	6,7
weiblich	5,8	6,2	7,3
Region			
Westdeutschland	5,8	6,1	6,8
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	5,2	6,5	7,7
Migrationshintergrund			
mit	5,5	6,2	7,1
ohne	6,2	6,2	6,7
Erwerbsstatus			
Vollzeit	5,7	5,9	7,2
Teilzeit/sonstige	5,8	6,2	7,0
arbeitslos	5,5	7,1	6,6
nicht erwerbstätig	5,7	6,4	6,8

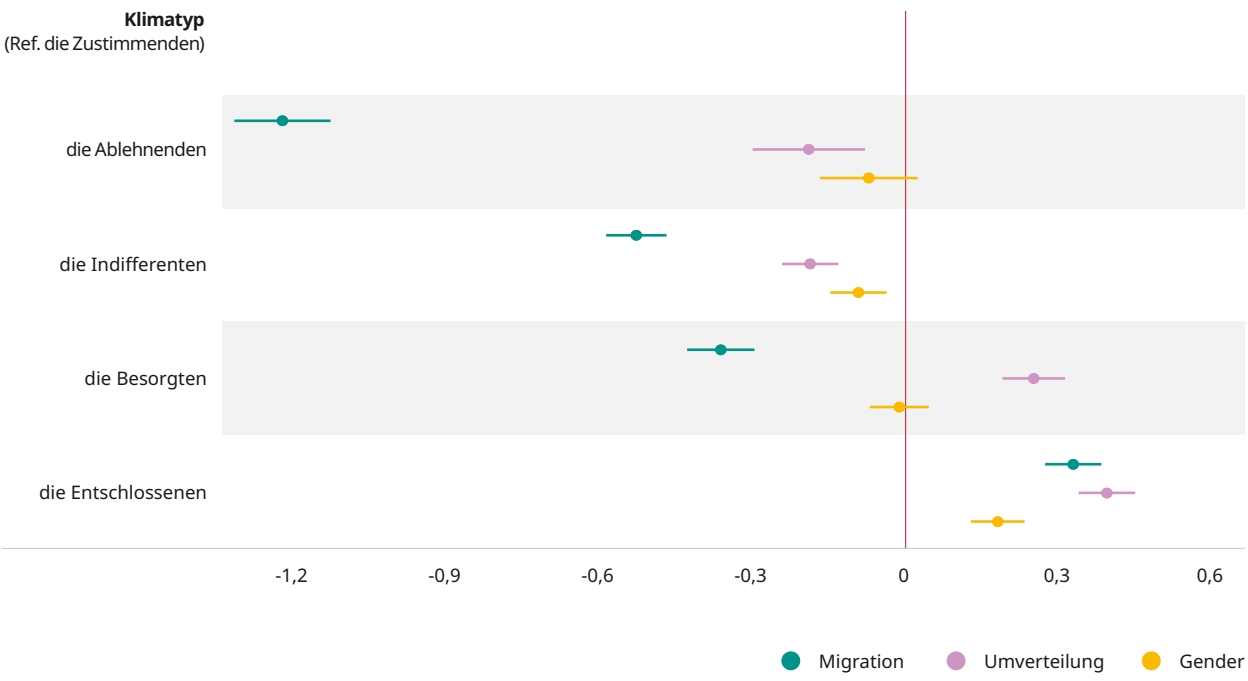


Abbildung 5.2: Klimatypen und Ungleichheitskonflikte
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=6.247. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS-Regressionen) der Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die abhängigen Variablen sind die Faktorscores der drei Ungleichheitseinstellungen; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an (konservativere Einstellungen), rechts davon positive Zusammenhänge (progressivere Einstellungen); ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A5.2 bis A5.4.

5.2 Ungleichheitskonflikte und Klimatypen

Es zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen den fünf Klimatypen und den drei betrachteten Konfliktfeldern. Die Deutlichkeit der Zusammenhänge spiegelt sich unter anderem in einer erheblichen Steigerung der Erklärungskraft bzw. Güte der multivariaten Modelle wider, nachdem die Klimatypen als erklärende Variablen aufgenommen wurden (siehe R^2-Werte der Tabellen A5.2 bis A5.4 im Online-Anhang; im Falle des Konfliktfelds Migration kommt es sogar zu einer Verdopplung). Allerdings ist anzumerken, dass die Erklärungskraft oft deutlich steigt, wenn Einstellungen mit anderen Einstellungen in Zusammenhang gebracht werden.

In Abbildung 5.1 und Abbildung 5.2 zeigt sich, dass die in Klimafragen konservativen *Ablehnenden* vorwiegend hinsichtlich Migration, aber auch gegenüber Umverteilung ebenfalls relativ konservative Positionen vertreten. Lediglich hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann unterscheiden sie sich nicht signifikant von den *Zustimmenden*, die insgesamt eine mittlere Position einnehmen und in den multivariaten Analysen als Vergleichsgruppe dienen. Im Gegensatz dazu weisen die *Entschlossenen* in allen drei Ungleichheitskonflikten ebenfalls vergleichsweise progressive Einstellungen auf: Neben der sozial-ökologischen Transformation befürworten sie auch die kulturellen, ökonomischen und identitätsbezogenen Aspekte Zuwanderung, Umverteilung und Gendergleichheit.

Die in Klimafragen gleichfalls tendenziell konservativen *Indifferenten* weisen in allen drei betrachteten Konfliktfeldern konservativere Einstellungen auf als die

Abbildung 5.1: Ungleichheitskonflikte nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=6.247. Anmerkungen: Mittelwerte, gewichtete Ergebnisse.

Zustimmenden. Von den *Ablehnenden* unterscheiden sie sich vordergründig dadurch, dass ihre Ablehnung von Zuwanderung weniger extrem ausfällt: Mit einem Mittelwert von 4,9 auf dem Summenindex (siehe Abbildung 5.1) sind sie auch in dieser Frage indifferent. Dagegen spiegelt sich die Ambivalenz der *Besorgten* auch in den drei ausgewählten Konfliktkonstellationen wider: Während sie in Genderfragen eine ähnliche Haltung wie die *Zustimmenden* vertreten (also moderat progressiv), sind sie deutlich konservativer in Bezug auf Zuwanderung und deutlich progressiver hinsichtlich der Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

5.3 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir deutliche Assoziationen zwischen den fünf Klimatypen und den betrachteten gesellschaftlichen Konfliktfeldern finden. Dabei ist es jedoch nicht so, dass sich progressivere Klimaeinstellungen automatisch in progressiveren Positionen in den anderen Konfliktfeldern niederschlagen und konservative Klimaeinstellungen sich in konservativen Positionen; dies ist lediglich bei den *Entschlossenen* der Fall, die mit einer starken Befürwortung von Zuwanderung, Umverteilung und Gendergleichheit ein kohärent-progressives Weltbild aufzuweisen scheinen. Der ‚Gegenpol' der *Ablehnenden* dagegen zeichnet sich in erster Linie durch eine starke Ablehnung von Zuwanderung aus, während hinsichtlich Umverteilung und Genderrollen zwar vergleichsweise konservative Einstellungen vorliegen, die sich aber kaum von denen der *Indifferenten* unterscheiden. Die Referenzgruppe der *Zustimmenden* kann aufgrund ihrer Gruppengröße als politische Position der ‚gesellschaftlichen Mitte' verstanden werden. Während sie Fragen der Migration und Umverteilung moderat befürworten, vertreten sie in Fragen der Gendergleichheit einen deutlich progressiven Standpunkt. Die Ambivalenz der *Besorgten* schlägt sich in konservativen Einstellungen hinsichtlich Migration und progressiven Einstellungen hinsichtlich Umverteilung nieder. Während die Ablehnung von Migration vermutlich eng mit Transformationssorgen verknüpft ist, können Umverteilungspräferenzen sowohl aus progressiven Haltungen als auch aus Statussorgen erwachsen.

Durch die Klimatypen werden komplexere Zusammenhänge sichtbar, als sie eine eindimensionale Betrachtung von Einstellungen zu Klimawandel auf der Achse von konservativ bis progressiv ermöglichen würde. Dies sollte dazu ermuntern, auch Einstellungen anderer Konfliktfelder in Form komplexerer Einstellungstypen zu erfassen. Einschränkend sei noch einmal hervorgehoben, dass hier lediglich Beispiele von Konfliktkonstellationen für Innen-Außen-, Oben-Unten- und Wir-Sie-Ungleichheiten und keine Konfliktfelder in ihrer Gesamtheit betrachtet wurden. Beispielsweise ist die Idee der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Gesellschaft mittlerweile recht etabliert. Die Gleichstellung von Angehörigen der LGBTIQ+-Community dagegen ist deutlich umstrittener (Dietz & Roßteutscher, 2024). In diesem Fall könnte eine Betrachtung von Klimatypen und Wir-Sie-Ungleichheiten ein anderes Bild ergeben.

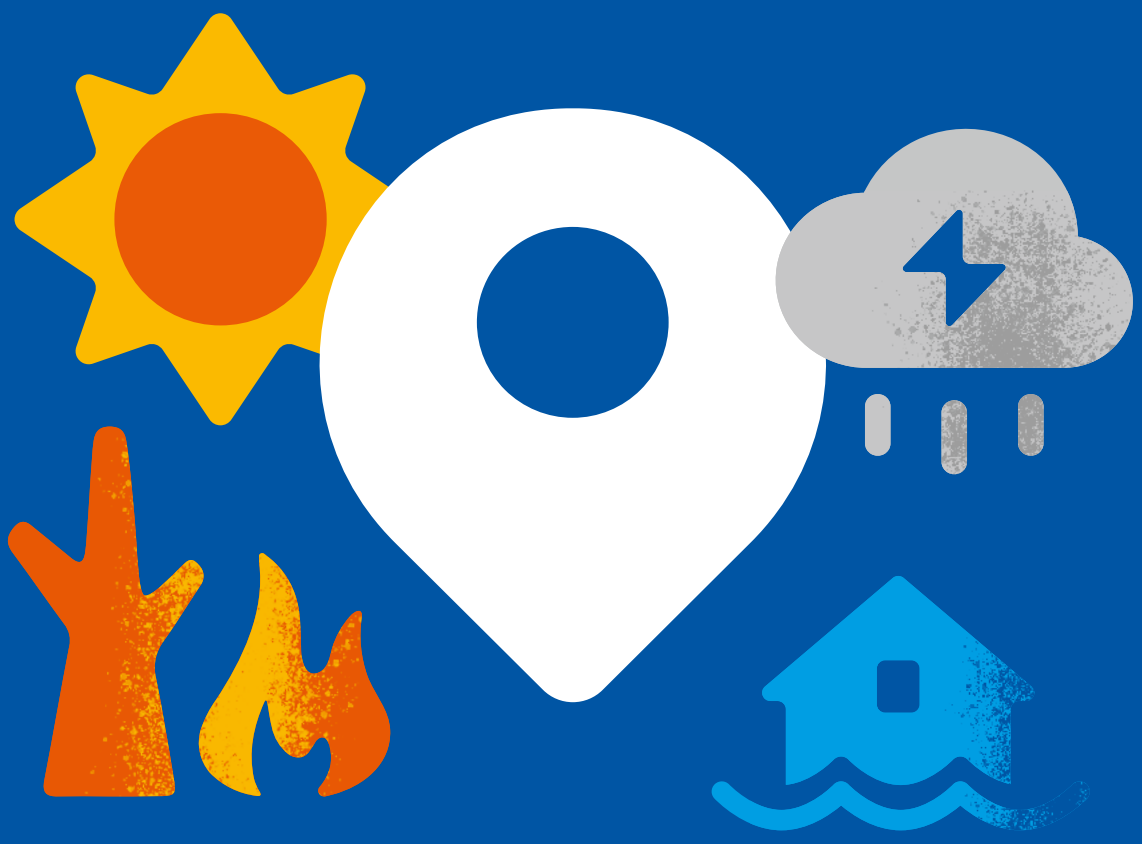
Generell wirft die partielle Überlagerung gesellschaftspolitischer Konfliktfelder die Frage auf, ob sich entlang von Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie ausbildet oder bestehende Spaltungen verstärkt werden (vgl. Weko, 2022; Dilger, 2025).

II | KAPITEL 6

Regionalsozio-logische Einblicke: Wahrnehmungen und regionale Betroffen-heit von Extremwetter-ereignissen

Peter Dirksmeier

DOI: 10.82162/1wsq-fh98



Eine paradoxe Hoffnung im Kontext des Klimawandels könnte darin bestehen, dass eine Zunahme an lokalen Extremwetterereignissen wie Hitzewellen oder Überschwemmungen zu einer Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen führen könnte. Aus individueller Betroffenheit könnte eine für alle vorteilhafte Einstellungs- und Verhaltensänderung entstehen. Diese Erwartung lässt sich empirisch überprüfen, wenn man die Wetterwahrnehmung mit objektiven Wetterdaten in Beziehung setzt. Das German Social Cohesion Panel (SCP) erlaubt auf Basis von neuen Umfragedaten zu Klimawandeleinstellungen und Wetterwahrnehmungen Aufschluss darüber zu geben, ob diese Hoffnung berechtigt ist. Dazu wird im Folgenden untersucht, inwieweit sich gegenwärtig bereits ein Zusammenhang zwischen den Klimatypen und Wahrnehmungen mit den realen Extremwetterereignissen in Deutschland findet.

In den vergangenen Jahren häufen sich die Berichte über Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse, die Deutschland direkt betreffen – sei es die verheerende Flut im Ahrtal, zunehmend längere Dürreperioden mit einhergehenden Ernteausfällen oder auch überschwemmungsbedingte Erdrutsche mit tödlichen Folgen im Bahnverkehr. Was früher oft als ein Problem subtropischer oder tropischer Länder galt, ist inzwischen auch in Mitteleuropa Realität. Dass viele dieser Extremwetterereignisse im Zusammenhang mit dem menschengemachten Klimawandel stehen, wird zunehmend durch die Erkenntnisse der Klimaforschung belegbar. Aber es bleibt gleichzeitig der auffällige sozialwissenschaftliche Befund, dass die Gesellschaft offenkundig nicht in der Lage ist, den Klimawandel zu verlangsamen, geschweige denn aufzuhalten (Beckert, 2024).

Die Gründe sind so vielfältig wie komplex. Ein immer wieder bemühtes Argument liegt in der Banalität der zyklisch wiederkehrenden Wettererscheinungen. Hierbei ist zunächst die Unterscheidung von Klima und Wetter wesentlich. Wetter ist definiert als gegebener Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit. Das Wetter betrifft die Menschen somit unmittelbar. Das Klima lässt sich dagegen nicht einfach wahrnehmen, denn es „ist die gemeinsame Wahrscheinlichkeitsverteilung mehrerer Wetterparameter, wie Temperatur oder Windgeschwindigkeit, die an einem bestimmten Ort während eines bestimmten Zeitintervalls zu erwarten sind“ (Carleton & Hsiang, 2016, S. 1 [eigene Übersetzung]). Wahrnehmen lässt sich folglich nur das gegenwärtige Wetter an einem Punkt der Erdoberfläche, nicht aber seine langfristige Veränderung. Diese sehr langsam ablaufende Modifikation muss gemessen, interpretiert und kommuniziert werden.

In den Sozialwissenschaften hat es bereits viele Versuche gegeben, das Klima in einer bestimmten Region mit dem Handeln der Menschen in einen unmittelbaren Zusammenhang zu stellen. Für das Beispiel des historischen Einflusses globaler Windsysteme auf die Muster des Fernhandels und der sich daran anschließenden Transportkosten, ist diese Einflussnahme noch unmittelbar einsichtig (Carleton & Hsiang, 2016). Auch die Tatsache, dass im winterlichen Vorderjapan noch Rettich, Nudeln und Süßkartoffeln im Freien getrocknet sowie Gemüse und Blumen angebaut wurden, während auf der Luv-Seite der Gebirge der sibirische Monsun für kaltes und feuchtes Klima im Winter sorgte, erklärt plausibel unterschiedliche kulturelle Praktiken und soziale Probleme im Japan der 1970er Jahre (Yazawa, 1980). Kritischer diskutiert wurde dagegen etwa der empirische Befund aus der Ökonomie, dass ein mildes und trockenes Klima einen signifikanten Einfluss auf das Städtewachstum in den USA hat. Wenn Menschen die Wahl haben, wo sie leben und arbeiten wollen, dann entscheiden sie sich für milde und trockene Wohnorte, nicht für feuchte und kühle, wie das Wachstum von Las Vegas (Nevada) und Scottsdale (Arizona) in den 1990er Jahren zeigt (Glaeser & Shapiro, 2003).

Den Zusammenhang von Wetter und Gesellschaft analysieren zu wollen, ist gleichsam unmittelbar einsichtig. Schon in den 1950er Jahren zeigte sich empirisch, dass in der westdeutschen Gesellschaft eine Neigung zur Verknüpfung der individuellen Lebenslage mit Phänomenen außerhalb des eigenen Handlungsraumes, wie eben dem Wetter, nachweisbar ist (Schmidtchen, 1957). Die Betroffenheit von Wetterphänomenen ist für die Gesellschaftsmitglieder eines Ortes zunächst einmal gleich. Daher bietet sich das Wetter als ein unverfängliches Gesprächsthema zwischen Fremden an, bevor etwa politische oder konfliktbehaftete Themen besprochen werden (Giesen, 1991). Mit den Daten des ALLBUS 2008 lässt sich darüber hinaus eine schwache Korrelation zwischen dem Wetter am Befragungstag und der Bewertung der Politik und wirtschaftlichen Situation nachweisen, die an besonders sonnigen Tagen positiver ausfällt als an Regentagen (Mutz & Kämpfer, 2011).

Wenn auch der genaue Einfluss des Klimas und des Wetters auf das Handeln und die Einstellungen der

Menschen nicht exakt zu bestimmen ist: Es finden sich genug Hinweise, um die Diagnose der Folgenlosigkeit des naturwissenschaftlichen Wissens um den menschengemachten Klimawandel (Beckert, 2024) hinsichtlich des Einflusses von Wetterwahrnehmungen zu betrachten. Eine Untersuchung des Einflusses von lokalen Extremwetterereignissen auf die Veränderung von Einstellungen zum Klimawandel erfordert längsschnittliche Daten, die aktuell noch nicht zur Verfügung stehen. Wir konzentrieren uns daher zunächst auf die Frage, inwiefern die Wahrnehmung von lokalen Extremwetterereignissen bei den fünf identifizierten Klimatypen unterschiedlich ausfällt – inwiefern also die Extremwetterwahrnehmungen durch Einstellungen ‚gefiltert' und damit ggf. ‚verzerrt' werden. Zu erwarten wäre, dass die *Ablehnenden*, die dem Klimawandel wenig Beachtung beimessen, sich weniger von Extremwetterereignissen betroffen fühlen als die *Entschlossenen*, die den Klimawandel als großes Problem auffassen. Zudem soll analysiert werden, inwieweit etwaige Unterschiede zwischen den Klimatypen dadurch erklärbar sind, dass Befragte in Gegenden (hier repräsentiert durch Raumordnungsregionen) wohnen, in denen Extremwetterlagen häufiger auftreten. Insbesondere ist von Interesse, inwieweit das objektive Wetter in einer Region Einfluss auf die wahrgenommene Betroffenheit von Extremwetterereignissen nimmt. Für die kleine Gruppe der *Ablehnenden* wäre wiederum zu erwarten, dass sie Wetterkapriolen in geringerem Maße als Zeichen des Klimawandels einordnen als Menschen, die den Klimawandel als problematisch betrachten.

Methodisches Vorgehen

Die Wahrnehmung von Extremwetterereignissen wurde im German Social Cohesion Panel (SCP) mit der Frage „Inwiefern fühlen Sie sich von folgenden Extremwetterereignissen an Ihrem Wohnort betroffen?" gemessen. Drei Arten von Extremwetterereignissen wurden abgefragt: „Hitzewellen/Dürre", „Starkregen/Überschwemmungen" und „Stürme". Die Antwortskala reicht jeweils von 0 „überhaupt nicht betroffen" bis 10 „sehr betroffen".

Der Zusammenhang zwischen objektiven Wetterereignissen und der gefühlten Betroffenheit von Extremwetterereignissen wurde auf Ebene der Raumordnungsregionen analysiert. Raumordnungsregionen spiegeln die Bedürfnisse der Regionalplanung wider und sollen darüber hinaus dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung von Umwelt und Ressourcen dienen. Die Wetterdaten für das Jahr 2022 liegen auf Ebene der Raumordnungsregionen vor und stammen vom Open-Data-Server des Deutschen Wetterdienstes (Deutscher Wetterdienst, 2025). Die Daten wurden mithilfe des Geoinformationsprogramms ArcGIS Pro auf der Ebene der Raumordnungsregionen aggregiert und dem finalen SCP-Befragungsdatensatz zugespielt. Betrachtet werden die vier Indikatoren Anzahl der Hitzetage von mehr als 30 °C, Anzahl der Starkregentage mit mindestens 30 mm Niederschlag, Jahresdurchschnittstemperatur in zwei Meter Höhe und die Abweichung von der Durchschnittstemperatur in der Periode von 1961 bis 1990 im Jahr 2022. Für die Berechnung der Korrelationen von Wetterereignissen und Wetterwahrnehmungen in Abbildung 6.2 wurden die Anteilswerte der zwei Klimatypen der *Ablehnenden* und der *Entschlossenen* im Sinne von Lazarsfeld und Menzel (1969) als analytische Eigenschaft betrachtet und für die Kontextebene der Raumordnungsregion aggregiert.

In die vorliegenden Analysen gehen 91 von 96 Raumordnungsregionen ein. Mit Blick auf die Stichprobe von 8.288 Befragten (max.) erlauben sie somit eine kritische Anzahl an Fällen auf der räumlichen Ebene und damit die Anwendung von Mehrebenenregressionen.

Auf der anderen Seite ist die Ebene der Raumordnungsregion noch ausreichend klein, um Effekte des Wetters auf die gefühlte Betroffenheit sinnhaft zu modellieren. Es wurden zu diesem Zweck sogenannte Random-Intercept-/Random-Slope-Modelle geschätzt. Random-Intercept-/Random-Slope- Modelle sind statistische Modelle, die die Variationen innerhalb und zwischen den Raumordnungsregionen in den Daten berücksichtigen. Der Random Intercept erlaubt es, jeder Raumordnungsregion einen eigenen Durchschnittswert zuzuordnen, während der Random Slope ermöglicht, dass der Effekt eines Prädiktors zwischen den Raumordnungsregionen variiert. Die verwendete Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung (REML) ist besonders bei der Schätzung von Varianzkomponenten in solchen Modellen nützlich, da sie Verzerrungen minimiert, die bei kleinen Stichproben auftreten können. Zudem wurden anfangs Korrelationen auf der Raumordnungsregionsebene gerechnet, um die Zusammenhänge zwischen aggregierten Einstellungen und Wetterdaten abzubilden.

Im Folgenden werden sechs Regressionsmodelle vorgestellt, die jeweils Zusammenhänge zwischen den wahrgenommenen Betroffenheiten von Hitze und Regen als abhängige Variablen, den Klimatypen als theoretische erklärende Variablen, den strukturellen und soziodemografischen Kontrollvariablen und den Wettervariablen auf der Aggregatebene aufzeigen. Die abhängigen, erklärenden und Kontrollvariablen wurden dabei auf der Ebene der Individuen gemessen. Zusätzlich wurde noch die Variable „Interview im Sommer“ aufgenommen, die als Dummy den Individuen eine 1 zuordnet, bei denen das Interview während des kalendarischen Sommers stattfand, der im Jahr 2022 am 22. September endete. Die Aufnahme der Variable folgt der Überlegung, dass Hitzewellen noch präsenter sind, wenn das Interview im Sommer erfolgte. Die Modelle folgen jeweils einem sukzessiven Aufbau. Zunächst wurden die Strukturvariablen, dann die Klimatypen und schließlich die Regionaldaten in die Modelle integriert.

6.1 Deskriptive Befunde zur Wahrnehmung von Extremwetterereignissen, Klimatypen und objektiven Wetterdaten

In einem ersten Schritt wird die wahrgenommene Betroffenheit von Extremwetterereignissen deskriptiv mit Bezug auf die Klimatypen und verschiedene soziodemografische Gruppen betrachtet. Die Werte in Abbildung 6.1 geben die Mittelwerte der Extremwetterbetroffenheit für Befragte mit den jeweiligen Merkmalen an. In Hinblick auf die Wahrnehmung der drei Extremwetterereignisse in der Gesamtbevölkerung bestehen deutliche Unterschiede: Die gefühlte Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren ist mit einem Mittelwert von 5,8 am stärksten ausgeprägt, mit einigem Abstand gefolgt von der Betroffenheit von Stürmen (4,7), wiederum gefolgt von der Betroffenheit von Starkregen (4,2).

Mit Blick auf die Klimatypen bestätigt sich die Einschätzung, dass die drei Extremwetterereignisse nicht gänzlich objektiv wahrgenommen werden. Zwischen den *Ablehnenden* und den *Entschlossenen* zeigt sich ein deutlicher Mittelwertunterschied in der Betroffenheit von Hitze (4,2 gegenüber 6,6). Etwas geringer fallen die Unterschiede für die Betroffenheit von Starkregen und Stürmen aus. Die Mittelwertunterschiede zwischen den fünf Klimatypen sind wesentlich größer als zwischen den jeweiligen Ausprägungen der betrachteten soziodemografischen Merkmale, bei denen sie durchgehend unter dem Wert von einem Skalenpunkt bleiben. Die Befunde legen nahe, dass grundlegende Einstellungen zum Klimawandel die wahrgenommenen Betroffenheiten verzerren, da die klimawandelskeptischen Typen deutlich geringere Skalenmittelwerte und damit geringere Betroffenheiten von Extremwetterereignissen aufweisen.

In einem zweiten Schritt werden die auf Raumordnungsregionsebene aggregierten Betroffenheitswahrnehmungen mit den korrespondierenden gemessenen Wetterdaten korreliert. Abbildung 6.2 zeigt die Korrelationen auf der Regionalebene, die bei Korrelationskoeffizienten größer als 0,06 statistisch signifikant sind.

Mittelwerte von Extremwetterbetroffenheit (Index 0–10)	**Betroffenheit von Hitzewellen/Dürren**	**Betroffenheit von Starkregen**	**Betroffenheit von Stürmen**
Gesamte Stichprobe	5,8	4,2	4,7
Gruppenzugehörigkeit			
Klimatyp			
die Ablehnenden	4,2	3,0	3,2
die Indifferenten	5,0	3,8	4,2
die Zustimmenden	5,9	4,3	4,8
die Besorgten	6,8	5,0	5,6
die Entschlossenen	6,6	4,5	5,0
Alter			
18–25 Jahre	5,3	3,5	4,1
26–35 Jahre	5,9	4,2	4,5
36–45 Jahre	5,8	4,4	4,6
46–55 Jahre	5,9	4,3	4,7
56–64 Jahre	5,9	4,3	4,8
65+ Jahre	5,7	4,3	5,0
Verstädterungsgrad			
ländlich	5,9	4,6	5,0
klein- & mittelstädtisch	5,8	4,3	4,8
großstädtisch	5,7	4,0	4,4
Einkommensposition			
unter 60 %	5,8	4,1	4,5
60–80 %	5,6	4,1	4,7
80–100 %	5,8	4,5	4,9
100–120 %	5,9	4,1	4,7
120–150 %	5,8	4,1	4,7
150–200 %	5,8	4,3	4,5
über 200 %	5,8	4,5	4,8
Bildung			
höchstens Mittlere Reife	6,0	4,2	4,8
Hauptschulabschluss + Lehre	5,8	4,6	5,0
Mittlere Reife + Ausbildung	5,7	4,1	4,7
Abitur (+/- Ausbildung)	5,8	4,1	4,6
(Fach-)Hochschulabschluss	5,9	4,2	4,5
Greenness-of-Jobs-Index (GOJI)			
„grüne“ Berufe	5,8	4,2	4,6
„weiße“ Berufe	5,8	4,2	4,6
„braune“ Berufe	6,0	4,5	4,7
Geschlecht			
männlich	5,6	4,3	4,6
weiblich	5,9	4,2	4,8
Region			
Westdeutschland	5,8	4,3	4,7
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	5,9	3,9	4,6
Migrationshintergrund			
mit	5,6	4,1	4,5
ohne	5,9	4,3	4,8
Erwerbsstatus			
Vollzeit	5,8	4,3	4,6
Teilzeit/sonstige	5,8	4,2	4,7
arbeitslos	5,5	3,9	4,6
nicht erwerbstätig	5,7	4,1	4,8

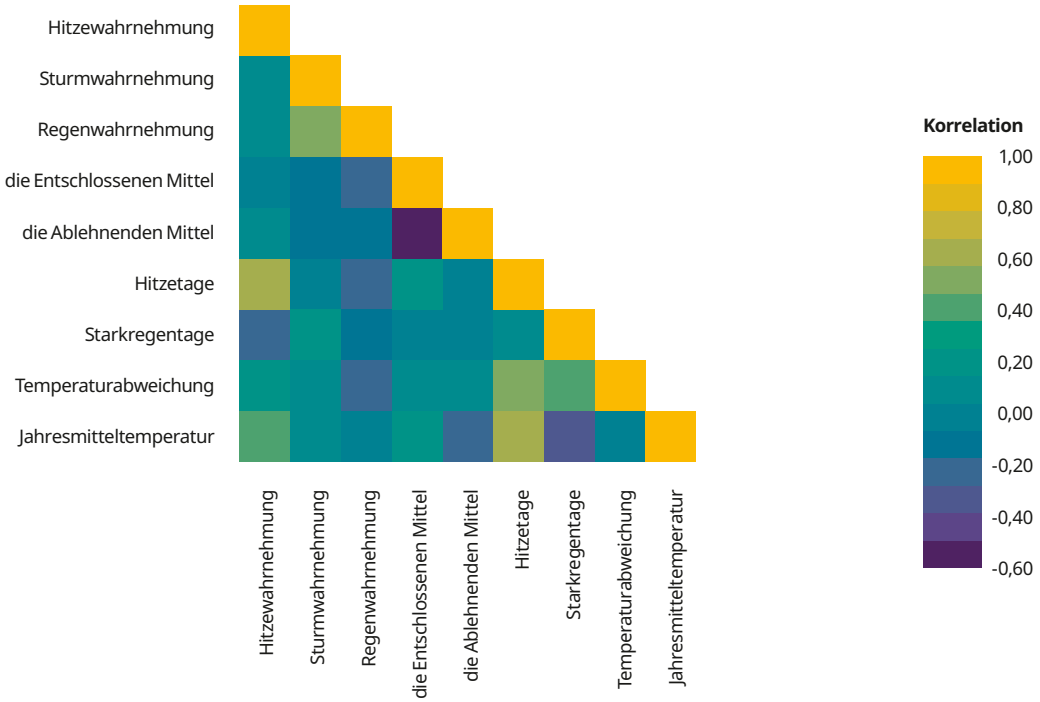


Abbildung 6.2: Regionale Extremwetterereigniswahrnehmung und objektive Wetterdaten im Jahr 2022 – Korrelationsmatrix
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), DWD Open-Data-Server 2022; N (Individuen)=8.288 (max.), N (Raumordnungsregionen)=91. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen bivariaten Korrelationskoeffizienten der auf Raumordnungsregion aggregierten Merkmale; die Korrelationskoeffizienten geben die Stärke und Richtung des linearen Zusammenhangs der zwei Merkmale an und rangieren zwischen -1 und 1, wobei 0 keinen Zusammenhang, -1 einen vollständigen negativen Zusammenhang und 1 einen vollständigen positiven Zusammenhang bedeuten.

Der stärkste Zusammenhang (0,67) zwischen objektiven Messwerten und Wahrnehmung zeigt sich zwischen der Anzahl an Hitzetagen und der aggregierten Hitzebetroffenheit. Auch die Jahresdurchschnittstemperatur hängt stark mit der Wahrnehmung von Hitze und Dürre zusammen (0,45). Dagegen deutet eine negative Korrelation zwischen der Anzahl an Starkregentagen und der Betroffenheit von Hitze (-0,25) an, dass Starkregen eher dämpfend auf Hitzewahrnehmungen wirkt. Im Kontrast dazu lösen objektive Starkregenereignisse keine Resonanz in der Wahrnehmung von Starkregenbetroffenheit aus. Die Karten in Abbildung 6.3 zeigen die korrelativen Zusammenhänge zwischen objektiven Wetterdaten und Wetterwahrnehmungen für Hitze und Starkregen noch einmal grafisch auf.

Hinsichtlich der zwei betrachteten Klimatypen der *Entschlossenen* und der *Ablehnenden* zeigt sich eine starke negative Korrelation (-0,57), das heißt, in Raumordnungsregionen finden sich entweder eher der eine oder der andere Typ. Mit den Wetterdaten korrelieren die beiden Typen nur gering: So zeigen sich moderate signifikante positive Zusammenhänge zwischen dem Anteil an *Entschlossenen* und der Jahresmitteltemperatur sowie der Anzahl an Hitzetagen (0,21 bzw. 0,17) und ein leicht negativer Zusammenhang zwischen Jahresmitteltemperatur und dem Anteil an *Ablehnenden* (-0,20) in den Raumordnungsregionen. Für Starkregen dagegen zeigen sich keine entsprechenden Tendenzen. Die bivariaten Befunde deuten also an, dass zumindest hohe Temperaturen förderlich für die Ausbildung eines Klimabewusstseins sein könnten.

Abbildung 6.1: Wahrgenommene Extremwetterbetroffenheit nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2); N=8.273 (max.). Anmerkungen: Mittelwerte, gewichtete Ergebnisse.

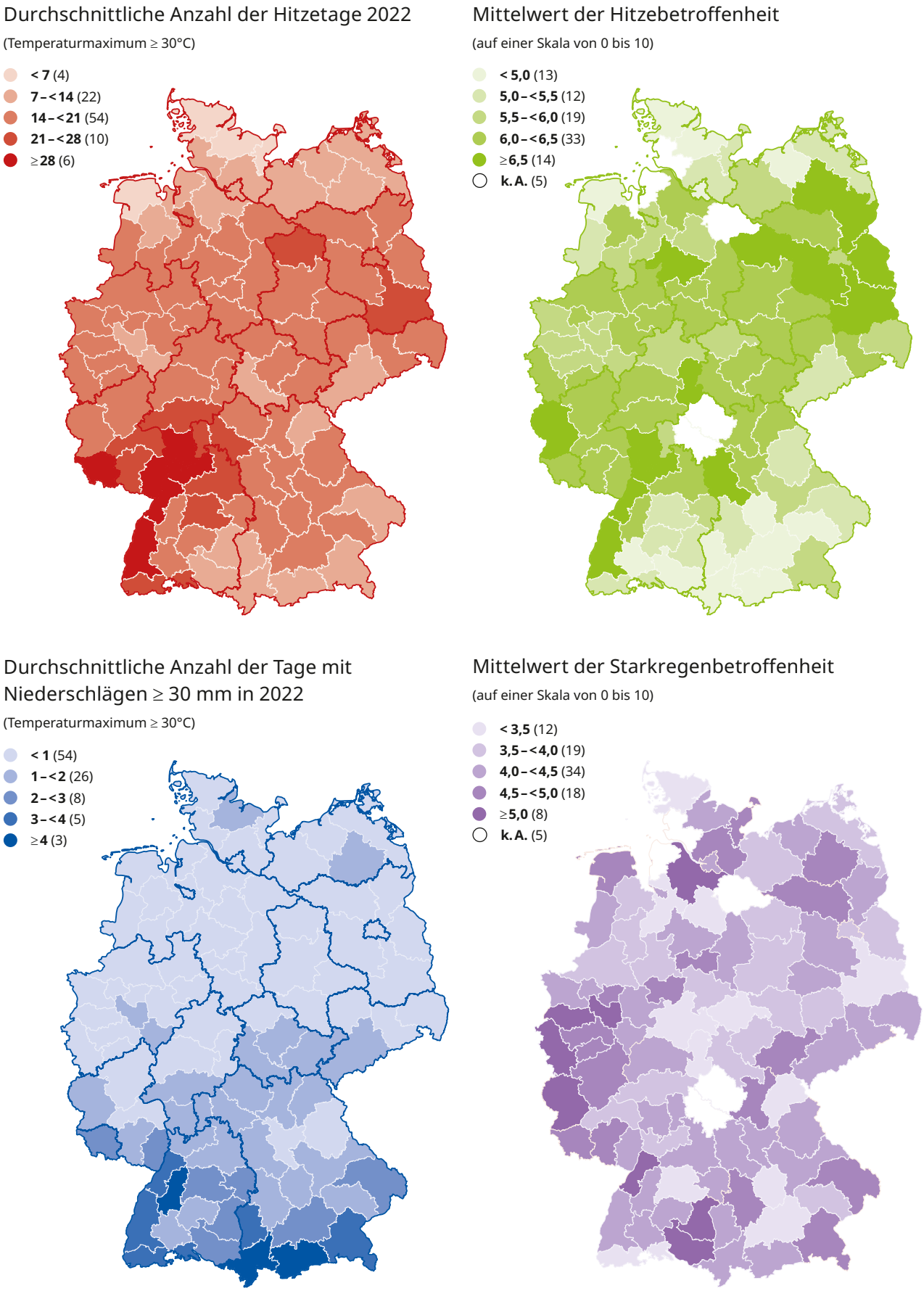


Abbildung 6.3: Regionale Extremwetterereigniswahrnehmung und objektive Wetterdaten im Jahr 2022 – Karten
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), DWD Open-Data-Server 2022; N (Individuen) =8.288 (max.), N (Raumordnungsregionen) 96 (max.). Anmerkungen: Mittelwerte, gewichtete Ergebnisse, Anzahl Raumordnungsregionen in Klammern.

6.2 Multivariate Analyse von subjektiver und objektiver Extremwetterbetroffenheit und Klimatypen

Abbildung 6.4 stellt die Befunde der Wahrnehmung von Hitze und Dürren unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale und objektiver Wetterdaten dar.

Auch unter Kontrolle tatsächlicher Hitzetage und Temperaturen werden Hitzewellen von den *Ablehnenden* und den *Indifferenten* deutlich seltener und von den *Entschlossenen* und den *Besorgten* deutlich häufiger wahrgenommen

Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren

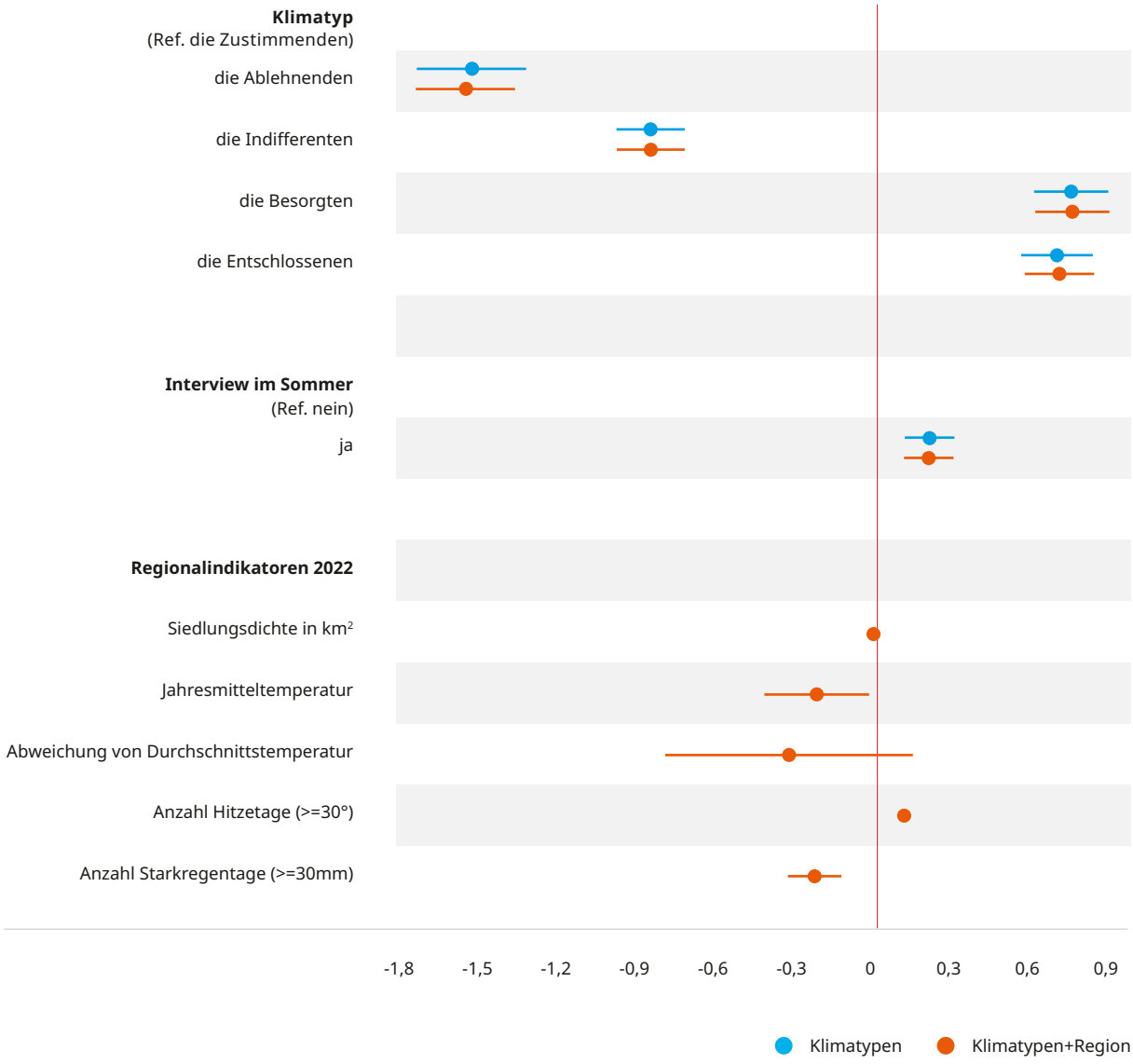


Abbildung 6.4: Subjektive Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren, Klimatypen und Regionalindikatoren
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), DWD Open-Data-Server 2022; N (Individuen)=7.106, N (Raumordnungsregionen)=91. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus Mehrebenenregressionen) der Klimatyp und der Regionalindikatoren unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an (geringere subjektive Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren), rechts davon positive Zusammenhänge (stärkere subjektive Betroffenheit von Hitzewellen und Dürren); ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in Tabelle A6.1.

als von den *Zustimmenden*. Die wahrgenommene Betroffenheit von Hitze und Dürre könnte also durch die Einstellung zum Klimawandel verzerrt werden.[11] Zudem zeigt sich ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen Hitzebetroffenheit und Interviews, die im Sommer stattgefunden haben.

Von den Regionalindikatoren hängt die Anzahl der Starkregentage negativ mit der Hitzebetroffenheit zusammen. Das ist unmittelbar einsichtig, da hohe Niederschläge eher in höheren und damit kühleren Lagen auftreten. Zudem findet sich die starke Korrelation zwischen der subjektiven Hitzebetroffenheit und der objektiven Anzahl

[11] Die Koeffizienten für die Klimatypen verändern sich im schrittweisen Modellaufbau, allerdings in solch geringem Ausmaß, dass grafisch in Abbildungen 6.4 und 6.5 keine Veränderung sichtbar ist (siehe Tabellen A6.1 und A6.2 im Online-Anhang).

Betroffenheit von Starkregen und Überschwemmungen

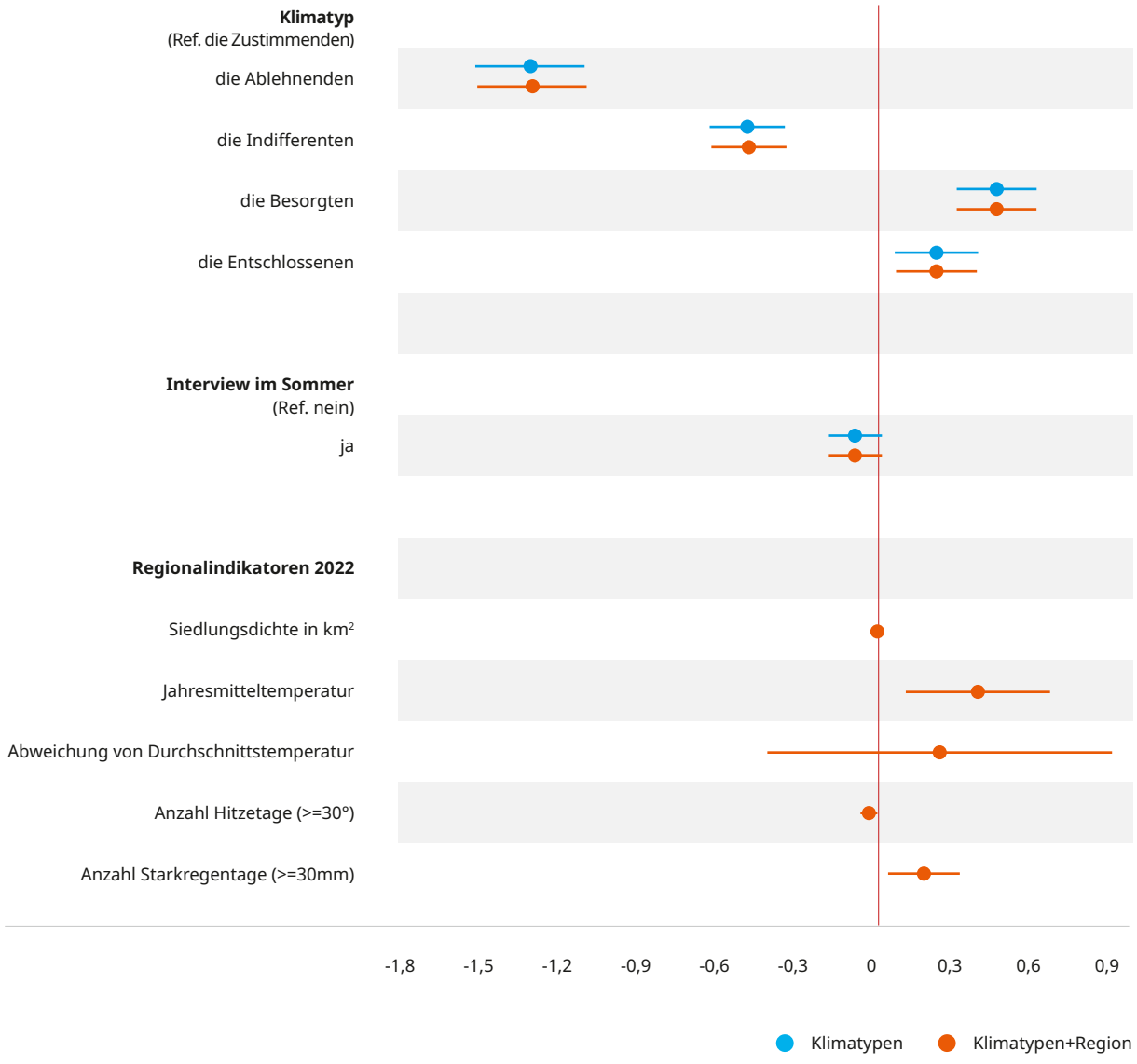


Abbildung 6.5: Subjektive Betroffenheit von Starkregen und Überschwemmungen, Klimatypen und Regionalindikatoren
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), DWD Open-Data-Server 2022; N (Individuen)=7.106, N (Raumordnungsregionen)=91. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus Mehrebenenregressionen) der Klimatypen und der Regionalindikatoren unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an (geringere subjektive Betroffenheit von Starkregen und Überschwemmungen), rechts davon positive Zusammenhänge (stärkere subjektive Betroffenheit von Starkregen und Überschwemmungen); ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in Tabelle A6.2.

an Hitzetagen wieder. Dies untermauert den bivariaten Befund, dass sich reale Hitzeereignisse auf eine korrespondierende Wetterwahrnehmung auswirken. Ein relativ niedriger Intraklassenkorrelationskoeffizient zeigt jedoch an, dass lediglich 5,9 Prozent der wahrgenommenen Betroffenheit von Hitzewellen überhaupt auf Unterschiedlichkeiten der Raumordnungsregionen zurückzuführen ist. Die Raumordnungsregionen sind relativ groß und gleichen sich daher tendenziell, was den geringen Koeffizienten erklärt.

Wie in Abbildung 6.5 ersichtlich, spiegeln sich in der Wahrnehmung von Starkregen die Zusammenhänge zwischen Klimatypen und Hitzewahrnehmung erneut wider: Auch unter Kontrolle von Wetterdaten nehmen die *Ablehnenden* und die *Indifferenten* deutlich seltener und die *Besorgten* und die *Entschlossenen* deutlich häufiger Starkregenereignisse wahr als die *Zustimmenden*. Dies verstärkt nochmals den Eindruck einer durch Klimawandeleinstellung gefilterten Wahrnehmung von Extremwettern.

Hinsichtlich der Regionalindikatoren zeigen sich positive Zusammenhänge zwischen der Starkregenwahrnehmung und der Anzahl an Starkregentagen sowie der Jahresmitteltemperatur. Auch hier bestätigt sich der Befund einer Korrelation zwischen Extremwettereignissen und deren Wahrnehmung. Wie im Fall von Hitzewahrnehmungen ist der durch die Raumordnungsregionen erklärbare Anteil der wahrgenommenen Betroffenheit von Starkregen mit 4,2 Prozent jedoch sehr gering. Unterschiede auf dieser Kontextebene können also nur wenig zur Erklärung von Starkregenwahrnehmungen beitragen.

6.3 Fazit

Die wahrgenommene Betroffenheit von Extremwetterereignissen zeigt sich durch die Einstellung zum Klimawandel beeinflusst. Die klimawandelskeptischen Einstellungstypen weisen evident geringere Mittelwerte für die Betroffenheit durch die drei betrachteten Extremwetterereignisse auf als die klimawandelbewussten Typen. Die Wahrnehmung des aktuellen Wetters wird also stark von der generellen Haltung und Einstellung zum Klimawandel und zur Klimapolitik geprägt. Zugleich ist die wahrgenommene Betroffenheit von Extremwetterereignissen mit realen Wetterereignissen in der Region assoziiert, wie der positive Einfluss der Anzahl an Hitzetagen auf die Hitzebetroffenheit oder die Anzahl der Starkregentage auf die Regenbetroffenheit zeigt. Die Tatsache, dass ein Interview im kalendarischen Sommer positiv mit der wahrgenommenen Hitzebelastung zusammenhängt, unterstützt diesen Befund: Hitze wird intensiv wahrgenommen und erinnert, sofern der Befragungszeitpunkt nicht allzu fern von der Zeit im Jahr mit den höchsten Temperaturen ist. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen objektiven Wetterdaten und subjektiver Wahrnehmung für Hitze stärker als für Starkregen. Offenbar ist Hitze unmittelbarer mit dem leiblichen Erleben verbunden als Starkregen und vermag deutlicher in Erinnerung zu bleiben. Das könnte auch daran liegen, dass hohe Temperaturen häufig über mehrere Tage oder sogar Wochen anhalten, während Starkregenschauer deutlich kürzer auftreten und zudem kleinräumiger konzentriert.

Die Ergebnisse lassen damit den Schluss zu, dass auch eine Zunahme an Extremwetterereignissen nicht zwingend zu einem verstärkten Umdenken in Bezug auf den Klimawandel führen wird. Die Wahrnehmung von Extremwetterereignissen zeigt sich gefiltert oder verzerrt durch generelle Einstellungen zum Klimawandel. Die von Carleton und Hsiang (2016) getroffene Vermutung des direkten Einflusses von Wetterphänomenen auf das menschliche Verhalten müsste daher für den menschengemachten Klimawandel weiter geprüft werden. Zwar ändert der Klimawandel lokale Wetterphänomene nachhaltig, allerdings vollzieht sich dies langsam und regional unterschiedlich. Die in den Modellen aufscheinende Korrelation der Extremwetterwahrnehmung mit der Größe des Wohnorts – je kleiner dieser ist, desto deutlicher ist die Wahrnehmung – deutet bereits die Vielschichtigkeit der Wechselbeziehung von Wetterwahrnehmung und Klimawandel an. Will die Gesellschaft mehr Sensibilität für den Umgang mit dem Klimawandel schaffen, kann sie sich nicht auf eine sich einstellende Einsicht der Menschen durch eigene Betroffenheit verlassen. Viel wichtiger erscheinen die Einstellungen, die über kluge Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement veränderbar sein könnten.

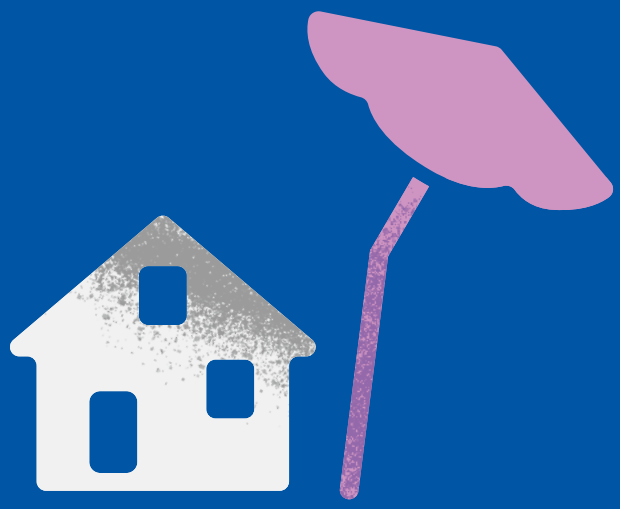
Reg Pan

II | KAPITEL 7

Regionalsozio-logische Einblicke: Eigentum verpflichtet? Die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels und Wohneigentum

Ina Mayer, Torvid Kreisler, Jakob Hartl & Oliver Arránz Becker

DOI: 10.82162/a8gw-y446



Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass Einstellungen zum Klimawandel auf unterschiedliche Weise mit dem Alter, dem Einkommen, dem Bildungsstand und dem regionalen Kontext verbunden sind. Wir fragen, ob auch Wohneigentum in einem Zusammenhang mit Einstellungen zum Klimawandel steht. Dies könnte der Fall sein, da einige Klimapolitiken wie etwa das „Heizungsgesetz" (Gebäudeenergiegesetz, GEG) nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe unmittelbar betrifft, nämlich Wohneigentümer:innen. Eigentümer:innen sind jedoch abhängig von Wohnort, Alter, Einkommen und Bildungsabschluss ganz unterschiedlich in der Lage, auf politische Anforderungen zu reagieren. Mit den Daten des RISC Regional Panel (RegPan) zeigen wir für vier deutsche Großstädte, welche Bedeutung das Leben in Wohneigentum für die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels hat.

In unserem Beitrag setzen wir uns mit soziodemografischen Determinanten des Klimawandelskeptizismus auseinander und fokussieren dabei die Gruppe der Wohneigentümer:innen. Durch die mediale Präsenz des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) – besser bekannt als Wärmepumpen- oder Heizungsgesetz – wurden vor allem Haus- und Wohnungseigentümer:innen mit der Erwartung hoher individueller Kosten aufgrund der Klimaschutzpolitik konfrontiert. Diese potenzielle Belastung könnte die Einstellungen zum Klimaschutz, aber auch zum Klimawandel dieser Gruppe beeinflusst haben.

Das Phänomen, dass Informationen nicht aufgrund ihrer faktischen Korrektheit, sondern ihrer Passung zur eigenen Haltung und zum sozialen Umfeld bewertet werden, wurde von Dan M. Kahan (2017) als „identitätsschützende Kognitionen" beschrieben. Identitätsschützende Kognitionen konnten in der Vergangenheit u. a. bei den Debatten um die Corona-Pandemie und die Sicherheit von Impfstoffen beobachtet werden. Aber auch für die gesamtgesellschaftliche Bewältigung des Klimawandels ist das Phänomen bedeutsam. Denn obwohl der menschengemachte Klimawandel wissenschaftlicher Konsens ist, verläuft eine zentrale Konfliktlinie in Alltagsdiskursen und den sozialen Medien entlang der Frage, ob das Problem überhaupt existiert oder ob es sich um eine politisch motivierte Erzählung handelt.

Wir untersuchen daher, ob es Anzeichen für einen ausgeprägten Klimawandelskeptizismus unter Wohneigentümer:innen gibt. Dabei erweitern wir die Perspektive auf die räumliche Verteilung von Klimawandeleinstellungen der vorangegangenen Kapitel: Kapitel 4 zeigt, dass Großstädter:innen seltener als Menschen in Dörfern oder Kleinstädten eine transformationsorientierte Klimawandelpolitik ablehnen. Ergänzend nehmen wir eine regionale Tiefenbohrung vor und untersuchen, inwieweit sich Unterschiede innerhalb von Großstädten zeigen – insbesondere zwischen den Innen- und Vorstädten – und welche Rolle Wohneigentum dabei spielt.

Methodisches Vorgehen

Wir verwenden Befragungsdaten der zweiten Welle des RISC Regional Panel (RegPan) von 2023, die in vier deutschen Großstädten (Bielefeld, Ingolstadt, Hannover, Magdeburg) aus vier unterschiedlichen Bundesländern erhoben wurden. Die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels wurde über die Zustimmung zur Aussage „Es gibt einen deutlichen Klimawandel, der von Menschen gemacht ist." mit einer 5er-Skala (0 „stimme nicht zu", 1 „stimme eher nicht zu", 2 „teils-teils", 3 „stimme eher zu" und 4 „stimme vollkommen zu") erhoben. Zur Erfassung von Wohneigentum unterscheiden wir zwischen Befragten, die zur (Zwischen-)Miete wohnen, und solchen, die in Eigentum wohnen.

Zur Analyse der Rolle der individuellen Wohnform für die Anerkennung des Klimawandels unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale berechnen wir lineare Regressionsmodelle mit allen Fällen, die keine ungültigen Werte aufweisen. Um generelle Unterschiede zwischen den vier Erhebungsorten zu berücksichtigen, kontrollieren wir diese im Modell (siehe Tabelle A7.1 im Online-Anhang). Da die Stadtteile die Unterschiede in der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels nicht erklären können, verzichten wir auf hierarchisch-lineare Modelle, berechnen unsere OLS-Modelle aber mit geclusterten Standardfehlern auf Stadtteilebene. Wir berechnen zwei sequenzielle Modelle, wobei im ersten Modell (siehe Online-Anhang Tabelle A7.1) nur die soziodemografischen Merkmale berücksichtigt werden, die auch in den Analysen mit dem German Social Cohesion Panel (SCP) berücksichtigt werden und im RegPan verfügbar sind (R^2=0,0595). Im zweiten Modell, unserem Hauptmodell, integrieren wir die individuelle Wohnform (R^2=0,0618), wobei das Wohnen zur Miete die Referenzkategorie darstellt.

7.1 Alle anders, alle gleich betroffen? Individuelle Anerkennung des menschengemachten Klimawandels

Im Folgenden untersuchen wir die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels entlang soziodemografischer Merkmale in den vier Großstädten Bielefeld, Hannover, Ingolstadt und Magdeburg und vergleichen die Befunde mit denen aus Kapitel 4. In Abbildung 7.1 ist zu erkennen, dass die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels in den vier Städten eher stark ausfällt. In Magdeburg, der einzigen ostdeutschen Stadt in unserer Stichprobe, sehen wir mit 2,9 den niedrigsten Mittelwert, während der in Hannover am höchsten ausfällt (3,2). Bielefeld und Ingolstadt liegen im Mittelfeld und unterscheiden sich kaum voneinander.

Hinsichtlich der soziodemografischen Merkmale können innerhalb der Städte im Wesentlichen dieselben Muster beobachtet werden. So nimmt die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels mit dem Alter tendenziell ab. Jüngere Menschen sind also eher bereit, den menschlichen Beitrag zum Klimawandel zu akzeptieren, als Ältere. In den vorangegangenen Analysen (siehe Kapitel 4) haben wir gesehen, dass Jüngere mit einer starken Anerkennung des menschengemachten Klimawandels oft den *Entschlossenen* zuzurechnen sind. Aber auch die älteren Altersgruppen in den vier Städten erkennen den menschengemachten Klimawandel tendenziell an (Mittelwerte weit über der mittleren Kategorie „teils–teils“ bzw. 2), wenn auch in Ingolstadt und Magdeburg auf etwas niedrigerem Niveau. Ältere mit einem ausgebildeten Klimabewusstsein sortieren sich häufig in die Klimatypen der *Zustimmenden* und der *Besorgten* ein.

Zugleich sehen wir, dass die unteren Einkommensgruppen den menschengemachten Klimawandel tendenziell weniger anerkennen als die oberen Einkommensgruppen. Ein entsprechender Zusammenhang hatte sich in den vorherigen Befunden nicht offenbart: Hier zeigte sich für die oberen Einkommenspositionen lediglich eine etwas geringere Wahrscheinlichkeit, dem Klimatyp der *Indifferenten* anzugehören. Die Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens ist in hohem Maße vom formalen Bildungsgrad abhängig. Der Zusammenhang zwischen der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels und Bildung in drei der vier Städte scheint weniger linear als u-förmig zu sein: So weisen Befragte mit mittleren Bildungsabschlüssen in Hannover, Bielefeld und Magdeburg ein niedrigeres Klimawandelbewusstsein auf als Personen mit niedrigeren und höheren Bildungsabschlüssen. In Ingolstadt dagegen beobachten wir einen nahezu linearen Zusammenhang zwischen der Akzeptanz eines menschengemachten Klimawandels und steigender Bildung.

Generell weisen Menschen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss in allen vier Städten die höchste durchschnittliche Klimawandelanerkennung auf. Das deckt sich mit dem vorherigen Befund, dass die hohen Bildungsgruppen tendenziell dem Klimatyp der *Entschlossenen* zuzurechnen sind. Das relativ hohe Klimawandelbewusstsein unter Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen in Hannover, Bielefeld und Magdeburg dagegen weicht von den bisherigen Befunden ab.

Betrachten wir schließlich das uns interessierende Merkmal Wohneigentum: In drei der vier untersuchten Städte erkennen Menschen in Wohneigentum den menschengemachten Klimawandel in geringerem Maß an als Menschen, die zur Miete wohnen. Die Unterschiede sind mit etwa 0,15 Skalenpunkten nicht besonders groß, aber deutlich. Lediglich in Hannover ist nahezu keine Differenz zwischen Mieter:innen und Wohneigentümer:innen zu erkennen.

Um den Zusammenhang zwischen Wohneigentum und Klimawandelbewusstsein genauer zu betrachten, haben wir beide Merkmale in Abbildung 7.2 auf Stadtteilebene kartografisch dargestellt. Dabei ist die durchschnittliche Anerkennung des menschengemachten Klimawandels blau eingefärbt: Je dunkler das Blau, desto stärker das Klimawandelbewusstsein innerhalb des Stadtteils. Im Hintergrund ist zudem in dunklem Farbton die Bebauung mit Wohngebäuden dargestellt. Für Stadtteile, die weiß bleiben, sind keine Befragungsdaten verfügbar. In diesen Stadtteilen gibt es keine oder nur wenige Wohngebäude und somit keine Befragten im RegPan, etwa in Gewerbegebieten oder Stadtwäldern. Zudem haben wir in jeden Stadtteil den jeweiligen Anteil der Befragten in Wohneigentum in Form von grünen Punkten integriert: Je dunkler das Grün, desto größer ist der durchschnittliche Anteil an Wohneigentümer:innen im Stadtteil. Weiße Punkte, wie in der Innenstadt Ingolstadts, zeigen an, dass wir hier keine Befragten in unserer Stichprobe haben, die innerhalb der entsprechenden Stadtteile im Eigentum wohnen.

Betrachten wir die Karten der vier Städte, zeigt sich, dass die Anerkennung insbesondere in Ingolstadt und Magdeburg in den Randlagen eher niedriger ist. In Hannover und Bielefeld zeigt sich dieses Muster deutlich: In beiden Städten gibt es einerseits mehr Stadtteile mit durchschnittlich stärkerer Klimawandelanerkennung (dunkleres Blau), andererseits ist eine starke Ausprägung

Mittelwerte der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels (Index 0–4)	**Hannover**	**Bielefeld**	**Ingolstadt**	**Magdeburg**
Gesamte Stichprobe	3,2	3,1	3,0	2,9
Gruppenzugehörigkeit				
Alter				
18–25 Jahre	3,5	3,8	3,3	3,3
26–35 Jahre	3,5	3,4	3,3	3,4
36–45 Jahre	3,4	3,1	3,3	3,1
46–55 Jahre	3,2	3,1	3,1	2,9
56–64 Jahre	3,2	3,0	2,9	2,7
65+	3,1	3,0	2,9	2,8
Einkommensposition				
unter 60 %	3,0	3,1	2,9	2,7
60–80 %	3,1	2,8	2,8	2,8
80–100 %	3,2	3,2	3,0	3,0
100–120 %	3,3	3,0	3,0	2,9
120–150 %	3,4	3,2	3,1	3,1
150–200 %	3,2	3,2	3,0	3,0
über 200 %	3,5	3,2	3,4	3,1
Bildung				
höchstens Mittlere Reife	3,1	3,1	2,6	2,9
Hauptschulabschluss + Lehre	2,9	2,8	2,8	2,9
Mittlere Reife + Ausbildung	2,8	2,7	3,0	2,7
Abitur (+/- Ausbildung)	3,3	3,2	2,9	3,0
(Fach-)Hochschulabschluss	3,5	3,3	3,3	3,1
Wohnform				
Eigentum	3,2	3,0	3,0	2,8
Miete	3,3	3,2	3,1	3,0

Abbildung 7.1: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels nach soziodemografischen Merkmalen und Erhebungsorten
Quelle: RISC Regional Panel (RegPan), 2023 (W2), N=3.110. Anmerkung: Mittelwerte.

des Merkmals über das Stadtbild hinweg gleichmäßiger verteilt. Vergleichen wir die vier Städte hinsichtlich der Wohnform, ist zu erkennen, dass in den Randlagen oder eingemeindeten Dörfern der durchschnittliche Anteil an Wohneigentum am höchsten ist. Je zentraler die Stadtteile dagegen gelegen sind, desto höher ist der Anteil an Personen, die zur Miete wohnen. Darüber hinaus ist abzulesen, dass der menschengemachte Klimawandel in Stadtteilen mit hohem Mieter:innenanteil (weiße/hellgrüne Punkte) tendenziell eher anerkannt wird (dunkelblaue Flächen).

Es stellt sich die Frage, ob die beobachteten Unterschiede zwischen Mieter:innen und Wohneigentümer:innen nicht letztlich auf andere soziodemografische Merkmale zurückzuführen sind, die stark mit Wohneigentum zusammenhängen. Ein solches Merkmal könnte das Alter sein: Ältere Menschen wohnen mit höherer Wahrscheinlichkeit in Eigentum als jüngere, die sich eher in zentral gelegenen Mietwohnungen niederlassen. Um das Zusammenspiel zwischen verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, Wohneigentum und der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels zu kontrollieren, betrachten wir diese nun in einem gemeinsamen multivariaten Modell. Die Hauptergebnisse dieser Analyse werden in Abbildung 7.3 dargestellt. Hinsichtlich des Alters und der Einkommensposition bestätigen sich die quasi-linearen Zusammenhänge mit der Klimawandelanerkennung, die sich bereits bei deskriptiver Betrachtung gezeigt haben. Abweichend von den deskriptiven Befunden wird hier aber auch ein positiver Zusammenhang zwischen hohen Bildungsabschlüssen und Klimawandelbewusstsein erkennbar, der sich auch in Kapitel 4 gezeigt hat. Die relativ hohe Klimawandelanerkennung niedrigerer Bildungsgruppen in den deskriptiven Analysen ist offensichtlich auf andere, sich mit der Bildung überlagernde Merkmale zurückzuführen.

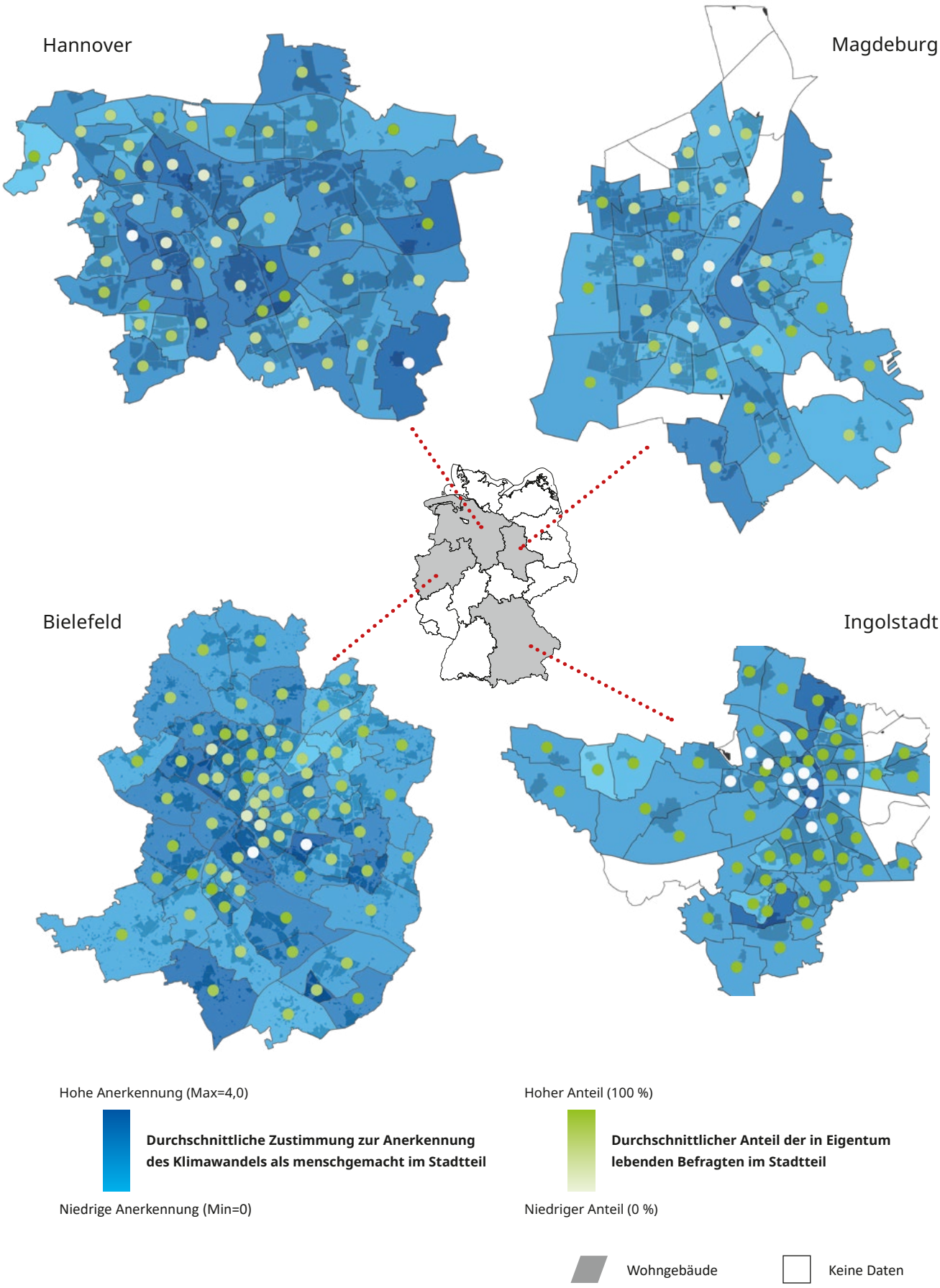


Abbildung 7.2: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels und Anteil an Wohneigentum nach Stadtteilen
Quelle: RISC Regional Panel (RegPan), 2023 (W2), QGIS 3.34.13, OpenStreetMap, N (Individuen) =3.110. Anmerkung: Häufigkeitsauszählungen.

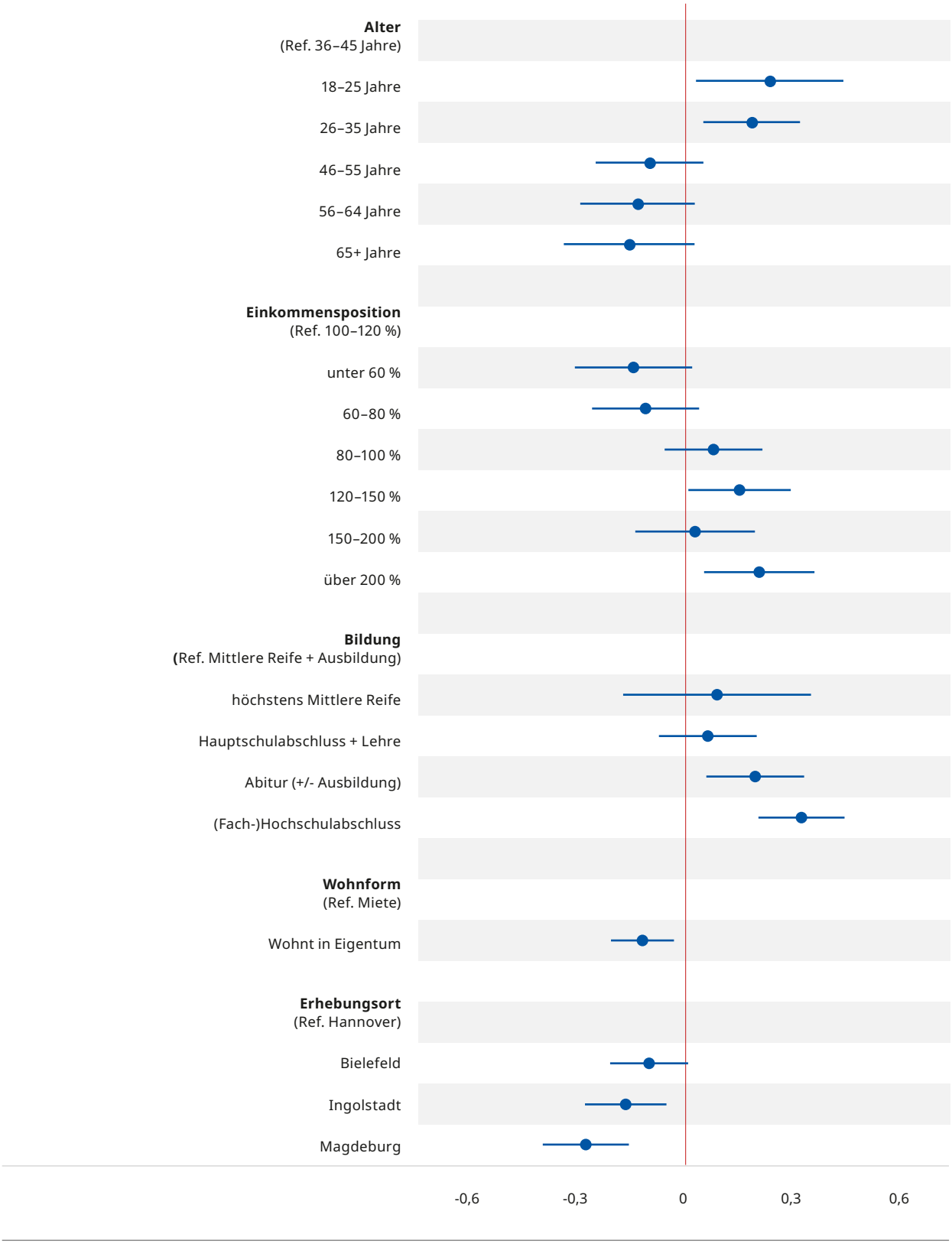


Abbildung 7.3: Anerkennung des menschengemachten Klimawandels, soziodemografische Merkmale, Wohnform und Erhebungsort
Quelle: RISC Regional Panel (RegPan), 2023 (W2), N=3.110. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS-Regressionen) des Wohneigentums unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale und des Erhebungsortes; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an (geringere Anerkennung des menschengemachten Klimawandels), rechts davon positive Zusammenhänge (stärkere Anerkennung des menschengemachten Klimawandels); ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; das vollständige Regressionsmodell M2 findet sich im Anhang in Tabelle A7.1.

Auch hinsichtlich des Wohneigentums bestätigen sich die deskriptiven und visuellen Befunde: Wohneigentümer:innen offenbaren eine geringere Anerkennung des menschengemachten Klimawandels als Menschen, die zur Miete wohnen. Wie weiterführende Analysen zeigen, wird ein Teil des negativen Zusammenhangs zwischen Alter und Klimabewusstsein durch Wohneigentum erklärt.[12] Ein weiteres interessantes Ergebnis ist die teilweise Bestätigung regionaler Unterschiede: So weisen Magdeburg und Ingolstadt auch unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale ein signifikant niedrigeres Niveau an Klimawandelanerkennung auf als Hannover. Das bedeutet, dass die Unterschiede zwischen den Städten nicht durch ihre soziodemografische Zusammensetzung erklärt werden.[13] Hier erscheint ein vertiefender Blick lohnenswert.

7.2 Fazit

Innerhalb der vier untersuchten Großstädte haben wir eine deutlich niedrigere Anerkennung des menschengemachten Klimawandels unter Wohneigentümer:innen gefunden als unter Mieter:innen. Gleichwohl ist anzumerken, dass auch die Mittelwerte der Großstadtbewohner:innen in Wohneigentum auf ein tendenzielles Klimabewusstsein hinweisen; es ist nur in geringerem Maß ausgeprägt als bei Menschen, die zur Miete wohnen.

Wie lässt sich dieser Zusammenhang zwischen Wohneigentum und der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels erklären? Der Befund deutet darauf hin, dass Wohneigentümer:innen klimapolitische Maßnahmen anders attribuieren als Mieter:innen. Vor dem Hintergrund der Debatte um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zum Befragungszeitpunkt liegt die Vermutung nahe, dass Wohneigentum mit einer stärkeren Wahrnehmung persönlicher Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen einhergeht. Das könnte nicht nur zur Ablehnung konkreter Maßnahmen führen, sondern auch zum Infragestellen grundlegender Annahmen der Klimawissenschaft – wie der menschengemachten Verursachung des Klimawandels. Wird Klimapolitik primär als individuelle Zumutung wahrgenommen, steigt die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der eingangs eingeführten identitätsschützenden Kognitionen: Um wahrgenommene Bedrohungen des eigenen Lebensstandards abzuwehren, würde das Problem Klimawandel relativiert.

Zudem konnten wir in der geografischen Darstellung erkennen, dass sich Klimawandelanerkennung und Eigentumsverhältnisse im Stadtraum clustern. Dies stellt eine deutliche Vertiefung der regionalen Perspektive und des in Kapitel 4 beschriebenen Stadt-Land-Gefälles dar. Nicht nur zwischen Großstädten, Kleinstädten und ländlichen Räumen, auch innerhalb von Großstädten bestehen entlang des Übergangs von zentralen zu suburbanen Lagen graduelle Unterschiede hinsichtlich der Klimawandeleinstellungen. Eine wesentliche Ursache dafür könnte die ungleiche Verteilung von Wohneigentum zwischen verschiedenen Gemeindetypen und innerhalb von Städten sein. Dies wäre insofern bedeutsam, als wir hier eine Überlagerung von Klimawandelskeptizismus und sozialen Ungleichheiten sehen. Diese könnten bereits bestehende Stadt-Land-Konflikte weiter verschärfen.

---

[12] Dies ist durch die Veränderung der Alterskoeffizienten zwischen Modell M1 und Modell M2 in Tabelle A7.1 im Online-Anhang ersichtlich: Signifikante negative Koeffizienten der beiden ältesten Gruppen in Referenz zur Gruppe der 36 bis 45-Jährigen sind nach Hinzunahme des Wohneigentums nicht mehr signifikant.

[13] Im Kontrast dazu wurde der in Modell M1 vorhandene signifikante Unterschied zwischen Hannover und Bielefeld nach Hinzunahme des Wohneigentums in Modell M2 insignifikant (siehe Tabelle A7.1 im Online-Anhang).

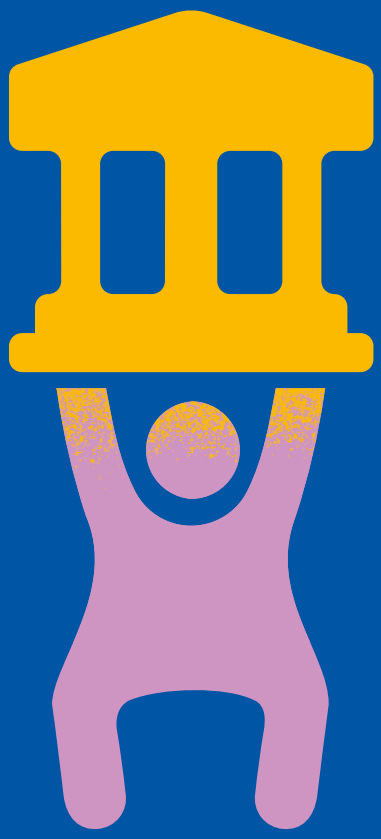
III.

Politische Mobilisierung und diskursive Dynamiken von Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation

III | KAPITEL 8

Politische Spaltungen in Klimafragen? Institutionenvertrauen, Partizipation und Parteineigung

Clara Dilger & Holger Lengfeld
DOI: 10.82162/2qjv-qx13



Ob in der Heizungsdebatte, der Frage nach der Legitimität von Klimaaktivismus oder den Bauernprotesten: Der Diskurs um Klimaschutz und die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen wird hitzig geführt und scheint die Öffentlichkeit oft in politische Lager zu spalten. In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, ob in Deutschland tatsächlich eine politische Polarisierung zwischen Gruppen mit verschiedenen Klimaeinstellungen vorliegt. Wir untersuchen anhand von Daten des German Social Cohesion Panel (SCP), welche Unterschiede sich zwischen den Klimatypen hinsichtlich verschiedener politischer Merkmale zeigen. Erstens betrachten wir das Institutionenvertrauen, unter der Annahme, dass Gruppen mit sehr niedrigem Vertrauen in Regierung, Wissenschaft und Medien kaum für Informationen und Aufklärung über den Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen durch diese Akteure erreichbar sind. Zweitens untersuchen wir das Ausmaß politischer Beteiligung, denn sowohl der starke Einsatz für oder gegen Klimaschutzmaßnahmen, als auch ein politischer Rückzug könnte Ausdruck einer Spaltung zwischen gesellschaftlichen Gruppen sein. Und drittens vergleichen wir die Parteineigung der Klimatypen, um zu prüfen, ob sich Einstellungsunterschiede zum Klimaschutz auch in starken parteipolitischen Gegensätzen widerspiegeln.

In diesem Kapitel fragen wir erstens, wie sehr die unterschiedlichen Klimatypen zentralen gesellschaftlichen Institutionen vertrauen oder misstrauen, die eine Schlüsselstellung in der Klimawandeldebatte einnehmen. Politisches Vertrauen gilt in der Forschung seit Langem als wichtiger Indikator für die sogenannte diffuse Unterstützung von politischen Institutionen und Autoritäten (Easton, 1965). In der Klimawandelpolitik spielen insbesondere drei Institutionen eine wichtige Rolle: die Bundesregierung [14] als Exekutive, die Wissenschaft, die Wissen für evidenzbasierte politische Entscheidungen bereitstellt, und der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der über Klimawandelpolitik und entsprechende wissenschaftliche Befunde berichtet. Die bisherige Forschung zeigt, dass Vertrauen in diese Institutionen wichtig ist, damit Personen Maßnahmen der Klimapolitik unterstützen oder positive Haltungen gegenüber dem Klimaschutz entwickeln (Cologna & Siegrist, 2020; Fairbrother et al., 2019; Kulin & Johansson Sevä, 2021). Im Folgenden untersuchen wir also, wie sich die fünf Klimatypen im Ausmaß des Vertrauens gegenüber diesen drei Institutionen voneinander unterscheiden.

Zweitens wollen wir wissen, ob sich die Klimatypen im Ausmaß des politischen Engagements voneinander abheben. Dabei gehen wir davon aus, dass politische Beteiligung, etwa die Mitarbeit in politischen Vereinigungen, aber auch Geldspenden oder die Beteiligung an Protesten, mit Einstellungen zur Klimaschutzpolitik zusammenhängen. Zeigen die Einstellungstypen mit stark unterstützenden oder ablehnenden Haltungen gegenüber dem Klimaschutz auch das höchste Maß an politischer Partizipation? In diesem Fall wäre davon auszugehen, dass sich die Polarisierung von Klimaschutzeinstellungen auch in politische Konflikte und Auseinandersetzungen übersetzt.

Drittens fragen wir, inwiefern Personen unterschiedlicher Klimatypen sich mit verschiedenen politischen Parteien identifizieren. Die bisherige Forschung weist darauf hin, dass die Anhänger:innen ökologischer bzw. grüner Parteien die größte Unterstützung für eine weitreichende Klimawandelpolitik aufweisen. Demgegenüber scheinen links- und rechtspopulistisch eingestellte Personen Klimaschutz stärker abzulehnen (Huber et al., 2022). Auch hier interessiert uns, ob sich Einstellungstypen mit stark entgegengesetzten Klimaeinstellungen mit ideologisch entgegengesetzten Parteien identifizieren, und ob die dazwischenliegenden Typen eher Parteien der politischen Mitte unterstützen.

Mit diesen drei Fragen wollen wir herausfinden, ob die von uns gemessenen Klimatypen politisch polarisiert sind. Politische Polarisierung zum Klimawandel läge dann vor, wenn Einstellungstypen mit stark entgegengesetzten Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik stark voneinander unterscheidbare Ausmaße des institutionellen Vertrauens zeigen, jeweils ein (vergleichbar) hohes politisches Engagement für ihre Positionen aufweisen und entgegengesetzte Muster der Parteineigung haben.

[14] Aufgrund des Erhebungszeitpunkts im Jahr 2022/2023 bezieht sich das Vertrauen in die Bundesregierung hier auf die sogenannte „Ampelregierung“ aus SPD, Grüne und FDP. Zusätzliche Analysen zeigen, dass das durchschnittliche Vertrauen der Klimaeinstellungstypen in die Bundesregierung ähnlich hoch ausgeprägt ist und demselben Muster folgt wie ihr Vertrauen in den Bundestag und die politischen Parteien. Entsprechend gehen wir davon aus, dass wir es hier eher mit generalisiertem Vertrauen in die Politik zu tun haben, als mit der spezifischen Haltung zur (zum Erhebungszeitpunkt aktuellen) Regierungskoalition.

Methodisches Vorgehen

Die Messung des Institutionenvertrauens im German Social Cohesion Panel (SCP) erfolgte über die Frage, wie sehr die Befragten einer Reihe von öffentlichen Einrichtungen oder Organisationen vertrauen. Dabei kam eine 11-stufige Skala zum Einsatz. Der Wert 0 steht für „vertraue überhaupt nicht“ und der Wert 10 für „vertraue voll und ganz“ (mit den Werten dazwischen konnten die Befragten ihr Urteil abstufen). Für dieses Kapitel haben wir die drei Institutionen Bundesregierung, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Wissenschaft ausgewählt. In den beschreibenden Analysen haben wir die Ergebnisse für die drei Institutionen einzeln dargestellt. Für die anschließende multivariate Analyse haben wir die Werte gemittelt und zu einem ungewichteten Summenindex zusammengefasst. In einer konfirmatorischen Faktorenanalyse wurde bestätigt, dass die drei Items auf demselben Faktor laden.

Wir untersuchen zudem das generalisierte Ausmaß des politischen Engagements der Befragten (ohne Unterscheidung in spezifische Unterformen). Dazu verwendeten wir einerseits die folgende Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?“ Die Befragten konnten für neun verschiedene Formen des politischen Engagements (siehe Tabelle A8.1 im Online-Anhang) angeben, ob sie zutreffen oder nicht. Für die Analysen wurde die Summe der zutreffenden Beteiligungsformen berechnet. Ein Wert von 0 bedeutet also, dass keine der genannten Möglichkeiten ausgewählt wurde, und der Maximalwert von 9, dass alle Möglichkeiten ausgewählt wurden. Andererseits haben wir den Anteil der Befragten (in %) berechnet, die angegeben haben, nicht wählen zu wollen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre.

Die Parteineigung wurde anhand der folgenden Frage erhoben: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Welcher Partei neigen Sie zu?“ Die Befragten konnten neben den fünf im Bundestag vertretenen Parteien auch die Kategorien „NPD/Republikaner/Die Rechte“ und „einer anderen“ auswählen (diese Antworten wurden zu einer gemeinsamen Kategorie „Andere“ kodiert). Zudem konnten sie angeben, dass sie „keiner Partei“ zuneigen.

Da das Institutionenvertrauen in der Welle 2 des SCP nicht erhoben wurde, haben wir die Werte aus Welle 3 entnommen, die im Jahr 2023 erhoben wurde. Die Parteineigung wurde aus demselben Grund aus Welle 1 entnommen (Erhebung: Dezember 2021 bis Juli 2022). In beiden Fällen gehen wir davon aus, dass die Einstellungen zeitlich weitgehend stabil sind. Allerdings können wir eine verbleibende Fehlerquelle bei Personen mit zeitlich variierenden Einstellungen nicht ausschließen. Der Anteil der Nichtwählenden wurde ebenfalls aus Welle 3 entnommen, da dies die zeitlich aktuellste Abfrage der Wahlintention ist, die uns zum Analysezeitpunkt zur Verfügung stand. In die Analyse wurden entsprechend nur Befragte aufgenommen, die an allen drei Wellen teilgenommen haben und keine fehlenden Werte auf den relevanten Variablen aufweisen, woraus sich die Analysestichprobe von 6.183 Personen ergibt.

Für die deskriptiven Analysen haben wir die Mittelwerte des Institutionenvertrauens (Skala 0 bis 10) und der Partizipation (Skala 0 bis 9) dargestellt, sowie die Anteilswerte (in %) für die Nichtwählenden und die Neigung zu den jeweiligen Parteien. Um den Zusammenhang zwischen Klimatypen und Vertrauen bzw. politischem Engagement unter Kontrolle weiterer Einflussfaktoren zu überprüfen, haben wir OLS-Regressionen berechnet, deren Koeffizienten sich als durchschnittlicher Unterschied des jeweiligen Profils zur Referenzkategorie interpretieren lassen (unter Kontrolle der weiteren, soziodemografischen Merkmale). Das Institutionenvertrauen wurde dabei in einem ungewichteten Summenindex über die drei Vertrauensdimensionen (Regierung, ÖRR, Wissenschaft) zusammengefasst und auf einer Skala von 1 bis 10 gemessen.

Für die Parteineigung haben wir multinomiale logistische Regressionen verwendet, die den Einfluss der Zugehörigkeit zu einem Klimatyp auf die Wahrscheinlichkeit, einer bestimmten Partei zuzuneigen, berechnen. Die Koeffizienten stellen die durchschnittlichen marginalen Effekte (Average Marginal Effects oder AMEs) dar, die sich als durchschnittliche Veränderung der Wahrscheinlichkeit interpretieren lassen, einer Partei zuzuneigen. Ein Wert von 0,1 bedeutet also, dass die Zuordnung zu diesem Klimatyp die Wahrscheinlichkeit, die jeweilige Partei zu wählen, im Vergleich zum Referenztyp um durchschnittlich 10 Prozentpunkte steigen lässt. Die Tabellen mit den entsprechenden Werten finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A8.2 und A8.3.

Abbildung 8.1: Institutionenvertrauen und Partizipation nach Klimatypen und soziodemografischen Merkmalen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2); N=6.183. Anmerkungen: Mittelwerte, gewichtete Ergebnisse.

Mittelwerte	Vertrauen in die Regierung (Index 0–10)	Vertrauen in den ÖRR (Index 0–10)	Vertrauen in die Wissenschaft (Index 0–10)	Partizipation (Index 0–9)	Nichtwähler:innen (Anteil in %)
Gesamte Stichprobe	4,9	5,2	7,0	1,7	10,0 %
Gruppenzugehörigkeit					
Klimatyp					
die Ablehnenden	2,1	2,2	5,3	1,7	16,8 %
die Indifferenten	4,4	4,4	6,2	1,1	14,3 %
die Zustimmenden	5,6	5,9	7,3	1,5	8,1 %
die Besorgten	4,5	4,9	7,0	1,6	12,7 %
die Entschlossenen	5,9	6,4	8,2	2,6	4,2 %
Alter					
18–25 Jahre	5,0	5,1	7,6	1,6	12,1 %
26–35 Jahre	4,7	4,8	7,4	1,8	11,5 %
36–45 Jahre	4,6	4,8	6,8	1,8	11,7 %
46–55 Jahre	4,6	5,3	6,8	1,8	13,5 %
56–64 Jahre	4,9	5,0	6,7	1,8	11,5 %
65+ Jahre	5,3	5,6	7,0	1,3	5,9 %
Verstädterungsgrad					
ländlich	4,6	4,8	6,7	1,6	11,1 %
klein- & mittelstädtisch	4,9	5,1	6,9	1,6	9,7 %
großstädtisch	5,2	5,4	7,2	1,8	11,0 %
Einkommensposition					
unter 60 %	4,3	4,5	6,5	1,5	19,4 %
60–80 %	4,7	5,1	6,6	1,3	10,1 %
80–100 %	4,7	4,8	6,7	1,6	12,0 %
100–120 %	4,9	5,2	7,0	1,8	8,2 %
120–150 %	5,1	5,3	7,2	1,7	7,8 %
150–200 %	5,6	5,9	7,6	2,0	5,9 %
über 200 %	6,0	6,2	8,0	2,1	3,5 %
Bildung					
höchstens Mittlere Reife	4,3	4,8	6,0	0,9	21,4 %
Hauptschulabschluss + Lehre	4,6	4,9	6,5	1,2	11,8 %
Mittlere Reife + Ausbildung	4,6	4,8	6,6	1,5	12,0 %
Abitur (+/- Ausbildung)	5,0	5,2	7,4	2,0	7,9 %
(Fach-)Hochschulabschluss	5,7	6,1	8,0	2,2	5,6 %
Greenness-of-Jobs-Index (GOJI)					
„grüne“ Berufe	4,8	5,0	7,1	1,8	11,3 %
„weiße“ Berufe	4,9	5,1	7,1	1,9	9,5 %
„braune“ Berufe	4,3	4,6	6,6	1,6	14,1 %
Geschlecht					
männlich	4,8	5,1	7,2	1,7	10,4 %
weiblich	5,0	5,2	6,8	1,6	10,4 %
Region					
Westdeutschland	5,1	5,4	7,0	1,7	10,0 %
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	4,3	4,3	6,7	1,6	12,1 %
Migrationshintergrund					
mit	4,9	5,0	7,0	1,6	15,3 %
ohne	4,9	5,2	7,0	1,7	8,6 %
Erwerbsstatus					
Vollzeit	4,7	4,9	7,0	1,8	11,9 %
Teilzeit/sonstige	4,9	5,1	6,9	1,8	9,6 %
arbeitslos	3,7	4,3	6,3	1,5	17,7 %
nicht erwerbstätig	5,2	5,5	7,0	1,4	8,7 %

8.1 Institutionenvertrauen und Partizipation

Um zu untersuchen, wie sich das Institutionenvertrauen und das politische Engagement zwischen den Klimatypen unterscheiden, haben wir in Abbildung 8.1 das durchschnittliche Vertrauen in die Bundesregierung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) und die Wissenschaft auf einer Skala von 0 bis 10 dargestellt (grüne Spalten). Weiterhin haben wir die durchschnittliche Anzahl der aus neun Möglichkeiten ausgewählten politischen Beteiligungsformen angegeben, die in den vergangenen 12 Monaten von den Befragten genutzt wurden (lila Spalte), sowie den Anteil derjenigen, die sich an einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag nicht beteiligen wollen würden (gelbe Spalte).

Es zeigt sich, dass das mittlere Vertrauen in die Regierung und den ÖRR über alle Befragten hinweg knapp um den Skalen-Mittelpunkt von 5 liegt, also eher gering bis moderat ausgeprägt ist. Das Vertrauen in die Wissenschaft ist mit einem Mittelwert von knapp 7 dagegen bedeutend stärker ausgeprägt. Zwischen den Klimatypen zeigen sich deutliche Vertrauensunterschiede: Die *Ablehnenden* haben nur sehr geringes Vertrauen in die Regierung und den ÖRR, die *Indifferenten* und die *Besorgten* bringen diesen beiden Institutionen eher mittleres Vertrauen entgegen, wohingegen die *Zustimmenden* und die *Entschlossenen* das im Vergleich höchste – jedoch kein sehr hohes – Regierungs- und Medienvertrauen aufweisen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch beim Vertrauen in die Wissenschaft, wenn auch alle Werte oberhalb des Skalen-Mittelpunkts liegen: Das Vertrauen der *Ablehnenden* in die Wissenschaft ist zwar stärker ausgeprägt als ihr Regierungs- und Medienvertrauen, liegt jedoch trotzdem unterhalb der Werte aller anderen Typen. Gefolgt werden sie von den *Indifferenten*, die ebenfalls moderates Vertrauen in die Wissenschaft haben. Die *Besorgten* und die *Zustimmenden* haben dagegen ein stärker ausgeprägtes Wissenschaftsvertrauen, und die *Entschlossenen* vertrauen der Wissenschaft am stärksten von allen Typen.

Insgesamt zeigt sich also ein starker Gegensatz zwischen den *Ablehnenden*, die insbesondere gegenüber der Regierung und dem ÖRR ein großes Misstrauen hegen, und den *Zustimmenden* sowie den *Entschlossenen*, die ein höheres Vertrauen in die staatlichen Institutionen und ein hohes Vertrauen in die Wissenschaft aufweisen. Die *Indifferenten* und *Besorgten* zeichnen sich weder durch starkes Misstrauen noch durch starkes Vertrauen aus, zeigen aber deutlich geringere Vertrauenswerte als die *Zustimmenden* und die *Entschlossenen*. Das Institutionenvertrauen weist darüber hinaus Zusammenhänge mit verschiedenen soziodemografischen Merkmalen der Befragten auf. So sind insbesondere Personen mit niedrigen Einkommen und niedriger oder mittlerer Bildung sowie Personen in Ostdeutschland und Arbeitslose misstrauischer gegenüber der Regierung, dem ÖRR und der Wissenschaft. Besonders stark ausgeprägtes Institutionenvertrauen findet sich hingegen insbesondere bei Personen mit hohen Einkommen und Hochschulbildung.

Betrachtet man den Mittelwert für die politische Partizipation aller Befragten, so zeigt sich mit weniger als zwei Beteiligungsformen ein gering ausgeprägtes Niveau an politischem Engagement.[15] Blickt man auf die einzelnen Klimatypen, finden sich deutliche Unterschiede insbesondere zwischen zwei Typen: Die *Indifferenten* weisen die niedrigste Beteiligung auf, wohingegen sich die *Entschlossenen* mit durchschnittlich fast drei Beteiligungsformen deutlich stärker engagieren. Die anderen drei Typen liegen dazwischen und recht nah beieinander. Dabei zeigt sich, dass die *Ablehnenden* trotz – oder gerade wegen – ihres großen Misstrauens in die Institutionen nicht in politische Untätigkeit verfallen. Sie weisen mit 1,7 Beteiligungsformen den zweithöchsten Wert auf und liegen mit ihrem Partizipationsniveau leicht oberhalb des Durchschnitts. Auch der Anteil an Nichtwählenden unterscheidet sich sehr deutlich zwischen den Klimatypen. Während fast zwei Zehntel der *Ablehnenden* und mehr als ein Zehntel der *Indifferenten* und der *Besorgten* angeben, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen zu wollen, trifft dies nur auf 4 Prozent der *Entschlossenen* zu.

Dass die *Indifferenten* sich insgesamt am wenigsten politisch engagieren, stützt die Interpretation, dass diese Gruppe sich von der Politik eher abgewandt hat oder zumindest nicht sonderlich an politischen Prozessen interessiert ist. Obwohl die *Besorgten* und die *Entschlossenen* ein ähnlich hohes Klimawandelbewusstsein aufweisen, sind aber nur Letztere auch stärker politisch aktiv. Dies könnte sich auch durch ihr deutlich höheres Vertrauen in die Institutionen erklären. Zwischen den soziodemografischen Gruppen fallen Unterschiede im politischen Engagement eher gering aus: Personen über 65 Jahre, Personen mit niedrigem Einkommen, niedriger oder mittlerer Bildung, sowie Arbeitslose und Nicht-Erwerbstätige geben seltener als der Durchschnitt der Befragten an, sich politisch zu beteiligen. Aufgrund der Gruppenunterschiede schlussfolgern wir, dass die Klimaeinstellungen

[15] Eine Analyse der einzelnen Beteiligungsformen zeigt, dass die Teilnahme an einer Petition und der Boykott bzw. Kauf bestimmter Produkte (jeweils 45 Prozent der Befragten) die häufigsten Beteiligungsformen sind, wohingegen nur wenige Befragte aktiv in einer Partei mitgearbeitet haben (7 %) oder an einem öffentlichen Beteiligungsverfahren teilgenommen haben (10 %). Die Häufigkeiten für alle Beteiligungsformen finden sich in Tabelle A8.1 im Online-Anhang.

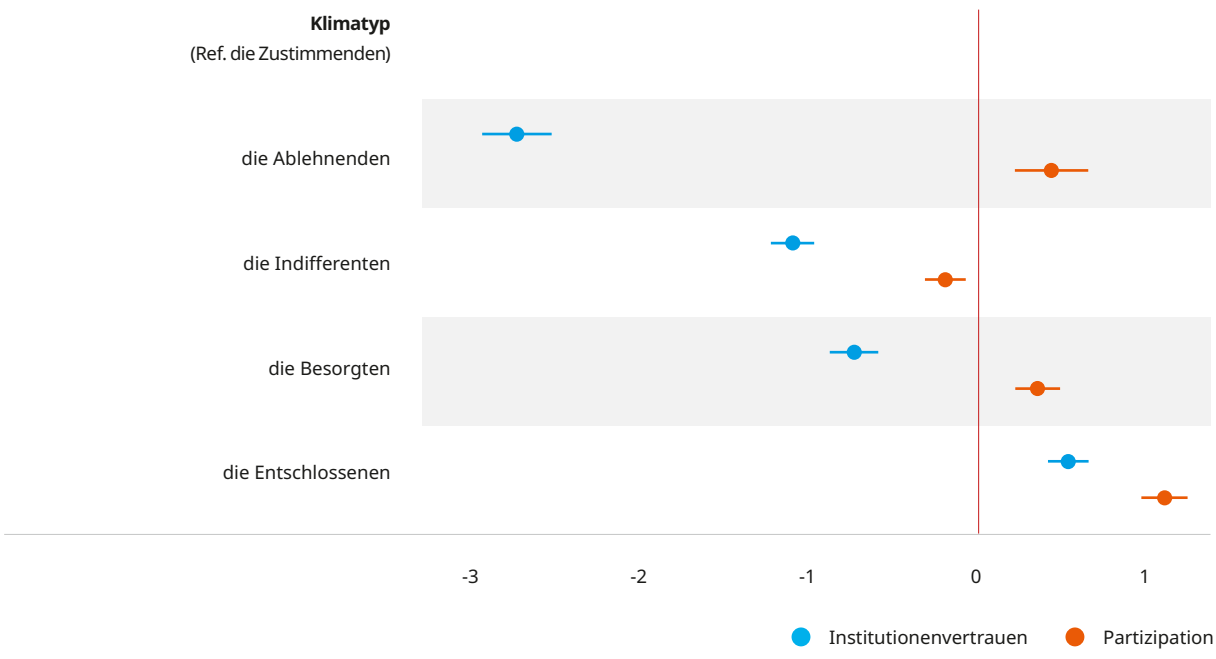


Abbildung 8.2: Institutionenvertrauen, Partizipation und Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=6.183. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS Regressionen) der Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an, rechts davon positive Zusammenhänge; ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in Tabelle A8.2.

für die politische Partizipation also eine größere Rolle zu spielen scheinen als die soziodemografischen Merkmale der Bevölkerung.

Wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt wurde, sind die Klimatypen soziodemografisch unterschiedlich zusammengesetzt. Deshalb überprüfen wir den Zusammenhang zwischen den Typen und dem Institutionenvertrauen bzw. der Partizipation nun in einem multivariaten Modell. So kann bestimmt werden, ob die Vertrauens- und Partizipationsunterschiede zwischen den Klimatypen auf die unterschiedliche Gruppenzusammensetzung zurückzuführen sind, also eigentlich ein Effekt des unterschiedlichen Bildungsniveaus der Typen sind, oder ob die Unterschiede zwischen den Typen auch unter Berücksichtigung ihrer soziodemografischen Zusammensetzung bestehen bleiben. Die Ergebnisse der multivariaten OLS-Regression sind in Abbildung 8.2 dargestellt.

Es zeigt sich, dass sich das Institutionenvertrauen (hier gemittelt über alle drei untersuchten Institutionen) signifikant zwischen den Klimatypen unterscheidet und dem Muster der deskriptiven Befunde entspricht: Die *Entschlossenen* haben ein signifikant höheres Institutionenvertrauen als die Referenzkategorie der *Zustimmenden*, während die *Indifferenten* und die *Besorgten* ein signifikant niedrigeres und die *Ablehnenden* mit großem Abstand das niedrigste Vertrauensniveau aufweisen. Auch für das politische Engagement bestätigen sich die deskriptiven Befunde: Die *Indifferenten* offenbaren ein signifikant niedrigeres Partizipationslevel als die *Zustimmenden*, wohingegen die *Besorgten* und die *Ablehnenden* ein signifikant höheres und die *Entschlossenen* mit Abstand das höchste politische Engagement aufweisen.

8.2 Parteineigung

Abschließend betrachten wir die Parteineigung der fünf Klimatypen. Abbildung 8.3 offenbart große Unterschiede zwischen den Einstellungstypen, wobei wiederum zwei herausstechen: Die *Ablehnenden* weisen mit 27 Prozent als einziger Typ eine stark ausgeprägte Neigung zur AfD auf. Weitere 28 Prozent dieses Klimatyps geben an, keiner Partei zuzuneigen, und knapp ein Viertel fühlt sich der CDU/CSU verbunden. Die anderen Parteien spielen bei den *Ablehnenden* eine geringe, wenngleich interessante Rolle: Immerhin 8 Prozent neigen der FDP zu, und nur um die 7 Prozent der SPD. Eine Neigung zu den Grünen oder der Linken gibt kaum jemand der *Ablehnenden* an.

Abbildung 8.3: Parteineigung nach Klimatypen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=6.183. Anmerkungen: Häufigkeitsauszählungen, Anteile in %, gewichtete Ergebnisse; die Summe der Prozentangaben kann aufgrund von Rundungen von 100 abweichen.

Im Gegensatz dazu neigen 41 Prozent der *Entschlossenen* den Grünen zu, 21 Prozent der SPD sowie etwa ein Zehntel der Linken und der CDU/CSU. Eine Neigung zur FDP ist in diesem Klimatyp mit etwa 4 Prozent nur schwach ausgeprägt – ebenso wie eine fehlende Parteineigung. Die AfD spielt für die *Entschlossenen* so gut wie keine Rolle (1 %).

Unter den Klimatypen weisen die *Indifferenten* mit knapp einem Drittel die höchste Parteineigung zur CDU/CSU auf, mit deutlichen Abständen gefolgt von Neigungen zur SPD (19 %) und FDP (9 %). Dieser Typ offenbart zudem die zweitstärkste Verbundenheit zur AfD (7 %) sowie mit einem Fünftel den zweithöchsten Anteil an Personen ohne Parteineigung. Die Zuneigung zu den Grünen und der Linken unter den *Indifferenten* ist mit 4 bzw. 3 Prozent relativ gering ausgeprägt.

Die *Zustimmenden* und die *Besorgten* ähneln sich in ihrer Parteineigung stark, wobei die SPD und CDU/CSU mit etwa einem Viertel bis einem Drittel die ersten Plätze belegen, gefolgt von den Grünen und dann mit größerem Abstand von der FDP und der Linken. Ein Unterschied zwischen diesen beiden Klimatypen ist, dass die *Besorgten* einen etwas höheren Anteil an Personen ohne Parteineigung aufweisen (16 % gegenüber 12 %).

Da auch das Wahlverhalten von soziodemografischen Merkmalen wie dem Einkommen, der Bildung oder dem Wohnort beeinflusst wird, haben wir die Unterschiede der Parteineigung zwischen den Klimatypen erneut in einer multivariaten Regression überprüft (siehe Tabelle A8.3 im Online-Anhang). Die deskriptiven Ergebnisse werden bestätigt, was sich in signifikanten Koeffizienten für alle Typen zeigt. Die *Besorgten* unterscheiden sich dabei am wenigsten von der Referenzgruppe der *Zustimmenden*, während sich für die *Ablehnenden* und *Entschlossenen* die stärksten Effekte zeigen.

Die Klimatypen weisen also klare Zusammenhänge mit Parteineigungen auf, auch unter Kontrolle ihrer soziodemografischen Zusammensetzung. Dabei neigen die beiden stark polarisierten Typen der *Ablehnenden* und der *Entschlossenen* auch deutlich zu den beiden Parteien mit den am stärksten entgegengesetzten klimapolitischen Positionen im Parteienspektrum – der AfD und den Grünen. Die anderen Klimatypen neigen am häufigsten zu den beiden ehemaligen Volksparteien SPD und CDU/CSU, wobei eine Parteineigung zu den Grünen bei allen Typen mit ausgeprägtem Klimawandelbewusstsein auszumachen ist. Das niedrige Institutionenvertrauen der *Ablehnenden* spiegelt sich auch in einem hohen Ausmaß an fehlender Parteibindung wider, was zu einem geringeren Grad auch für die *Indifferenten* und die *Besorgten* gilt.

8.3 Fazit

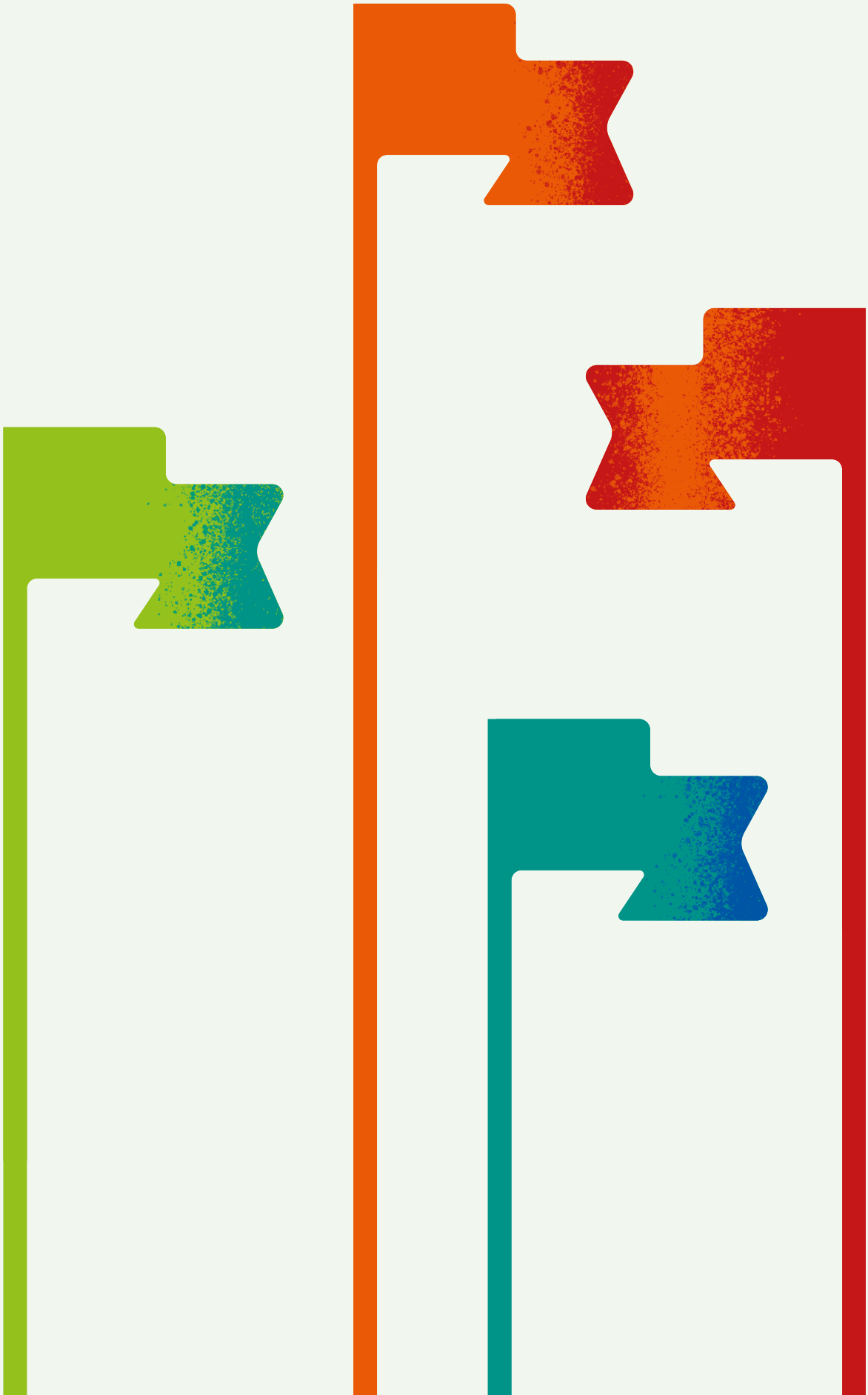
Wirksame Klimawandelpolitik setzt das Vertrauen und das politische Engagement der Bürger:innen im Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels voraus. Unsere Analyse zeigt, dass Menschen mit einer hohen Klimawandelsensibilität den für den Kampf gegen den Klimawandel wichtigen Institutionen großes Vertrauen entgegenbringen. Die *Entschlossenen* engagieren sich überdurchschnittlich häufig politisch und stellen eine wichtige Unterstützergruppe für die klimapolitisch aktivste Partei im Bundestag, die Grünen, dar.

Auf der anderen Seite weisen die *Ablehnenden* das niedrigste Vertrauen in die drei betrachteten Institutionen auf. Insbesondere das niedrige Medien- und Wissenschaftsvertrauen könnte diese Gruppe anfällig für klimabezogene Desinformation machen (siehe Kapitel 9). Sie ist zugleich die bedeutendste Unterstützer:innengruppe der AfD, die die skeptischste politische Position gegenüber Maßnahmen gegen den Klimawandel einnimmt. Wir finden also Hinweise auf eine politische Polarisierung dieser beiden Klimatypen, die auch mit einem mittleren bis hohen Ausmaß an politischem Engagement einhergeht. *Entschlossene* und *Ablehnende* stehen sich also in zentralen Fragen der politischen Willensbildung weitgehend diametral gegenüber und bringen ihre Haltungen auch aktiv in den politischen Diskurs ein. Die politische Beteiligung der *Ablehnenden* ist besonders interessant vor dem Hintergrund des niedrigen Institutionenvertrauens dieses Einstellungstyps – sie scheinen der politischen Willensbildung trotz des Misstrauens in den Staat nicht den Rücken gekehrt zu haben. Es liegt die Vermutung nahe, dass das Engagement dieses Typs zumindest teilweise im Kontext regierungskritischer Proteste, wie Demonstrationen gegen die Corona-Politik, oder im Rahmen von parteipolitischer Arbeit im Umfeld der AfD stattfindet, die ebenfalls starke Kritik an den Institutionen und an politischen Klimaschutzmaßnahmen übt. Ob sich das Engagement der *Ablehnenden* tatsächlich gegen Klimaschutzpolitik richtet, können wir mit den vorliegenden Daten nicht prüfen. Zu vermuten ist aber, dass dieser Klimatyp von politischen Parteien, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen, kaum zu erreichen sein wird.

Jenseits unserer Polarisierungsthese sehen wir, dass die drei übrigen Klimatypen sehr unterschiedliche Muster in ihren politischen Einstellungen und Parteineigungen aufweisen. Die *Zustimmenden* ähneln den *Entschlossenen* in ihrem hohen Institutionenvertrauen, engagieren sich jedoch politisch weniger und neigen häufiger der SPD und CDU/CSU zu. Die unentschlossene Haltung der *Indifferenten* zum Klimaschutz spiegelt sich auch in ihrem mittleren

Institutionenvertrauen wider. Es erscheint zumindest plausibel, dass Personen mit einem eingeschränkten Vertrauen gegenüber Medien und der Wissenschaft auch klimabezogene Informationen als unsicher einstufen und sich deshalb keine klare Meinung zu bilden vermögen. Auffällig an den *Indifferenten* ist auch, dass sich ein großer Teil von ihnen aus der politischen Willensbildung zurückgezogen hat und sie das mit Abstand geringste politische Engagement aufweisen. Allerdings gibt die Mehrheit der *Indifferenten* eine Parteineigung an, und nur ein geringer Anteil neigt der stark klimaskeptischen AfD zu. Dieser Klimatyp scheint also durchaus noch ansprechbar für Klimaschutzpolitik zu sein.

Besonders interessant ist auch die Rolle der *Besorgten*: Ähnlich wie die *Indifferenten* weisen auch Personen dieses Typs ein eher unterdurchschnittliches Vertrauen in die Regierung und die Medien auf, gleichzeitig geben sie jedoch das zweithöchste politische Engagement nach den *Entschlossenen* an und neigen kaum zur AfD. Die hohen Sorgen um die Transformation und das eher niedrige Institutionenvertrauen scheinen also weder zu einem politischen Rückzug zu führen (wie bei den *Indifferenten*) noch zu einer Hinwendung zu stark institutionenkritischen Parteien wie der AfD (wie bei den *Ablehnenden*). Wie sich das im weiteren Verlauf der deutschen Klimapolitik der nächsten Jahre entwickelt, bleibt zu beobachten. Insgesamt lassen sich Anzeichen dafür beobachten, dass die drei nicht polarisierten Klimatypen grundsätzlich – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – für aktive Klimaschutzpolitik und Klimawandelkommunikation durch Medien und Wissenschaft erreichbar sind.



III | KAPITEL 9

Desinformation und Verschwörungs-affinität im Kontext der Klimakrise

Christoph Richter, Janine Patz & Axel Salheiser

DOI: 10.82162/sdsd-ws84

Desinformationen und Verschwörungserzählungen zum Klimawandel und Klimaschutz haben auch hierzulande wieder Konjunktur. Dadurch wächst die Gefahr, dass gesellschaftliche Polarisierung befördert und die Verständigung über dringend benötigte Klimaschutzmaßnahmen erschwert wird – besonders dort, wo Desinformationen auf geeignete Resonanzräume treffen. In diesem Kapitel gehen wir daher der Frage nach, wie die individuelle Bereitschaft, Verschwörungserzählungen Glauben zu schenken (Verschwörungsaffinität), mit Einstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz zusammenhängt. Wir zeigen auf Basis der Daten des German Social Cohesion Panel (SCP), dass Verschwörungsaffinität unter den Befragten zwar eher gering ausgeprägt ist, aber einzelne Verschwörungserzählungen durchaus auf breitere gesellschaftliche Zustimmung stoßen. Unter Befragten mit erhöhter Verschwörungsaffinität sind skeptische Haltungen zum Klimawandel, besonders aber Sorgen vor den Folgen von Klimaschutzpolitik, deutlich stärker verbreitet. Klimadesinformation und Verschwörungsaffinität können somit als ein Einfallstor für die Mobilisierung von gesellschaftlichen Widerständen gegen die Energiewende fungieren. Unsere Befunde verweisen gleichzeitig aber auch auf zukünftige Potenziale, durch eine sozial als gerecht wahrgenommene Klimapolitik die gesellschaftliche Akzeptanz notwendiger Klimaschutzmaßnahmen zu verbessern.

Die Gründe für das gesellschaftliche Unvermögen, zügigere und effektivere Schritte in der sozial-ökologischen Transformation zu gehen, sind komplex und vielfältig (Forchtner et al., 2024). Ein wesentlicher Aspekt der Klimaschutzverschleppung – das hat die Forschung immer wieder aufs Neue gezeigt – ist dabei auch gezielte strategische Desinformationen rund um die Themen Klimawandel und -schutz (ebd.). Zweifel hinsichtlich der zentralen wissenschaftlichen Befunde zum Klimawandel und der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen können die gesellschaftliche Reaktionsfähigkeit minimieren und ihrerseits Polarisierungstendenzen im Konfliktfeld Klima befördern (United Nations Executive Office of the Secretary-General [EOSG], 2023). Zunehmend polarisierte Konfliktaushandlungsprozesse rund um Klimaschutzmaßnahmen sind in der Vergangenheit auch hierzulande stärker aufgebrochen – flankiert von Falsch- und Desinformationsdiskursen zur Energiewende (siehe Kapitel 10). Gerade in Zeiten von immer spürbarer werdenden Klimakrisenfolgen und einer Zunahme des Handlungsdrucks haben Falschinformationen und Desinformationen rund um den Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen weltweit Hochkonjunktur (CAAD – Climate Action Against Disinformation, 2023).

Gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit und diskursive Reichweite können Desinformationen zum Klimawandel jedoch nur dort entfalten, wo sie auf fruchtbaren Boden fallen. Aus der Forschung ist bereits bekannt, dass Personen und soziale Gruppen, die (rechts-)populistischen, verschwörungsaffinen Einstellungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen anhängen, stärker als andere für klimaschutzskeptische Deutungsangebote empfänglich sind und entsprechende Einstellungen vertreten (Richter et al., 2024). Bereits in der Vergangenheit konnten Untersuchungen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) teilweise hohe Zustimmungswerte zu verschwörungsideologischen Aussagen bezüglich der Klimaschutzpolitik in der Bevölkerung aufzeigen – besonders im Kontext krisenhafter Großereignisse. Auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie stimmten beispielsweise 17 Prozent der Aussage zu, dass die Maßnahmenbeschränkungen „nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik“ gewesen seien (Salheiser et al., 2022). Eine weitere Analyse verdeutlichte, wie insbesondere im Rechtsaußenspektrum der russische Überfall auf die Ukraine zur Verbreitung von Desinformationen zum Krieg und zum Klimaschutz genutzt wurde (Klinker et al., 2022). Eine weitere Untersuchung der Online-Kommunikation zur Windkraft offenbarte die Wirkungsmacht von Desinformation zu Klimaschutzmaßnahmen und eine hohe gesellschaftliche Anschlussfähigkeit auch jenseits des Rechtsaußenspektrums (Patz et al., 2024).

Anknüpfend an diese Vorbefunde gehen wir in diesem Kapitel dem Zusammenhang von Verschwörungsaffinität und Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation auf die Spur, und analysieren die Klimatypen auf Basis des German Social Cohesion Panel (SCP): Wie verbreitet ist der Glaube an Verschwörungserzählungen, welche strukturellen Merkmale und Einstellungen stehen damit im Zusammenhang und welche Rolle spielt die Verschwörungsaffinität hinsichtlich klimaschutzrelevanter Einstellungen in der Bevölkerung?

Methodisches Vorgehen

Für die Analysen in diesem Kapitel haben wir Personen ausgeschlossen, die auf einzelnen Variablen, die wir in diesem Kapitel analysieren, fehlende Angaben haben. Damit kommen wir für unsere Analysen auf eine Stichprobengröße von N=6.553.

Für die Erfassung der Verschwörungsaffinität nutzen wir fünf Items aus dem German Social Cohesion Panel (SCP), die unterschiedlich explizit eine Neigung zum Verschwörungsglauben erfragen. Für die Items liegen Antwortskalen vom Likert-Typ mit fünf Antwortoptionen vor (siehe Abbildung A9.1 im Online-Anhang). Eine explorative Faktorenanalyse (Hauptachsen-Faktorenanalyse mit Rotationsmethode Varimax) ergab, dass alle Items auf einen Faktor laden, sodass die Fragebatterie zu einer Mittelwertskala zusammengefasst werden konnte. Da zwei der fünf Items verhältnismäßig ‚weich' formuliert sind, wurden zwei Skalen gebildet, einmal unter Verwendung aller Items und einmal lediglich mit drei Items und unter Ausschluss der beiden ‚weichen' Items. Diese beiden ‚weichen' Items lauten wie folgt: „Es geschehen viele wichtige Dinge in der Welt, über die die Öffentlichkeit nie informiert wird" und „Politiker geben uns normalerweise keine Auskunft über die wahren Motive ihrer Entscheidungen". Die anderen drei Items lauten: „Regierungsbehörden überwachen alle Bürger genau", „Ereignisse sind oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten" und „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben". Da beide Skalen eine hohe interne Konsistenz in der Reliabilitätsanalyse aufwiesen (Cronbachs Alpha = 0,86/0,82), haben wir uns für die Skala mit drei Items für diese Analysen entschieden. Grund dafür war, dass die zwei ausgeschlossenen Items aus unserer Sicht eher auf eine allgemeinere Skepsis gegenüber öffentlichen Institutionen als auf verschwörungsideologische Aussagen abzielten und daher auch von auffällig vielen Befragten bejaht wurden. Die drei verbliebenen Items erfassen hingegen wichtige Bestandteile von Verschwörungserzählungen, beispielsweise den Glauben an geheime Gruppen mit großem Einfluss, das Zustandekommen vieler Ereignisse durch Aktivitäten im Verborgenen und eine flächendeckende Überwachung aller Bürger:innen. Für die deskriptiven Darstellungen wurde die Skala entlang ihres Wertebereichs in drei Gruppen unterteilt, wobei niedrige Werte (1,00 bis 2,34) tendenziell eher ablehnende, mittlere Werte (2,35 bis 3,68) eher ambivalente und höhere Werte (3,69 bis 5,00) eher zustimmende Haltungen zu verschwörungsaffinen Aussagen widerspiegeln (siehe Abbildung 9.2, Spalte Insgesamt).

In deskriptiven Auswertungen haben wir den Zusammenhang zwischen Verschwörungsaffinität, zentralen Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation und den Klimatypen untersucht (siehe Abbildungen 9.1 und 9.2). In einem weiteren Schritt haben wir in linearen multivariaten Regressionsanalysen untersucht, wie Verschwörungsaffinität mit den unterschiedlichen Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale in Zusammenhang steht (siehe Abbildung 9.3). Durch die systematische und gleichzeitige Analyse der Kontrollvariablen können wir sicherstellen, dass die bisherigen Befunde nicht hauptsächlich durch Dritteffekte vermittelt werden. Zusätzlich zu den soziodemografischen Merkmalen (siehe Kapitel 2) haben wir eine Reihe weiterer Merkmale in ein drittes Regressionsmodell einbezogen, die nach dem Stand der Forschung in Verbindung zur Verschwörungsaffinität stehen können (siehe Tabelle A9.1 im Online-Anhang). Das umfasst Items zur subjektiven Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage („Machen Sie sich Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung allgemein?"), zur relativen Deprivation („Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten?", aus Welle 3 des SCP), zur Selbstwirksamkeit („Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen."), dem generalisierten Vertrauen („Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann?", aus Welle 3 des SCP) und der Demokratiezufriedenheit („Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?", aus Welle 3 des SCP).

9.1 Klimadesinformation und Verschwörungsaffinität

Was aber ist gemeint, wenn von Falschinformationen, Desinformation und Verschwörungserzählung die Rede ist? Als Klimafalschinformationen (häufig auch: „Klimamisinformationen") bzw. Klimadesinformationen lassen sich einem UN-Bericht zufolge missverständliche oder falsche Inhalte beschreiben, die den wissenschaftlichen Konsens zum menschengemachten Klimawandel, seinen Ursachen und Folgen untergraben (United Nations Executive Office of the Secretary-General, 2023, S. 12). Strategische Desinformation wird begrifflich von Falsch- bzw. Misinformation abgegrenzt, indem hier von einer intendierten, d.h. bewussten Verbreitung unwahrer Informationen mit konkreten Wirkungsabsichten bei ihren Adressat:innen ausgegangen wird. Digitalen Medienplattformen kommt in diesem Prozess

eine Schlüsselposition zu. Sie haben sich zu einem der wichtigsten Ausspielwege der Verbreitung von Klimadesinformationen entwickelt (siehe Kapitel 10). Offensichtlich ist aber auch: Klimadesinformation kann ihre beabsichtigte kollektive Wirkmächtigkeit nur dann entfalten, wenn sie erfolgreich gesellschaftliche Resonanzräume erschließen kann. Beispielsweise dann, wenn Falschinformationen und Verschwörungserzählungen zum Klimawandel genutzt werden, um dadurch individuelles Alltagshandeln zu legitimieren, um bestehende Sichtweisen zu bestätigen oder um Unsicherheiten und Kontrollverlust zu kompensieren. Eine mögliche Reaktion auf wahrgenommene Kontrollverlusterfahrungen kann in der Übernahme von Verschwörungserzählungen bestehen, um so Orientierung und Kontrolle wiederherstellen zu können (van Prooijen & Douglas, 2017). Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht verwunderlich, dass auch im Kontext der krisenhaften Zuspitzung des Klimawandels die kollektive Nachfrage nach Entlastungsstrategien parallel zu dem wachsenden gesellschaftlichen Transformationsdruck anzusteigen scheint.

Bei Verschwörungserzählungen (häufig auch: Verschwörungstheorien) handelt es sich um absichtsvolle, auf ein bestimmtes Interesse gerichtete Pläne und Handlungen von vorgeblich einflussreichen Einzelpersonen oder Gruppen, die mit bösartigen Absichten, konspirativ und zum Schaden der Allgemeinheit (oder spezifischer gesellschaftlicher Gruppen) agieren. Die allgemeine individuelle Bereitschaft, Verschwörungserzählungen zu übernehmen, wird in der Forschung häufig als Verschwörungsmentalität (gelegentlich auch Verschwörungsideologie) bezeichnet. Die Forschung zur Verschwörungsmentalität hat bereits gezeigt, welche problematischen individuellen und kollektiven Phänomene (beispielsweise soziale Isolation, geringes interpersonelles und institutionelles Vertrauen, Demokratieskepsis, Ungleichwertigkeitsideologien und Gewaltbilligung) mit verfestigten Verschwörungsmentalitäten einhergehen können (Rees & Lamberty, 2019; Schnell et al., 2024). Die in dieser Analyse verwendeten Items liefern allerdings nur wenig Auskunft darüber, wie gefestigt und zeitstabil die Einstellungen zu Verschwörungserzählungen tatsächlich sind. Daher verwenden wir in diesem Beitrag statt Verschwörungsmentalität den etwas weiteren Begriff der Verschwörungsaffinität.

Erste deskriptive Auswertungen zeigen: Die Messung von Verschwörungsaffinität in Bevölkerungsbefragungen hängt davon ab, wie danach gefragt wird und welche Aussagen (Items) in die Gesamtbetrachtung einfließen. Wir haben uns in dieser Analyse für eine engere Definition mit lediglich drei Items entschieden (siehe Methodenbox) und einige Aussagen mit einem eher vagen Verschwörungsbezug ausgeschlossen. Ungefähr 14 Prozent stimmen in unseren Daten im Durchschnitt den drei Aussagen zur Verschwörungsaffinität (eher) zu, wohingegen 39 Prozent der Befragten eine (eher) ablehnende Haltung zu derartigen Aussagen zeigen (siehe Abbildung 9.2). Mit 47 Prozent ist auch das Spektrum derjenigen, die zu diesen Fragen ambivalent eingestellt sind, relativ hoch. Außerdem finden bestimmte Einzelaussagen mit eindeutigem Verschwörungsbezug auch in größeren Teilen der Bevölkerung Anschluss und werden nur von einem Teil der Bevölkerung eher oder ganz und gar verneint. Beispielsweise bejahen 38 Prozent die Existenz geheimer Organisationen mit einem großen politischen Einfluss (siehe Abbildung A9.1 im Online-Anhang). Jenseits eines Kerns an dezidiert verschwörungsaffinen Personen bestehen in größeren Bevölkerungsteilen somit zumindest umfangreiche Anknüpfungspunkte für Verschwörungserzählungen.

9.2 Einstellungen zu Klima und Verschwörungsaffinität

Der Zusammenhang zwischen Verschwörungsaffinität und Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation unterscheidet sich deutlich, je nachdem, ob wir allgemeine Einstellungen zum Klimawandel oder konkrete Sorgen vor Klimapolitikfolgen abfragen (siehe Abbildung 9.1). Bereits bei allgemeineren Klimaschutzeinstellungen werden Unterschiede zwischen Befragten mit hoher und niedriger Verschwörungsaffinität sichtbar. Während knapp drei Viertel (74 %) der Befragten mit niedriger Affinität sich (sehr) besorgt im Hinblick auf den Klimawandel äußern, sind es unter Personen mit hoher Affinität 52 Prozent.

Insgesamt 87 Prozent der Befragten mit niedriger Affinität lehnen die Behauptung, der Klimawandel sei weniger gefährlich als von Politiker:innen behauptet, ab. Unter Personen mit hoher Verschwörungsaffinität lehnt dagegen nur rund die Hälfte diese Aussage, die die Klimawandelfolgen relativiert und suggeriert, dass Politiker:innen Gefahren bewusst überhöhen würden, ab. Ein knappes Viertel (24 %) stimmt dagegen zu. Tatsächlich scheint in dieser Gruppe das Einfallstor für klimabezogene und verschwörungsaffine Klimadesinformationspraktiken deutlich größer zu sein als in den anderen Gruppen. Trotz dieser Unterschiede wird deutlich, dass auch ein größerer Anteil an Personen mit höherer Affinität für Verschwörungserzählungen grundlegende Erkenntnisse zum Klimawandel anerkennt und sich um dessen Folgen sorgt.

Allerdings fallen die Unterschiede zwischen den Gruppen wesentlich höher aus, wenn statt des Klimawandels, die

	Verschwörungsaffinität: (Eher) niedrig	Verschwörungsaffinität: Ambivalent	Verschwörungsaffinität: (Eher) hoch
Besorgnis: Klimawandel			
Nicht (sehr) besorgt	6,0	11,7	22,9
Ambivalent	20,1	27,7	25,1
(Sehr) besorgt	73,9	60,6	52,1
Klimawandel: weniger gefährlich als behauptet			
(Hohe) Ablehnung	87,3	72,7	53,7
Ambivalent	9,4	18,7	22,2
(Hohe) Zustimmung	3,3	8,6	24,1
Sorge Klimapolitik: weniger Arbeitsplätze			
(Hohe) Ablehnung	43,0	19,0	11,8
Ambivalent	24,5	27,5	14,3
(Hohe) Zustimmung	32,5	53,5	73,9
Sorge Klimapolitik: mehr gesellschaftl. Konflikte			
(Hohe) Ablehnung	12,1	7,1	8,4
Ambivalent	18,6	23,2	15,0
(Hohe) Zustimmung	69,3	69,6	76,6

Abbildung 9.1: Klima(politik)einstellungen und Verschwörungsaffinität
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=6.553. Anmerkungen: gewichtete Ergebnisse; Einstellungen zum Klimawandel und zu Klimapolitiksorgen, unterteilt nach Verschwörungsaffinitätsgruppen (Spaltenprozente).

konkrete Klimaschutzpolitik und ihre erwarteten Folgen thematisiert werden. Vor allem die Sorgen vor den wirtschaftlichen Folgen von Klimapolitik spielen hier eine herausragende Rolle. Fast drei Viertel (74 %) der Befragten mit erhöhter Affinität sorgen sich beispielsweise um den Verlust von Arbeitsplätzen. Im Vergleich dazu sind diese Sorgen unter Befragten mit niedriger Verschwörungsaffinität deutlich geringer ausgeprägt (33 %). Diese Befunde sollten im Umkehrschluss nicht suggerieren, dass konkrete Sorgen vor den wirtschaftlichen Folgen von Klimapolitik als Verschwörungserzählungen zu bezeichnen wären. Vielmehr ist diese greifbare Sorge – wenngleich in geringerem Umfang – auch in der Gesamtbevölkerung weit verbreitet. Das verdeutlicht auch eine weitere Aussage: Rund drei Viertel (69 % bis 77 %) teilen über alle drei Gruppen hinweg die Sorge, dass es im Zuge der Klimapolitik zu einer Zunahme gesellschaftlicher Konflikte kommen wird. Insgesamt zeigen die Unterschiede zwischen den drei Gruppen, dass die Skepsis gegenüber Klimapolitik unter verschwörungsaffinen Befragten hoch ist, während das Vertrauen, die sozialen Folgekosten der Transformationskonflikte politisch wirksam auszugleichen, nur gering ausgeprägt zu sein scheint.

Wenden wir uns nun den Klimatypen zu: Der Klimatypus der *Ablehnenden* umfasst Befragte, die den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel und dessen Folgen am skeptischsten gegenüberstehen. Zudem vertreten sie negative Einschätzungen über die Auswirkungen von Klimaschutzpolitik und erneuerbaren Energieformen. Im Vergleich zu den anderen vier Klimatypen zeigen die *Ablehnenden* die mit Abstand höchste Zustimmung zu verschwörungsaffinen Aussagen (siehe Abbildung 9.2). 41 Prozent stimmen im Schnitt den Aussagen der Verschwörungsskala eher oder vollumfänglich zu, während weniger als ein Fünftel (18 %) eher oder umfänglich ablehnen. Eine relative Mehrheit (42 %) ist hierzu ambivalent eingestellt. Deutlich geringer fällt die Zustimmung zu verschwörungsaffinen Aussagen unter den *Indifferenten* aus. Lediglich 16 Prozent der Befragten stimmen hier den entsprechenden Aussagen zu. In ihren Positionen zum Klimawandel, zu Klimaschutz und zur Klimaschutzpolitik erscheinen sie größtenteils unentschlossen. Bei der dritten und größten Gruppe, den *Zustimmenden*, ist das Gefährdungsbewusstsein im Hinblick auf die Klimawandelfolgen relativ hoch ausgeprägt, während die Sorgen um die Folgen von Klimaschutzpolitik größtenteils im Durchschnitt liegen. Unter diesen Befragten ist die Zustimmung zu verschwörungsaffinen Aussagen äußerst gering (8 %) und eine relative Mehrheit (45 %) steht diesen ablehnend gegenüber. Anders verhält es sich mit den *Besorgten*. Auch sie zeigen eine hohe Gefährdungswahrnehmung und Klimaschutzsensitivität, weisen aber gleichzeitig eine höhere Zustimmung zu verschwörungsaffinen Aussagen auf (22 %). Der Befund erscheint zunächst überraschend, da Befragte dieses Klimatyps sowohl klimaschutzprogressiven als auch verschwörungsaffinen Aussagen zustimmen. Die Vorbehalte dieser Gruppen speisen sich dabei aus den verhältnismäßig großen Sorgen um die Folgen von Klimaschutzpolitik.

Die geringste Verschwörungsaffinität (5 %) weisen die *Entschlossenen* auf, die unter allen Klimatypen durch die höchste Sensitivität für Klimawandelfolgen, hohe Klimaschutzunterstützung und tendenziell geringere Sorgen vor den Klimapolitikfolgen charakterisiert sind.

Im letzten Teil der Analyse vertiefen wir die bisherigen Ergebnisse und untersuchen, inwiefern sich die bisherigen Befunde auch unter Berücksichtigung vieler weiterer möglicher Einflussfaktoren als konsistent erweisen. Denn es gibt viele weitere Einflussgrößen, die den Zusammenhang zwischen Verschwörungsaffinität und Klimaeinstellungen (mit-)erklären könnten. Eine Vermutung wäre beispielsweise, dass das konkrete Wissen um Klimawandelrisiken mit den formalen Bildungsniveaus der Klimatypen zusammenhängt, was auch Einfluss auf die Affinität zu Verschwörungserzählungen und Desinformationen haben könnte.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse in Abbildung 9.3 zeigen, dass die Affinität für Verschwörungserzählungen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren im Zusammenhang steht. Auch unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale bestätigt sich das zuvor gezeichnete Bild: Die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Klimatypen hängt mit der Verschwörungsaffinität zusammen. Im Vergleich zum Klimatyp der *Zustimmenden* (Referenzkategorie) liegt die durchschnittliche Verschwörungsaffinität unter den *Ablehnenden* am höchsten. Deutlich geringer, aber ebenfalls positiv, fällt diese für den Klimatyp der *Besorgten*, am geringsten bei den *Indifferenten* aus. Gegenläufig dazu sinkt die durchschnittliche Verschwörungsaffinität unter den *Entschlossenen* deutlich ab. Die weiteren Ergebnisse ermöglichen darüber hinaus einen Einblick in weitere Faktoren, die die Affinität zu Verschwörungserzählungen erhöhen oder dämpfen können. Höhere Zusammenhänge zeigen sich beispielsweise bei der Bildung und den Einkommen. Höhere formale Bildungsniveaus und höhere (insbesondere sehr hohe) Einkommen gehen mit einer geringeren Verschwörungsaffinität einher. Personen, die in Großstädten leben, weisen geringfügig niedrigere Zustimmungswerte gegenüber Personen in eher ländlichen Regionen (Referenzkategorie) auf. Moderat stärkere Verschwörungsaffinitäten finden sich daneben auch bei Personen, die in Berufen mit eher umweltschädlichen Tätigkeiten arbeiten (sogenannte „braune Berufe“).

Doch nicht nur objektiv messbare soziodemografische Merkmale können einen Einfluss auf Verschwörungsaffinität haben. Bedeutsam sind auch die subjektive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation und die Wahrnehmung, nicht seinen gerechten Anteil im Vergleich zu anderen zu erhalten (relative Deprivation). Diese Bewertungen und Wahrnehmungen können mit Gefühlen wie Unzufriedenheit, Enttäuschung und Kontrollverlust einhergehen, die wiederum die Distanz und das Misstrauen zu Mitmenschen im Allgemeinen, zum direkten sozialen Umfeld und zu den gesellschaftlichen Institutionen beeinträchtigen.

Wir haben daher in einem zusätzlichen Analyseschritt auch diese Merkmale in die Analyse einbezogen (siehe Tabelle A9.1 im Online-Anhang, Modell 3) und können diese Annahmen bestätigen: Befragte, die ihre wirtschaftliche Lage schlechter einschätzen, sich weniger gerecht behandelt fühlen (relative Deprivation), weniger Selbstwirksamkeitsüberzeugung und ein geringeres Vertrauen aufweisen und insgesamt unzufriedener mit dem Funktionieren demokratischer Institutionen sind, zeigen eine signifikant höhere Verschwörungsaffinität. Das beeinflusst auch, wie sich verschwörungsaffine Befragte im Konfliktfeld Klima positionieren. In einer schrittweisen Analyse (siehe Tabelle A9.1 im Online-Anhang, Modelle 1 bis 3) reduzieren sich die Unterschiede (Regressionskoeffizienten) zwischen den Klimatypen mit Blick auf die Verschwörungsaffinität zunächst geringfügig, wenn soziodemografische Merkmale hinzugefügt werden. Noch deutlicher verringern sich die Unterschiede zu den *Zustimmenden* allerdings für die *Ablehnenden* und die *Besorgten* bei der Hinzunahme der Variablen zur wirtschaftlichen Deprivation, Selbstwirksamkeit und der Demokratieunzufriedenheit. Zusätzlich sinkt auch die Stärke des Zusammenhangs zwischen Bildung bzw. Einkommen und der Verschwörungsaffinität. Verschwörungsaffinität wird also von

	die Ablehnenden	die Indifferenten	die Zustimmenden	die Besorgten	die Entschlossenen	Insgesamt
Verschwörungsaffinität						
Niedrig	17,8	26,9	45,2	27,6	63,6	39,0
Ambivalent	41,5	57,6	47,1	50,2	30,9	46,7
Hoch	40,8	15,5	7,6	22,1	5,4	14,2

Abbildung 9.2: Klimatypen nach Verschwörungsaffinität
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2, W3), N=6.553. Anmerkungen: Anteile in %, gewichtete Ergebnisse.

den subjektiven Wahrnehmungen zur wirtschaftlichen Lage und dem Misstrauen gegenüber Mitmenschen und sozialen Institutionen begünstigt, die ebenfalls in einer engen Beziehung zur Position in der Sozialstruktur und zu der Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Klimatypen stehen.

9.3 Fazit

Unsere Analyse liefert wichtige Anhaltspunkte, wie verbreitet die Verschwörungsaffinität in der Bevölkerung ist, was begünstigende Faktoren sind und wie sich der Verschwörungsglaube auf Einstellungen zum Klimaschutz und zur Klimapolitik auswirkt. Der Anteil an Befragten, die offensichtlichen Verschwörungserzählungen zustimmen, fällt mit rund 14 Prozent eher gering aus. Die Zustimmungsrate steigt hingegen, wenn in die Betrachtung auch Aussagen mit weniger explizitem Verschwörungsbezug hinzugenommen werden (siehe Methodenbox). Dann stimmt bereits jede vierte Person zu (27 %). Zu berücksichtigen sind zudem die häufig gegebenen „teil-teils"-Antworten, die zeigen, dass knapp die Hälfte der Befragten Verschwörungs-Narrative zumindest nicht gänzlich ablehnt. Insofern existiert in weiten Bevölkerungsteilen mindestens eine Anschlussfähigkeit für die Verbreitung von Verschwörungserzählungen. Die Analyse verdeutlicht, dass die Verschwörungsaffinität durch sozialstrukturelle Faktoren, zum Beispiel eine geringere Bildung und geringere Einkommen, begünstigt wird. Allerdings sind hierbei die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, das interpersonelle und institutionelle Vertrauen und die Demokratiezufriedenheit zentral. Eine pessimistische wirtschaftliche Einschätzung, die Wahrnehmung relativer Deprivation und geringer Wirksamkeit, liefern im Zusammenspiel mit Misstrauen gegenüber Mitmenschen und Institutionen einen günstigen Nährboden für Verschwörungsaffinität.

Im Hinblick auf die Zusammenhänge zu Einstellungen zum Klimaschutz und zur Klimapolitik ergibt sich ein relativ klares Bild. Personen mit einer hohen Verschwörungsaffinität stehen Aussagen über den Klimawandel und seinen Folgen deutlich häufiger skeptisch bis ablehnend gegenüber und offenbaren mehrheitlich große Vorbehalte im Hinblick auf die Folgen von Klimaschutzpolitik. Das zeigt sich am deutlichsten unter den *Ablehnenden* und in geringerem Umfang auch bei den *Besorgten* und den *Indifferenten*. Im Gegensatz dazu zeigen Menschen mit einem hohen Problembewusstsein und Unterstützungswillen für Klimaschutzpolitik, wie die Gruppen der *Zustimmenden* und der *Entschlossenen*, lediglich schwache oder keine Affinität für Verschwörungserzählungen.

Anders stellt sich das bei den *Besorgten* dar, die zwar eine hohe Sensibilität für den Klimawandel und dessen Folgen zeigen, aber auch große Vorbehalte gegen Klimaschutzpolitik und konkrete Maßnahmen hegen. Das verdeutlicht, dass sich distanzierte bis abwehrende Haltungen zum Klimaschutz häufiger aus Sorgen und Vorbehalten gegenüber konkreten politischen Maßnahmen speisen als aus substanziellen Zweifeln an den wissenschaftlichen Befunden zum Klimawandel und dessen Folgen. Mit dem anwachsenden Transformationsdruck manifestieren sich auch die Klimapolitikfolgen stärker im Alltagshandeln der Menschen. Das macht klimabezogene Verschwörungserzählungen und Desinformation besonders für diejenigen attraktiv, die das eigene Handeln bzw. Nichthandeln oder die Verteidigung des Status quo gegen Veränderungsnotwendigkeiten zu legitimieren versuchen.

Vor dem Hintergrund erscheint es plausibel, dass – wie auch im folgenden Kapitel gezeigt wird – besonders solche Desinformationsnarrative auf breitere gesellschaftliche Resonanz treffen, die vermeintliche negative Folgewirkungen der Transformationspolitik thematisieren. Das könnte erklären, warum die populistische Erzählung einer ‚ideologiegetriebenen Verbotspolitik', die zur ‚Deindustrialisierung' und ‚Energieunterversorgung' führen würde, in Teilen der Bevölkerung scheinbar dankbar aufgegriffen wird. Für die Anschlussfähigkeit und Einflussnahme gezielter Desinformationspraktiken im Kontext der Klimakrise spielt die Verschwörungsaffinität insgesamt also eine nicht unwesentliche Rolle. Hierbei gilt es insbesondere die *Indifferenten* und *Besorgten* zu adressieren, die dem Klimaschutz offen oder zumindest nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstehen, gleichzeitig jedoch Vorbehalte und Sorgen angesichts der konkreten Klimapolitik und ihrer Folgen haben.

Dazu sollte primär der strategischen Verbreitung und der Normalisierung von Falsch- und Desinformationen zum Klimawandel, zum Klimaschutz und zur sozial-ökologischen Transformation konsequent begegnet werden. Dies kann beispielsweise mittels faktenbasierter Informations- und Aufklärungskampagnen und Interventionen und Moderation bei bewusst irreführenden und verschwörungsideologischen Inhalten erfolgen (Guan et al., 2021). Auch die präventive Immunisierung gegen Klimadesinformation und Verschwörungserzählungen kann anderen Studien zufolge eine eindämmende Wirkung entfalten (Lewandowsky & van der Linden, 2021). Wichtig sind zusätzlich dialogische Formate unter aktiver Beteiligung der Bürger:innen, in denen die kontroversen Debatten rund um die Klimathematik sachlich geführt und demokratisch eingehegt werden können.

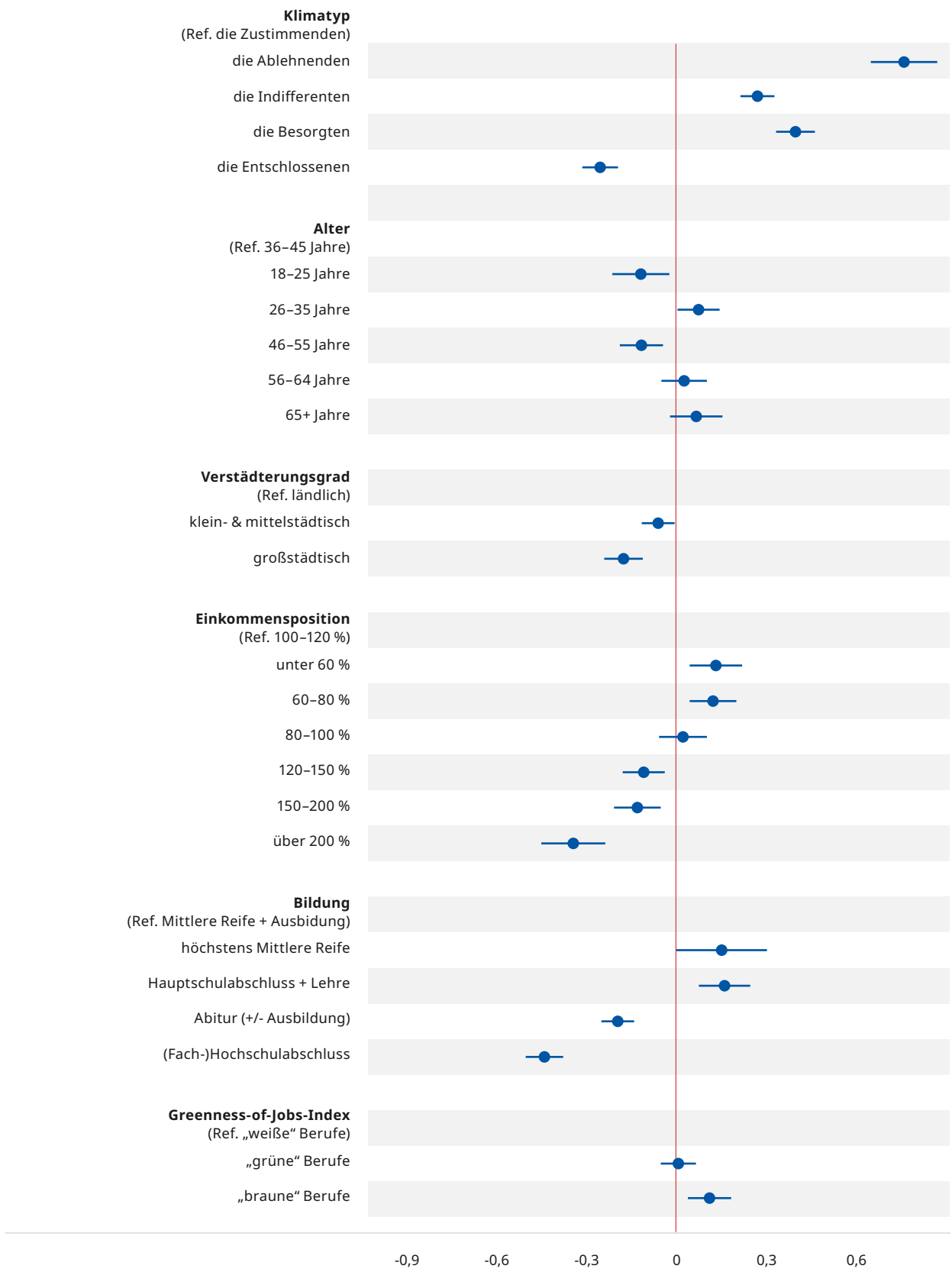


Abbildung 9.3: Verschwörungsaffinität, Klimatypen und soziodemografische Merkmale
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2, W3), N=6.548. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS Regressionen) der Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an, rechts davon positive Zusammenhänge; ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionstabellen finden sich im Online-Anhang in Tabelle A9.1; die Fallzahlen der Regressionsanalysen weichen geringfügig von den Fallzahlen der Deskriptionen ab.

SMO

III | KAPITEL 10

Skeptizismus und Desinformation zu Klimawandel und Klimapolitik in sozialen Medien

Gregor Wiedemann
DOI: 10.82162/39ea-ks04

Im vorherigen Kapitel haben wir gesehen, dass die verschiedenen Klimatypen im German Social Cohesion Panel (SCP) in unterschiedlichem Maße für verschwörungsideologische Erzählungen und Falschinformationen anfällig sind. Diese Unterschiede werfen die Frage auf, wie sich Falsch- und Desinformationen im digitalen Raum konkret verbreiten und durch welche Akteure sie vorangetrieben werden. Im folgenden Kapitel wenden wir uns daher der Plattform Twitter/X zu, die sich in den vergangenen Jahren als ein zentraler Ort politischer Debatten etabliert hat. Auf Grundlage der Daten des Social Media Observatory (SMO) sowie der Datenbank öffentlicher Sprecher:innen (DBöS) untersuchen wir, welche Falsch- und Desinformationen zum Klimawandel und zur Klimapolitik kursieren, wie sie sich im Zeitverlauf verbreiten und welche Rolle politische Parteien, öffentliche Sprecher:innen und andere Nutzende dabei spielen.

Soziale Medien haben sich in den vergangenen Jahren als Orte etabliert, an denen neben Parlamenten und redaktionellen Massenmedien die öffentliche Auseinandersetzung über politische Themen und Positionen intensiv geführt wird. Dabei weisen sie die Besonderheit auf, dass Bürger:innen sowohl untereinander als auch direkt mit Vertreter:innen anderer Diskursebenen wie Politik, Wissenschaft und Medien in Verbindung treten können. Gesellschaftskritik und unterrepräsentierte Meinungen können auf diese Weise öffentlich artikuliert und verhandelt werden, die sonst vielfach nicht den Weg in Tageszeitungen oder etwa in eine Bundestagsdebatte gefunden hätten. Soziale Medien können also ein demokratisches Potenzial entfalten, wenn sie dazu beitragen, die gleichberechtigte Teilhabe aller am politischen Willensbildungsprozess zu fördern. Dieselben technischen Einrichtungen zum einfachen Senden, Teilen und Bewerten von Text-, Bild- und Video-Inhalten und ihre algorithmisch verstärkte Verbreitung können aber auch genutzt werden, um Machthierarchien zu festigen, kritische Stimmen mundtot zu machen und Falschinformationen zu verbreiten. Diese Nutzungsweisen stellen unter anderem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Citoyen, der mündigen Wahlbürger:innen in einer Demokratie, eine große Herausforderung dar. Die öffentliche Begründungsbedürftigkeit von Politik stützt sich idealerweise auf allgemein akzeptierte Fakten, und Bürger:innen sollten ihre Wahlentscheidungen auf Basis bestmöglich verfügbarer Informationen treffen können (Kuhlmann, 1999). Massenhaft verbreitete Falschinformationen, insbesondere strategisch platzierte Desinformation[16], können jedoch dazu führen, dass Bürger:innen in zunehmend polarisierte Meinungssphären driften und sich in Weltdeutungsmustern einrichten, die zu der jeweils anderen Seite nicht mehr anschlussfähig sind (Arora et al., 2022). In einer solchen Situation entfernt sich die Gesellschaft immer weiter vom Ideal der bestmöglich informierten und sachlich begründeten Wahlentscheidung. Schließlich wächst die Gefahr, dass Teile des Wahlvolks von Gegner:innen im demokratischen Wettbewerb zu Feinden werden (Frieß & Gilleßen, 2022), welche Grundpfeiler der repräsentativen Demokratie wie einen fairen Wahlkampf oder einen friedlichen Machtübergang nicht mehr akzeptieren.

In diesem Kapitel schauen wir uns näher an, welche Rolle Falschinformationen zu Klimawandel und Klimapolitik auf der Kurznachrichten-Plattform Twitter (seit Juli 2023 umbenannt in X) spielen. Zwar können die Debatten auf Twitter/X nicht als repräsentativ für die Meinungen in der Gesamtgesellschaft angenommen werden. Nur circa 7 Prozent der Menschen in Deutschland ab 14 Jahren nutzten laut einer Befragung im Jahr 2024 den Dienst wöchentlich (Müller, 2024). Unter diesen Nutzenden ist jedoch ein breites Spektrum etablierter gesellschaftlicher Akteure aus Politik, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besonders stark vertreten (Schmidt et al., 2023). Zusammen mit den Aktivitäten politisch interessierter, einzelner Bürger:innen und marginalisierter Gruppen lässt sich auf Twitter/X daher im Vergleich zu redaktionellen Massenmedien eine größere Bandbreite gesellschaftlicher Debatten erfassen.

Im Klimadiskurs auf Twitter spitzen sich die konstruktiven und destruktiven Potenziale sozialer Medien besonders zu. Einerseits bot die Plattform die Möglichkeit für die Lenkung von Aufmerksamkeit auf das Klimaproblem und trug im Jahr 2019 dazu bei, dass Protestbewegungen wie „Fridays for Future“ zu einem globalen Phänomen werden konnten (Rizzoli et al., 2024). Andererseits werden vielfach klimaschutzbezogene Inhalte in Umlauf gebracht, welche seriösen Faktenchecks nach etablierten journalistischen Standards nicht standhalten. Für die öffentliche Debatte zum Klimawandel und die damit

[16] In Anlehnung an die im vorherigen Kapitel vorgeschlagene Unterscheidung verwenden wir Desinformation ausschließlich dann, wenn eine bewusste strategische Absicht zur Täuschung oder Irreführung vorliegt. Davon abzugrenzen ist Falschinformation oder Misinformation als unbeabsichtigte, dennoch faktisch falsche Information.

verbundenen Politikmaßnahmen ist es daher von besonderem Interesse, in welchem Maße Falschinformationen verbreitet sind und wer sie in Umlauf bringt. Wir fragen:

- Welches sind die häufigsten klimaskeptischen Positionen und Falschinformationen auf Twitter/X und wie werden sie über die Zeit geteilt?
- Welche Akteure sind maßgeblich an der Verbreitung beteiligt? Posten beispielsweise politische Parteien und Teile ihres diskutierenden Publikums systematisch Desinformationen zum Klimawandel?

Unsere empirische Analyse beruht auf dem Datensatz DBöS-Konversationen des Social Media Observatory (SMO) des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) (Wiedemann et al., 2023), der circa 7 Mio. Tweets aus den Jahren 2021 und 2022 enthält. Grundlage der Sammlung ist die Datenbank öffentlicher Sprecher:innen (DBöS) (Schmidt et al., 2023), welche kuratierte Listen unter anderem von Politiker:innen in Bundes- und Landtagen, Parteiorganisationen und Medienangebote samt ihrer Accounts auf verschiedenen Social-Media-Plattformen umfasst. Gesammelt wurden sämtliche Posts der öffentlichen Sprecher:innen sowie darauf reagierende Antwort-Tweets anderer Twitter-Nutzender. Für die Einschränkung auf den Klimadiskurs wurde der Datensatz nach bestimmten Suchmustern gefiltert.[17] Der thematisch gefilterte Datensatz umfasst 40.141 originale Tweets und 39.715 Retweets öffentlicher Sprecher:innen sowie 177.633 Antwort-Tweets.

Methodisches Vorgehen

Für die Analyse der Verbreitung von Falschinformationen zum Klimawandel auf Twitter kam eine Kombination von Verfahren der automatischen Sprachverarbeitung zum Einsatz (ausführliche Beschreibung siehe Kessling et al., 2024). Zur Identifikation von Falschinformationen in Tweets wurden zunächst klimabezogene Faktenchecks etablierter Nachrichtenorganisationen erhoben. Von Agenturen wie AFP und dpa sowie von Nichtregierungsorganisationen wie Correctiv wurden 540 teilweise oder vollständig falsche Behauptungen zum Klimawandel gesammelt, die im Folgenden als Claims bezeichnet werden. Diese wurden mithilfe eines Sprachmodells auf ihre inhaltliche Ähnlichkeit zu den Tweets in unserem Datensatz bewertet (S-BERT von Reimers & Gurevych, 2019 mit Jina V3 embeddings von Sturua et al., 2024). Gleichzeitig wurde die Ähnlichkeit aller Tweets untereinander bewertet. Auf diese Weise konnten wir Tweets und Claims, deren Ähnlichkeit einen bestimmten Schwellenwert überschreitet, zu Clustern gruppieren, die überwiegend gleiche Aussagen zum Klimadiskurs beinhalten. Für uns sind besonders die 86 Cluster von Interesse, in die von unserem Modell auch Claims der Faktencheckorganisationen einsortiert wurden. Allerdings werden in diesem Schritt auch sich widersprechende Aussagen aufgrund ihrer inhaltlichen Nähe zusammengruppiert, da das Modell affirmative und kritische Verwendungsweisen nicht unterscheidet. So kann es beispielsweise passieren, dass der Claim „Der von Menschen verursachte CO_2-Ausstoß hat keinen Einfluss auf unser Klima“ und der Tweet „Es ist wissenschaftlich belegt! Der Klimawandel hängt maßgeblich mit dem CO_2-Anstieg in unserer Atmosphäre zusammen“ in dasselbe Cluster gruppiert werden. Um Falschbehauptungen und ihre Richtigstellungen voneinander trennen zu können, klassifizierten wir alle Tweets mithilfe eines großen Sprachmodells (Qwen Team, 2024) automatisch in verschiedene Kategorien. Zur genaueren Analyse unterscheiden wir vier Kategorien klimaskeptischer[18] Aussagen: Klimawandel-Leugnung, Klimawandel-Zweifel, Klimamaßnahmen-Verzögerung und Angriffe gegen Klimaaktivismus. Alle den Klimawandel anerkennenden oder Klimaschutz fordernden Tweets wurden als fünfte Kategorie „Andere“ klassifiziert. Klimaskeptische Tweets, die sich in Clustern befinden, die auch eine geprüfte Falschinformation enthalten, werden für unsere Auswertung als Varianten dieser spezifischen Falschinformation gewertet, deren Ausbreitung wir dann über den Untersuchungszeitraum hinweg messen können. Im zweiten Teil schauten wir uns mithilfe von Netzwerkanalysen an, welche öffentlichen Sprecher:innen an der Verbreitung maßgeblich beteiligt sind und wie Twitter-Nutzende klimabezogene Tweets der Bundestagsparteien kommentieren. Über ein Retweet-Netzwerk ließen sich Gruppen von Accounts identifizieren, welche ihre Botschaften besonders häufig gegenseitig verstärken und wiederholt Falschinformationen, mutmaßlich bewusst als Desinformationen, strategisch in die öffentliche Debatte tragen.

[17] Die Liste umfasst 29 Suchmuster, u.a. Klima, Erderwärmung, globale Erwärmung, Treibhauseffekt, CO_2-Emission, fossile Brennstoffe, erneuerbare Energie.

[18] Mit den Begriffen klimaskeptisch/Klimaskeptiker:in werden im Folgenden Positionen bzw. Akteure zusammenfassend bezeichnet, die in unserem Klassifikationssystem einer der vier Kategorien Klimawandel-Leugnung, Klimawandel-Zweifel, Maßnahmenverzögerung und Angriff auf Klimaaktivismus zugeordnet wurden.

10.1 Klimabezogene Falschinformationen

Mit dem oben beschriebenen methodischen Vorgehen lassen sich Falschinformationen, die auf konkrete, zeitlich beschränkte Ereignisse Bezug nehmen, sowie allgemeinere Aussagen, die Narrative über einen langen Zeitraum prägen, im Twitter-Diskurs beobachten. Dabei reichen die Inhalte und Kontexte der veröffentlichten Tweets, die teilweise oder vollständig aus Falschinformationen bestehen, von der Leugnung des Klimawandels bis hin zu ausgeprägtem Skeptizismus gegenüber Klimaschutzmaßnahmen sowie zu verbalen Angriffen auf Politiker:innen oder Klimaaktivist:innen.

Insgesamt finden wir circa 8.000 klimabezogene Falschinformationen in unserem Datensatz, was einem Anteil von rund 6 Prozent entspricht. Abbildung 10.1 zeigt die kumulierte Häufigkeit der häufigsten Falschinformationen während des Untersuchungszeitraums, gruppiert in die vier Kategorien klimaskeptischer Aussagen. Die Darstellung als kumulierte Häufigkeit erlaubt es, zu erkennen, welche Aussagen und Narrative unter den Falschinformationen insgesamt vorherrschend sind (höchste Punkte zum Ende des Untersuchungszeitraums) und in welchen Zeitabschnitten sie gehäuft im Diskurs auftreten (Abschnitte starker Anstiege der jeweiligen Kurven).

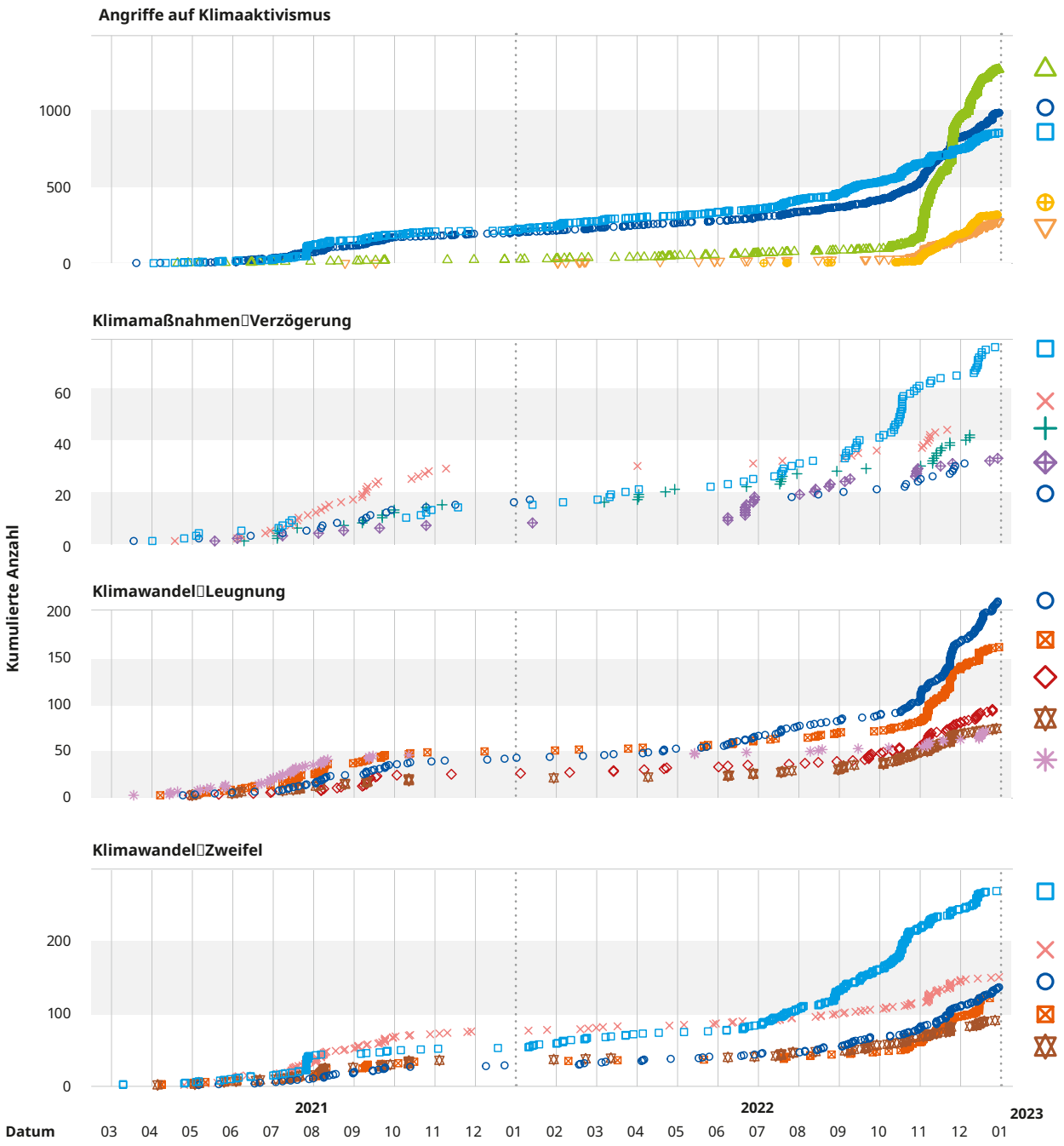
Mit Abstand am häufigsten (n > 1.000 Posts für einzelne Falschinformationen) werden verbale Angriffe gegen Klimaaktivist:innen bzw. gegen Maßnahmen des Klimaschutzes gepostet. Zweifel am Klimawandel und seinem tatsächlichen Ausmaß bilden die zweithäufigste Kategorie, gefolgt von schlichter Leugnung der Existenz des Klimawandels oder des menschlichen Einflusses daran. Vergleichsweise selten finden sich in den Daten Aussagen, welche zwar den menschengemachten Klimawandel als Fakt anerkennen, aber beispielsweise aus ökonomischen Vorbehalten eine Verzögerung der Umsetzung notwendiger Klimaschutzmaßnahmen anstreben.[19] Der Zeitverlauf zeigt zwei intensive Phasen starker Anstiege von Falschinformationen. Im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2021 sowie im Herbst 2022 zur Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und den zeitgleich medial breit rezipierten Protesten der Klimaaktivist:innen der „Letzten Generation“ nimmt die Verbreitung einzelner Falschinformationen stark zu. In der Zeit dazwischen finden sich nur vereinzelt klimaskeptische Falschinformationen mit Ausnahme von verbalen Angriffen gegen die Grünen (Cluster 36)[20] und dem Ausbau der Windenergie (Cluster 89), die durchgehend zu finden sind. Bei den Attacken gegen Klimaaktivismus nehmen gegen Ende des Untersuchungszeitraums vor allem Falschbehauptungen über die „Letzte Generation“ zu, die unter anderem als terroristisch verunglimpft (Cluster 88) und angeblich aus Mitteln der Bundesregierung finanziell unterstützt wird (Cluster 159). Ebenfalls sprunghaft Verbreitung fand im November 2022 die Behauptung, Klimaaktivist:innen hätten mit einer Straßenblockade in Berlin einen Rettungswagen behindert und dadurch Menschenleben gefährdet (Cluster 371). Deutlich seltener kommen Falschinformationen zum Zweifel bzw. zur Leugnung des Klimawandels vor. Zweifel an der Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit werden vor allem in Bezug auf die Windkraft geäußert, der unter anderem unterstellt wird, sie wäre teuer, ineffizient oder eine Bedrohung für die Vogelwelt (Cluster 89). Klimawandelleugner:innen fordern generell ein Ende des „Windrad-Irrsinns“, da die Klimakrise nur eine Fantasie oder Angstpsychose sei. Der Anstieg von Falschmeldungen zur Windkraft im Herbst 2022 hängt auch eng mit der Landtagswahl in Bayern zusammen, bei der ein Ausbau der Windenergie zu einem wichtigen Wahlkampfthema wurde. Die Behauptung, der Klimawandel sei ein Schwindel (Cluster 195), wird häufig von der These begleitet, das Klima hätte sich schon immer geändert oder die Menschen wären gar nicht in der Lage, auf das Klima Einfluss zu nehmen, ergo könnten sie den Wandel auch nicht aufhalten. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden als „Abzocke“ oder „Verarsche“ bezeichnet. Hinweise auf frühere Extremwetterereignisse (Cluster 17 und 231) sollen belegen, dass Naturkatastrophen ganz unabhängig vom Klimawandel normal sind. Klimawandelleugner:innen stellen zudem infrage, dass Kohlendioxid in der Atmosphäre überhaupt einen Einfluss auf das Klima hat, während Zweifler:innen ihre Skepsis vordergründig darauf richten, dass Deutschland einen nennenswerten Beitrag zur CO_2-Reduktion leisten könne (Cluster 21). Zweifler:innen und Verzögerer:innen betonen stattdessen, dass der deutsche Beitrag zum Klimaschutz in keinem Verhältnis zum erwarteten Wohlstandsverlust stehe und Deutschland erst aktiv werden solle, wenn die Welt als Ganzes sich am Klimaschutz beteiligt (Cluster 190). Verzögerer:innen verbreiten zudem Falschmeldungen zur Wirksamkeit eines Tempolimits als Beitrag zum Klimaschutz (Cluster 118) oder falsche Berechnungen zur Klimabilanz der Elektromobilität (Cluster 263).

---

[19] Die Kategorie „Maßnahmenverzögerung“ ist definitorisch schwer zu fassen. Beispielsweise spricht einiges dafür, Forderungen nach „Technologieoffenheit“ in der Energieerzeugung, dem Einsatz von Wasserstoff für Gasheizungen oder die Förderung von E-Fuels im Automobilsektor konsequent als Verzögerungstaktik zu klassifizieren, da diese häufig dazu dienen, den Übergang von fossilen zu nachhaltigen Technologien hinauszuzögern. Dies stellt jedoch eine recht weitgehende Interpretation von Kurznachrichten mit starker Abhängigkeit zum Kontext der allgemeinen politischen Diskurslage dar. Forschungspragmatisch wurde daher die Kategorie in dieser Studie enger gefasst und auf tatsächlich vorliegende Textaussagen beschränkt.

[20] Tweets in diesem Cluster stellen den Klimawandel häufig als eine Erfindung bzw. Übertreibung der Grünen dar.

Häufigste klimabezogene Falschinformationen



Falschbehauptung

- Windräder haben nur eine kurze Lebensdauer (89)
- Es gibt keinen Klimawandel, die Erde ist nur gekippt (36)
- Nach Befreiung musste einem Klimaaktivisten die Hand amputiert werden (88)
- Mehr Verkehrstote durch Tempolimit (118)
- Deutschlands Beitrag zum globalen CO_2-Ausstoß ist vernachlässigbar (190)
- 1957 hatte es 56 Grad Lufttemperatur – die Erderwärmung ist nicht bewiesen (17)
- Wirtschaftsminister Habeck hat die «Letzte Generation» mit 156.240 € unterstützt (159)
- Der Klimawandel ist ein Schwindel und nicht menschengemacht (195)
- Schneefall und Kälte widersprechen der Erderwärmung (231)
- E Autos sparen erst nach 219.000 km Fahrt Emissionen im Vergleich zum Diesel (263)
- Die Polizei ist verpflichtet, Klimaaktivisten auf der Straße kleben zu lassen (371)
- CO_2 hat keinen Einfluss auf den Klimawandel (21)

Abbildung 10.1: Häufigste klimabezogene Falschinformationen und deren Kontexte
Quelle: Social Media Observatory (SMO), 2023. Anmerkung: kumulierte Häufigkeit der häufigsten klimabezogenen Falschinformationen auf Twitter, aufgegliedert nach klimaskeptischen Kategorien; Punkte repräsentieren einzelne Falschinformations-Tweets; Falschbehauptungen in der Legende sind absteigend nach Häufigkeit sortiert; Tweets eines Clusters können zu unterschiedlichen Kategorien zugeordnet sein, Cluster-ID in Klammern.

Die Analyse zeigt, dass verschiedene Kategorien von Falschmeldungen rund um Klimawandel und Klimapolitik zu unterschiedlichen Zeitpunkten Konjunktur entfalten. Falschmeldungen über Aktivist:innen oder gegen Klimaschutzmaßnahmen hängen eng mit konkreten Ereignislagen und der Intensität von Klimaprotesten zusammen. Zweifel und Leugnung des Klimawandels entwickeln dagegen durch wiederholte Falschinformationen über lange Zeiträume kohärente Narrative, die Klimaschutzmaßnahmen als eine Gängelung der Bevölkerung durch mächtige Eliten betrachten. Verzögerung gewinnt zunehmend an Bedeutung als Diskursstrategie, welche zwar die Notwendigkeit von Maßnahmen anerkennt, aber zu begründen versucht, warum Klimaschutz mit weniger oder gänzlich ohne tiefgreifende Umbrüche der fossilen Industriegesellschaft auskommen sollte.

10.2 Akteure der Verbreitung klimabezogener Falschinformationen

Welche Akteure beteiligen sich an der allgemeinen Klimadebatte auf Twitter und wer steckt hinter der Verbreitung klimabezogener Falschinformationen? Mithilfe einer Netzwerkanalyse lassen sich Cluster von öffentlichen Sprecher:innen in unserem Datensatz identifizieren, die häufig gegenseitig über Retweets ihre Aussagen verstärken. Abbildung 10.2 zeigt ein solches Netzwerk, bei dem sich Twitter-Accounts entlang von Parteizugehörigkeit nahe beieinander gruppieren. Das größte Cluster (in der

Abbildung 10.2: Retweet-Netzwerk öffentlicher Sprecher:innen
Quelle: Social Media Observatory (SMO), 2023. Anmerkungen: verbunden sind alle Accounts, die mindestens dreimal während des Untersuchungszeitraums den jeweils anderen Account retweetet haben; rot eingefärbt sind alle Accounts, die mehrheitlich und mindestens zweimal klimawandelskeptische Tweets gepostet haben; die Knotengröße bildet die Anzahl klimabezogener Falschinformationen eines Accounts ab.

Grafik rechts) enthält primär Accounts der Grünen, welche sich erwartungsgemäß am häufigsten zu Klimathemen äußern. Enger mit den Grünen verbunden sind ein Cluster der Linken (unten links) und eins der SPD (unten). Im linken oberen Bereich finden sich zwei Cluster von FDP- und CDU/CSU-Accounts, die sich deutlich seltener zu Klimathemen äußern. Rot eingefärbt sind jene Accounts, die mehrfach Falschinformationen verbreitet haben. Deutlich zeigt sich, dass ein Großteil der AfD-Accounts im linken, obersten Cluster sich häufig zu Klimathemen äußert und dabei wiederholt Falschinformationen verbreitet. Die Daten zeigen, dass es sich hier nicht um einige wenige Ausreißer handelt, sondern die AfD-Aktivitäten in diesem Themenfeld vielmehr als systematische Desinformationskampagne beschrieben werden können. Bei CDU/CSU und FDP finden sich deutlich weniger Accounts, die sich an der Verbreitung von Falschinformationen beteiligen. Vereinzelt verbreiten auch Medienaccounts wie BILD, BZ Berlin und Die Welt Falschinformationen, insbesondere in der kritischen Berichterstattung über bestimmte Formen des Klimaprotests.

Die Verteilung der vier klimaskeptischen Kategorien in den Falschbehauptungen von Politiker:innen in unserem Datensatz gibt Aufschluss darüber, ob und wie politische Parteien(-vertreter:innen) zu deren Verbreitung beitragen. Abbildung 10.3 zeigt die Anteile von Tweets mit Falschbehauptungen an allen klimabezogenen Tweets einer Partei.

Anteile von klimabezogenen Tweets mit Falschinformationen nach politischen Parteien(vertreter:innen)

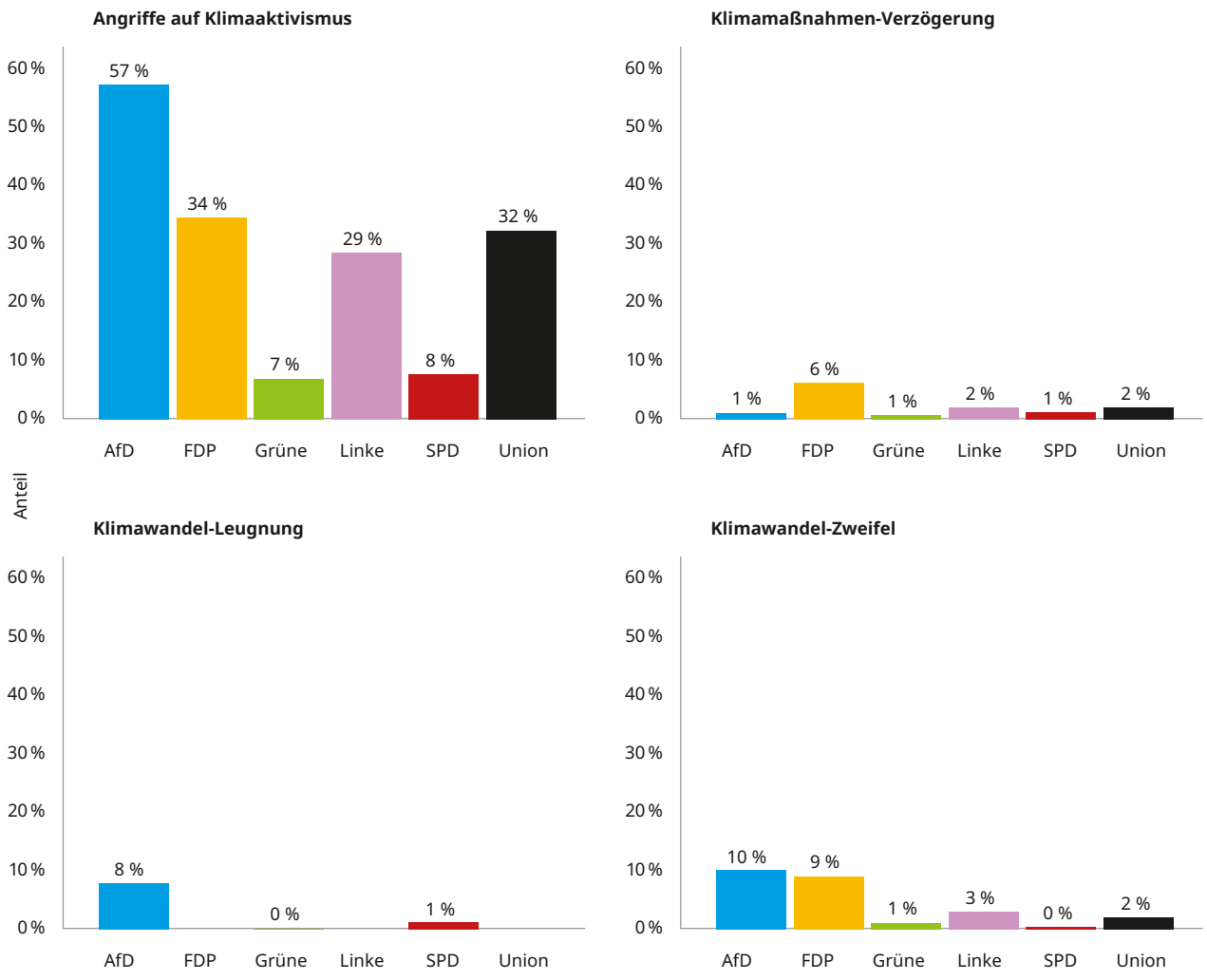


Abbildung 10.3: Kategorieanteile in Tweets politischer Parteien(-vertreter:innen)
Quelle: Social Media Observatory (SMO), 2023. Anmerkungen: Anteile von Falschinformationen an allen klimabezogenen Tweets der Bundestagsparteien, aufgeteilt nach klimaskeptischen Kategorien; wenn keine Anteilswerte angegeben sind, gibt es in den entsprechenden Kategorien keine Tweets der Parteien(vertreter:innen).

Anteile von Nutzer:innenkommentaren mit Falschinformationen bei klimabezogenen Tweets von politischen Parteien(vertreter:innen)

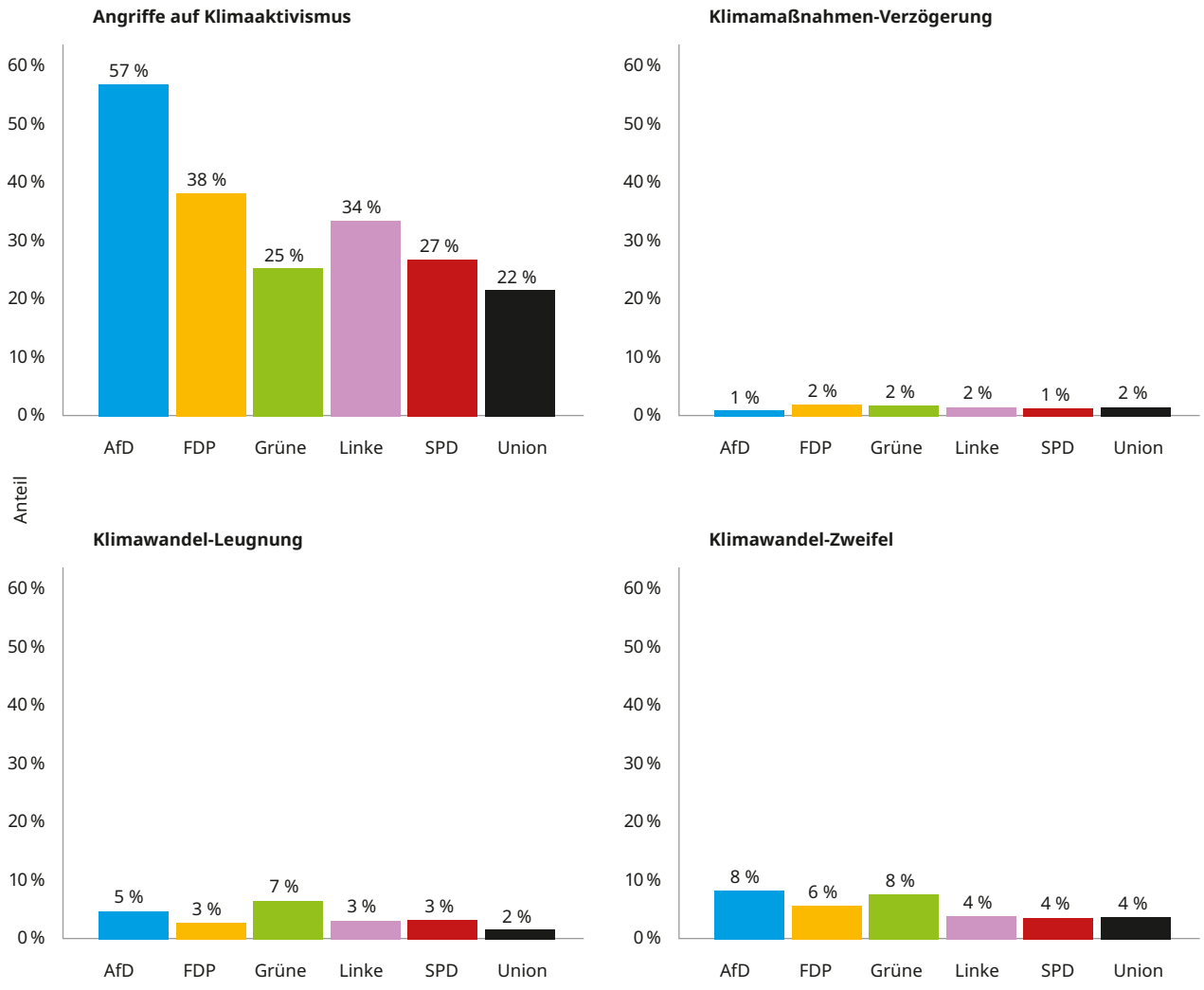


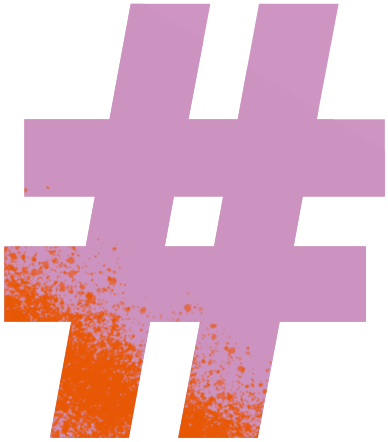
Abbildung 10.4: Kategorieanteile in Nutzer:innendebatten
Quelle: Social Media Observatory (SMO), 2023. Anmerkungen: Anteile von Falschinformationen an allen Antwort-Tweets zu klimabezogenen Tweets der Bundestagsparteien, aufgeteilt nach klimaskeptischen Kategorien.

In 304 Falschbehauptungen und damit 57 Prozent all ihrer klimabezogenen Tweets greift die AfD Klimaaktivist:innen oder Klimaschutzmaßnahmen verbal an. Mit um die 30 Prozent liegt der Anteil dieser Kategorie bei Accounts der FDP, Union und Linken ebenfalls recht hoch, wobei hier die absolute Anzahl an Falschbehauptungen deutlich geringer ausfällt (FDP 71, Union 79 und Linke 28). Die anderen drei Kategorien sind anteilsmäßig und in absoluten Zahlen deutlich seltener. Maßnahmenverzögerung findet sich am ehesten bei FDP-Accounts. Zweifel am Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen werden in rund 10 Prozent der AfD-Tweets und 9 Prozent der FDP-Tweets geäußert. Nur bei der AfD findet sich mit circa 8 Prozent ein nennenswerter Anteil an Klimaleugnung.[21]

Wie kommentieren andere Twitter-Nutzende die klimabezogenen Tweets der Parteien? Dass Meinungen in sozialen Medien in hohem Maße polarisiert sind, bedeutet nicht, dass die sie vertretenden Personen nicht die Inhalte der anderen Seite wahrnehmen. Tatsächlich finden äußerst lebhafte, emotionalisierte Debatten in den Antworten auf Politiker:innen-Tweets statt. Abbildung 10.4 zeigt die

[21] Klimaskeptische Positionen bei Parteien, die eigentlich Klimaschutzmaßnahmen befürworten, können größtenteils durch Klassifikationsfehler erklärt werden. Beispielsweise äußern sich Politiker:innen mitunter in sarkastischer Weise über Klimaskeptizismus, was von der automatischen Klassifikation aber nicht entsprechend erkannt wird.

Anteile von Falschinformationen in diesen Nutzerdebatten. Auffällig ist, dass sich vergleichbare Anteile der vier klimaskeptischen Kategorien in den Nutzerdebatten aller Parteien wiederfinden. Lediglich bei den Attacken auf Klimaaktivist:innen stechen die Nutzer:innenkommentare unter AfD-Tweets erneut mit einem hohen Anteil von circa 57 Prozent hervor. Zweifel und Leugnung des menschengemachten Klimawandels finden sich mit 2 bis 8 Prozent bei den Nutzer:innendebatten deutlich häufiger als in den Tweets der jeweiligen Parteien, mit Ausnahme der AfD. Verzögerungsargumente spielen in den Nutzer:innendebatten dagegen kaum eine Rolle. Zusätzlich zur in Abbildung 10.4 dargestellten relativen Häufigkeit ist der Blick auf die absoluten Häufigkeiten von Falschinformationen in den Nutzer:innendebatten der jeweiligen Parteien aufschlussreich. Mit Abstand am häufigsten werden klimabezogene Falschinformationen zu Tweets der Grünen gepostet (1.160), gefolgt von der Union (666), FDP (631) und AfD (498). Auf Tweets von SPD (182) und Linken (54) wird dagegen vergleichsweise selten mit Falschinformationen geantwortet. Die Tatsache, dass Vertreter:innen der Grünen Klimaschutz am stärksten von allen Parteien in die politische Debatte einbringen, hat zur Folge, dass sich auch klimaskeptische Akteure verstärkt an der Partei abarbeiten.



10.3 Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass klimaskeptische Positionen in medialen und parteipolitischen Äußerungen des deutschen Twitter-Diskurses in den Jahren 2021/22 nur wenig vertreten sind. Lediglich die in Teilen rechtsextreme AfD trägt in größerem Umfang Falschinformationen zur Thematik in den Diskurs hinein, die Zweifel an der Notwendigkeit zur Bekämpfung des Klimawandels säen oder diesen gänzlich leugnen. Über den Untersuchungszeitraum hinweg werden klimabezogene Falschaussagen von zahlreichen Parteivertreter:innen wiederholt geäußert. Aufgrund dessen lässt sich eine politische Absicht dieser Kommunikationshandlungen annehmen, sodass hier von Desinformation anstelle von Falschinformation ausgegangen werden kann. Falschinformationen und klimaskeptische Positionen werden zudem, wenn auch deutlich seltener, von Vertreter:innen der Union, FDP und Teilen der Linken[22] geteilt, in der Regel, wenn es um Angriffe gegen Klimaaktivist:innen geht.

Wahlereignisse und erhöhte Aktivitäten von Klimaprotesten gehen mit einer vermehrten Verbreitung von Falschinformationen insbesondere in Nutzer:innendebatten einher. Erkennbar wird eine kampagnenartige Gegenmobilisierung durch einen kleinen Kreis sehr aktiver Nutzer:innen, die Falschinformationen strategisch einsetzen, um Ziele und Akteure der Klimaproteste in der öffentlichen Debatte zu diskreditieren. Diese diskursive Gegenmobilisierung korrespondiert mit den im vorherigen Kapitel dargestellten Einstellungsmustern verschwörungsaffiner Gruppen. Personen mit hoher Verschwörungsaffinität halten den Klimawandel für weniger gefährlich und machen sich gleichzeitig verstärkt Sorgen über soziale Konflikte und die wirtschaftliche Entwicklung im Zuge der Klimapolitik. Die Grünen und die außerparlamentarische Klimabewegung werden im klimaskeptischen Social-Media-Diskurs als größte gesellschaftliche Konfliktverursacherinnen identifiziert, die den einfachen Leuten arrogant und ihren Problemen ignorant gegenüberstünden (vgl. Bundtzen & Matlach, 2022).

Für die AfD stellt der weitgehende Konsens der demokratischen Parteien in der Bewertung des Klimawandels eine Möglichkeit dar, ein Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb der politischen Ideen zu entwickeln. Die im Vergleich zum parteipolitischen Diskurs erhöhte Verbreitung klimaskeptischer Positionen in den Nutzer:innendebatten zeigt, dass sie mit einigem Potenzial für Zuspruch aus

[22] Ein Teil der hier einschlägigen Accounts linker Politiker:innen sind mittlerweile dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) beigetreten.

der Bevölkerung rechnen kann. Dabei scheint es für die AfD wichtiger zu sein, eine oppositionelle Rolle zu den demokratischen Parteien einzunehmen, als eine kohärente Position zum Klimawandel darzustellen. Mal wird behauptet, Klimawandel hätte es schon immer gegeben und eine Einwirkung des Menschen auf das Klima sei nicht möglich. Dann wird argumentiert, dass Deutschlands Beitrag zum Klimaschutz zu gering sei, weshalb das Land nicht anderen Ländern bei der Ergreifung von Maßnahmen vorangehen solle. Der Atomenergie wiederum wird eine bedeutsame Rolle zugesprochen, da diese ja gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels eine klimaneutrale Form der Energieerzeugung darstelle. Hier gibt es einen fließenden Übergang zu diskursiven Verzögerungstaktiken, die zwar keine direkten Falschbehauptungen darstellen, aber bestimmte Fakten, die als wissenschaftlich gesichert gelten, weglassen oder verzerrt wiedergeben. Dazu zählen unter anderem Forderungen nach dem Einsatz von E-Fuels im Pkw-Bereich, um das Ende des Verbrennungsmotors hinauszuzögern, oder die Annahme, neue Gasheizungen könnten künftig wirtschaftlich mit ‚grünem' Wasserstoff betrieben werden. Diese vor allem fossilen Industriebereichen in die Hände spielenden Argumente werden auch von Vertreter:innen demokratischer Parteien in den Diskurs eingebracht. Unsere Inhaltsanalyse zeigt, dass Social-Media-Nutzende diese Narrative aufnehmen und aktiv weiterverbreiten. Diese in Widerspruch zu einem konsequenten Umbau fossil angetriebener Bereiche der Gesellschaft stehenden Erzählungen können zu Verunsicherung bei Firmen und Verbrauchenden führen und letztendlich einen wirksamen Klimaschutz behindern. Daher ist es wichtig, Gegenrede und faktenbasierte Korrekturen von Falschbehauptungen sowie die proaktive Immunisierung gegen Klimadesinformation in den sozialen Medien zu stärken. Zudem ist eine Stärkung der Medienkompetenz notwendig, um die Nutzenden über die zunehmende, systematische Verbreitung von Falsch- und Desinformation aufzuklären und zu einer kritischen Reflexion von Inhalten zu befähigen.

Obwohl hier nicht im Zentrum unserer Fragestellung, zeigt unsere Analyse auch, dass die überwiegende Zahl an Twitter-Posts den Klimawandel als Fakt anerkennt und wirksame Gegenmaßnahmen befürwortet. Dabei zeigt sich allerdings auch ein Ungleichgewicht im polarisierten Dialog von Befürwortenden und Gegner:innen von Klimaschutzmaßnahmen. Während wir häufig klimaskeptische Positionen in Antworten auf Posts klimafreundlicher Parteien finden, gibt es umgekehrt nur selten Klimaschutz einfordernde oder begründende Antworten auf Tweets der AfD. Klimaskeptische Nutzende tragen also ihre Positionen aktiv in die Debatten demokratischer Parteien. Umgekehrt begeben sich aber kaum demokratische Nutzende in eine Auseinandersetzung mit der AfD.

Wie können demokratische Akteure auf diese Entwicklung reagieren? Für einen erfolgreichen Gegendiskurs darf die Rolle von Faktenchecks nicht unterschätzt werden. Einerseits wäre unsere Forschung ohne diese Vorarbeiten nicht möglich. Vor allem aber sind die nach journalistischen Kriterien gesicherten oder korrigierten Aussagen notwendig zur Selbstvergewisserung des demokratischen Diskurses, um informiert über die beste Politik zur Erreichung bestimmter Ziele streiten zu können. In dieser Hinsicht stellt die Entscheidung des Meta-Konzerns vom Januar 2025, sein Fact-Checking-Programm einzustellen (Kaplan, 2025), eine erhebliche Gefahr für die demokratische Kultur in sozialen Mediendiskursen dar. Die in diesem Zusammenhang geäußerte Behauptung, Fact-Checkende würden voreingenommen nur bestimmte Akteure in den Blick nehmen, um diese zu diskreditieren (ebd.), können wir zurückweisen. Wie unsere Analyse zeigt, sind es hauptsächlich politische Akteure der extremen Rechten, die wenig Interesse an einer rationalen Debatte auf wissenschaftlicher Grundlage zeigen. Stattdessen setzen sie gezielt auf Desinformation, um den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen. Insofern die häufig emotionalisierenden, Empörung oder Angst auslösenden Botschaften im Vergleich zu neutral verfassten Informationen verstärkte Wirkung und schnellere Verbreitung entfalten (Vosoughi et al., 2018), können Gegenrede und Faktenchecks nur eingeschränkt wirksam werden (Fedtke & Wiedemann, 2020). Es braucht ebenso eine wirksame Regulierung sozialer Medienplattformen für die Beschränkung der Verbreitung von Falschinformationen und die Sicherstellung demokratischer Diskursbedingungen.

IV.

Gesellschaftliche Aushandlungs-prozesse in der sozial-ökologischen Transformation zwischen Verstän-digung und Konflikt

Quali Panel

IV | KAPITEL 11

Deutungen und Praktiken zur Klimakrise: Standpunkte verstehen und Konfliktpotenziale identifizieren

Andrea Hense, Sebastian Jürss, Ina Kaufhold & Arne Koevel

DOI: 10.82162/qy0e-0f02

Wie denken Menschen in Deutschland über die Klimakrise – und welche Strategien verfolgen sie, um ihr zu begegnen? In diesem Kapitel greifen wir auf qualitative Interviews des Qualitativen Panels (Quali Panel) zurück, um unterschiedliche Deutungsmuster nachzuzeichnen. Erstens zeigen wir, wie sich Vorstellungen über Verantwortung und Handlungsspielräume unterscheiden – von individueller Konsumorientierung bis zur Forderung nach politischem Eingreifen. Zweitens rekonstruieren wir, wie diese Deutungen mit den sozialen Lagen, Erfahrungen und Alltagswelten der Befragten verwoben sind. Drittens diskutieren wir, welche Konflikte und möglichen Koalitionen aus den verschiedenen Perspektiven entstehen könnten. Dabei kommen drei Befragte zu Wort, die exemplarisch für unterschiedliche Klimatypen stehen könnten: die *Entschlossenen*, die *Besorgten* und die *Ablehnenden*.

Im German Social Cohesion Panel (SCP) werden verschiedene Klimatypen unterschieden. In unserem Beitrag zeigen wir, wie ‚die Leute' über die sich zuspitzende Klimakrise denken, und welche Strategien sie verfolgen oder ablehnen, um dieser zu begegnen. Wir lassen dazu drei Personen aus dem Qualitativen Panel (Quali Panel) zu Wort kommen, die sich in ihrer sozioökonomischen Lage, ihren biografischen Erfahrungen und Alltagswelten deutlich unterscheiden. Unser Ziel ist es, ihre Sichtweisen auf der Basis ihrer Erfahrungen und Lagen nachvollziehbar zu machen – nicht nur, um Verständnis zu schaffen, sondern auch, um Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Verständigung aufzuzeigen. Bei Markus Schröder[23] finden wir Deutungen und Argumentationen, die wir dem Klimatyp der *Entschlossenen* – als sozialstrukturell besser gestellter Gruppe mit einem hohen Bewusstsein für den Klimawandel – zuschreiben können. Mit deutlich mehr Sorgen bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels erinnert Kim Weiland an den Typ der *Besorgten*, die in der Regel ökonomisch nicht so gut aufgestellt sind wie die *Entschlossenen*, aber dennoch ein Bewusstsein für die Klimakrise zeigen und damit auch einen Handlungsbedarf verknüpfen. Mit Frank Larisch ziehen wir ein Fallbeispiel heran, welches am ehesten mit dem Klimatyp der *Ablehnenden* vergleichbar ist. Hier werden vor allem die Folgen der Klimapolitik als Probleme und der Klimawandel selbst als weniger gefährlich gedeutet.[24]

Die Interviews des Quali Panels zeigen: Klimakrise ist kein einheitlich verstandenes Phänomen. In der Bevölkerung kursieren unterschiedliche Deutungen, die sich grob drei Typen zuordnen lassen:

- Individuelle Verantwortung für ein menschengemachtes Naturphänomen: Der Klimawandel wird als Folge nicht nachhaltiger Lebensweisen verstanden – und als Aufgabe, durch verändertes Konsum- und Freizeitverhalten gegenzusteuern.
- Überdramatisierung eines natürlichen Prozesses: Die Erderwärmung ist Resultat eines natürlichen Zyklus, der weder (ausschließlich) menschengemacht noch gefährlich ist. Klimapolitik erscheint überzogen, reaktive Anpassungen reichen aus.
- Politisch-strukturelles Versagen: Der Klimawandel wird auf eine nicht-nachhaltige Wirtschaftsweise zurückgeführt. Verantwortung wird vor allem der Politik und der Wirtschaft zugeschrieben.

Aus diesen Deutungen sowie ihren zur Verfügung stehenden Ressourcen leiten unsere Befragten verschiedene Strategien ab, der Klimakrise zu begegnen. Einige Menschen haben ihre eigenen Konsumentscheidungen und ihre Lebensführung bereits an Anforderungen der Nachhaltigkeit ausgerichtet und fordern dies – zumeist aus einer (ökonomisch) privilegierten Position – auch von ihren Mitmenschen ein (vgl. Abschnitt 11.1). Der Fokus auf individuelle Konsumentscheidungen dient ihnen dabei auch als „ökologische Distinktion" (Neckel, 2018), wie wir weiter unten ausführen werden. Darüber vernachlässigen sie teilweise die sozialen Fragen von Verteilungs- und Belastungsgerechtigkeit. Andere Menschen sind hingegen nicht bereit oder in der Lage, ihre Konsum- und Alltagspraktiken an Kriterien der Nachhaltigkeit anzupassen (siehe Abschnitt 11.2). Sie verteidigen daher ihre bisherige Lebensführung. Wir zeigen, dass es hierbei nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um Kämpfe um (symbolische) Anerkennung geht. Vor allem mehrfach Benachteiligte begegnen weiteren Zumutungen durch ökologische Anforderungen mit Ablehnung. Schließlich gibt es auch Menschen, die trotz ihrer eigenen wirtschaftlich prekären Situation Wege und Mittel finden, nachhaltiger zu leben, und gern ‚mehr tun' würden, wenn sie dazu die Ressourcen hätten (siehe Abschnitt 11.3). Sie richten ihre Forderungen vorwiegend auf sozialen Ausgleich und damit Steuerung durch Politik.

---

[23] Alle Namen sind anonymisiert.

[24] Es ist zu beachten, dass wir die Zuordnungen zu den Klimaeinstellungstypen aufgrund von rekonstruierten Ähnlichkeiten vornehmen. Beim SCP und dem Quali Panel handelt es sich um eigenständige Datensätze, die separat ausgewertet wurden und deren Analysen sich ergänzen.

Markus Schröder, Frank Larisch und Kim Weiland stehen stellvertretend für zahlreiche Menschen, die wir seit 2021 wiederholt interviewt haben [25]. Ihre Geschichten machen deutlich: Deutungen des Klimawandels sind nicht bloß Meinungen – sie sind eingebettet in Lebensverhältnisse, Erfahrungen und soziale Lagen. Wir rekonstruieren ihre Perspektiven biografisch und nachvollziehend – um zu verstehen, warum Menschen handeln, wie sie handeln. Abschließend werden wir die unterschiedlichen Deutungen und Praktiken fiktiv miteinander ins Gespräch kommen lassen, um zu eruieren, welche potenziellen Konflikte, aber auch Koalitionen unter den drei Deutungsmustern und Praktiken möglich sind.

[25] Das bedeutet, dass sich die hier mittelst Einzelfällen dargestellten Deutungen und Praktiken in einer Reihe weiterer Fälle unseres Samples wiederfinden, also nicht ‚einmalig' sind, sondern stellvertretend für einen bestimmten Typ von Klima-Deutungen und -Praktiken stehen.

Methodisches Vorgehen

Das Qualitative Panel (Quali Panel) ist eine qualitative Längsschnittuntersuchung, bei der insgesamt 90 Teilnehmer:innen aus fünf Untersuchungsregionen in der BRD wiederholt interviewt werden.

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf den ersten beiden Erhebungswellen unserer Untersuchung. In der ersten Welle (im Folgenden mit I1 bezeichnet) haben wir biografisch-narrative Interviews mit den Befragten geführt (Rosenthal, 2001), in denen wir uns für deren Lebensweg, -situation und Alltag interessiert haben (Dimensionen der Biografie waren: Familie, Beruf, Partnerschaft, Haushalt, Wohnen, Freundschaften, ehrenamtliches Engagement). Wir haben auch nach den Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt und zur Politik gefragt. Die zweite Welle (I2) bestand – wo es möglich war – aus problemzentrierten Haushaltsinterviews (Witzel & Reiter, 2012), die weitere Haushaltsmitglieder einbezogen haben, um einen Eindruck über die Interaktionen im Haushalt zu bekommen. In Fällen, in denen es keine weiteren Haushaltsmitglieder gab oder diese nicht zur Interviewteilnahme bereit waren, haben wir problemzentrierte Einzelinterviews geführt. In den Zweitinterviews gab es zwei Schwerpunkte: Erstens haben wir nach Veränderungen in der Lebenssituation gefragt (siehe die oberen Bereiche). Zweitens haben wir zusätzlich zwei visuelle Stimuli (graphic elicitation, vgl. Hense, 2023) eingebracht: Zum einen haben wir die Befragten nach ihrer Vorstellung von einem Bild der Gesellschaft gefragt und wo sie sich darin selbst verorten würden. Zum anderen haben wir den Interviewten mehrere Titelbilder von Zeitschriften vorgelegt, die unterschiedliche konfliktbehaftete Themen betrafen (Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Migration) und sie nach ihren Wahrnehmungen und Einschätzungen dazu gefragt. Für die vorliegenden Analysen haben wir uns an den Antworten zur Klimathematik orientiert, um die Vorstellungen davon, was der Klimawandel ist, wann gehandelt werden sollte und wer zuständig ist, zu rekonstruieren. Durch die biografische Betrachtung und den Fokus auf den Alltag konnten wir den Blick auch auf die Nachhaltigkeitspraktiken selbst richten. Für die Auswertung haben wir kontrastive Fallbeispiele herangezogen, die wir zunächst entlang der Deutungen zum Klimawandel sortiert haben. In einem zweiten Schritt haben wir die biografischen Erfahrungen und die sozialstrukturellen Angaben herangezogen, um die jeweiligen Standpunkte zu kontextualisieren und zu verstehen. Die dargestellten Fallbeispiele stehen stellvertretend für die jeweiligen Deutungen und bilden das Spektrum in unseren Daten weitgehend ab.

11.1 „Wir müssen den Menschen sagen: Ihr müsst euch heute Gedanken machen, wie ihr euer Lebensmodell verändern wollt“

Markus Schröder	
Geburtsjahr	1950er Jahre
Beruf	Investmentbanker (in Rente)
Haushaltsnetto-einkommen	7.500–10.000 €
Schulden	keine Angabe
Vermögen	besitzt mehrere Häuser, keine weiteren Angaben

Für Herrn Schröder steht fest: Der spür- und beobachtbare Wandel des Klimas ist auf den Menschen bzw. ein nicht nachhaltiges „fossiles Lebens- und Geschäftsmodell“ zurückzuführen und wird – sofern nichts unternommen wird – „zu einem Kollaps der Erde führen“ (I1, Abs. 256). Wenngleich er in diesem Zusammenhang viel von der Politik, der Ökonomie und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen spricht, identifiziert er in erster Linie ganz persönliche und individuelle Alltagspraktiken als Problem, wie die Ernährung, die Fortbewegung und andere Konsumentscheidungen der ‚Leute‘. Diese müssten sich „heute fragen, wie [sie ihr] Lebensmodell verändern“ wollen (I1, Abs. 258). Ein „Veggie-Tag in der Schule“, das „Neun-Euro-Ticket“ und ein verpflichtendes „Tempo 100“ sind für ihn in diesem Sinne geeignete Maßnahmen, um der Krise zu begegnen (ebd.). Es wird augenscheinlich, dass Markus Schröder die Ursachen der Klimakrise vornehmlich individualisiert, wenn er in appellativer Weise meint:

„Eure Zeit, 29 € nach Mallorca für ein Wochenende, ist vorbei. Eure Zeit, einen Verbrenner zu fahren, um mal eben zur Bude zu fahren und ein Päckchen Zigaretten zu kaufen, ist vorbei. Ihr müsst eine CO_2-Abgabe einkalkulieren.“ (I1, Abs. 54)

Hiermit ist bereits angedeutet, was für Herrn Schröder ein erfolgsversprechender Modus der Klimawandelbekämpfung ist: der Modus des Marktes in Form von finanziellen Anreizen (Belohnungen) und Kostensteigerungen (Strafen). So sollen Preisanpassungen einen ökologischen Wandel der Lebensführung der Gesamtbevölkerung ‚erzwingen‘. Klimaschutz ist für ihn eine „Frage des richtigen Preises“ und Kampagnen bekannter Lebensmitteldiscounter, die für einen gewissen Zeitraum ihre Preise an die eigentlichen ökologischen Kosten angepasst haben, sind für ihn „genau der richtige Weg“ (I1, Abs. 52). Allerdings gibt es für ihn nicht nur den Bestrafungsansatz, dass Nicht-Nachhaltigkeit teuer sein müsse, sondern auch die Vorstellung, dass sich eine ökologische Lebensführung lohnen müsse und sie zu fördern sei. Auch wenn er soziale Fragen weitestgehend außer Acht lässt, gibt er zu bedenken, dass zum Beispiel Solaranlagen nicht für alle Hauseigentümer:innen erschwinglich seien und daher preislich angepasst werden müssten. Er selbst präsentiert sich in den Interviews als Pionier einer ökologischen Lebensführung in sämtlichen Lebensbereichen (Alltagsmanagement, Sozialbeziehungen, Engagement etc.). In diesem Sinne fordert er auch seine Freund:innen und andere Sozialkontakte dazu auf, es ihm gleichzutun und sich anzupassen. So möchte er als Vermieter beispielsweise auch seinen Mieter:innen die sozial-ökologische Transformation ihrer Lebensführung ermöglichen:

„Also praktisch durch AKTIVES Vorleben. Die Häuser, die wir haben, sind alle nachsaniert auf KfW-Standard 55.[26] *Und ich habe an allen Häusern überall Solaranlagen drauf. Ich habe ein Mieterstrom-Modell, wo also die Mieter von mir den Strom beziehen können. Wir haben überall hochwertigste Dreifachverglasung eingebaut, sodass der Energiekonsum sich in den Hütten quasi um mehr als ein Drittel verringert hat.“* (I2, Abs. 56)

Seine persönliche Lebensführung hat er an ökologische Prinzipien angepasst, fährt „so gut wie kein Auto mehr“, weil er einen „Fahrrad-Park vor der Tür stehen“ hat, der ihm „für die unterschiedlichen Entfernungen und Aufgaben zur Verfügung steht“ und ist „begeisterte[r] Bahnfahrer“ (I2, Abs. 52). Herr Schröder stellt vorwiegend auf den Konsum ab, wenn es um die Eindämmung des Klimawandels geht. Das zeigt er auch in seinen persönlichen Beziehungen. Ein Plan des Freundeskreises, für eine Hochzeitsfeier einen Langstreckenflug zu nehmen, führt zu intensiven Diskussionen und wird von Herrn Schröder verweigert. Des Weiteren überzeugt er auch einige Freunde, ihr Wohneigentum nachhaltig zu sanieren:

„Zwei meiner Freunde habe ich überzeugt, die haben jetzt auch ihr Dach dämmen lassen und Solaranlagen auf dem Dach. Die kriegen dann auch von mir immer gleich ein Komplettpaket, weil (lacht kurz auf) ich habe aufgrund der Erfahrungen, die wir haben, natürlich, ich sage mal, einen besonderen Zugang zu verschiedenen Handwerkern, sodass die sich um viele Sachen dann keine Gedanken machen müssen. Ich habe einen mittlerweile gut befreundeten Energieberater, der mir dann hilft. Und so sind wir halt missionarisch immer wieder tätig, ja.“ (I2, Abs. 84)

[26] Der KfW-Standard 55 bezeichnet einen energetischen Effizienzhaus-Standard, bei dem ein Gebäude nur 55 % der Primärenergie eines vergleichbaren Neubaus nach dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) verbraucht.

Betrachten wir Markus Schröders Deutungen der Klimakrise vor dem Hintergrund seiner Biografie, zeigt sich eine innere Logik: Er überstand die Finanzkrise in einem Finanzinstitut nicht nur unbeschadet, sondern stieg sogar auf (während etliche Kolleg:innen entlassen wurden) – er ist also einerseits krisenresilient und andererseits in der Lage, Umbrüche für sich zu nutzen. Gleichzeitig demonstriert er im bisherigen Lebensverlauf eine marktförmige Flexibilität, indem er seine sozialen und ökonomischen Interessen erfolgreich miteinander verknüpft – sowohl in seiner Erwerbsbiografie als auch in seinen ökologischen Praktiken.

Herr Schröder wurde in den 1950er Jahren in einer Großstadt geboren und wuchs in einer Familie von Kleinunternehmern auf. Seine Eltern führten gemeinsam einen kleinen Handwerksbetrieb. Nach dem Abitur schloss Markus Schröder einen verlängerten Wehrdienst an, um Geld für das Studium zu sparen, das er heimatnah absolvierte. Nach einer wirtschaftswissenschaftlichen Promotion und Tätigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit trat Herr Schröder eine Stelle bei einem Finanzinstitut an – hier spielten Aufstiegsambitionen und lokale Bezüge gleichermaßen eine Rolle. Bei diesem Finanzinstitut blieb Markus Schröder bis zu seiner Altersrente und konnte die Finanzkrise 2008 sogar für einen weiteren Aufstieg in der Organisation nutzen, während ein großer Teil der Beschäftigten entlassen wurde. Parallel zum Berufseintritt lernte Markus Schröder seine zukünftige Ehefrau kennen, mit der er eine Familie gründete. Die Kinder absolvierten ein Studium und verfolgten dabei, ähnlich wie Herr Schröder, sowohl soziale als auch ökologische Interessen. Heute lebt er gemeinsam mit seiner Frau im eigenen Einfamilienhaus, besitzt mehrere Mietwohnungen und lebt von seiner Altersrente, den Mieteinkünften und gelegentlichen Honorarverträgen für Lehrtätigkeiten. Mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 7.500 und 10.000 €, dem Wohneigentum und weiteren nicht näher spezifizierten Einkünften kann Herr Schröder der einkommensreichen Oberschicht zugeordnet werden.

Aus dem bisherigen Lebensverlauf von Markus Schröder scheinen zwei zentrale Orientierungen hervorzugehen: Die Orientierung an einem sozioökonomischen Aufstieg und an der Vereinbarkeit der eigenen Statusorientierung mit einer sozialen und ökologischen Lebensführung, die anderen nicht schadet und sie im besten Falle sogar unterstützt (und bei ihm auch christlich motivierten Beweggründen folgen könnte). Beide Orientierungsmuster spiegeln sich in seiner Ausdeutung der Klimakrise und in seinen Nachhaltigkeitspraktiken wider. Er sieht den Klimawandel als drohenden ‚Kollaps der Erde', der durch individuelle Konsumentscheidungen verursacht wird, da die meisten Menschen nicht bereit seien, ihre Gewohnheiten an ökologische Anforderungen anzupassen. Er begreift diesen Umstand auch als ‚Marktlücke', die er nutzen kann – vergleichbar damit, wie er bereits andere Umbrüche für sich selbst zu nutzen wusste. Einerseits geht er als ‚Pionier' mit gutem Beispiel voran, erfüllt also gewisse, vielleicht bald allgemeingültige Anforderungen an eine ökologische Lebensführung und könnte somit schon angepasst sein, wenn andere erst noch aufholen müssen. Andererseits begreift er sich als ‚Missionar', nutzt – und favorisiert – Marktmechanismen, um andere zu einer ökologischeren Lebensführung zu bewegen. Beides dient ihm auch der sozialen und ökologischen Distinktion. Wenngleich immer auch mal soziale Fragen hervorscheinen, spielen soziale Ungleichheiten, die durch die von ihm ins Spiel gebrachten preislichen Regulierungen verschärft würden, in seiner Argumentation eine untergeordnete Rolle.

11.2 „Deutschland kann nicht die ganze Welt retten"

Frank Larisch	
Geburtsjahr	1950er Jahre
Beruf	Sozialarbeiter als ABM (in Rente)
Haushaltsnetto-einkommen	2.000–2.500 €
Schulden	Keine Schulden
Vermögen	Kein Vermögen

Frank Larisch sieht den Klimawandel als weniger bedrohlich, da er doch zumindest teilweise natürlichen Ursprungs sei:

„Ich meine, klar, Umwelt ist nun mal wichtig und auch mit dieser Klimakatastrophe, aber ob das nun alles wirklich so menschengemacht ist, weiß ich auch nicht, ob das nicht einfach nur Wandel der Zeit ist, da bin ich immer noch so ein bisschen unschlüssig, weil das ja in den Jahrmillionen unserer Erde immer mal wieder passiert ist. Deutschland tut ja schon sehr, sehr viel. Ich meine, wenn Deutschland sich aber jetzt verpflichtet, immer noch mehr zu tun und noch mehr zu tun und alle anderen nicht mitziehen, alleine schaffen wir das nicht, die Welt zu retten." (I2, Abs. 789)

Herr Larisch betont, dass das Umweltthema wichtig sei, übernimmt auch den Begriff „Klimakatastrophe", distanziert sich aber im Weiteren von der Dramatik des Klimawandels. Für ihn ist denkbar, dass der Klimawandel Teil eines natürlichen Zyklus ist. Daraus leitet er ab, nur eingeschränkt handeln zu können und zu müssen. Denn die Natürlichkeit des Wandels legitimiert, wenn

überhaupt, nur bedingt eingreifen zu können. Verdeutlicht wird die Legitimation des Nicht-Handelns, das sich sowohl auf seine eigene Lebensführung als auch gesamtgesellschaftliche Maßnahmen bezieht, in der Argumentation, wonach Deutschland im Grunde bereits genug gegen den Klimawandel unternehmen würde (was getan wird, bleibt aber unkonkret). Dieses Deutungsmuster – Deutschland tut bereits genug und kann nicht alleine die Welt retten – nimmt Bezug auf eine Problemdiagnose, in der die Folgen der Klimawandelbekämpfung vor allem als Kosten und Belastungen auflaufen. In einer globalen Konkurrenzsituation entstehen daraus Nachteile, die zu Lasten der Bevölkerung und damit auch zu seinen Lasten gehen. Neben dieser Belastung werden Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels für Frank Larisch und seine Frau Jana, mit der er in einem Haushalt lebt, bereits gegenwärtig als Einschränkungen und nicht erfüllbare gesellschaftliche Erwartungen im Alltag wahrnehmbar, denen sie sich in rechtfertigender Weise entgegenstellen:

„Na, ich habe immer gesagt, man muss sich Klimaschutz und Bio, muss man sich leisten können.“ [I2, Abs. 792]

Hier bestätigt sich das Deutungsmuster der Kosten, die im Preis der alltäglichen Waren spürbar sind (also der höhere Preis für Bio-Qualität, die meist klimafreundlicher ist oder sein kann) und dadurch eine individuelle Belastung darstellen würden, die sich Frank Larisch mit seinen begrenzten finanziellen Mitteln nicht leisten kann – es sei denn durch Verzicht auf für ihn wichtige Nahrungsmittel:

„Ja. Und am Essen und so sparen wir auch nicht in dem Sinne. Also, ich kann mir nicht für 18 € ein Steak leisten, mache ich nicht, habe ich noch nie gegessen, will ich auch gar nicht.“ [I2, Abs. 351]

Der Rückbezug zur eigenen sozialen Lage wird von ihm herausgehoben, um zu verdeutlichen, dass ein derartiges Steak, in das die Kosten des Klimaschutzes eingepreist würden, deutlich außerhalb seiner Möglichkeiten liegen würde. Zugleich betont er, dass er nicht sparen müsse (als Zeichen für seine erreichte und hart erarbeitete sozioökonomische Lage) und ohnehin eine ökologische Form des Konsums nicht in Anspruch nehmen würde. Diese Betonung kann als Selbstbestätigung gelesen werden, den nicht-erreichbaren Konsum ohnehin abzulehnen („will ich auch gar nicht“) und damit eine selbstbestimmte Entscheidung treffen zu können. Frank Larischs Bedürfnis nach Autonomie, welches auch in weiteren Interviewpassagen ersichtlich wird, steht im Zusammenhang mit dem notwendigen Sparen und Haushalten über den Lebensverlauf hinweg, was aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen und eines immer wieder fragilen Status

notwendig war. Dass es für Herrn Larisch im Klimadiskurs um mehr geht als um ökonomische Kosten, zeigt sich in folgender Passage:

„Das geht ja schon bei banalen Themen los, wenn ich nur die Veganer sehe. Es soll jeder essen, wie er will. Unsere Schwiegertochter ist auch Veganer. Kann sie auch alles machen, das ist auch alles gut. Die respektiert aber wenigstens, dass wir Fleisch essen. Aber wenn man jetzt andere hört, ja, ihr müsst das essen. Warum muss ich das essen? Wenn ich Fleisch essen möchte, esse ich Fleisch. Ich gönne ihr ja auch ihr Gemüse.“ [I2, Abs. 644]

Der Veganismus der Schwiegertochter steht hier stellvertretend für eine im Sinne des Klimaschutzes nötige Lebensführung, die sich für Frank Larisch vor allem über die Ernährung (wie auch das Steak-Beispiel) im Alltag ausdrückt. Die symbolische Dimension der Anerkennung – hier als Respekt gegenüber seiner Lebensweise – ist für Herrn Larisch ein zentraler Bezugspunkt, da er sich durch gesellschaftliche Erwartungen bevormundet sieht, wie eine klimafreundliche Lebensführung auszusehen habe. Er plädiert für gegenseitigen Respekt, der individuelle Konsumentscheidungen und differente Arten der Lebensführung nicht beständig infrage stellt, sondern gleichberechtigt nebeneinander existieren lässt. Da er bereit ist, die Entscheidungen anderer zu respektieren, erwartet er zugleich Respekt für sich (also eine reziproke Anerkennung). Das ‚leben und leben lassen‘ beinhaltet allerdings auch, dass es ihm in der Regel darum geht, in Ruhe gelassen bzw. nicht beständig kritisiert zu werden. In der Frage nach der Ernährung erhält der sonst mitunter abstrakte Klimadiskurs eine Nähe zu seinem Alltag und ist zusätzlich durch die Verwandtschaftsbeziehung ein Thema, dem er sich nicht ohne Weiteres entziehen kann.

Vor dem Hintergrund seiner Lebensgeschichte wird deutlich, warum das Thema Anerkennung und das Nicht-Handeln-Müssen angesichts des Klimawandels einer biografischen Logik folgen. Herr Larisch hat über den Lebensverlauf stets gearbeitet, dies aber vor allem ohne soziale Absicherung und unter teils prekären Bedingungen, die seinen sozioökonomischen Status immer wieder gefährdet haben bzw. ihm nicht die notwendige finanzielle und symbolische Anerkennung für sein Handeln eingebracht haben:

„Allein schon an meiner Rente. (lachen) An meiner Rente. Also ich habe die ganzen Jahre gearbeitet und habe das Pech, wie gesagt, ich habe nach der Wende nur ABM gehabt, das wird auf meine Rente nicht angerechnet und das finde ich eine Riesensauerei.“ [I1, Abs. 2108-2111]

Er schaut auf eine bewegte (Erwerbs-)Biografie zurück: Er hat vor der Wende in diversen Bereichen gearbeitet (war Angehöriger der Armee, hat in einem Schraubenwerk gearbeitet) und ist nach dieser Umbruchszeit Betreuer in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende gewesen. Den größten Teil der Nachwendezeit (bis zum Interviewzeitpunkt) hat er in der sozialen Arbeit in einer ABM-Maßnahme verbracht.[27] Für die Berechnung der Rentenhöhe sind diese Zeiten jedoch irrelevant, womit eine subjektiv erfahrene Entwertung verbunden ist („Riesensauerei“). Trotz dieser Entwertungserfahrung und dieses Lebensverlaufs verortet er sich in der Mittelschicht, betont dabei jedoch auch die Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht:

„Also, wenn dann Mittelschicht irgendwie so, aber bin, habe kein größeres Vermögen. (lachen) Also ganz normal. Arbeiterschicht. Habe immer gearbeitet. Ja.“ (I1, Abs. 2234-2236)

Die Identifikation mit der Arbeit und als Mensch, der sich seinen Lebensunterhalt hart erarbeitet hat (hier als Arbeiterschicht), ist Herrn Larisch wichtig und Bestandteil seiner Identität. Hier zeigt sich die Kernthematik seines Anspruchs auf Anerkennung, das auch als Respekt ihm und seiner Lebensleistung gegenüber gedeutet werden kann. Der positive Bezug zu Arbeit ist typisch für seine soziale Schicht und rekurriert darauf, sich den Lebensstandard (trotz diverser Hindernisse) erarbeitet und damit verdient zu haben. Seine Biografie ist gekennzeichnet durch typische Lebensführungsmuster der ‚unteren‘ Schichten (sparen, haushalten, genaue Buchführung der finanziellen Mittel, Einkaufen mit Blick auf Angebote) – und seine Selbstverortung in der Mittelschicht ist Ausdruck der von ihm gewünschten Anerkennung seines erarbeiteten Status sowie Ausdruck seines beständigen Ringens, in der erreichten gesellschaftlichen Position verharren zu können. Der Wunsch, in der sozialen Lage bleiben zu können, korrespondiert mit seiner Deutung des Klimawandels. Dies legitimiert ihn letztlich, zunächst nicht handeln zu müssen, sondern seine Lebensführung beibehalten zu können. Des Weiteren zeigt sich bei Frank Larisch eine gewisse Transformationsmüdigkeit, da für ihn eine sozial-ökologische Transformation zu konkreten finanziellen Einschränkungen führen würde, die er nunmehr als Rentner kaum kompensieren könnte. Ferner ist für ihn die Frage der Autonomie zentral, da es für ihn auch darum geht – in Kombination mit dem Respekt – Entscheidungen selbst zu treffen, anstatt sie von außen bzw. anderen auferlegt zu bekommen (wie in der Ernährungsthematik). Dies gilt umso mehr, wenn die Konsequenzen dieser Transformation deutlich negativ ausfallen würden; sich etwa sein alltäglicher Konsum verteuern und damit seinen hart erarbeiteten Status bedrohen würde.

11.3 „…wir brauchen über nichts Anderes mehr diskutieren“

Kim Weiland	
Geburtsjahr	1990er Jahre
Beruf	ungelernte Pflegekraft, mehr als 5 Jahre arbeitslos, aktuell Abendschule (Fachabitur)
Haushaltsnettoeinkommen	750–1.000 € (Bürgergeld, vorher ALG2)
Schulden	15.000–20.000 €
Vermögen	Kein Vermögen

Die Zukunftssorgen von Kim Weiland richten sich auf den Klimawandel, der als existenzielle Bedrohung begriffen wird:

„…wir brauchen über nichts Anderes [als die Klimakrise] mehr diskutieren. Wir brauchen da nicht mehr über Feminismus diskutieren, nicht über Rassismus so. Wenn die Menschen nicht mehr da sind, sind sie nicht mehr da, so, ne? Ähm, manchmal denke ich auch, okay, haben wir aber auch einfach verdient. So. (lacht)“ [I2, Abs. 799]

[27] ABM steht für Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Diese Arbeitsgelegenheiten waren für Menschen im Hartz IV Bezug gedacht und wurden vor allem symbolisch vergütet (es war in der Regel ein weiterer Transferleistungsbezug nötig). In der Diskussion um die Hartz IV begleitenden Maßnahmen standen die ABMs in starker Kritik und wurden schließlich größtenteils eingestellt.

Die Klimakrise ist für Kim Weiland so gravierend, dass alle anderen gesellschaftlichen Fragen und Themen hinter ihr zurückstehen. Weiland sieht die Gründe des Klimawandels im menschlichen Handeln (insbesondere einer falschen Politik) und ist enttäuscht, dass der dringend notwendige Handlungsbedarf von den Menschen im Allgemeinen und der Politik im Besonderen nicht erkannt wird. Kim Weiland nimmt vor allem Politiker:innen in die Pflicht, durch ihre Gestaltungsaufgabe für gesellschaftliche Veränderung zu sorgen.

„…Klimakrise. Was fällt mir dazu ein? Ja, einfach Lobbyismus. Halt Profit vor Menschen und ein großes Fragezeichen für MEINE Zukunft, für die Zukunft meines Neffen, für die Zukunft der Menschen, aber auch der Tiere.“ [I2, Abs. 700]

So sei die Klimakrise in erster Linie das Resultat einer zu stark profitorientierten Politik, welche den „Fokus auf die falschen Dinge“ lege (I1, Abs. 289), also den Profit wichtiger nähme als die Menschen selbst. Damit sei auch Weilands Zukunft gefährdet und schließlich die Zukunft der Menschheit verspielt. Anstelle der Profitorientierung wäre die Ausrichtung an einer „nachhaltigen Ökonomie“ (I1, Abs. 289) zentral zur Verhinderung des drohenden Kollapses. Aktuell versage die Politik hier, da zu wenig auf die Zukunft und Richtungsänderungen wie substanzielle Investitionen in nachhaltige Alternativen geschaut würde. Diese Investitionen würden sich aber langfristig auszahlen: „ja, das kostet jetzt so viel, okay, nein, das ist zu teuer. Und in zehn Jahren schreit man: ja, warum hat man das nicht vor zehn Jahren gemacht oder so?“ (I2, Abs. 803). Eine Kritik, in der Kim Weiland auch auf das 50-jährige Versäumnis der Politik seit dem „Bericht von Rom“[28] verweist. Eine Begründung für dieses langjährige Versäumnis sieht Weiland im politischen „Machtstreben“ und der „Unehrlichkeit des Wiedergewählt-Werdens“ (I2, Abs. 52, 54), was Politiker:innen dazu verleite, falsche Entscheidungen zu treffen und sich weniger an langfristigen Lösungen als an kurzfristigen Wahlerfolgen zu orientieren. Neben der kurzfristigen Profitorientierung kritisiert Kim Weiland folglich die insgesamt fehlende Bereitschaft der Politik, im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu handeln.[29]

„Ne, und dass halt auch Fridays for Future oder andere Organisationen kein Gehör finden in politischen Kreisen. Dadurch, dass ich in der SV [Schüler:innenvertretung] bin und mit der Bezirksschüler:innenvertretung vernetzt bin und die da immer wieder versuchen, irgendwie mit dem Oberbürgermeister Lösungen zu finden. Und es gibt so eine bestimmte Art und Weise, wie Politiker:innen reden, wo halt keine konkreten Zu- oder Absagen geäußert werden, sondern immer versucht wird, Verantwortung nicht zu übernehmen, sondern sich da irgendwie verbal raus zu winden. Und, dass man halt bloß nicht nachher sagen kann, aber Sie hatten uns das doch zugesagt oder so. Und die bleiben so in der Luft hängen und setzten sich so viel ein. Und das ist ja kein Wunder, wenn man immer wieder erlebt, dass man da irgendwie nichts verbessern kann, weil keine richtige Kommunikation stattfindet, dass halt Menschen immer weniger machen gesellschaftlich und sich immer mehr da rausziehen. Also, ich merke das ja auch an mir, je älter ich werde und je mehr ich erfahre, dass ich halt keinen Einfluss nehmen darf quasi, dass die Motivation immer mehr abnimmt, ne.“ (I1, Abs. 291)

Weiland sieht im beschriebenen tentativen Verhalten von Politiker:innen eine Ursache für die Politikverdrossenheit und den mangelnden Veränderungswillen im Allgemeinen, da gerade junge Menschen und soziale Bewegungen ignoriert würden und zudem vermittelt würde, dass sie nichts bewirken könnten. Im umgekehrten Sinne impliziert dies, dass eine stärkere Verantwortungsübernahme seitens der Politik auch zu einer stärkeren Verantwortungsübernahme der Bevölkerung führen würde. So würden bereits aktive Personen und Gruppen, die sich der sozial-ökologischen Transformation verpflichtet

[28] 1972 wurde das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht, beauftragt vom „Club of Rome“, einem weltweiten Zusammenschluss von Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen, (Meadows et al., 1972). Diese widmeten sich der Frage, wie das Wohlbefinden der Menschheit langfristig gewährleistet werden könne, ohne die Umwelt zu zerstören.

[29] Eine Kritik, die von Markus Schröder geteilt wird. Er bezieht die fehlende Bereitschaft der Politik vor allem darauf, dass der Staat die sozial-ökologische Transformation nicht „vorlebe“ und zum Beispiel öffentliche Gebäude nicht mit Solaranlagen ausstatte.

sehen, unterstützt.

Insgesamt beschränkt sich Kim Weiland nicht auf das Einfordern von Veränderungen seitens der Politik, sondern nimmt sich selbst und die Mitmenschen ebenfalls in die Verantwortung, durch die Lebensführung an der sozial-ökologischen Transformation mitzuwirken. So organisiert Weiland Demonstrationen und andere Veranstaltungen, ernährt sich vegetarisch und verzichtet auf Lebensmittel wie Bananen, die einen klimaschädlichen Importweg haben (I1, Abs. 291; I2, Abs. 189). Ferner würde Kim Weiland sich gerne „regional und bio“ ernähren, kann sich dies mit den finanziellen Mitteln jedoch nicht leisten und behilft sich stattdessen mit containern[30] sowie Essensspenden der Tafel[31] (I1, Abs. 221). Aufgrund der sozioökonomischen Lage kann Kim Weiland die Ausgestaltung einer ökologischen Lebensführung nicht gänzlich frei wählen (wie auch Frank Larisch es nicht kann) und ist darauf angewiesen, durch politische Maßnahmen der Umverteilung Möglichkeiten zu erhalten, um die im Alltag kostenintensiveren Formen von Nachhaltigkeit überhaupt leben zu können (zum Beispiel Biolebensmittel konsumieren, Ökostrom beziehen, Geräte mit besserer Energie-/Umweltbilanz kaufen).[32]

Kim Weiland praktiziert – im Vergleich zu anderen sozialen Lagen – (un-)freiwillig einen ressourcenschonenden und ökologisch orientierten Lebensstil, etwa durch den Verzicht auf (Dienst-)Reisen oder das Containern. Markus Schröder hingegen hat trotz seiner mittlerweile stärkeren Orientierung an Nachhaltigkeit während seiner Erwerbsphase kaum auf Dienstreisen oder andere Konsumformen verzichtet – nicht zuletzt deshalb, weil ihm seine finanziell privilegierte Position entsprechende Handlungsspielräume eröffnete. Auch die weiteren Praktiken von Kim Weiland, wie das Teilen und Nachnutzen von Konsumgütern (wodurch Abfall reduziert wird), sind solche, die von Personen mit größerem finanziellen Spielraum seltener ausgeübt werden.[33]

Zum Verständnis von Weilands Positionierungen zur Klimakrise sind verschiedene biografische Aspekte relevant: Erstens der in beruflicher und sozialer Hinsicht prekäre Lebensverlauf und die damit verbundene ökonomische Situation, zweitens der Rückhalt in der „politischen Szene“, die als „Ersatzfamilie“ fungiert (I1, Abs. 147, 149, s.u.),[34] und drittens bestärkende, psychotherapeutische Erfahrungen (I1, Abs. 13). Kim Weiland ist seit der Kindheit in fundamentaler Weise von Armut betroffen, erlebte u.a., dass der Strom in der elterlichen Wohnung abgestellt wurde, und berichtet von verschiedenen Bewältigungsstrategien (Diebstahl von Lebensmitteln, Fahren ohne gültiges Ticket im ÖPNV). Die Familienverhältnisse werden von Weiland als instabil charakterisiert: Die alleinerziehende Mutter arbeitete nach der Trennung vom Vater im Schichtdienst, und es kam aufgrund von mehreren Umzügen zu diversen Wechseln von Bildungseinrichtungen für Kim Weiland. Schließlich warf die Mutter Kim Weiland nach einem Streit im jugendlichen Alter aus der gemeinsamen Wohnung. Weiland arbeitete nach dem Realschulabschluss ohne Berufsabschluss in der Pflege, war über fünf Jahre arbeitslos und besuchte zum Interviewzeitpunkt die Abendschule, um das Fachabitur zu erlangen. Anders als Frank Larisch, der Angst hat, seinen hart erarbeiteten Status zu verlieren oder in seiner Lebensleistung nicht anerkannt zu werden, identifiziert sich Kim Weiland indes wenig über die eigene Erwerbstätigkeit. Vermutlich auch aus diesem Grund können wir über die Gespräche keine Entwertungsgefühle durch den Bezug von sozialstaatlichen und ehrenamtlichen Unterstützungsleistungen bei Kim Weiland beobachten. Stattdessen nimmt Weiland wahr, nur dann Zukunftsperspektiven zu haben, wenn die sozial-ökologische Transformation in allen Lebensbereichen gelingt. Daher tut Weiland das, was möglich ist, und engagiert sich für weitere Verbesserungen in der Zukunft.

Neben der Verbundenheit mit der Klimabewegung (insbesondere „Fridays for Future“) waren zwei psychiatrische Therapieaufenthalte für Kim Weiland – in der Selbstauskunft – stabilisierend, um frühe Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen (u. a. Mobbing-, Rassismus- und

---

30 Containern bezieht sich auf die Entnahme weggeworfener Waren aus Abfallcontainern – meist Lebensmittel, die wegen des Mindesthaltbarkeitsdatums oder Druckstellen in Supermärkten entsorgt werden, jedoch häufig noch einige Zeit länger konsumierbar sind. Diese Praxis wird zum einen aus Bedürftigkeit und zum anderen aus politischen Gründen betrieben, um die Lebensmittelverschwendung zu kritisieren. Auf Antrag wird diese Praxis strafrechtlich (zum Beispiel als Hausfriedensbruch oder Diebstahl) verfolgt.

31 Die Tafel ist ein bundesweiter, gemeinnütziger Verein, der gespendete Lebensmittel aus dem Handel und von herstellenden Unternehmen an armutsbetroffene Menschen weitergibt und teils soziale Zusatzangebote wie zum Beispiel einen Mittagstisch oder Begegnungsmöglichkeiten anbietet. Zum Phänomen der Tafeln siehe Selke (2010).

32 Politische Zustimmung erhält Kim Weiland dabei indirekt von Markus Schröder, der sich zur Wahrung des ‚sozialen Friedens‘ und zur Ermöglichung ökologischer Investitionen in Privathaushalten für eine Vermögensbesteuerung sowie die Erhöhung von Bürgergeld und Mindestrente einsetzt (I2, Abs. 56, 72, 274-276).

33 In Teilen beobachten wir solche Praktiken auch bei Frank und Jana Larisch, die damit ebenfalls finanzielle Einschränkungen der Lebensführung zu kompensieren versuchen.

34 Mit politischer Szene bezeichnet Kim eine linke politische Ausrichtung und verweist mit der Ersatzfamilie auf eine familienähnliche Funktion der sozialen Beziehungen innerhalb dieser Szene.

Sexismuserfahrungen in verschiedenen Schulen) sowie die beschriebenen Sozialisationserfahrungen zu verarbeiten. Dies drückt sich in der selbstermächtigenden Identifikation als ‚queer' (jenseits heterosexueller Orientierung und binärer Geschlechtsidentitäten wie ‚Mann' und ‚Frau') sowie als ‚BIPoC-Person' (Black, Indigenous, People of Color) aus, also als Mensch, der von Rassismus betroffen ist und sich selbst nicht als ‚weiß' identifiziert.[35] In der (links)politischen Szene fand Kim Weiland eine Ersatzfamilie, die es ermöglichte, für die eigenen Erlebnisse und Ansichten „Begriffe und Theorien" zu finden (I1, Abs. 147) und sich selbst praktisch politisch zu betätigen. Das Containern und Nachnutzen von Konsumgütern ist somit nicht nur Ausdruck von Weilands Bedürftigkeit, sondern auch des politischen Selbstverständnisses. Kim Weiland scheint die praktizierte Form einer nachhaltigen Lebensführung nicht explizit mit Anerkennungsfragen in Verbindung zu bringen. Gleichwohl ist diese Situationswahrnehmung nicht ohne Weiteres auf andere Menschen in ähnlicher sozioökonomischer Lage übertragbar. Aufgrund eigener Diskriminierungserfahrungen spricht sich Weiland vehement dafür aus, dass die dringendste gesellschaftliche Veränderung sein müsste, „das Gegenüber zu verstehen und halt auf andere Personen eingehen zu können, ohne dass man alle seine Bedürfnisse jetzt aufgeben muss und nur nach anderen lebt. Sondern halt einen Kompromiss für sich findet, …" (I1, Abs. 287). Kim Weiland betont damit eine Orientierung des gegenseitigen Respekts, die im Einklang mit der gewählten politikbasierten Lösungsstrategie für die Klimakrise steht. Diese Haltung würde Kim Weiland vermutlich auch mit Frank Larisch ins Gespräch bringen, der diese Toleranz im Umgang mit seinen Bedürfnissen in klimapolitischer Hinsicht vermisst.

11.4 Gesellschaftliche Konfliktpotenziale

Wir haben Deutungen und damit korrespondierende Praktiken zur Klimakrise anhand von drei kontrastiven Fällen biografisch nachvollzogen. Wir haben uns dafür interessiert, welche Strategien zur Eindämmung der Klimakrise unsere Interviewpartner:innen favorisieren, wen sie damit in erster Linie adressieren und welche Probleme sie dabei diagnostizieren. Unsere Analyse ergab ein breites Spektrum an Deutungen und Praktiken, die wir abschließend miteinander ins Gespräch bringen wollen, um potenzielle Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bevölkerung zu identifizieren. Stellvertretend können wir damit Anhaltspunkte für einen möglichen Dialog zwischen Angehörigen der unterschiedlichen Klimatypen finden, die mit dem SCP analysiert wurden. Im Folgenden werden wir drei Konfliktlinien näher ausführen, die sich um drei zentrale Fragen entspinnen: (a) Was ist der Klimawandel und was ist dagegen zu unternehmen? (b) Wann sollte dem Klimawandel begegnet werden? (c) Wer trägt die Verantwortung?

(a) Was ist der Klimawandel und was ist dagegen zu unternehmen?

Die Deutungen sind denkbar vielfältig. Für Frank Larisch – als *Ablehnenden*[36] – ist der Klimawandel ein wiederkehrendes natürliches Ereignis, wie viel davon menschengemacht ist, steht zur Disposition. Markus Schröder – ein *Entschlossener* – und Kim Weiland – eine *Besorgte* – stellen den Bezug zum menschengemachten Klimawandel hingegen explizit her und reagieren verständnislos auf andere Deutungen, welche die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen beiseiteschieben. Herr Schröder sieht die Klimakrise vor allem durch nicht nachhaltige Lebensweisen der Menschen verursacht, und Kim Weiland macht in erster Linie ein profitorientiertes Wirtschaftssystem und handlungsunwillige Politiker:innen dafür verantwortlich. Einigkeit besteht darüber, dass der Klimawandel stattfindet und darauf reagiert werden muss. Dennoch favorisieren unsere Interviewpartner:innen unterschiedliche Strategien, um dem Klimawandel zu begegnen, die miteinander durchaus in Konflikt geraten.

So sehen Frank und Jana Larisch im Grunde keine Möglichkeit, den Klimawandel zu beeinflussen. Es sei lediglich möglich, diesem zu begegnen, indem sich die Menschen für die Folgen der globalen Erwärmung (zum Beispiel durch vermehrten Deichbau) wappnen. Mehr Optionen gäbe es nur, wenn die globale Dimension der Entwicklung auch global angegangen würde und nicht, wie in der Wahrnehmung der beiden, „Deutschland allein" gegen den Wandel kämpfen würde. Denn so steht zu befürchten, dass Deutschland sich übernehmen würde, die negativen Konsequenzen (zum Beispiel Investitionskosten, Wettbewerbsnachteile) allein tragen würde und dies vor allem die einkommensschwache Bevölkerung zu spüren bekäme. Des Weiteren verwahrt sich Herr Larisch dagegen, dass an Personen mit niedrigem Einkommen Anforderungen gestellt werden, die ihre finanziellen Möglichkeiten überschreiten, mit fremdbestimmtem Verzicht und Verlust einhergehen und damit

[35] Die Vorfahren von Kim Weilands Mutter stammten aus Algerien.

[36] Wir möchten nochmal darauf hinweisen, dass die von uns vorgenommene Zuordnung unserer Fälle zu den Klimatypen auf Ähnlichkeiten beruht und es sich bei den Auswertungen um getrennte Auswertungen von zwei verschiedenen Datensätzen handelt.

auch Grundbedürfnisse nach sozialer Anerkennung und Autonomie verletzen. Für Markus Schröder hingegen ist eine individualisierte, auf die Lebensführung abzielende Bearbeitung über den Markt (über Preise und Anreize für das richtige Verhalten) zielführend. Diese Sichtweise stellt die individuellen Kosten – etwa für Frank Larisch und Kim Weiland – zunächst hinten an, da für Herrn Schröder die Vereinbarkeit von Wollen und Können kein größeres Problem, sondern eher eine Chance darstellt. Er sieht sich selbst als eine Art Pionier, der mit gutem Beispiel vorangeht und von anderen erwartet, dass sie ihm folgen. Dass diese soziale Erwartungshaltung – wie an Frank Larischs Beispiel deutlich wird – auch Abwertungserfahrungen impliziert, sieht Markus Schröder nicht. Er verbaut sich somit Möglichkeiten, mit Herrn Larisch in ein Gespräch zu kommen, in dem sie gemeinsam das Machbare ausloten und die Bedingungen hierfür eruieren könnten.

Kim Weiland hingegen könnte als Vermittlungsinstanz fungieren, da Weiland sowohl die Notwendigkeit als auch die Zumutungen einer ökologischen Lebensführung sieht und selbst versucht, eine Lösung zur Vereinbarkeit beider Aspekte zu finden. Kim Weiland würde zum einen auf die Gestaltungsaufgabe von Politik hinweisen, die sich ändern müsse, um ihrer Verantwortung für die sozial-ökologische Transformation nachzukommen. Diese Kritik zielt auch darauf, nicht die Menschen allein in die Verantwortung zu nehmen, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um individuelle Gestaltungsspielräume zum Beispiel durch Umverteilung zu erhöhen. Zum anderen würde Kim Weiland aufgrund eigener Diskriminierungserfahrungen im persönlichen Umgang für gegenseitigen Respekt plädieren. Dies bedeutet auch, zu verstehen, warum jemand eine bestimmte (und andere) Position bezieht. Ein rein über ‚den Markt' geregelter Klimaschutz und dessen ökonomische Belastungen würden Kim Weiland ebenso negativ betreffen wie das Ehepaar Larisch. Hier liegt ein größerer Dissens vor, der auch für die zeitliche Dimension, also wann zu handeln ist, durchscheint.

(b) Wann sollte dem Klimawandel begegnet werden?

Wann zu handeln wäre, ist eine weitere Uneinigkeit in unserem imaginären Gespräch: Markus Schröder etwa würde mit dem Fokus auf der individuellen Lebensführung und der Marktvermittlung argumentieren, dass die Zeit zu handeln längst erreicht sei und er als Pionier bereits vorangehe. Gewissermaßen könne – über den Markt vermittelt – jede:r seinen Teil beitragen, wenn auch unter Einschränkungen der Lebensweise (zum Beispiel keine Billigflüge mehr und teilweise hohe Lebensmittelpreise). Im Gegensatz dazu würde Frank Larisch entgegnen, dass es erforderlich sei, andere Länder einzubeziehen, da Deutschland nicht allein die Krise bewältigen könne. Damit ist die Zeitdimension relativ unbestimmt, da eine Abstimmung zwischen Nationalstaaten in naher Zukunft unwahrscheinlich scheint. Schließlich adressiert Kim Weiland direkt die Politik und konkretisiert, dass das Versäumnis darin liegt, nicht auf die jüngere Generation und soziale Bewegungen gehört zu haben. Weiter würde Weiland ausführen, dass die Gesellschaft bereits an einem Punkt stehe, an dem die sich anbahnende Klimakatastrophe die bedeutsamste Krise darstelle und Handeln sofort notwendig wäre.

Im Falle von Frank Larisch und Kim Weiland wäre die marktorientierte Strategie, den Klimawandel zu begrenzen – wie sie Markus Schröder vorschlägt – kaum umsetzbar. Sie würde an ihren finanziellen Möglichkeiten scheitern. Ohne eine gewisse Umverteilung – materiell (Kim Weiland) und zugleich symbolisch (Frank Larisch) – würden beide durch den Markt abermals benachteiligt oder es ihnen unmöglich, (noch) nachhaltiger zu leben. Sie könnten durch ihre soziale Lage eine über den Preis regulierte Anpassung an Klimaziele schlicht nicht finanzieren. Ein anschließender Diskussionspunkt wäre, wie in Markus Schröders marktförmigem Modell bestimmte Praktiken – wie Kim Weilands Containern oder das mit Frank Larisch geteilte sparsame Haushalten[37] – behandelt werden würden, die schon in sich nachhaltiger sind, aber weder völlig freiwillig bzw. selbstbestimmt, noch unendlich erweiterbar sind. Hier würde Kim Weiland direkt mit der Kritik an der marktorientierten Politik einsetzen können, die ja erst in die Krise geführt habe, also nicht die Lösung sein könne. In Konflikt würden wohl auch Markus Schröder und Frank Larisch geraten, da Herrn Larischs Zurückhaltung (über die Ursache des Klimawandels) und Legitimation des Nicht-Handelns in Herrn Schröders Augen reichlich kritikwürdig erscheinen müssen. Denn aus seiner Sicht ist es längst Zeit zu handeln, und den Verzug dabei bringt er mit mangelndem individuellen Streben in Verbindung. In der Ablehnung von Frank Larischs ‚Strategie' wären sich wiederum Kim Weiland und Markus Schröder einig.

(c) Wer trägt die Verantwortung?

Die Frage der Verantwortung ist der letzte Streitpunkt, der die unterschiedlichen Deutungen sichtbar werden lässt: Zunächst adressiert Kim Weiland direkt die Politik in ihrer gesellschaftlichen Gestaltungsaufgabe, die den Rahmen schaffen müsse, dass die Maßnahmen auch breit umsetzbar wären. Damit meint Weiland, im Einklang mit Frank Larisch, dass die Kosten der

[37] Haushalten ist hier in zwei Richtungen zu verstehen: erstens als notwendige Armutspraktik, aber zugleich auch, zweitens, als Mittelschichtspraktik, die eine gewählte Planung meint.

Klimaschutzmaßnahmen nicht individualisiert werden dürfen und eine gewisse Umverteilung dieser Ausgaben nötig wäre. An dieser Stelle würde Herr Larisch ansetzen und fordern, dass die materielle Umverteilung auch um eine symbolische erweitert werden sollte, die seine Autonomie in Entscheidungen und Handlungsweisen berücksichtigt; ihn also nicht bevormundet, sondern aktiv einbezieht. Ergänzend würde Weiland einfügen, dass sich auch die Art des Wirtschaftens zu ändern hätte. Herr Schröder würde ferner darauf verweisen, dass die Politik eine Vorbildfunktion habe und die sozial-ökologische Transformation vorleben müsste.

Adressiert wird zudem das Individuum als Verantwortungsträger. Herr Schröder rekurriert vor allem auf die individuelle Lebensführung und Konsumentscheidungen, die mittels Marktmechanismen zu verändern seien. Bei Frank Larisch findet sich zumindest eine ähnliche Tendenz, wenn auch er auf Konsumentscheidungen beharrt. Auch Kim Weiland nimmt die Individuen nicht aus der Verantwortung und richtet ihre Lebensweise ökologisch aus. Trotz des gemeinsamen Bezugs auf individuelle Ansätze sind die Gründe dafür in allen drei Fällen different: Eine marktbasierte Lösung ist dort interessant, wo sie auch umsetzbar und mit der sozialen Lage vereinbar ist. Eine politikbasierte Lösung im Sinne einer Gestaltungsfunktion der Politik (etwa als Umverteilung von steigenden Kosten) ist unter anderem dort relevant, wo individuell die Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Hinzu kommt aber ein kultureller Faktor, wie er bei Frank Larisch hervortritt: Er hat sich seinen gesellschaftlichen Status über den Lebensverlauf erarbeitet und verteidigt diese Position im Hier und Jetzt angesichts von vielfältigen Entwertungserfahrungen.[38] Da er bereits eine Transformation (die ‚Wende') miterlebt und ökonomisch weniger erfolgreich überstanden hat, steht er einer weiteren, klimagerechten Transformation kritisch gegenüber, wenn diese durch die nötigen Maßnahmen seinen erreichten Lebensstandard bedrohen würde. Für Kim Weiland ist die politikbasierte Lösung lebensweltlich nahe, denn Weiland ist politisch interessiert und engagiert. Zugleich ist der politikbasierte Ansatz die einzige Lösung, die eine noch nachhaltigere Lebensweise für Weiland ermöglichen könnte. Dass Weiland – im Einklang mit Herrn Schröder – eine nachhaltige Lebensweise ohnehin präferiert, zeigt schließlich, dass die Einstellungsebene durchaus in konkretes Handeln übersetzt wird, wenn politische Maßnahmen dies fördern (hier würde dann auch Markus Schröders Anreizargument Platz haben).

11.5 Fazit

Die Deutungen über den Klimawandel und die Frage, wer wie und wann handeln soll, gehen unter unseren Interviewpartner:innen zum Teil deutlich auseinander, wie es auch in den Klimatypen des SCP der Fall ist. Vor dem Hintergrund der biografischen Informationen können wir sehen, dass sich die soziologische Gewissheit zeigt: Wird der soziale Kontext einbezogen, wird aus einem Nicht-nachhaltig-handeln-Wollen dann doch ein Nicht-Können, weil eben nicht nur ökonomische Faktoren die Entscheidungen prägen. Daran sollten sich auch politische Maßnahmen orientieren, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob sich die kommende Transformation als Chance oder Bedrohung für die Individuen darstellt. Denn Einigkeit besteht bei unseren drei exemplarischen Fällen darin, dass sie Klimaschutzmaßnahmen, die ihren Vorstellungen und Praktiken der eigenen Lebensführung entsprechen, bevorzugen. Herr Schröder setzt auf die Kraft der unsichtbaren Hand des Marktes – und entspricht damit dem zeitgenössischen Paradigma des Neoliberalismus und der damit verbundenen umfassenden Ökonomisierung (Schimank & Volkmann, 2017) – Frank Larisch verteidigt in erster Linie den eigenen prekären Status Quo und stellt die eigenen Bemühungen in den Vordergrund, während Kim Weiland versucht, aus der persönlichen Situation ‚das Beste' rauszuholen, um den eigenen normativen Ansprüchen möglichst gerecht werden zu können – und deshalb Kritik an wirtschaftlichen und politischen Eliten formuliert. Konkrete Umverteilungsmaßnahmen, beispielsweise von Klimaschutzkosten entsprechend der eigenen Verantwortlichkeiten, werden hingegen nur gelegentlich und meist implizit thematisiert. Dieses Fehlen können wir zumindest teilweise darauf zurückführen, dass Umverteilungsaspekte abstrakt bleiben, wenn sie nicht direkt ‚umrechenbar' sind – etwa in Form finanzieller Mittel wie Reduktion von Kosten, die dann im Alltag spürbar werden. Für eine ernsthaft gegen die Klimakrise gerichtete Politik bedeutet das, dass sie an der konkreten Lebensführung der Leute ansetzen muss, die ‚versteckten Kosten und Nutzen' von klimagerechter Politik transparent machen und die Lasten dementsprechend verteilen muss, um die Menschen für eine sozial-ökologische Transformation mitzunehmen.

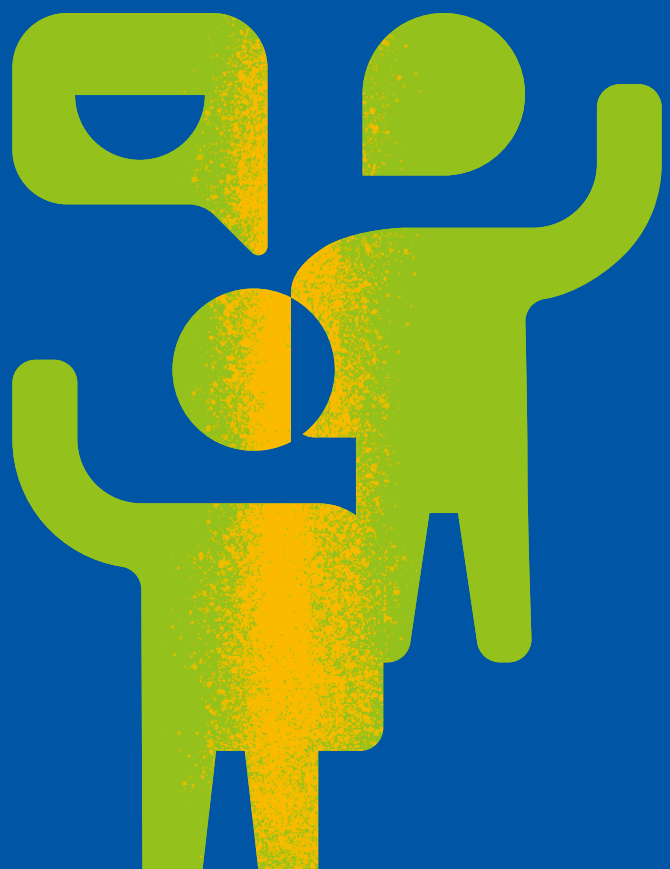
[38] Zum kulturellen Faktor gehört auch, dass Markus Schröders Konsumentscheidungen in Richtung einer ökologischen Distinktion gedeutet werden können. Neckel (2018) identifiziert mit den Mittelschichten die Gruppe, die sich hauptsächlich dieser Form von Grenzziehungen bedient. Herr Schröder gehört zur oberen Mittelschicht/Oberschicht, zeigt aber ebenjene ökologische Distinktion, die typischerweise auf die identitätsstiftende Dimension der Distinktion (Abgrenzung) Bezug nimmt. Es geht für ihn nicht primär um das ‚Missionieren', wohl aber kann er sich durch den nachhaltigen Lebensstil/Lebensführung von anderen abgrenzen.

IV | KAPITEL 12

Potenziale für Kooperation in der sozial-ökologischen Transformation: Soziales Vertrauen und Zusammenhalts-erfahrungen

Anton Bochert & Jean-Yves Gerlitz

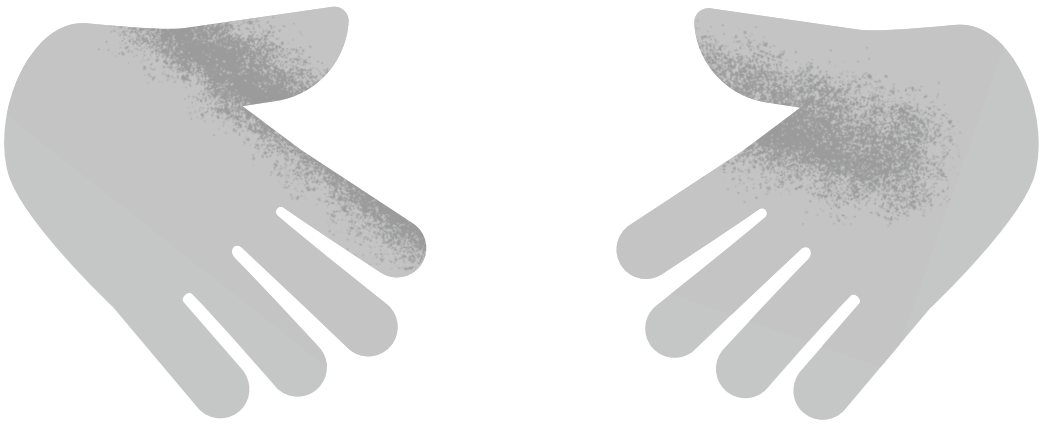
DOI: 10.82162/1dg2-sn81



Wir haben gesehen, dass es unterschiedliche Haltungen zum Klimawandel und der Klimapolitik in der Bevölkerung gibt, an denen sich auch tieferliegende Konflikte entzünden können. Wie kann es trotz dieser gegensätzlichen Haltungen gelingen, gemeinsame Grundlagen oder Bezugspunkte zu finden, um die sozial-ökologische Transformation voranzubringen? Wichtige Voraussetzungen dafür, dass die Kooperation von Personen mit unterschiedlichen Meinungen gelingen kann, sind neben einem grundlegenden Problembewusstsein ein gewisses Maß an Zusammenhalt im Alltagserleben und zwischenmenschlichem Vertrauen. Auf dieser Grundlage untersuchen wir mit Daten des German Social Cohesion Panel (SCP), wie Zusammenhaltserfahrungen und zwischenmenschliches Vertrauen unter den Klimatypen verteilt sind und welche Koalitionsmöglichkeiten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation sich daraus ergeben.

Ähnlich einem globalen öffentlichen Gut ist das Klima den Problemen ausgesetzt, die öffentliche Güter häufig gefährden und deren „Tragik“ ausmachen: Ausbeutung und Übernutzung, ungleiche Nutzung, Trittbrettfahrer:innentum und einseitige oder als ungerecht wahrgenommene Belastungen bei der Bereitstellung bzw. dem Erhalt des Gutes (Hardin, 1968). Die Eindämmung des Klimawandels bedarf grundlegender Transformationen unserer Lebensführung, die – wie wir in den vorherigen Kapiteln gesehen haben – teilweise Sorgen um den eigenen Lebensstandard hervorrufen, teilweise als Einschränkungen der eigenen Freiheit empfunden werden. Zur Verwaltung von Allmenden und Auflösung der „Tragik” ist Elinor Ostrom (Ostrom, 1990) zufolge Selbstorganisation und Kooperation unter den Betroffenen häufig besser geeignet als staatliche Kontrolle und Privatisierung. Im vorliegenden Fall würde das bedeuten, dass zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation eine solide gesellschaftliche Mehrheit notwendig wäre. Dazu müssten die Unterschiede und Gegensätze überwunden werden, die zwischen den identifizierten Klimatypen angelegt sind, was ein Mindestmaß an wechselseitigem Verständnis, Vertrauen und Kooperationsbereitschaft voraussetzt.

Im Folgenden schauen wir uns die Klimatypen hinsichtlich zweier Grundlagen für Kooperation an: Zum einen betrachten wir ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen des Zusammenhalts im direkten Lebensumfeld wie Familie, Arbeit und Nachbarschaft, aber auch in der Gesellschaft als Ganzes. Diese Zusammenhaltserfahrungen geben Auskunft darüber, inwieweit die Klimatypen über einen positiven Bezug zu den sie umgebenden sozialen Kontexten verfügen (Chan et al., 2006). Zum anderen betrachten wir zwischenmenschliches Vertrauen als zentrale Bedingung für Kooperation (Fukuyama, 1995). Im Unterschied zu Kapitel 8, das Vertrauen in Institutionen analysiert, fokussieren wir hier einerseits auf das sogenannte generalisierte Vertrauen in andere Menschen, aber vor allem auch auf das Vertrauen in Menschen, die sich von einem selbst unterscheiden, weil sie beispielsweise eine andere Herkunft, Religion oder politische Meinung haben. Dabei gehen wir davon aus, dass wahrgenommener Zusammenhalt und zwischenmenschliches Vertrauen die Kooperation zwischen den Klimatypen erleichtern, während Abwertungserfahrungen und Misstrauen Einigungen und gemeinsames Handeln erschweren.



Methodisches Vorgehen

Einstellungen zum Zusammenhalt haben wir mithilfe zweier Fragebatterien erfasst: Wie in Teichler et al. (2023, S. 37–40) haben wir zur Erfassung von Zusammenhaltserfahrungen im direkten Lebensumfeld je sechs Items zu Erfahrungen in Familie, Arbeit und Nachbarschaft verwendet. Die Intensität der Erfahrungen wurde mit einer 5er-Skala gemessen (1 „nie", 2 „selten", 3 „manchmal", 4 „oft", 5 „immer"). Die insgesamt 18 (drei mal sechs) Items wurden einer explorativen Faktorenanalyse mit Maximum-Likelihood-Verfahren und orthogonaler Rotation unterzogen (siehe Tabelle A12.1 im Online-Anhang). Dabei hatte eine Fünf-Faktor-Lösung die beste Passung, deren drei erste Faktoren den Zusammenhalt in den drei Sphären Familie, Arbeit und Nachbarschaft abbilden. Die übrigen zwei Faktoren erfassen lebensbereichsübergreifend konstruktive Konfliktlösung („Es gibt Meinungsverschiedenheiten oder Spannungen, für die Lösungen gefunden werden") und die Erfahrung von Abwertung („Ich habe das Gefühl, dass andere auf mich herabsehen"). Die Messung von Zusammenhaltswahrnehmungen bezogen auf die Gesellschaft basiert auf vier Aussagen zum Zusammenhalt in Deutschland, deren Grad der Zustimmung ebenfalls auf einer 5er-Skala (1 „stimme überhaupt nicht zu", 2 „stimme eher nicht zu", 3 „teils-teils", 4 „stimme eher zu", 5 „stimme voll und ganz zu") gemessen wurde. Eine explorative Maximum-Likelihood-Faktorenanalyse ergab eine Ein-Faktor-Lösung mit guter Passung, die die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts abbildet (siehe Tabelle A12.2 im Online-Anhang).

Zwischenmenschliches Vertrauen haben wir hier mit vier Items erfasst: Generalisiertes Vertrauen wird mit einer nur an den Polen beschrifteten 11er-Likert-Skala (0 „Man kann nicht vorsichtig genug sein", 10 „Den meisten Menschen kann man vertrauen") gemessen. Zudem haben wir das Vertrauen in Menschen mit anderer Nationalität, anderer Religion und anderer politischer Meinung erfasst und ebenfalls mit einer nur an den Polen beschrifteten 11er-Likert-Skala gemessen (0 „Vertraue überhaupt nicht", 10 „Vertraue voll und ganz"). Die vier Vertrauens-Items gingen z-standardisiert (Mittelwert=0, Standardabweichung=1) in die Analysen ein.

Die Analysen bestanden aus multivariaten OLS-Regressionen auf die Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale. Die abhängigen Variablen waren im Fall der Zusammenhaltserfahrungen die Faktorscores der sechs extrahierten Faktoren, zum anderen die vier Vertrauens-Items. Die exakten Koeffizienten aus diesen Regressionen finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A12.3 bis A12.7.

12.1 Zusammenhaltserfahrungen und Vertrauen bei den Klimatypen

Abbildung 12.1 stellt dar, inwieweit sich unsere fünf Klimatypen hinsichtlich verschiedener Wahrnehmungen von Zusammenhalt unterscheiden, wobei die *Zustimmenden* als Referenzpunkt dienen. Eine ausführliche Darstellung inklusive der Kontrollvariablen findet sich in Abbildung A12.1 im Online-Anhang. Wir finden keine Unterschiede in Bezug auf Zusammenhaltserfahrungen in der Nachbarschaft und bereichsübergreifenden Konfliktlösungen. Dagegen berichten die *Ablehnenden* signifikant seltener, Zusammenhalt auf der Arbeit zu erfahren, und sowohl *Ablehnende* als auch *Indifferente* geben an, weniger Zusammenhaltserfahrungen in der Familie zu machen. Den *Ablehnenden*, *Indifferenten* und *Besorgten* ist gemeinsam, dass sie deutlich häufiger von Erfahrungen der Abwertung in ihrem Lebensumfeld berichten als die *Zustimmenden* und *Entschlossenen*. Alle Klimatypen empfinden eine deutlich größere Gefährdung des Zusammenhalts als die *Zustimmenden*, wobei diese Wahrnehmung bei den *Ablehnenden* mit Abstand am stärksten ausgeprägt ist, gefolgt von den *Besorgten*.

Inwieweit sich die Klimatypen in verschiedenen Formen zwischenmenschlichen Vertrauens unterscheiden, zeigt Abbildung 12.2. Auch hier fungieren die *Zustimmenden* als Vergleichsgruppe. Eine ausführliche Darstellung inklusive der Kontrollvariablen findet sich in Abbildung A12.2 im Online-Anhang. Es ist zu erkennen, dass die *Ablehnenden*, *Indifferenten* und *Besorgten* über alle beobachteten Formen hinweg weniger zwischenmenschliches Vertrauen besitzen als die *Zustimmenden*. Und sogar im Vergleich zu den zwei anderen genannten Klimatypen fallen die *Ablehnenden* durch ihr ausgesprochen niedriges generalisiertes Vertrauen sowie niedriges Vertrauen gegenüber Personen anderer Nationalität und Religion auf. Die *Entschlossenen* dagegen weisen spiegelbildlich ein signifikant höheres generalisiertes Vertrauen sowie mehr Vertrauen in Menschen anderer Nationalität und Religion auf. Interessanterweise vertrauen sie Menschen anderer politischer Meinung aber deutlich weniger als die *Zustimmenden* und gleichen damit den *Ablehnenden*, *Indifferenten* und *Besorgten*.

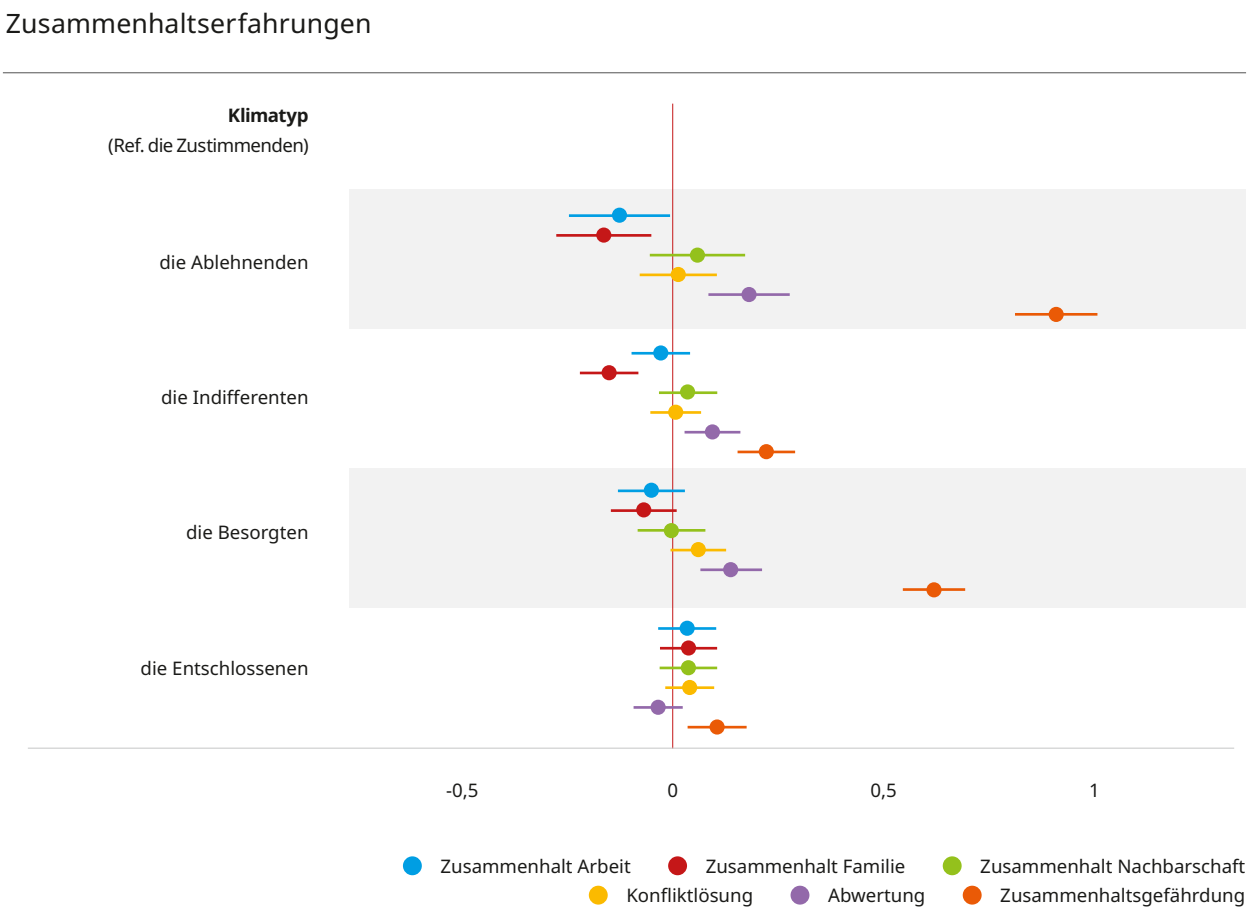


Abbildung 12.1: Klimatypen und Zusammenhaltserfahrungen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=4.878. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS Regressionen) der Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an, rechts davon positive Zusammenhänge; ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die rote Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A12.3 bis A12.5.

12.2 Fazit

Welche Rückschlüsse auf Potenziale und Hürden für Kooperation im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation lassen sich auf Basis der Befunde ziehen? Über das Klimabewusstsein können die *Ablehnenden* und die *Indifferenten* wohl nicht gewonnen werden. Auch Appelle an den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder Vertrauen werden bei diesen zwei Klimatypen vermutlich nicht auf fruchtbaren Boden fallen. So sehen die *Ablehnenden* den gesellschaftlichen Zusammenhalt als bereits extrem stark gefährdet an, und auch in ihrem Alltag machen sie weniger Zusammenhaltserfahrungen in Arbeit und Familie und fühlen sich öfter abgewertet als alle anderen Klimatypen. Wie wir aus Kapitel 8 wissen, bringen die *Ablehnenden* den politischen Institutionen am wenigsten Vertrauen entgegen, und auch das Vertrauen in ihre Mitmenschen ist mit Abstand am geringsten ausgeprägt. Eine Kooperation für eine sozial-ökologische Transformation dürfte daher mit den *Ablehnenden* nahezu aussichtslos sein; tatsächlich arbeiten sie sogar eher aktiv politisch dagegen an (vgl. Kapitel 10). Auch bei den *Indifferenten* finden wir eher schwache Voraussetzungen für eine kooperative sozial-ökologische Transformation, aber auch keine gravierenden Hemmnisse wie bei den *Ablehnenden*.

Bei den *Besorgten*, *Zustimmenden* und *Entschlossenen* liegt ein kritisches Bewusstsein für den Klimawandel durchaus vor. Dabei stellen die *Entschlossenen* die treibende Kraft für eine Transformation dar, während die *Besorgten* befürchten, dass sich eine Transformation negativ auf ihren Lebensstandard auswirkt. Die *Zustimmenden* scheinen die Notwendigkeit für Veränderungen zu erkennen, sind aber deutlich zurückhaltender als die *Entschlossenen*. Was Grundlagen für Kooperation angeht, ist der Alltag der *Entschlossenen* und der *Zustimmenden* durch deutlich mehr Zusammenhalts- und weniger Abwertungserfahrungen geprägt als der anderer Klimatypen. Zudem

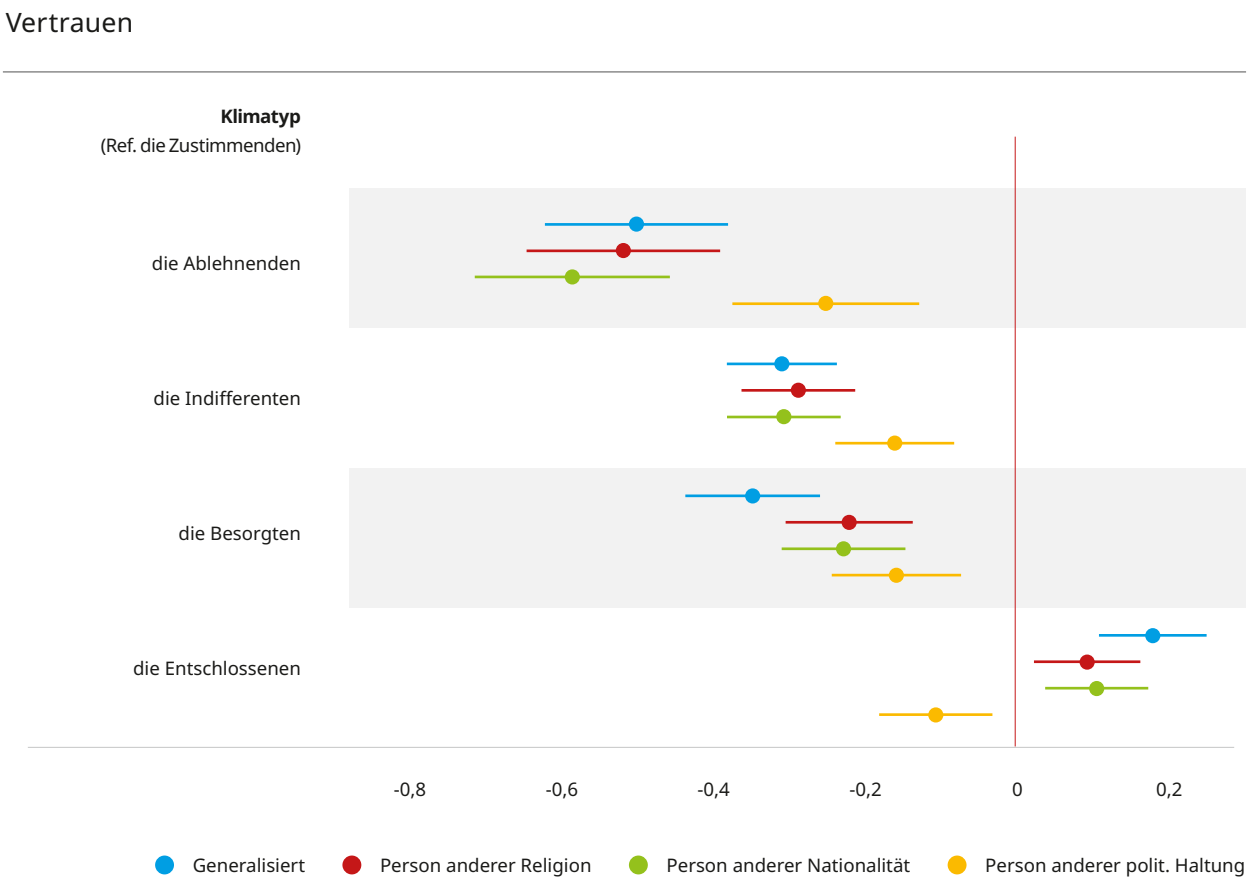
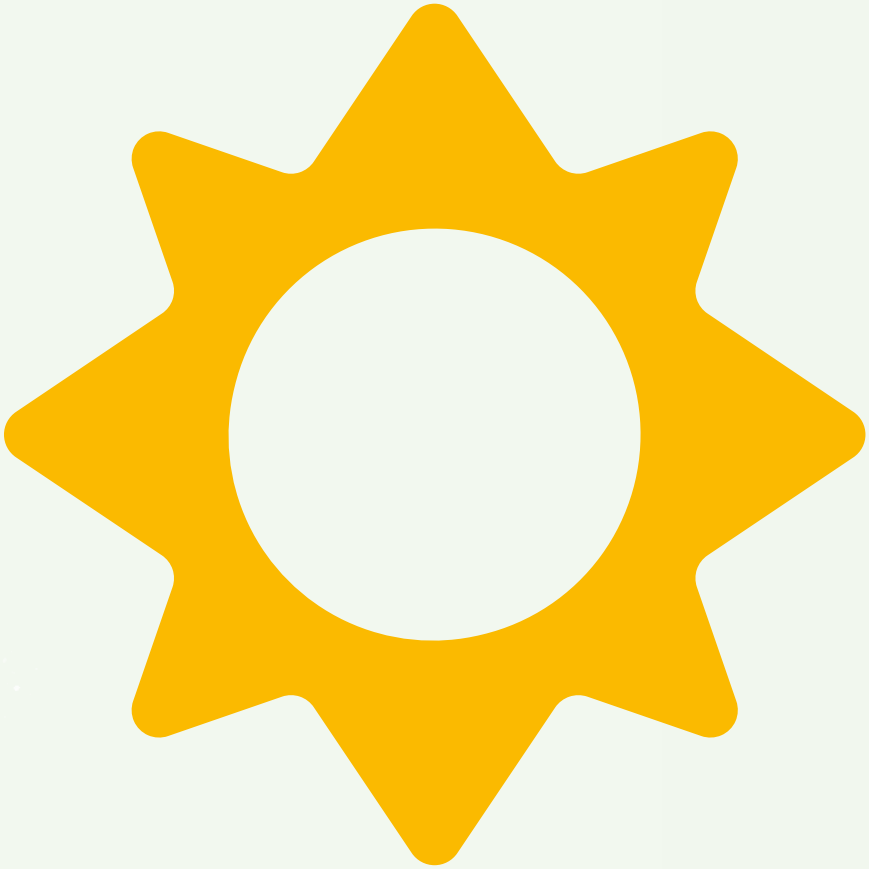


Abbildung 12.2: Klimatypen und zwischenmenschliches Vertrauen
Quelle: German Social Cohesion Panel (SCP), 2022 (W2), N=4.878. Anmerkungen: dargestellt sind die jeweiligen Einflüsse (unstandardisierte Regressionskoeffizienten aus OLS Regressionen) der Klimatypen unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale; die jeweilige Referenzkategorie (Ref.) wurde auf Null gesetzt; Punkte links der roten Linie zeigen negative Zusammenhänge an, rechts davon positive Zusammenhänge; ein Zusammenhang ist statistisch signifikant, wenn die horizontalen Konfidenzintervalle (95 %) die roten Linie nicht kreuzen; die vollständigen Regressionsmodelle finden sich im Online-Anhang in den Tabellen A12.6 und A12.7.

weisen die *Entschlossenen* und die *Zustimmenden* ein relativ hohes generalisiertes Vertrauen auf. Während die *Entschlossenen* zwar gute Grundlagen für Kooperation mitbringen, macht sie ihr relativ geringes Vertrauen in politisch Andersdenkende möglicherweise zu schlechten Verhandelnden in der Sache. Die Rolle der ‚Broker:in' für eine sozial-ökologische Transformation müssten daher wohl die *Zustimmenden* übernehmen, die Personen mit anderen politischen Ansichten ein relativ hohes Vertrauen entgegenbringen, allerdings die Klimakrise als weniger dringlich wahrnehmen als die *Entschlossenen*.

Um eine sozial-ökologische Transformation nachhaltig zu gestalten, wird eine stabile Bevölkerungsmehrheit benötigt. Da die *Zustimmenden* und *Entschlossenen* nur knapp die Hälfte (49 %) der Bevölkerung ausmachen, müssten sie mindestens die *Besorgten* (18 %) mit ins Boot holen. Den *Besorgten* scheint insgesamt eine Schlüsselrolle zuzukommen, die sich auch in ihrem komplexen Profil an Haltungen und Erfahrungen zeigt. Bei den *Besorgten* kann zwar auf alltägliche Zusammenhaltserfahrungen gebaut werden, es liegt aber zugleich auch ein erhöhtes Maß an Abwertungsempfindungen vor. Hinderlich ist zudem, dass bei diesem Klimatyp sowohl ein geringeres Vertrauen in politische Institutionen als auch in die Mitmenschen vorliegt. Um die *Besorgten* für die sozial-ökologische Transformation zu gewinnen, müssten ihre ausgeprägten Transformationssorgen adressiert und zwischenmenschliches sowie institutionelles Vertrauen aufgebaut werden. Dafür wiederum müsste vermutlich der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit durch politische Umverteilungsmaßnahmen mehr in den Vordergrund gestellt und überzeugend kommuniziert werden.



V.

Schluss

V | KAPITEL 13

Mögliche Transformation? Auswege aus der sozial-ökologischen Transformations-blockade

Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg & Jean-Yves Gerlitz
DOI: 10.82162/e1kc-nh89

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – und er betrifft nicht nur Umwelt und Wirtschaft, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine wirksame sozial-ökologische Transformation stößt in Deutschland jedoch auf Widerstände und Blockaden. Warum fällt es so schwer, notwendige Veränderungen gemeinsam zu gestalten? Im zweiten Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) sind wir dieser Frage auf Basis von empirischen Auswertungen von am FGZ erhobenen Daten nachgegangen. Dabei haben wir Einstellungen der Bevölkerung zu Klimawandel, Klimaschutz und Klimapolitik untersucht und den Blick auf unterschiedliche soziale Gruppen, ihre Sorgen, Konfliktlinien und Möglichkeiten der Verständigung gerichtet. Unser Ziel war es, besser zu verstehen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt zur Voraussetzung einer erfolgreichen Transformation werden kann – und welche Wege aus der Blockade denkbar sind.

Der Klimawandel und seine Folgen stellen den Zusammenhalt moderner Gesellschaften weltweit und auch in Deutschland auf die Probe. Seine wirksame Bekämpfung erscheint als Zumutung (Bundeskanzleramt, 2024) und eine schlicht notwendige sozial-ökologische Transformation ist offensichtlich blockiert. Dabei sind die Erkenntnisse aus der Wissenschaft eindeutig. Ohne eine wirksame Reduktion der globalen Erderwärmung werden die Folgen des Klimawandels in den kommenden Jahren den Zusammenhalt in modernen Gesellschaften zunehmend herausfordern: globale Migrationsbewegungen infolge von Dürren und Hungerkrisen, Verteilung von Kosten für Natur- und Umweltkatastrophen sowie Klimaanpassungsmaßnahmen bis hin zu sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten und Verteilungskämpfen.

Es kann im Angesicht der bestehenden naturwissenschaftlichen Forschung kaum von einem Erkenntnisproblem gesprochen werden, wenn wir über die Gefahren und Risiken der Erderwärmung sprechen. Doch womit ist die Blockade in der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation zu erklären (siehe Kapitel 1)? Neben strukturellen Erklärungsansätzen, welche die Demokratie oder das wirtschaftliche Wachstumsparadigma in den Blick nehmen (Beckert, 2024; Blühdorn, 2024), betonen andere Autor:innen, dass Einstellungskonflikte zwischen sozialen Gruppen und Milieus rund um Klimafragen bestehen, es drohe ein neuer Klassenkonflikt (vgl. Eversberg et al., 2024; Mau et al., 2023).

Wir sind dem auf Basis vielfältiger Daten (siehe Kapitel 2) aus dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) im zweiten Zusammenhaltsbericht auf den Grund gegangen. Stehen sich soziale Gruppen in ihren Einstellungen zum Klimawandel, Klimaschutz und Klimapolitik verhärtet gegenüber? Wo gibt es Chancen für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation? Wir knüpfen damit an die Analysen zu gesellschaftlichen Spaltungen im Pilotstudienbericht (Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022) und ersten Zusammenhaltsbericht des FGZ (Teichler et al., 2023) an und legen den Fokus auf eine der zentralen Fragen gesellschaftlicher Ordnung unserer Zeit: den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation.

Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation in Deutschland

Auf Basis von Daten der repräsentativen Studie German Social Cohesion Panel (SCP) identifizieren wir in Deutschland fünf Klimatypen, die sich mit Blick auf Einstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz sowie Sorgen um die Folgen von Klimapolitik unterscheiden (siehe Kapitel 3). Die *Ablehnenden* (8 %) sehen den Klimawandel als wenig gefährlich an, lehnen Klimaschutzmaßnahmen eher ab und sorgen sich vor allem um negative Folgen der Klimapolitik wie Wohlstandsverlust. Die *Indifferenten* (25 %) haben eine neutrale bis unentschlossene Haltung zum Klimawandel, sprechen selten darüber, ohne starke Sorgen in irgendeine Richtung. Die *Zustimmenden* (31 %) sehen den Klimawandel als gefährlich an, wünschen sich mehr Klimaschutz, haben aber moderate Sorgen bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Folgen. Sie entsprechen mit ihren Haltungen dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die *Besorgten* (18 %) nehmen den Klimawandel als sehr bedrohlich wahr, befürworten mehr Klimaschutz und sorgen sich stark um Naturkatastrophen und den Verlust der Artenvielfalt durch den Klimawandel. Sie haben aber zudem sehr große Sorgen vor den negativen Folgen von Klimapolitik, ähnlich den *Ablehnenden*. Die *Entschlossenen* (18 %) sind am stärksten überzeugt von der Gefährlichkeit des Klimawandels und der Notwendigkeit umfassender Klimaschutzmaßnahmen, machen sich aber kaum Sorgen um die wirtschaftlichen oder sozialen Folgen einer sozial-ökologischen Transformation.

Es zeigt sich: Ein großer Teil der Bevölkerung hat ein ausgeprägtes Bewusstsein für den menschengemachten Klimawandel und die Notwendigkeit von Klimaschutz; hinsichtlich der Sorgen um die Folgen einer

sozial-ökologischen Transformation gehen die Meinungen aber deutlich stärker auseinander. Es geht also in der Transformation weniger um die Frage nach dem ‚Ob' als um die Frage nach dem ‚Wie'.

Konflikte um die Transformation?

Finden wir Anzeichen für gesellschaftliche Spaltungen zu Fragen der sozial-ökologischen Transformation? Dafür untersuchen wir im Rückbezug auf die vorangegangene Berichterstattung im FGZ, ob sich soziale Gruppen mit gegensätzlichen Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik auch in ihren sozioökonomischen Statuspositionen (siehe Kapitel 4) und Einstellungen zu weiteren gesellschaftspolitischen Spannungsfeldern (siehe Kapitel 5) systematisch unterscheiden.

Die *Entschlossenen* (18 %) und die *Ablehnenden* (8 %) stehen sich in ihrem Bewusstsein für den Klimawandel und die Notwendigkeit von Klimaschutz sowie ihren Sorgen vor den Folgen von Klimapolitik diametral gegenüber. Personen dieser Klimatypen unterscheiden sich zudem auch mit Blick auf soziodemografische Merkmale. Die *Entschlossenen* sind deutlich jünger als die anderen Klimatypen, sie leben häufiger in Großstädten, haben häufiger einen Hochschulabschluss und höhere Haushaltseinkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Die *Ablehnenden* finden sich hingegen häufiger in mittleren Altersgruppen, leben häufiger im ländlichen Raum, haben ein geringeres Haushaltseinkommen und eher niedrige oder mittlere Berufs- und Bildungsabschlüsse im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Eine Analyse des RISC Regional Panel (RegPan) erlaubt uns zudem eine regionale Tiefenbohrung zur Analyse von Einstellungen der Bevölkerung in Großstädten. So zeigt sich, dass für die Anerkennung des Klimawandels auch eine Rolle spielt, ob Menschen in Großstäten zur Miete oder in Wohneigentum leben und damit potenziell mit Sanierungs- und Modernisierungskosten im Zuge von Klimaschutzpolitikmaßnahmen konfrontiert sein könnten (siehe Kapitel 7).

Einstellungsunterschiede zwischen den *Entschlossenen* und den *Ablehnenden* zeigen sich auch mit Blick auf weitere gesellschaftspolitische Konfliktarenen. Die *Entschlossenen* zeigen sich sehr offen für Migration, politische Maßnahmen zur ökonomischen Umverteilung und in ihren Einstellungen zur Geschlechtergleichstellung. Die *Ablehnenden* sind mit Abstand am kritischsten gegenüber Zuwanderung und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch kritischer gegenüber Umverteilung und Geschlechtergleichstellung eingestellt. Diese Einstellungsunterschiede spiegeln sich auch in der Parteineigung der beiden Klimatypen (siehe Kapitel 8). Die *Entschlossenen* neigen mit Abstand am stärksten den Grünen zu, die *Ablehnenden* zu großen Teilen der AfD (ähnlich stark der CDU/CSU oder keiner Partei).

Eine gesellschaftliche Spaltung in Klimafragen zeigt sich also nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung. Es handelt sich gerade bei den *Ablehnenden* um eine verhältnismäßig kleine Gruppe (8 %), und den einzigen von uns identifizierten Klimatyp mit einer klaren Abwehrhaltung gegenüber einer sozial-ökologischen Transformation.

Die Analysen unseres Berichts liefern Hinweise dafür, warum die Abwehrhaltungen der *Ablehnenden* und ein vermeintlich um sich greifender gesellschaftlicher Konflikt in Klimafragen in der Öffentlichkeit so prominent sind. So mögen die *Ablehnenden* zwar zahlenmäßig eine kleine Bevölkerungsgruppe darstellen, sie sind aber politisch aktiv und beteiligen sich auch jenseits von Wahlen häufiger am politischen Geschehen als die anderen Klimatypen (zum Beispiel Teilnahme an Demonstrationen, Beteiligung an Bürgerbegehren oder Volksbegehren, siehe Kapitel 8). Wie Analysen aus dem Social Media Observatory (SMO) des FGZ zeigen, werden die Klimaeinstellungen der *Ablehnenden* zudem durch politische Akteure in den sozialen Medien verbreitet und enthalten häufig Falschinformationen (siehe Kapitel 10), womit sie gerade bei Gruppen mit einer Affinität für Verschwörungserzählungen auf fruchtbaren Boden stoßen könnten (siehe Kapitel 9). Bei den politischen Repräsentant:innen der *Ablehnenden* folgen diese Strategien der Logik sogenannter „Polarisierungsunternehmer:innen" (Mau et al., 2023). Dabei werden Symbolfiguren der *Entschlossenen* – etwa Klimaaktivist:innen oder Politiker:innen der Grünen – gezielt als Feindbilder inszeniert (vgl. Heide, 2025; Teichler et al., 2025). Ziel ist es dabei, eine vermeintliche Abwehrhaltung gegenüber der Transformation in der Bevölkerung öffentlich überproportional sichtbar zu machen und damit eine ambitionierte Klimapolitik als Gefahr für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen zu können. Eine solche Strategie lässt sich auch als Form der Klimaverschleppung interpretieren (Forchtner et al., 2024) und ist mitursächlich für politische Blockaden im Transformationsprozess.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der sozial-ökologischen Transformation

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, den Blick auch auf die Klimatypen ‚zwischen' den *Entschlossenen* und den *Ablehnenden* zu lenken. So können wir herausfinden, welche Klimatypen für die Abwehr einer sozial-ökologischen Transformation mobilisiert zu werden drohen, bei welchen Klimatypen ein gesellschaftlicher Zusammenhalt für eine gelingende sozial-ökologische Transformation sichtbar wird und welche Konflikte dafür

überwunden werden müssten. Denn: Unsere Analysen deuten nicht darauf hin, dass durch die Konfrontation mit den Folgen des Klimawandels und einer Zunahme von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen die Transformationsbereitschaft von alleine steigen und konsensfähig werden wird (siehe Kapitel 6).

Wir haben im Zusammenhaltsbericht die fünf Klimatypen auf Basis der Daten des SCP ausführlich untersucht, um verbindende und trennende Momente zwischen ihnen herauszustellen – mit Blick auf soziodemografische Merkmale und materielle Interessenlagen (siehe Kapitel 4), Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern (siehe Kapitel 5), politisches Vertrauen sowie politische Partizipation und Parteineigung (siehe Kapitel 8), Verschwörungsaffinität (siehe Kapitel 9) und Erfahrungen von Vertrauen, Zusammenhalt und Abwertung (siehe Kapitel 12). Darüber hinaus geben die Analysen des FGZ Quali Panels wichtige Hinweise dafür, welche Konflikt- und Verständigungskanäle zwischen Menschen mit unterschiedlichen Klimaeinstellungen bestehen könnten (siehe Kapitel 11).

Wir skizzieren auf Basis unserer Analysen drei illustrative Szenarien für mögliche gesellschaftspolitische Dynamiken einer sozial-ökologischen Transformation. In diesen Szenarien können auf unterschiedliche Weise durch Prozesse von Verständigung und Konflikt mögliche Koalitionen zwischen sozialen Gruppen zur Umsetzung, Abwehr oder Blockade der Transformation entstehen. Wir verbleiben dabei bewusst auf der Ebene der empirisch-soziologischen Untersuchung von Einstellungsunterschieden und damit notwendigerweise abstrakt. Denn inwiefern sich diese Dynamiken zwischen Einstellungsgruppen in der Bevölkerung auch in der politischen Sphäre zeigen und wirkmächtig werden, hängt von vielen Faktoren ab – etwa von ungleicher politischer Repräsentation sozialer Gruppen, den Eigenlogiken der politischen Sphäre mit Blick auf Wahl- und Parteiensysteme oder der politischen Interessenvermittlung durch intermediäre Akteure (z. B. Gewerkschaften, NGOs). Diese Fragen können wir hier nicht umfassend untersuchen, wir wollen mit den hier vorgestellten Szenarien vielmehr den Raum für weitere Analysen und Diskussionen öffnen.

Szenario 1: Eine gemeinsame Abwehrhaltung gegen die sozial-ökologische Transformation von *Ablehnenden*, *Indifferenten* und *Besorgten*

Im ersten Szenario finden *Ablehnende, Indifferente* und *Besorgte* für eine Abwehr der sozial-ökologischen Transformation zueinander (siehe Abbildung 13.1). Ein „anti-ökologischer Backlash“ (Quent, 2024) entfaltet wachsende gesellschaftliche Wirkung.

Die *Ablehnenden* stehen mit ihrer klaren Abwehrhaltung gegenüber der sozial-ökologischen Transformation zwar alleine da, allerdings zeigen sich durchaus Anknüpfungspunkte zu anderen Klimatypen. Die *Indifferenten* zeigen sich in ihrer Haltung zur sozial-ökologischen Transformation unentschlossen – vermutlich nicht im engeren Wortsinn, sondern eher im Sinne einer Gleichgültigkeit, wie unsere Analysen zu ihrer politischen Teilhabe nahelegen. Ohne die Überzeugung, dass der Klimawandel ein großes Problem darstellt, dem begegnet werden muss, könnte ihnen die Bereitschaft fehlen, eigene Kosten für

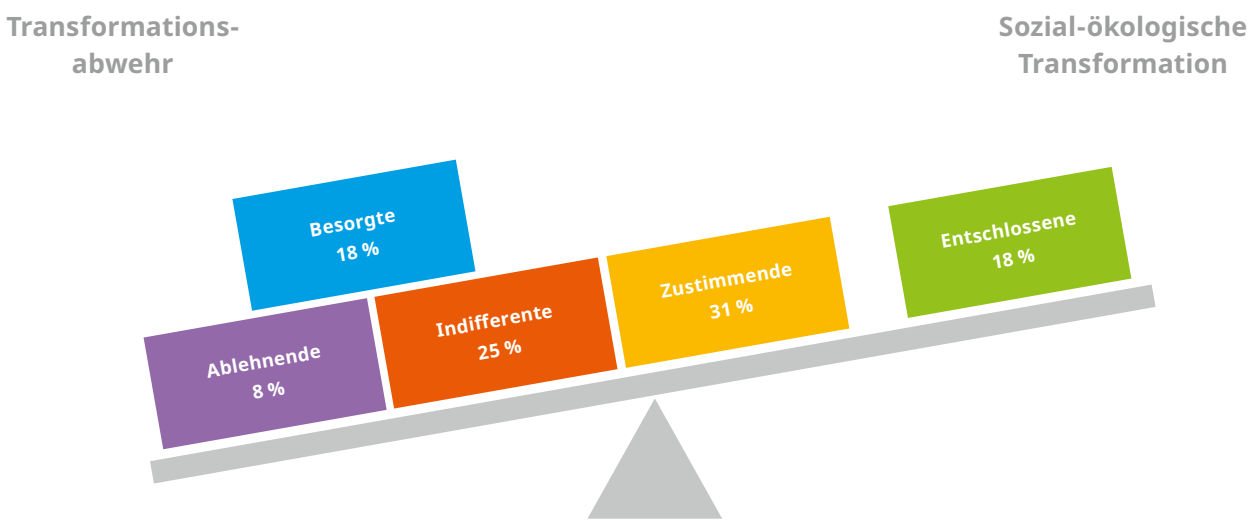


Abbildung 13.1: Szenario einer Transformationsabwehr
Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Die Bevölkerungsanteile der Klimatypen sind zur Information angeführt.

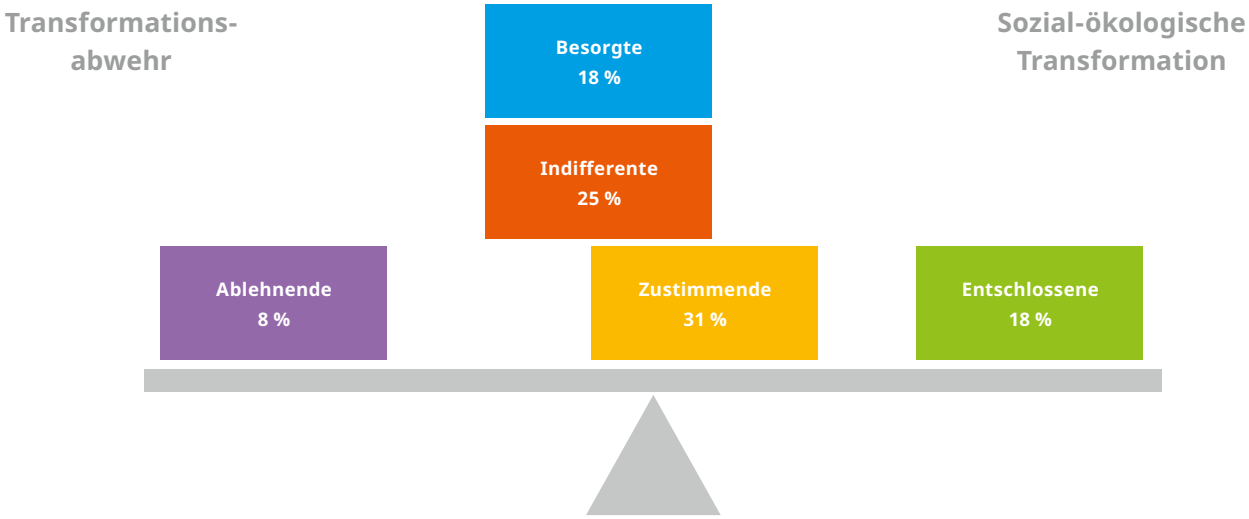


Abbildung 13.2: Szenario einer Transformationsblockade
Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Die Bevölkerungsanteile der Klimatypen sind zur Information angeführt.

den Klimaschutz auf sich zu nehmen. Dies macht sie wiederum empfänglich für Argumente, die auf eine Abwehr der Transformation zielen. Die *Besorgten* haben zwar ein stark ausgeprägtes Klimabewusstsein und sehen eine Notwendigkeit für Klimaschutz, zeigen sich um die Folgen von Klimapolitik aber ähnlich stark besorgt wie die *Ablehnenden* und weisen in diesem Punkt große ideelle Überschneidungen mit ihnen auf.

Weitere Gemeinsamkeiten könnten eine Bewegung der *Indifferenten* und *Besorgten* in Richtung der *Ablehnenden* begünstigen. Die *Ablehnenden* ähneln den *Indifferenten* und *Besorgten* in ihrem sozioökonomischen Status. Auch die *Indifferenten* und *Besorgten* haben tendenziell niedrigere Berufs- und Bildungsabschlüsse und sind häufiger in niedrigen und mittleren Einkommenslagen zu finden als die Gesamtbevölkerung. Jenseits von Fragen zu Klimawandel und Klimaschutz zeigen sich ähnliche Einstellungen bei *Ablehnenden*, *Indifferenten* und *Besorgten* auch in anderen Einstellungsfeldern; alle drei Klimatypen sind kritischer gegenüber Migration eingestellt als der Rest der Bevölkerung. Ähnlich den *Ablehnenden* finden wir auch bei den *Indifferenten* und *Besorgten* eine Affinität für Verschwörungserzählungen und ein geringeres Vertrauen gegenüber den bestehenden politischen Institutionen als bei *Entschlossenen* und *Zustimmenden*. Das könnte die *Indifferenten* und *Besorgten* im Besonderen empfänglich für die – mitunter von Falschinformationen geprägten – diskursiven Angebote der *Ablehnenden* machen und Zweifel an von staatlichen Institutionen getragenen Klimaschutzmaßnahmen nähren.

Szenario 2: *Besorgte, Zustimmende* und *Indifferente* bleiben unbeweglich in ihren Haltungen. Die Transformationsblockade verhärtet sich.

Im zweiten Szenario bewegen sich die *Besorgten* und *Zustimmenden* weder in Richtung einer Abwehr der sozial-ökologischen Transformation noch in Richtung einer entschiedenen Umsetzung. Die Klimatypen bleiben vielmehr in ihren Transformationshaltungen voneinander ‚unberührt' und ‚unbeweglich' (siehe Abbildung 13.2). So entsteht zwar keine gesellschaftliche Allianz für eine aktive Abwehr der Transformation, wie im ersten Szenario beschrieben, aber die Transformationsblockade verhärtet sich (vgl. Eversberg & Schmelzer, 2025).

Die gesellschaftlichen Spaltungen in Klima- und Transformationsfragen prägen den öffentlichen Diskurs und nähren Sorgen, dass die Klimapolitik den Zusammenhalt gefährdet. Unsere Analysen haben gezeigt: Alle Klimatypen eint die Sorge, dass gesellschaftliche Konflikte durch die Klimapolitik zunehmen werden, 70 Prozent in der Bevölkerung stimmen dieser Aussage zu (siehe Kapitel 3). Von dieser Sorge angetrieben, fehlt es in diesem Szenario an politischem Mut, Entscheidungen für wirksamen Klimaschutz zu treffen. Solche Maßnahmen könnten von bestimmten Bevölkerungsgruppen als Zumutung empfunden werden (siehe Kapitel 7) – entweder weil sie mit direkten Kosten verbunden sind oder weil sie einen sozialen Ausgleich erfordern würden, der die Gerechtigkeitsvorstellungen privilegierter Gruppen infrage stellt. Auf diese Weise erhalten weder die *Besorgten* noch die *Ablehnenden* politische Angebote, die ihre Transformationssorgen lindern könnten. Die *Zustimmenden* haben

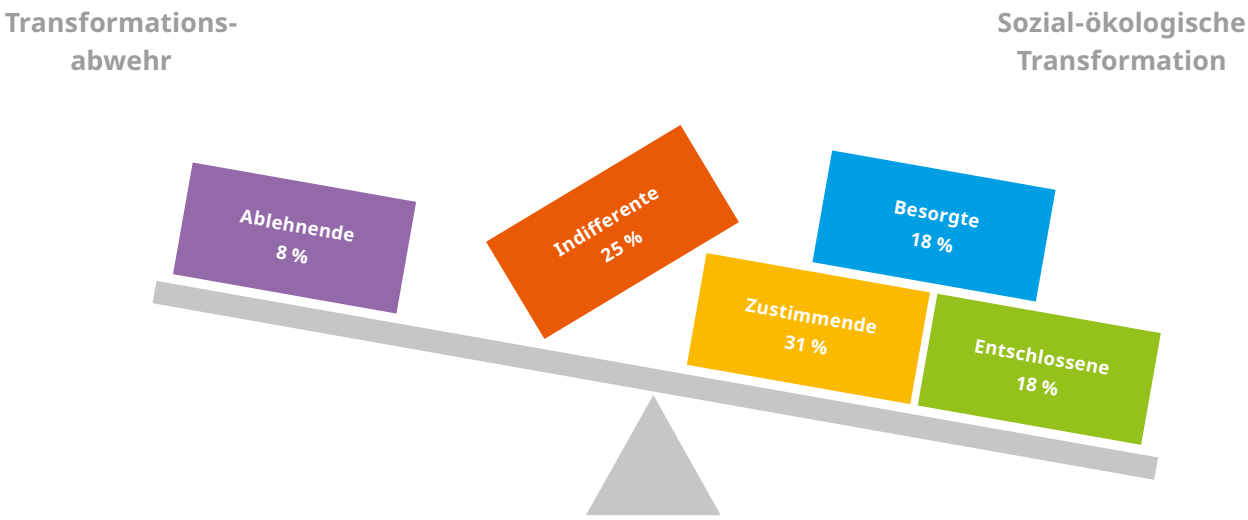


Abbildung 13.3: Szenario einer sozial-ökologischen Transformation
Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Die Bevölkerungsanteile der Klimatypen sind zur Information angeführt.

großes Vertrauen in die politischen Institutionen und hinterfragen nicht, wenn sich angesichts globaler Vielfachkrisen und geopolitischer Konflikte die Prioritäten zunehmend vom Klima- und Umweltschutz weg verschieben (vgl. Eversberg & Schmelzer, 2025). Die *Indifferenten* verbleiben zwischen Unentschlossenheit und Desinteresse politisch und von öffentlich-gesellschaftlichen Fragen entfremdet. Dieses Szenario führt zu einer Transformationspolitik, die Stephan Lessenich (vgl. 2024) als Politik des „Als-Ob" beschrieben hat, in der wahlweise so getan wird, „als ob nichts wäre" oder „als ob man etwas täte". Die Transformationsblockade verhärtet sich.

Szenario 3: Die *Entschlossenen* bilden eine gesellschaftliche Allianz zur Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation mit den *Besorgten* und *Zustimmenden*

Im dritten Szenario gelingt es, die unterschiedlichen Transformationssorgen und sozialstrukturellen Trennlinien zwischen *Entschlossenen* und *Besorgten* zu überwinden, und es entsteht, aufbauend auf geteilten Grundüberzeugungen, eine gesellschaftliche Koalition für eine sozial-ökologische Transformation zwischen *Entschlossenen*, *Zustimmenden* und *Besorgten* (siehe Abbildung 13.3).

Die *Entschlossenen* zeichnen sich durch ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels und die Einsicht in die Notwendigkeit umfassenden Klimaschutzes aus. Besonders im Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels und die Notwendigkeit von Klimaschutz teilen sie zentrale Grundüberzeugungen mit den *Besorgten* – und etwas geringer ausgeprägt auch mit den *Zustimmenden*. Die *Entschlossenen* und *Besorgten* trennt allerdings eine verschieden große Zuversicht, dass die sozialen und ökonomischen Folgen der sozial-ökologischen Transformation abgefedert werden können.

Damit in Zusammenhang stehen gesellschaftliche Trennlinien zwischen *Besorgten* und *Entschlossenen*, die für eine gelingende Allianz der beiden Klimatypen überwunden werden müssten. Die *Besorgten* sind sozioökonomisch weniger privilegiert – sie haben seltener einen Hochschulabschluss und sind häufiger in mittleren Einkommenslagen zu finden. Vor allem aber machen sie sich am stärksten von allen Klimatypen Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation – im Gegensatz zu den *Entschlossenen*, die sich um die eigene wirtschaftliche Lage nur geringfügig Sorgen machen. Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, dass zwischen Menschen in unterschiedlichen sozioökonomischen Statuspositionen weniger soziale Berührungspunkte bestehen, und dadurch mitunter auch das Verständnis für alltägliche Lebensrealitäten fehlt (vgl. Teichler et al., 2023). Die Gründe dafür sind vielfältig und haben zum Beispiel mit sozialer Segregation in Großstädten (Helbig, 2023) ebenso zu tun wie mit symbolischen Grenzziehungen zwischen sozialen Gruppen (Sachweh, 2013).

Wie könnten diese gesellschaftlichen Trennlinien für eine gesellschaftliche Allianz für eine sozial-ökologische Transformation überwunden werden? Die Analysen des FGZ Quali Panels (siehe Kapitel 11) und die Analysen zu sozialem Vertrauen und den Erfahrungen von Zusammenhalt der Klimatypen (siehe Kapitel 12) legen nahe, dass zwei Faktoren dafür besonders wichtig sein

könnten. Erstens bedarf es gegenseitigen Respekts vor den alltagsweltlichen und biografischen Erfahrungen des Gegenübers sowie der Bereitschaft, Einstellungen zu Klimaschutz und Klimapolitik vor dem Hintergrund individueller sozioökonomischer Realitäten nachzuvollziehen. Zweitens erweist sich eine individualisierte Verantwortungszuschreibung im Klimaschutz – also die Erwartung, dass vor allem Bürger:innen als Konsumierende die sozial-ökologische Transformation tragen sollen – als Hindernis für Vertrauen und Verständnis zwischen sozialen Gruppen mit unterschiedlichen Transformationssorgen und sozioökonomischem Hintergrund. Dies verstärkt eine Dynamik des ‚mit-dem-Finger-aufeinander-Zeigens'. Notwendig sind vielmehr politikbasierte Lösungen, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen und so helfen können, Trennlinien zu überwinden.

So zeigen unsere Auswertungen, dass die *Besorgten* mit den *Entschlossenen* eine stark ausgeprägte Befürwortung ökonomischer Umverteilung teilen und beide überzeugt sind, dass zur Bekämpfung des Klimawandels eine Änderung des Wirtschaftssystems notwendig ist. Um die *Besorgten* für die sozial-ökologische Transformation zu gewinnen, müssten ihre ausgeprägten Transformationssorgen adressiert und zwischenmenschliches sowie institutionelles Vertrauen aufgebaut werden. Dafür wiederum müsste der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit durch politische Umverteilungsmaßnahmen mehr in den Vordergrund gestellt und überzeugend kommuniziert werden.

In einer solchen Transformationsallianz müssten auch die *Zustimmenden* einbezogen werden, die mit den *Entschlossenen* zahlreiche Gemeinsamkeiten teilen – etwa eine vergleichbare sozioökonomische Lage und ähnliche Erfahrungen von alltagsweltlichem Zusammenhalt. Besonders das hohe, gemeinsam geteilte Vertrauen in politische Institutionen sowie die Bedeutung demokratischer Teilhabe bilden eine zentrale Grundlage, um mit den *Zustimmenden* gesellschaftlichen Zusammenhalt im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu fördern.

Das ausgeprägte Problembewusstsein in Bezug auf den Klimawandel bei gleichzeitig geringen Transformationssorgen und starken Präferenzen für Umverteilung zeigt, dass die *Entschlossenen* die Zielkonflikte der Transformation erkennen und soziale Interessen zu berücksichtigen scheinen. Sie lassen sich daher als potenzielle Trägergruppe einer sozial-ökologischen Transformation beschreiben. Den *Besorgten* kommt eine Schlüsselrolle zu: Sie könnten das sprichwörtliche ‚Zünglein an der Waage' sein – je nachdem, ob ihre Transformationssorgen ernst genommen und adressiert werden oder ob sie in Richtung einer Transformationsabwehr mobilisiert werden. Das stark ausgeprägte Vertrauen in Mitmenschen und politische Institutionen verleiht den *Zustimmenden* in diesem Szenario eine wichtige Rolle in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen.

Fazit und Ausblick

Im zweiten Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) haben wir auf Basis der vier zentralen Dateninfrastrukturen des Instituts empirisch untersucht, inwiefern die Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation in der Bevölkerung Hinweise für die Erklärung der gegenwärtigen Transformationsblockade liefern können und welche Chancen für eine gelingende sozial-ökologische Transformation sich daraus ergeben. Der Bericht zeigt, dass die Mehrheit in der Bevölkerung eine grundsätzliche Bereitschaft für den Weg zu einer klimaneutralen Gesellschaft teilt, aber Sorgen vor den wirtschaftlichen Folgen der Transformation eine wichtige Rolle spielen. Gesellschaftliche Spaltungen in Klimafragen betreffen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung – im Angesicht der bedrohlichen Folgen der globalen Erderwärmung ist es weniger dieser Konflikt, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, als vielmehr das Nicht-Handeln in der Transformationsblockade.

Für eine gelingende Transformation braucht es den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Ressource für Vertrauen und Kooperation und die Stärkung geteilter Grundüberzeugungen von gesellschaftlichen Gruppen, die mit ihren Haltungen bereit sind, die Transformation zu tragen. Es braucht politischen Gestaltungswillen, der glaubhaft vermittelt, dass es sich bei der Transformation um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die in ihren Lösungsangeboten keine Individualisierung verstärkt, sondern die Lasten der Transformation mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt kollektiv entlang überzeugender Gerechtigkeitsprinzipien verteilt.

Die Ergebnisse dieses Berichts beruhen auf im FGZ erhobenen Daten, die vor allem Einstellungen im Querschnitt erfassen und damit eine gute Beschreibung sowie Darstellung von Zusammenhängen ermöglichen. Aus der Forschung ist bekannt, dass Einstellungstypologien zum Klimawandel über die Zeit relativ stabil sind; in verschiedenen Studien wurden wiederholt ähnliche Typen identifiziert (Klinger et al., 2022; Metag et al., 2017; Lütkes et al., 2025). Trotzdem können sich die relativen Größen und inhaltlichen Profile der Klimatypen im Zeitverlauf verändern. Die Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation im German Social Cohesion Panel (SCP) wurden zwischen September 2022

und Januar 2023 erhoben. Weitere Untersuchungen, wie die Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2024 (Frick et al., 2025), zeigen, dass der Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz in der Bevölkerung im Zuge der globalen Krisen in den letzten Jahren etwas zurückgegangen ist, aber nach wie vor auf einem hohen Niveau verbleibt. Auch weiterführende Analysen mit dem SCP legen nahe, dass die Sorge vor dem Klimawandel in der Bevölkerung im Laufe der Jahre 2023 und 2024 leicht zurückgegangen ist, aber nach wie vor hoch bleibt. Wie sich diese Entwicklungen auf die relativen Größen und inhaltlichen Profile der Klimatypen genau ausgewirkt haben, bleibt eine offene empirische Frage, der wir mit unserer Forschung am FGZ in der Zukunft nachgehen werden.

Die zentralen empirischen Studien des FGZ – das SCP, das RISC Regional Panel (RegPan), das Qualitative Panel (Quali Panel) und auch das Social Media Observatory (SMO) – sind auf Längsschnittdaten ausgelegt: Im SCP, RegPan und Quali Panel werden dieselben Personen wiederholt befragt. Dadurch wird es uns in der Zukunft möglich sein, Veränderungen von Einstellungen zum Klimawandel und zur sozial-ökologischen Transformation im Zeitverlauf zu analysieren und zugleich die Mechanismen zu untersuchen, die solche Einstellungsänderungen hervorbringen. Im Sinne einer gelingenden sozial-ökologischen Transformation ist es von großer Bedeutung, diese gesellschaftlichen Prozesse wissenschaftlich zu untersuchen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erforschen und so einen Beitrag dafür zu leisten, möglichst die gesamte Bevölkerung in Transformationsprozessen mitzunehmen.

Literaturverzeichnis

Arora, S. D., Singh, G. P., Chakraborty, A. & Maity, M. (2022). Polarization and social media: A systematic review and research agenda. *Technological Forecasting and Social Change*, *183*, 121942. https://doi.org/10.1016/j.techfore.2022.121942

Bacher, J. & Vermunt, J. K. (2010). Analyse latenter Klassen. In C. Wolf & H. Best (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (S. 553–574). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92038-2_22

Bardt, H. (7. August 2024). Wer Antikapitalismus zum Programm der Klimapolitik macht, verliert am Ende beides – Wohlstand und Klimaverträglichkeit. *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*. https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/hubertus-bardt-wer-antikapitalismus-zum-programm-der-klimapolitik-macht-verliert-am-ende-beides-wohlstand-und-klimavertraeglichkeit.html [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Becker, L. (2023). Blockierte Transformation und rechte Offensive: Was folgt aus dem Scheitern der »Fortschrittskoalition«? *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, *2023*(2), S. 14–21.

Beckert, J. (2024). *Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Berlin: Suhrkamp.

Bevacqua, E., Schleussner, C.-F. & Zscheischler, J. (2025). A year above 1.5 °C signals that Earth is most probably within the 20-year period that will reach the Paris Agreement limit. *Nature Climate Change*, *15*(3), S. 262–265. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02246-9

Blühdorn, I. (2024). *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. *Edition Suhrkamp: Bd. 2808*. Berlin: Suhrkamp.

Bohmann, S. & Küçük, M. (2024). Einkommensstarke Haushalte verursachen mehr Treibhausgasemissionen – vor allem wegen ihres Mobilitätsverhaltens. *DIW Wochenbericht*, *91*(27), S. 421–429. https://doi.org/10.18723/diw_dwr:2024-27-2

Buchmayr, F. (2022). Variationen politischen Denkens – Eine milieutheoretische Untersuchung politischer Einstellungsmuster. *Zeitschrift für Soziologie*, *51*(4), S. 385–403. https://doi.org/10.1515/zfsoz-2022-0021

Bundeskanzleramt (Hrsg.). (2024). *Zwischen Zumutung und Zuversicht: Transformation als gesellschaftliches Projekt*. Berlin: Bundeskanzleramt.

Bundtzen, S. & Matlach, P. (2022). *Die Grünen als Feindbilder während der Gaspreiskrise 2022: Zweite methodische Exploration im Projekt NOTORIOUS.* ISD Germany. https://isdgermany.org/die-gruenen-als-feindbilder-waehrend-der-gaspreiskrise-2022/ [letzter Zugriff: 02.10.2025]

CAAD – Climate Action Against Disinformation. (2023). *Deny, Deceive, Delay: COP28 Pre-Summit Report*. Nr. 3. CAAD – Climate Action Against Disinformation. https://caad.info/wp-content/uploads/2023/11/Deny-Deceive-Delay-Vol.-3-1.pdf [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Carleton, T. A. & Hsiang, S. M. (2016). Social and economic impacts of climate. *Science*, *353*(6304). https://doi.org/10.1126/science.aad9837

Chan, J., To, H.-P. & Chan, E. (2006). Reconsidering Social Cohesion: Developing a Definition and Analytical Framework for Empirical Research. *Social Indicators Research*, *75*(2), S. 273–302. https://doi.org/10.1007/s11205-005-2118-1

Chancel, L. (2022). Global carbon inequality over 1990–2019. *Nature Sustainability*, *5*(11), S. 931–938. https://doi.org/10.1038/s41893-022-00955-z

Clark, B. & York, R. (2005). Carbon metabolism: Global capitalism, climate change, and the biospheric rift. *Theory and Society*, *34*(4), S. 391–428. https://doi.org/10.1007/s11186-005-1993-4

Cologna, V. & Siegrist, M. (2020). The role of trust for climate change mitigation and adaptation behaviour: A meta-analysis. *Journal of Environmental Psychology*, *69*, 101428. https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2020.101428

Cramer, K. J. (2016). *The politics of resentment: Rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker*. *Chicago studies in American politics*. Chicago, IL, London: University of Chicago Press.

Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. *Edition Suhrkamp: Bd. 2540*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Degens, P. & Neckel, S. (Hrsg.). (2024). *Zukünfte der Nachhaltigkeit: Band 6*. *Das Scheitern des grünen Kapitalismus: Analysen, Aussichten, Alternativen*. Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Deutscher Wetterdienst. (2025). *DWD Open-Data-Server*. https://opendata.dwd.de

Diekmann, A. & Preisendörfer, P. (1998). Environmental Behavior: Discrepancies between aspriations and reality. *Rationality and Society*, *10*(1), S. 79–102. https://doi.org/10.1177/104346398010001004

Dietz, M. M. & Roßteutscher, S. (2024). *Different Colors of the Same Rainbow? The Polarization of Gender Issues and its Campaign Potential* (SocArXiv). https://doi.org/10.31235/osf.io/27qyt

Dilger, C. (2025). Voting green or right-wing populist: Ideological poles of a new cleavage? *Acta Sociologica.* Vorab-Onlinepublikation. https://doi.org/10.1177/00016993241311518

Dörre, K., Liebig, S [Steffen], Lucht, K. & Sittel, J. (2024). Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. *Berliner Journal für Soziologie*, *34*, S. 9–46. https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z

Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S. & Seyd, B. (2019). *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1

Easton, D. (1965). *A Framework for Political Analysis.* Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.

Entringer, T. M. & Buchinger, L. (2024). 11.1 Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Sozialbericht 2024: Ein Datenreport für Deutschland* (S. 375–385) Bonn: bpb.

Eversberg, D., Fritz, M., von Faber, L. & Schmelzer, M. (2024). *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Eversberg, D. & Schmelzer, M. (2025). Von der Verteidigung zur Transformation der Lebensweise. *Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift*, *40*(2), S. 19–21. https://doi.org/10.14512/OEW400219

Fairbrother, M., Johansson Sevä, I. & Kulin, J. (2019). Political trust and the relationship between climate change beliefs and support for fossil fuel taxes: Evidence from a survey of 23 European countries. *Global Environmental Change*, *59*, 102003. https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2019.102003

Fedtke, C. & Wiedemann, G. (2020). Hass- und Gegenrede in der Kommentierung massenmedialer Berichterstattung: Eine computergestützte kritische Diskursanalyse. In S. Breidenbach, P. Klimczak & C. Petersen (Hrsg.), *ars digitalis. Soziale Medien* (S. 91–120). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30702-8_5

Ferguson, S. L., G. Moore, E. W. & Hull, D. M. (2020). Finding latent groups in observed data: A primer on latent profile analysis in Mplus for applied researchers. *International Journal of Behavioral Development*, *44*(5), S. 458–468. https://doi.org/10.1177/0165025419881721

Forchtner, B., Hultman, M. & Jylhä, K. M. (2024). Still Heating: Unfolding a Typology of Climate Obstruction. In N. Marschner, C. Richter, J. Patz & A. Salheiser (Hrsg.), *Contested Climate Justice – Challenged Democracy* (S. 59–71). Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag. https://doi.org/10.12907/978-3-593-45820-5_003

Foster, J. B. (1999). Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology. *American Journal of Sociology*, *105*(2), S. 366–405. https://doi.org/10.1086/210315

Fraser, N. (2023). *Der Allesfresser: Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*. Berlin: Suhrkamp.

Fratzscher, M. (15. März 2024). Der Kapitalismus ist nicht das Problem. *Die Zeit*. https://www.diw.de/de/diw_01.c.897108.de/nachrichten/der_kapitalismus_ist_nicht_das_problem.html [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Frick, V., Fülling, J., Harms, C., Grothmann, T. & Marken, G. (2025). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2024: Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage*. Umweltbundesamt (Hrsg.). https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2024 [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Frieß, D. & Gilleßen, R. (2022). Agonistische Online-Öffentlichkeiten: Vorschlag einer inhaltsanalytischen Operationalisierung von Agonismus. *Publizistik*, *67*(1), S. 85–108. https://doi.org/10.1007/s11616-021-00704-w

Fukuyama, F. (1995). *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity.* New York: Free Press.

Gaborit, M. & Grémion, T. (2019). *Jaunes et verts: Vers un écologisme populaire ?* https://laviedesidees.fr/Jaunes-et-verts [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Gardiner, S. M. (2006). A Perfect Moral Storm: Climate Change, Intergenerational Ethics and the Problem of Moral Corruption. *Environmental Values*, *15*(3), S. 397–413. https://doi.org/10.3197/096327106778226293

Gerlitz, J.-Y., Axenfeld, J. B., Cornesse, C., Groh-Samberg, O., Kroh, M., Lengfeld, H., Liebig, S [Stefan], Minkus, L., Reinecke, J., Richter, D., Teichler, N., Traunmüller, R. & Zinn, S. (2024). *The German Social Cohesion Panel (SCP): Theoretical Background, Instruments, Survey Design, and Analytical Potential* (OSF Preprint). https://doi.org/10.31219/osf.io/tew78

Giesen, B. (1991). *Die Entdinglichung des Sozialen: Eine evolutionstheoretische Perspektive auf die Postmoderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Glaeser, E. L. & Shapiro, J. M. (2003). Urban Growth in the 1990s: Is City Living Back? *Journal of Regional Science*, *43*(1), S. 139–165. https://doi.org/10.1111/1467-9787.00293

Grienberger, K., Janser, M. & Lehmer, F. (2023). The Occupational Panel for Germany. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, *243*(6), S. 711–724. https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0053

Groh-Samberg, O. (2019). Ökonomische Ungleichheiten: Armut und Reichtum. In H. Obinger & M. G. Schmidt (Hrsg.), *Handbuch Sozialpolitik* (S. 833–862). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22803-3_40

Guan, T., Liu, T. & Yuan, R. (2021). Facing disinformation: Five methods to counter conspiracy theories amid the Covid-19 pandemic. *Comunicar*, *29*(69), S. 71–83. https://doi.org/10.3916/C69-2021-06

Hardin, G. (1968). The Tragedy of the Commons: The population problem has no technical solution; it requires a fundamental extension in morality. *Science*, *162*(3859), S. 1243–1248. https://doi.org/10.1126/science.162.3859.1243

Heide, J. (2025). Polarizing social figures? Climate activists in German media and popular discourse. *European Societies*, S. 959–991. https://doi.org/10.1162/euso_a_00030

Helbig, M. (2023). *Hinter den Fassaden: Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie in den deutschen Städten* (WZB Discussion Paper P 2023-003). https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2023/p23-003.pdf [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Hense, A. (2023). Combining Graphic Elicitation Methods and Narrative Family Interviews in a Qualitative Multimethod Design. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, *24*(1). https://doi.org/10.17169/fqs-24.1.3970

Holubek-Schaum, S., Grimm, N. & Sachweh, P. (2024). Die Zurückgelassenen: Subjektive Deutungsmuster von Statustrajektorien der Abwertung. *Berliner Journal für Soziologie*, *34*(2), S. 197–226. https://doi.org/10.1007/s11609-024-00524-5

Holzmann, S. & Wolf, I. (2023). *Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit. Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt.* Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Hooghe, L. & Marks, G. (2018). Cleavage Theory meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage. *Journal of European Public Policy*, *25*(1), S. 109–135. https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1310279

Huber, R. A., Greussing, E. & Eberl, J.-M. (2022). From populism to climate scepticism: the role of institutional trust and attitudes towards science. *Environmental Politics*, *31*(7), S. 1115–1138. https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1978200

IPCC. (2023). Summary for Policymakers. In H. Lee & J. Romero (Hrsg.), *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.* Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). (Erstveröffentlichung 2023)

Janser, M. (2018). *The greening of jobs in Germany: First evidence from a text mining based index and employment register data. IAB-Discussion Paper*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Kahan, D. M. (2017). Misconceptions, Misinformation, and the Logic of Identity-Protective Cognition. *Cultural Cognition Project Working Paper Series No. 164.* https://doi.org/10.2139/ssrn.2973067

Kaplan, J. (7. Januar 2025). *More Speech and Fewer Mistakes* [Pressemitteilung]. https://about.fb.com/news/2025/01/meta-more-speech-fewer-mistakes/ [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Kessling, P., Ruckdeschel, M., Münch, F. & Wiedemann, G. (2024). *Cross-Plattform Social Media Forschung: Methoden der Datengewinnung und Analyse.* ISD Germany. https://doi.org/10.13140/RG.2.2.31358.09287

Klinger, K., Metag, J. & Schäfer, M. S. (2022). Global Warming's Five Germanys – Revisited and Framed in an International Context. *Environmental Communication*, *16*(8), S. 1108–1126. https://doi.org/10.1080/17524032.2022.2153897

Klinker, F., Marschner, N., Patz, J. & Richter, C. (2022). *„Frieden statt ‚GRÜN'!" Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende bei Twitter: IDZ Kurzanalyse.* IDZ Jena. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_Frieden_statt_GRUEN_WEB.pdf [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Koevel, A., Schmidt, A. D. & Hense, A. (2023). Die Erfahrung von Zusammenhalt im Rahmen ungleicher Lebensführungen: Einblicke in die erste Welle des FGZ Quali Panels. In P.-I. Villa (Hrsg.), *DGS-Verhandlungsband: Bd. 41. Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022.* https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2022/de/article/view/1669/1930 [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Kuhlmann, C. (1999). *Die öffentliche Begründung politischen Handelns: Zur Argumentationsrationalität in der politischen Massenkommunikation.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91625-9

Kulin, J. & Johansson Sevä, I. (2021). Who do you trust? How trust in partial and impartial government institutions influences climate policy attitudes. *Climate Policy*, *21*(1), S. 33–46. https://doi.org/10.1080/14693062.2020.1792822

Lazarsfeld, P. F. & Menzel, H. (1969). On the relation between individual and collective properties. In A. Etzioni (Hrsg.), *Complex organizations. A sociological reader* (S. 422–440). New York: Holt, Rinehart and Winston, Inc.

Lessenich, S. & Scheffer, T. (Hrsg.). (2024). *IfS - aus der Reihe: Bd. 2. Gesellschaften unter Handlungszwang: Existenzielle Probleme, Normalität und Kritik*. Berlin: Bertz + Fischer.

Levi, S., Wolf, I., Flachsland, C., Koch, N., Koller, F. & Edmondson, D. (2021). *Klimaschutz und Verkehr: Zielerreichung nur mit unbequemen Maßnahmen möglich. Ariadne-Analyse* Kopernikus-Projekt Ariadne (Hrsg.). Potsdam: Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Lewandowsky, S. & van der Linden, S. (2021). Countering Misinformation and Fake News Through Inoculation and Prebunking. *European Review of Social Psychology*, *32*(2), S. 348–384. https://doi.org/10.1080/10463283.2021.1876983

Lütkes, L., Dirksmeier, P. & Tuitjer, L. (2025). From committed to dismissive: how conspiracy mentality and trust in the democratic (political) system shape climate policy perspectives in Germany. *Climate Policy*, S. 1–15. https://doi.org/10.1080/14693062.2025.2522828

Lyons, J. & Utych, S. (2021). You're Not From Here! The Consequences of Urban and Rural Identities. *Political Behavior*, *45*, S. 75–101. https://doi.org/10.1007/s11109-021-09680-3

Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Meadows, D. L., Meadows, D. H., Zahn, E. & Milling, P. (1972). *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. *DVA informativ*. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.

Metag, J., Füchslin, T. & Schäfer, M. S. (2017). Global warming's five Germanys: A typology of Germans' views on climate change and patterns of media use and information. *Public understanding of science*, *26*(4), S. 434–451. https://doi.org/10.1177/0963662515592558

Mittiga, R. (2022). Political Legitimacy, Authoritarianism, and Climate Change. *American Political Science Review*, *116*(3), S. 998–1011. https://doi.org/10.1017/S0003055421001301

Müller, T. (2024). *Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienstudie 2024: Zahl der Social-Media-Nutzenden steigt auf 60 Prozent* (Media Perspektiven Nr. 28). https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2024/MP_28_2024_ARD_ZDF-Medienstudie_2024._Zahl_der_Social-Media-Nutzenden_steigt_auf_60_Prozent_01.pdf [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Mutz, M. & Kämpfer, S. (2011). …und nun zum Wetter: Beeinflusst die Wetterlage die Einschätzung von politischen und wirtschaftlichen Sachverhalten? *Zeitschrift für Soziologie*, *40*(4), S. 208–226. https://doi.org/10.1515/zfsoz-2011-0405

Neckel, S. (2018). Ökologische Distinktion: Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit. In S. Neckel, N. Besedovsky, M. Boddenberg, M. Hasenfratz, S. M. Pritz & T. Wiegand (Hrsg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit* (S. 59–76). Bielefeld: transcript Verlag.

Ohlsen, N. (2018). *Klimawandelbewusstsein und Akzeptanz erneuerbarer Energien*. *Dissertation*: Universität Bremen. https://d-nb.info/118840640x/34 [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Ostrom, E. (1990). *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Patz, J., Marschner, N., Richter, C. & Salheiser, A. (2024). Feindliches Klima. Die Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts am Beispiel des Anti-Windkraft Diskurses. In A. Salheiser, M. Alexopoulou, C. Meier zu Verl & A. Yendell (Hrsg.), *Grenzen des Zusammenhalts. Interdisziplinäre Befunde zu multiplen Inklusions- und Exklusionsprozessen* (S. 79–100). Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Preisendörfer, P. (1999). *Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland: Empirische Befunde und Analysen Auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Quent, M. (2024). Im antiökologischen Backlash. *Böll. Thema*, *24*(1), S. 37.

Quent, M., Richter, C. & Salheiser, A. (2022). *Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper Verlag.

Qwen Team. (18. September 2024). *Qwen2.5: A Party of Foundation Models!* [Pressemitteilung]. https://qwenlm.github.io/blog/qwen2.5/ [letzter Zugriff: 02.10.2025]

Rahmstorf, S. (2004). Die Klimaskeptiker. In Münchner Rückversicherung (Hrsg.), *Wetterkatastrophen und Klimawandel - Sind wir noch zu retten?* (S. 70–75). pg distribution GmbH.

Reckwitz, A. (2024). *Verlust: Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

Rees, J. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 203–222). Bonn: Dietz.

Reimers, N. & Gurevych, I. (2019). *Sentence-BERT: Sentence Embeddings using Siamese BERT-Networks: Proceedings of the 2019 Conference on Empirical Methods in Natural Language Processing.* https://doi.org/10.48550/arXiv.1908.10084

Richter, C., Klinker, F. & Salheiser, A. (2022). Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“, Band 11* (S. 80–93). https://doi.org/10.19222/202211/07

Richter, C., Salheiser, A., Marschner, N. & Patz, J. (2024). Climate of Regression: Public Climate Attitudes and Radical Right Anti-Climate Mobilization in the Battle around the Green Transition in Germany. In N. Marschner, C. Richter, J. Patz & A. Salheiser (Hrsg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Contested Climate Justice - Challenged Democracy: International Perspectives* (S. 235–260). Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Rizzoli, V., Salvador Casara, B. G. & Sarrica, M. (2024). Tweeting about a revolution? A cross-national analysis of tweets on climate change during the rise of “Fridays for Future”. *Social Psychological Bulletin*, *19*, S. 1–26. https://doi.org/10.32872/spb.12383

Rosenthal, G. (2001). Biographische Methode. In H. Keupp & K. Weber (Hrsg.), *Rowohlts Enzyklopädie: Bd. 55640. Psychologie: Ein Grundkurs* (S. 266–275). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.

Sachweh, P. (2013). Symbolische Grenzziehungen und subjektorientierte Sozialstrukturanalyse. *Zeitschrift für Soziologie*, *42*(1), S. 7–27. https://doi.org/10.1515/zfsoz-2013-0103

Sackmann, R. & Mayer, I. (2024). Raummuster sozialen Zusammenhalts in Deutschland. In R. Sackmann, P. Dirksmeier, J. Rees & B. Vogel (Hrsg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Bd. 5. Sozialer Zusammenhalt vor Ort: Analysen regionaler Mechanismen* (S. 37–55). Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Sackmann, R., Rees, J. & Hartl, J. (2024). Methodische Grundlagen des Regionalpanels. In R. Sackmann, P. Dirksmeier, J. Rees & B. Vogel (Hrsg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Bd. 5. Sozialer Zusammenhalt vor Ort: Analysen regionaler Mechanismen* (S. 21–36). Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Salheiser, A. & Richter, C. (2023). Klimakrise und gesellschaftlicher Zusammenhalt. *Wissenschaft und Frieden*, *41*(3), S. 11–13.

Salheiser, A., Richter, C. & Quent, M. (2022). *Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung: Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung* (FGZ Working Paper Nr. 5).

Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. *Edition Suhrkamp: Bd. 2749*. Berlin: Suhrkamp.

Schaupp, S. (2024). *Stoffwechselpolitik: Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten*. Berlin: Suhrkamp.

Schimank, U. (2023). Die drei Integrationsprobleme moderner Gesellschaften. *Merkur*, *77*(890), S. 5–15.

Schimank, U. & Volkmann, U. (2017). *Das Regime der Konkurrenz: Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute*. Weinheim: Beltz.

Schmelzer, M. (2023). Degrowth als Notwendigkeit: Wider die Legende vom grünen Wachstum. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *2023*(10), S. 96–104.

Schmidt, J.-H., Kessling, P., Nasser, F., Linnekugel, C. & Moradi, J. (2023). Die Kandidierenden in sozialen Medien: Ein Vergleich der Bundestagswahlkämpfe 2017 und 2021. In M. Fuchs & M. Motzkau (Hrsg.), *Digitale Wahlkämpfe* (S. 27–37). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39008-2_3

Schmidt, J.-H., Merten, L. & Münch, F. V. (2023). *Die „Datenbank Öffentlicher Sprecher“ (DBÖS).* https://doi.org/10.17605/OSF.IO/SK6T5

Schmidtchen, G. (1957). Soziologisches über die Astrologie. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. *Zeitschrift für Parapsychologie und Grenzgebiete der Psychologie*, *1*, S. 47–72.

Schnell, T., Viviani, R., Lenz, C. & Krampe, H. (2024). When alienated from society, conspiracy theory belief gives meaning to life. *Heliyon*, *10*(14), e34557. https://doi.org/10.1016/j.heliyon.2024.e34557

Selke, S. (Hrsg.). (2010). *Kritik der Tafeln in Deutschland: Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92611-7

Sturua, S., Mohr, I., Akram, M. K., Günther, M., Wang, B., Krimmel, M., Wang, F., Mastrapas, G., Koukounas, A., Wang, N. & Xiao, H. (2024). *jina-embeddings-v3: Multilingual Embeddings With Task LoRA*. https://doi.org/10.48550/arXiv.2409.10173

Swyngedouw, E. (2010). Apocalypse Forever? *Theory, Culture & Society*, *27*(2-3), S. 213–232. https://doi.org/10.1177/0263276409358728

Task Force FGZ-Datenzentrum. (2022). *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland: Ausgewählte Ergebnisse der FGZ-Pilotstudie 2020*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. https://doi.org/10.26092/elib/1739

Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R. & Verneuer-Emre, L. M. (2023). *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland: Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. https://doi.org/10.26092/elib/2517

Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Groh-Samberg, O., Speer, A., Traunmüller, R., Axenfeld, J. B. & Cornesse, C. (2025). *FGZ Datenmonitor 2025#1: Spaltet die AfD die Gesellschaft? Eine Regionalanalyse gruppenbezogener Sympathien auf Basis des German Social Cohesion Panel (SCP)* (Wissenschaftsblog „Zusammenhalt begreifen.“) Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Hrsg.). https://doi.org/10.58079/13BTN

Tradowsky, J. S., Philip, S. Y., Kreienkamp, F., Kew, S. F., Lorenz, P., Arrighi, J., Bettmann, T., Caluwaerts, S., Chan, S. C., Cruz, L. de, Vries, H. de, Demuth, N., Ferrone, A., Fischer, E. M., Fowler, H. J., Goergen, K., Heinrich, D., Henrichs, Y., Kaspar, F., . . . Wanders, N. (2023). Attribution of the heavy rainfall events leading to severe flooding in Western Europe during July 2021. *Climatic Change*, *176*(7). https://doi.org/10.1007/s10584-023-03502-7

Umweltbundesamt. (2025). *Treibhausgasminderungsziele Deutschlands*. https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasminderungsziele-deutschlands#internationale-vereinbarungen-weisen-den-weg [letzter Zugriff: 02.10.2025]

United Nations Executive Office of the Secretary-General. (2023). *Information Integrity on Digital Platforms*. https://www.un-ilibrary.org/content/papers/10.18356/27082245-31 https://doi.org/10.18356/27082245-31 [letzter Zugriff: 02.10.2025]

van Prooijen, J.-W. & Douglas, K. M. (2017). Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. *Memory studies*, *10*(3), S. 323–333. https://doi.org/10.1177/1750698017701615

Vosoughi, S., Roy, D. & Aral, S. (2018). The spread of true and false news online. *Science*, *359*(6380), S. 1146–1151. https://doi.org/10.1126/science.aap9559

Weko, S. (2022). Communitarians, cosmopolitans, and climate change: why identity matters for EU climate and energy policy. *Journal of European Public Policy*, *29*(7), S. 1072–1091. https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1918751

Wiedemann, G., Münch, F. V., Rau, J. P., Kessling, P. & Schmidt, J.-H. (2023). Concept and challenges of a social media observatory as a DIY research infrastructure. *Publizistik*, *68*(2-3), S. 201–223. https://doi.org/10.1007/s11616-023-00807-6

Witzel, A. & Reiter, H. (2012). *The Problem-Centred Interview*. London: SAGE Publications. https://doi.org/10.4135/9781446288030

Yazawa, T. (1980). Der Ablauf der Jahreszeiten in Japan aus der Sicht der Witterungsklimatologie und seine Bedeutung für das japanische Leben. *ERDKUNDE*, *34*(2), S. 88–95. https://doi.org/10.3112/erdkunde.1980.02.02

Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2025
CC BY-NC-ND 4.0

DOI: 10.82162/10ev-bz90

Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt